

Verkündungsblatt 06|2023

Ausgabedatum 07.06.2023

Inhaltsübersicht

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Quantum Engineering (Berichtigung des Verkündungsblattes 13/2022 vom 02.09.2022)	Seite 2
Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Chemie (Berichtigung des Verkündungsblattes 14/2022 vom 05.09.2022)	Seite 33
Änderung der Gemeinsamen Prüfungsordnung für den Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang (Berichtigung des Verkündungsblattes 04/2023 vom 24.03.2023)	Seite 82
Berufungsordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover	Seite 201
Handreichung des Präsidiums zum abweichenden Berufungsverfahren bei Ausschreibungsverzicht zur Besetzung einer nach BesGr. W3 bewerteten Professur	Seite 207

B. Bekanntmachungen nach § 78 Abs. 2 NPersVG

Dienstvereinbarung über die Neuregelung der gleitenden Arbeitszeit und der elektronischen Zeiterfassung	Seite 210
--	-----------

C. Hochschulinformationen

Ordnung für die Verarbeitung personenbezogener Daten	Seite 227
--	-----------

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Der Fakultätsrat der Fakultät für Mathematik und Physik der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 25.05.2022 die nachstehende Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Quantum Engineering beschlossen. Das Präsidium hat die Prüfungsordnung am 17.08.2022 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) des Niedersächsischen Hochschulgesetzes genehmigt. Sie tritt nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 01.10.2022 in Kraft.

Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Quantum Engineering an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover vom 02.09.2022

Die Fakultät für Mathematik und Physik der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat gemäß §§ 7 Absatz 3, 44 Absatz 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die folgende Prüfungsordnung erlassen:

Übersicht

Erster Teil: Allgemeines

- § 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad
- § 2 Dauer und Gliederung des Studiums
- § 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

Zweiter Teil: Masterprüfung

- § 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung
- § 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende
- § 6 Studien- und Prüfungsleistungen
- § 7 Masterarbeit
- § 8 Bestehen und Nichtbestehen
- § 9 Zusätzliche Module und Prüfungen
- § 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen
- §10a Einstufungsprüfung für Geflüchtete
- § 11 Fernstudium

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

- § 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen
- § 13 Anmeldung
- § 14 Wiederholung
- § 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung
- § 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen
- § 17 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 18 Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 19 Leistungspunkte und Module
- § 20 Gesamtnotenbildung
- § 21 Zeugnisse und Bescheinigungen
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Verfahrensvorschriften

Vierter Teil: Schlussvorschriften

- § 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

Erster Teil: Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

- (1) ¹Die Masterprüfung bildet einen weiteren berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob der Prüfling die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen oder wissenschaftlich-künstlerischen Grundsätzen auf fortgeschrittenem Niveau selbstständig zu arbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse anzuwenden; ferner soll festgestellt werden, ob er, die fachlichen Zusammenhänge des Faches überblickt und die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und Handlungskompetenzen erworben hat.
- (2) Nach bestandener Masterprüfung verleiht die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover den akademischen Grad „Master of Science (M. Sc.)“.

§ 2 Dauer und Gliederung des Studiums

¹Die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre. ²Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 120 ECTS-Leistungspunkte (Leistungspunkte) zu je 30 Stunden. ³Das Studium gliedert sich in vier Semester.

§ 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

- (1) Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Prüfungsordnung ist der Prüfungsausschuss zuständig, der im Einvernehmen mit der Studiendekanin oder dem Studiendekan durch den Fakultätsrat zur Erledigung dieser Aufgaben eingesetzt wird.
- (2) ¹Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an, und zwar drei Mitglieder aus der Hochschullehrergruppe, ein Mitglied, das die Mitarbeitergruppe vertritt und in der Lehre tätig ist, sowie ein Mitglied der Studierendengruppe. ²Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen benannt. ³Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz, über die der Prüfungsausschuss entscheidet, müssen von Mitgliedern der Hochschullehrergruppe oder habilitierten Mitgliedern ausgeübt werden. ⁴Das studentische Mitglied hat in Bewertungsfragen und bei der Entscheidung über die Anerkennung von Prüfungsleistungen nur beratende Stimme. ⁵Die Studiendekanin oder der Studiendekan kann, falls sie oder er nicht als Mitglied des Prüfungsausschusses benannt wird, an den Sitzungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme teilnehmen.
- (3) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ²Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, soweit die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. ²Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.
- (5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. ²Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt. ³In dieser sind die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse festzuhalten.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen beobachtend teilzunehmen.
- (7) ¹Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz übertragen. ²Der Prüfungsausschuss kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben einer von ihm beauftragten Stelle bedienen. ³Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor, führt sie aus und berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit. ⁴Die Übertragung der Befugnisse auf den Vorsitz oder den stellvertretenden Vorsitz ist für Fälle nach § 18 Absatz 1 ausgeschlossen.
- (8) Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Zweiter Teil: Masterprüfung

§ 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung

- (1) ¹Die Masterprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus Prüfungs- und gegebenenfalls Studienleistungen in Pflichtmodulen, gegebenenfalls Wahlpflichtmodulen, Wahlmodulen und dem Pflichtmodul „Masterarbeit“ nach Anlage 1.
- (2) Die den Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen ergeben sich aus dem Modulkatalog oder dem Vorlesungsverzeichnis.
- (3) ¹Im Rahmen des Masterstudiums muss ein Industriepraktikum oder eine Projektarbeit in einem Labor im Umfang von mindestens 8 Wochen abgeleistet werden. ²Näheres hierzu regelt die Praktikumsordnung.
- (4) ¹Lehr- und Prüfungssprache ist in der Regel Englisch. ²Nach entsprechender Ankündigung im Modulkatalog kann die Lehr- und Prüfungssprache auch Deutsch sein. ³Die Prüfungen können in Absprache oder nach Festlegung durch den beziehungsweise die Prüfende in deutscher Sprache abgenommen werden.

§ 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende

¹Das nach § 3 zuständige Organ bestellt für die Module des Studiengangs Mitglieder der Hochschullehrergruppe der beteiligten Fakultäten der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover und der Technischen Universität Braunschweig als Prüfungsberechtigte sowie die Beisitzenden. ²Das nach § 3 zuständige Organ kann weitere Prüfende bestellen, sofern diese mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ³Soweit sie die Voraussetzungen nach Satz 2 erfüllen, können auch Prüfende bestellt werden, die nicht Mitglieder oder Angehörige der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität oder der Technischen Universität Braunschweig sind. ⁴Zur Beisitzerin oder Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation erworben hat. ⁵Die Bestellung von Beisitzenden kann vom § 3 zuständigen Organ auch auf die Prüfenden delegiert werden.

§ 6 Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Studienleistungen sind unbenotete Leistungen, die in einem Modul/einer Lehrveranstaltung vorgesehen werden können, um Kompetenzen einzuüben. ²Die zu erbringenden Studienleistungen werden in Anlage 1 bzw. dem jeweiligen Modulkatalog näher erläutert und von den Lehrenden spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung festgelegt. ³Studienleistungen sollen in der Regel im Rahmen der zugehörigen Lehrveranstaltung erbracht werden.
- (2) ¹Prüfungsleistungen sind die Masterarbeit, Hausarbeiten, Klausuren, Klausuren mit Antwortwahlverfahren, mündliche Prüfungen, Praktikumsberichte, Projektorientierte Prüfungsformen, sportpraktische Präsentationen, Studienarbeiten und Veranstaltungsbegleitende Prüfungen. ²Näheres zu den Prüfungsformen regelt Anlage 2.1.
- (3) ¹Sind nach Anlage 1 in einem Modul alternative Prüfungsformen vorgesehen oder kann eine Prüfungsform durch eine andere ersetzt werden, muss die Ankündigung der Prüfungsform vor dem 15.10. für das Wintersemester beziehungsweise vor dem 15.04. für das Sommersemester erfolgen. ²Gleiches gilt für die Gewichtung der einzelnen Bestandteile, wenn Anlage 1 eine Veranstaltungsbegleitende Prüfung vorsieht.
- (4) Studien- und Prüfungsleistungen können in Form von Gruppenarbeiten abgenommen werden, sofern sich die einzelnen Beiträge aufgrund objektiver Kriterien deutlich abgrenzen und getrennt bewerten lassen.
- (5) Bei der Abgabe von schriftlichen Hausarbeiten (Studien- und Prüfungsleistungen) ist schriftlich zu versichern, dass
 - a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.
- (6) ¹Während des Semesters können in Ergänzung zu den jeweiligen Prüfungsleistungen bis zu fünf kleine Leistungen in Form von Präsentationen oder Kurzarbeiten angeboten werden. ²Die Teilnahme der Studierenden ist freiwillig. ³Hat eine Studentin oder ein Student an einer oder mehreren Leistungen während des Semesters erfolgreich teilgenommen, wird das erreichte Ergebnis bei der Bewertung der Prüfungsleistung als Bonus berücksichtigt. ⁴Der Anteil der Leistung bzw. Leistungen darf maximal zu 20

vom Hundert in die Prüfungsnote eingehen. ⁵Die Anzahl sowie die Bewertung der Leistungen ist von den Prüfenden zu Beginn des Semesters anzugeben. ⁶Die Bestnote für die Prüfungsleistung kann auch ohne die Teilnahme an den Leistungen erreicht werden. ⁷Eine Nichtteilnahme an einzelnen Leistungen bzw. ein Nichtbestehen einzelner Leistungen führt nicht zu einer Verschlechterung der Gesamtbewertung der Prüfungsleistung. ⁸Die ergänzenden Leistungen sind so zu gestalten, dass der innerhalb des jeweiligen Moduls in den Anlagen vorgesehene Zeitaufwand für Präsenz- und Selbststudium (Leistungspunkte) eingehalten wird.

§ 7 Masterarbeit

- (1) ¹Das Modul Masterarbeit besteht aus der Masterarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder einer Studienleistung entsprechend Anlage 1. ²Die Masterarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ³Für das bestandene Modul Masterarbeit werden 30 Leistungspunkte vergeben.
- (2) ¹Das Thema der Masterarbeit muss dem Prüfungszweck (§ 1 Absatz 1 Satz 2) und dem für die Bearbeitung zur Verfügung stehenden Zeitraum nach Absatz 4 angemessen sein. ²Die Themenausgabe darf erst nach erfolgter Zulassung gemäß § 12 Absatz 3 erfolgen.
- (3) ¹Das Thema kann einmal innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ²Eine erneute Anmeldung nach Rückgabe des Themas muss innerhalb von sechs Monaten erfolgen. ³Erfolgt eine Anmeldung nicht innerhalb dieser Frist, wird ein von der Erstprüferin oder dem Erstprüfer festgelegtes Thema mit einer nach Maßgabe von Absatz 4 Satz 1 festgesetzten Bearbeitungsfrist zugestellt. ⁴§ 15 Absatz 4 und 5 gilt entsprechend.
- (4) ¹Die Masterarbeit ist binnen 12 Monaten nach Ausgabe schriftlich und zusätzlich in elektronischer Form abzuliefern. ²Die Masterarbeit soll innerhalb von sechs Wochen, spätestens nach zehn Wochen, von den beiden Prüfenden bewertet werden.
- (5) Bei der Abgabe der Masterarbeit ist schriftlich zu versichern, dass
 - a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind, und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.
- (6) ¹Der Ablauf des Prüfungsverfahrens im Modul Masterarbeit ergibt sich aus der Modulbeschreibung im Modulkatalog. ²Beinhaltet das Modul Masterarbeit mehr als eine Prüfungsleistung, setzt sich die Note entsprechend Anlage 1 zusammen.
- (7) ¹Die Masterarbeit ist in englischer Sprache, nach Maßgabe der Anlage 1 sowie in Absprache mit den Prüfenden auch in deutscher Sprache abzufassen. ²Darüber hinaus kann im begründeten Einzelfall die Abfassung in einer anderen Sprache zugelassen werden. ³Über Anträge gemäß Satz 2 beschließt das nach § 3 zuständige Organ spätestens mit der Entscheidung über die Zulassung (§ 12).
- (8) ¹Die Masterarbeit erfolgt an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder an der Technischen Universität Braunschweig an einem an der Masterausbildung beteiligtem Institut. ²Sie darf mit Zustimmung des nach § 3 zuständigen Organs auch an einem anderen Institut oder an einer anderen Hochschule oder Einrichtung außerhalb der Hochschule angefertigt werden. ³Wird die beziehungsweise der externe Betreuende gemäß § 5 als Prüferin beziehungsweise Prüfer bestellt, muss die Arbeit durch eine Prüfungsberechtigte oder einen Prüfungsberechtigten aus der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder der Technischen Universität Braunschweig betreut werden. ⁴Wird die beziehungsweise der externe Betreuende nicht als Prüferin beziehungsweise Prüfer bestellt, wird die Masterarbeit von einer oder einem Prüfungsberechtigten aus der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder der Technischen Universität Braunschweig bewertet.

§ 8 Bestehen und Nichtbestehen der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Module, die in § 4 in Verbindung mit Anlage 1 genannt werden, bestanden worden sind und mindestens 120 ECTS-Leistungspunkte erworben wurden.
- (2) ¹Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung, die nach § 4 erforderlich ist, gemäß § 14 nicht mehr möglich ist. ²Über die endgültig nicht bestandene Masterprüfung ergeht ein schriftlicher Bescheid.

§ 9 Zusätzliche Module und Prüfungen

- (1) ¹Studierende können sich über die in Anlage 1 genannten Prüfungsleistungen hinaus weiteren als den für die Erreichung der Mindestleistungspunktzahl erforderlichen Prüfungen dieses Studiengangs unterziehen (Zusatzprüfungen). ²Gleiches gilt für zusätzlich absolvierte Module dieses Studiengangs (Zusatzmodule). ³Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ können auch Prüfungen und Module außerhalb des Studiengangs absolviert werden, wenn die Zustimmung der oder des Prüfenden vorliegt.
- (2) Die Ergebnisse von Zusatzprüfungen sowie von Zusatzmodulen werden auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ in die Abschlussdokumente und die sonstigen Dokumente gemäß § 21 aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Bereits erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen können unter den nachfolgend bestimmten Voraussetzungen anerkannt werden. ²Anträge auf Anerkennung sollen zu Beginn des Studiums gestellt werden. ³Der Antrag ist an das nach § 3 zuständige Organ zu richten. ⁴Über den Antrag ist in der Regel binnen sechs Wochen zu entscheiden. ⁵Die Frist beginnt mit dem Vorliegen aller für die Entscheidung erforderlichen Unterlagen. ⁶Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen eines Studiums an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität erbracht wurden, werden von Amts wegen anerkannt.
- (2) ¹Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer Hochschule im In- oder Ausland erbracht wurden, werden nach Maßgabe des Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region von 11. April 1997 (Lissaboner Konvention) anerkannt, wenn keine wesentlichen Unterschiede zu den nach dieser Prüfungsordnung zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen bestehen. ²Im Zweifel sind Stellungnahmen der oder des Prüfenden, eines Mitglieds der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität, das nach § 5 in dem Modul, für das die Anerkennung beantragt wird, prüfungsberechtigt ist, oder der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen einzuholen. ³Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ⁴Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen zur Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (3) ¹Außerhalb des Studiums erworbene berufliche Kompetenzen werden in einem Umfang von bis zu 50 vom Hundert der nach § 2 erforderlichen Leistungspunkte anerkannt, wenn sie gleichwertig sind. ²Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ³Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen für die Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (4) ¹Für anerkannte Prüfungsleistungen werden die Noten übernommen oder bei abweichender Notenskala umgerechnet, die darauf entfallenden Studienzeiten anerkannt und Leistungspunkte entsprechend Anlage 1 vergeben. ²Bei im Ausland erbrachten Leistungen bleibt die Prüfungsleistung auf Antrag unbenotet, dies gilt insbesondere im Fall des Absatzes 3 Satz 1. ³Die Anerkennung wird in den Abschlussunterlagen gekennzeichnet.
- (5) Die Entscheidung über die Anerkennung oder Nichtanerkennung ist der Antragstellerin oder dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen; § 23 Absatz 1 ist zu beachten.

§ 10 a Einstufungsprüfung für Geflüchtete

Kenntnisse und Fähigkeiten, die nach Maßgabe der Prüfungsordnung für den Abschluss des Studiums erforderlich sind, können von Personen, die glaubhaft gemacht haben, dass sie fluchtbedingt den Nachweis von bereits absolvierten Studienzeiten und Prüfungsleistungen nicht erbringen können, in einer besonderen Einstufungsprüfung nachgewiesen und auf Module angerechnet werden.

§ 11 Fernstudium

Durch Beschluss des nach § 3 zuständigen Organs können ausgewählte Module auch als Fernstudienmodule angeboten werden.

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

§ 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen

- (1)¹Für Prüfungen in Masterstudiengängen ist unter Berücksichtigung von Absatz 2 zugelassen, wer in dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover eingeschrieben ist. ²Weitere Zulassungsvoraussetzungen zu einzelnen Prüfungsleistungen sind Anlage 1 zu entnehmen.
- (2)¹Die Zulassung für Prüfungen in Masterstudiengängen wird versagt, wenn eine Prüfungsleistung in einem Modul, das einem Pflichtmodul dieses Studiengangs gleichsteht, in einem bisherigen Studiengang endgültig nicht bestanden worden ist. ²Endgültig nicht bestandene Prüfungsleistungen in einem Modul, das einem Wahlpflichtmodul des Studiengangs entspricht, für den die Zulassung beantragt wird, können in diesem Studiengang nicht wiederholt werden.
- (3)¹Zur Masterarbeit muss die Zulassung beantragt werden. ²Die Zulassung zur Masterarbeit setzt voraus, dass die in Anlage 1 aufgeführten Voraussetzungen erfüllt wurden. ³Über Ausnahmen entscheidet bei Vorliegen wichtiger Gründe das nach § 3 zuständige Organ.
- (4)¹Die Zulassung nach Absatz 3 wird versagt, wenn die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. ²Über die Nichtzulassung erhält der Prüfling einen Bescheid.

§ 13 Anmeldung

¹Für den Antritt zu einer Prüfungsleistung und zur Wiederholung einer Prüfungsleistung ist innerhalb des Zeitraums gemäß Anlage 3.1 eine gesonderte Anmeldung erforderlich. ²Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ kann eine Anmeldung in Ausnahmefällen auch außerhalb dieses festgesetzten Zeitraumes zugelassen werden. ³Die Anmeldung/Zulassung zur Masterarbeit impliziert eine Anmeldung zu allen nach Anlage 1 in diesem Modul erforderlichen Prüfungsleistungen.

§ 14 Wiederholung

- (1)¹Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden. ²Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. ³Masterarbeiten sowie Studienarbeiten können abweichend davon nur einmal wiederholt werden. ⁴Begonnene Prüfungsleistungen aus Pflichtmodulen und aus Wahlpflichtmodulen sind zu wiederholen, bis sie bestanden sind oder eine Wiederholung nach Satz 2 oder Satz 3 nicht mehr möglich ist; § 19 Absatz 2 Satz 2 und § 19 Absatz 3 Satz 3 bleiben unberührt. ⁵Als Beginn einer Prüfungsleistung gilt die erste Teilnahme an der Prüfung oder die Ausgabe des Themas. ⁶Nicht bestandene Prüfungsleistungen aus Wahlmodulen müssen nicht wiederholt werden; sie können durch andere Wahlmodule ersetzt werden. ⁷Bei Veranstaltungsbegleitenden Prüfungen müssen im Falle des Nichtbestehens alle Teilprüfungen wiederholt werden.
- (2)¹Wiederholungen von Prüfungsleistungen können nach Wahl der oder des Prüfenden in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ²Die Bekanntgabe der Prüfungsform muss spätestens zu Beginn der Anmeldefrist (§ 13 Satz 1) erfolgen.
- (3)¹In der letzten Wiederholung einer Prüfungsleistung darf für eine tatsächlich erbrachte Klausur die Note „nicht ausreichend“ oder bei unbenoteten Klausuren die Bewertung „nicht bestanden“ nur nach einer Ergänzungsprüfung erteilt werden. ²Diese Ergänzungsprüfung, deren Inhalt sich auf den Inhalt der vorausgegangenen Klausur beziehen muss, wird in der Regel innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses abgenommen. ³Wird die Ergänzungsprüfung als mündliche Prüfung durchgeführt, muss an der Prüfung neben der oder dem Prüfenden eine Beisitzerin oder ein Beisitzer teilnehmen. ⁴Eine mündliche Ergänzungsprüfung soll die Dauer von maximal 20 Minuten grundsätzlich nicht überschreiten. ⁵Die Ergänzungsprüfung kann mit Ausnahme einer Klausur auch in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ⁶Nach der Ergänzungsprüfung kann im Falle des Bestehens der Prüfungsleistung nur die Note "ausreichend (4,0)" oder bei unbenoteten Prüfungsleistungen nur die Bewertung „bestanden“ vergeben werden. ⁷Die Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn für die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistung § 18 Anwendung gefunden hat. ⁸Studierende sind nach Bekanntgabe des Ergebnisses der letzten Wiederholungsklausur mindestens drei Wochen vor der Ergänzungsprüfung durch das Prüfungsamt zu dieser zu laden. ⁹§ 15 Absatz 4 und 5 gilt entsprechend.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung

- (1)¹Eine Abmeldung von einer Klausur (mit oder ohne Antwortwahlverfahren, benotet oder unbenotet), kann bis sieben Kalendertage vor Beginn der Prüfung erfolgen. ²Eine Abmeldung von einer mündlichen

Prüfung oder einer sportpraktischen Präsentation kann bis einen Kalendertag vor Beginn der Prüfung erfolgen. ³Die Abmeldung von allen übrigen in der Anlage 2 genannten Prüfungsformen ist bis zum Beginn der Prüfungsleistung möglich. ⁴Ausgenommen hiervon ist eine Themenrückgabe, wenn diese innerhalb der nach § 7 Absatz 3 beziehungsweise für eine Studienarbeit nach Anlage 2 erlaubten Frist erfolgt.

- (2) ¹Als Beginn einer Prüfung gilt bei Prüfungsleistungen mit Abgabeterminen die Ausgabe des Themas. ²Als Beginn einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung gilt entsprechend § 14 Absatz 1 Satz 5 der Beginn des ersten Prüfungsteils. ³Melden sich Studierende vom ersten Prüfungsteil einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung ab, gilt diese Abmeldung für die gesamte Prüfung. ⁴Die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 1 bis 3 ist ohne Angabe von Gründen zulässig.
- (3) ¹Die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 1 ist bei Klausuren online im Prüfungssystem vorzunehmen. ²Bei mündlichen Prüfungen und sportpraktischen Präsentationen ist die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 2 schriftlich, per E-Mail oder in einer von der oder dem Prüfenden festgelegten Form zu erklären. ³Die Form der Abmeldung nach Satz 2 gilt auch für Prüfungsleistungen nach Anlage 2, für die eine Themenausgabe erfolgt.
- (4) ¹Versäumt ein Prüfling den festgesetzten Abgabetermin, tritt er von einer Prüfungsleistung erst nach deren Beginn zurück, erscheint er nicht zum Prüfungstermin einer Klausur, mündlichen Prüfung oder einer sportpraktischen Präsentation oder tritt erst nach Ablauf der in Absatz 1 Satz 1 und 2 definierten Frist zurück, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht bestanden“ bewertet.
- (5) ¹Abweichend von Absatz 4 gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen, wenn für das Versäumnis oder den Rücktritt wichtige Gründe unverzüglich schriftlich gegenüber dem nach § 3 zuständigen Organ angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Im Krankheitsfall ist ein ärztliches und auf Verlangen des nach § 3 zuständigen Organs aus wichtigem Grund ein amtsärztliches Attest vorzulegen. ³Das Attest muss eine Beschreibung der gesundheitlichen Beeinträchtigung sowie eine Aussage über die daraus folgende Beeinträchtigung für die jeweilige Prüfung enthalten. ⁴Hierzu soll das Formular nach Anlage 4 verwendet werden. ⁵Die Entscheidung über die Anerkennung der wichtigen Gründe trifft das nach § 3 zuständige Organ innerhalb von zwei Wochen nach Vorlage des Attestes. ⁶Sätze 2 und 5 gelten entsprechend für die Krankheit und dazu notwendige Betreuung einer oder eines nahen Angehörigen. ⁷Nahe Angehörige sind eigene Kinder, Eltern, Großeltern sowie Ehe- und Lebenspartner und deren Kinder.
- (6) ¹Wird ein wichtiger Grund für das Versäumnis eines Abgabetermins glaubhaft nachgewiesen, kann das nach § 3 zuständige Organ die Bearbeitungsdauer um insgesamt höchstens ein Drittel der vorgesehenen Bearbeitungsdauer verlängern. ²Eine Verlängerung darüber hinaus ist nur in begründeten Einzelfällen zulässig. ³Ist eine weitere Verlängerung der Bearbeitungsdauer unverhältnismäßig, kann das nach § 3 zuständige Organ entscheiden, dass ein neues Thema ausgegeben wird. ⁴Die Prüfungsleistung gilt in diesem Fall als nicht unternommen.

§ 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen

¹Das nach § 3 zuständige Organ ermöglicht Studierenden, die eine länger andauernde gravierende Beeinträchtigung durch amts- oder fachärztliches Attest nachweisen, Prüfungsleistungen in gleichwertiger anderer Form, zu anderen Terminen oder innerhalb anderer Fristen zu erbringen. ²Bei Nachweis anderer wichtiger Gründe, insbesondere in Fällen des Mutterschutzgesetzes und der Elternzeit, ist entsprechend zu verfahren.

§ 17 Bewertung von Prüfungsleistungen

- (1) ¹Prüfungsleistungen werden von den Prüfenden in der Regel binnen eines Monats bewertet, weitere Regelungen ergeben sich aus der Anlage 3.2. ²Prüfungsleistungen werden in der Regel benotet. ³Studienleistungen sowie unbenotete Prüfungsleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet.
- ⁴Bei der Benotung von Prüfungsleistungen sind folgende Notenstufen zu verwenden:
- 1,0; 1,3 = „sehr gut“ = eine besonders hervorragende Leistung,
 1,7; 2,0; 2,3 = „gut“ = eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
 2,7; 3,0; 3,3 = „befriedigend“ = eine Leistung, die in jeder Hinsicht den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
 3,7; 4,0 = „ausreichend“ = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,

5,0 = „nicht ausreichend“ = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

⁵Eine mit "nicht ausreichend" bewertete Prüfungsleistung ist nicht bestanden.

- (2) ¹Wird eine Prüfungsleistung durch zwei Prüfende bewertet, ist sie nur bestanden, wenn beide Prüfende die Prüfungsleistung mit „bestanden“, „ausreichend“ oder besser bewerten. ²Die Note errechnet sich in diesem Fall aus dem Durchschnitt der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten. ³§ 20 Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.
- (3) ¹Bei einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 werden die einzelnen Teilprüfungsleistungen der Prüfungsleistung entsprechend der Notenstufen gemäß § 17 Absatz 1 bewertet. ²Anhand der vorgegebenen Gewichtung der einzelnen Noten wird die Gesamtnote der Veranstaltungsbegleitenden Prüfung entsprechend § 20 Absatz 3 Satz 1, 2 und 4 gebildet. ³Die Veranstaltungsbegleitende Prüfung ist bestanden, wenn die errechnete Gesamtnote 4,0 oder besser beträgt. Dabei ist es unerheblich, ob einzelne Teilleistungen nicht bestanden wurden.
- (4) ¹Eine nach dem Antwort-Wahl-Verfahren (z.B. Single-Choice oder Multiple-Choice) durchgeführte Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 50 vom Hundert der maximal zu vergebenden Punkte erreicht hat (absolute Bestehensgrenze). ²Abweichend davon wird in den Fällen, in denen der Mittelwert aller Prüfungen abzüglich 18 vom Hundert schlechter ist als die absolute Bestehensgrenze, der so ermittelte Wert als relative Bestehensgrenze festgelegt. ³Zur Ermittlung der einzelnen Prüfungsergebnisse werden die Differenz zwischen der relativen und absoluten Bestehensgrenze bei jedem Prüfling addiert. ⁴Bei Wiederholungsprüfungsleistungen gilt die durchschnittliche Prüfungsleistung der Prüflinge des ersten möglichen Prüfungstermins.
- (5) ¹Hat der Prüfling bei Leistungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nach Absatz 4 erreicht, so lautet die Note
- 1,0 = „sehr gut“, wenn er mindestens 95 vom Hundert,
 1,3 = „sehr gut“, wenn er mindestens 90 vom Hundert,
 1,7 = „gut“, wenn er mindestens 85 vom Hundert
 2,0 = „gut“, wenn er mindestens 80 vom Hundert,
 2,3 = „gut“, wenn er mindestens 75 vom Hundert,
 2,7 = „befriedigend“, wenn er mindestens 70 vom Hundert,
 3,0 = „befriedigend“, wenn er mindestens 65 vom Hundert,
 3,3 = „befriedigend“, wenn er mindestens 60, vom Hundert,
 3,7 = „ausreichend“, wenn er mindestens 55 vom Hundert, und
 4,0 = „ausreichend“ (4,0), wenn er die Mindestzahl
 der zu vergebenden Punkte erreicht hat. ²Hat der Prüfling die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nicht erreicht, lautet die Note „nicht bestanden“.

§ 18 Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) ¹Beim Versuch, das Ergebnis einer Prüfungs- oder Studienleistung durch Täuschung zu beeinflussen, wird die betreffende Leistung mit "nicht bestanden" bewertet. ²Das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel nach Beginn der Leistung ist stets ein Täuschungsversuch. ³Als nicht zugelassene Hilfsmittel gelten auch elektronische Kommunikationsgeräte. ⁴In besonders schwerwiegenden Fällen – insbesondere bei einem wiederholten Verstoß nach Satz 2 oder einem Plagiat – kann das nach § 3 zuständige Organ den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungs- und Studienleistungen ausschließen oder die gesamte Prüfung als endgültig nicht bestanden erklären. ⁵Satz 4 gilt auch bei Verstößen in anderen Studiengängen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (2) ¹Wer sich eines Ordnungsverstoßes schuldig macht, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht bestanden" bewertet. ²§ 14 bleibt unberührt, soweit es sich nicht um einen Fall des § 18 Absatz 1 Satz 4 handelt.

§ 19 Leistungspunkte für Module

- (1) ¹Die in Anlage 1 aufgeführten Leistungspunkte für ein Modul werden vergeben, wenn die zugehörigen Studienleistungen erbracht und die geforderten Prüfungsleistungen bestanden oder mit „ausreichend“ oder besser benotet wurden. ²Für Module, die nach Anlage 1 in Form von modulübergreifenden

Prüfungen abgeprüft werden (Modulgruppe), werden Leistungspunkte erst nach Bestehen der modulübergreifenden Prüfung vergeben.

- (2) ¹Ein Modul ist nach Erwerb aller in Anlage 1 genannten Leistungspunkte bestanden. ²Eine Modulgruppe ist bestanden, wenn alle zur Prüfung gehörenden Module und die modulübergreifende Prüfung bestanden worden sind.
- (3) ¹In Bereichen jenseits der Pflichtmodule nach Anlage 1 können jeweils mehr Module gewählt und abgelegt werden als zur Erlangung der notwendigen Leistungspunkte notwendig sind. ²Die Berechnung der Gesamtnote regeln § 20 Absatz 1 bis Absatz 3. ³Sind die für die Gesamtprüfung erforderlichen Leistungspunkte erreicht und ist die erforderliche Anzahl an Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen bestanden, kann das Prüfungsverfahren in den übrigen begonnenen und noch nicht bestandenen Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen auf Antrag abgebrochen werden.

§ 20 Gesamtnotenbildung

- (1) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 werden die bestandenen und benoteten Pflichtmodule sowie die bestandenen und benoteten Wahlpflicht- und Wahlmodule mit den besten Bewertungen herangezogen, soweit die Studierende oder der Studierende nichts Anderes beantragt hat. ²Die übrigen bestandenen Wahlpflicht- und Wahlmodule werden als Zusatzmodule gemäß § 9 behandelt.
- (2) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 dürfen nur die Noten der Module berücksichtigt werden, die für das Erreichen der Leistungspunkte nach § 4 erforderlich sind. ²Soweit sich durch die Wahl des letzten Moduls, das zum Erreichen der nach § 4 erforderlichen Leistungspunkte notwendig ist, eine geringfügige Überschreitung dieser Punktezahl ergibt, werden die Module bei der Berechnung der Gesamtnote entsprechend Absatz 3 einbezogen.
- (3) ¹Die Gesamtnote der Masterprüfung ist das arithmetische Mittel der Noten aller nach Maßgabe von § 17 Absatz 1 und Absatz 2 benoteten Module. ²Dabei werden, soweit nicht in Anlage 1 besondere Gewichtungen ausgewiesen sind, gewichtend die darin aufgeführten Leistungspunkte verwendet. ³Die Gesamtnote lautet
- bei einem Durchschnitt bis 1,5: „sehr gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5: „gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5: „befriedigend“,
 - bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0: „ausreichend“,
 - bei einem Durchschnitt über 4,0: „nicht bestanden“.
- ⁴Bei der Bildung der Gesamtnote nach Satz 3 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (4) Lautet die Gesamtnote der Masterprüfung mindestens 1,1 oder besser und ist das Modul Masterarbeit mit der Note 1,0 bewertet, so wird das Prädikat „mit Auszeichnung“ verliehen und auf den Dokumenten gemäß § 21 vermerkt.
- (5) ¹Die Modulnote wird - sofern in Anlage 1 keine abweichende Regelung vorgesehen ist - als arithmetisches Mittel aus allen zum Modul gehörenden benoteten Prüfungsleistungen gebildet. ²Dabei werden die in den Anlagen ausgewiesenen besonderen Gewichte oder anteiligen Leistungspunkte gewichtend verwendet. ³Ist in Modulen mit mehreren benoteten Prüfungsleistungen kein gesondertes Gewicht ausgewiesen oder eine Aufteilung der Leistungspunkte anteilig auf die Prüfungsleistungen nicht erfolgt, werden die Prüfungsleistungen bei der Bildung der Modulnote gleichgewichtet berücksichtigt. ⁴Entsprechend Absatz 3 Satz 4 wird bei der Modulnote nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. ⁵Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 21 Zeugnisse und Bescheinigungen

- (1) ¹Über die bestandene Masterprüfung werden eine Urkunde über den verliehenen akademischen Grad sowie Abschlussunterlagen ausgestellt. ²Die Abschlussunterlagen bestehen aus einem Zeugnis und einem Verzeichnis der bestandenen Module. ³Ferner erhalten die Studierenden ein Diploma Supplement und eine Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung (Einstufungstabelle) sowie auf Antrag an das Prüfungsamt eine Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA).
- (2) ¹Das Zeugnis gibt, soweit sich aus Anlage 1 in Verbindung mit § 20 Absatz 6 keine zusätzlichen Gliederungsebenen ergeben, die Module und deren Noten, den Titel der Masterarbeit und deren Note sowie die erworbenen Leistungspunkte und die Gesamtnote der Prüfung sowie gegebenenfalls das Prädikat „mit Auszeichnung“ (§ 20 Absatz 4) an. ²Das Verzeichnis der bestandenen Module

(einschließlich des Moduls „Masterarbeit“) weist die zugeordneten Lehrveranstaltungen und Leistungspunkte sowie die Benotung oder Bewertung der Prüfungsleistungen aus. ³Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ⁴Als Tag des Bestehens der Masterprüfung wird auf allen Dokumenten der Tag angegeben, an dem das letzte nach § 20 Absatz 1 für die Berechnung der Gesamtnote relevante Modul erbracht worden ist. ⁵Das Ausstellungsdatum für alle Abschlussdokumente ist das Tagesdatum des Drucks.

- (3) ¹Das Diploma Supplement enthält eine Beschreibung der durch den Studiengang erworbenen Qualifikationen sowie die gemäß § 20 Absatz 3 ermittelte Gesamtnote. ²Absatz 2 Satz 3 bis Satz 5 gelten entsprechend.
- (4) ¹Die Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung wird in Form einer Einstufungstabelle ausgestellt. ²Die Ermittlung basiert auf dem ECTS Users' Guide der Europäischen Kommission in der jeweils geltenden Fassung. ³Das nach § 3 zuständige Organ legt dazu innerhalb der Rahmenvorgaben des Präsidiums die Parameter für die Kohortenbildung fest und stellt sie dem Prüfungsamt zur Verfügung.
- (5) ¹Die Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA) weist die im Zeugnis nach Absatz 2 angegebenen Prüfungsleistungen zusätzlich in folgenden GPA-Notenwertäquivalenten aus:

Note	Notenwertäquivalente
1,0	= 4,0
1,3	= 3,7
1,7	= 3,3
2,0	= 3,0
2,3	= 2,7
2,7	= 2,3
3,0	= 2,0
3,3	= 1,7
3,7	= 1,3
4,0	= 1,0

²Aus den Notenwertäquivalenten dieser Prüfungsleistungen werden gemäß § 20 Absatz 6 Notenwertäquivalente für die Modulnoten gebildet. ³Hierbei wird abweichend von § 20 Absatz 3 auf die erste Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet. ⁴Anhand der Notenwertäquivalente dieser Module wird der GPA gemäß § 20 Absatz 1 und Absatz 2 als Durchschnitt der Notenwertäquivalente ermittelt. ⁵Bei der Bildung der Gesamtnote nach Satz 4 wird auf die erste Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.

- (6) ¹Im Fall des § 8 Absatz 2 sowie bei anderweitigem Ausscheiden aus dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die bestanden Prüfungsleistungen und Module, deren Bewertungen und die dafür vergebenen Leistungspunkte aufführt. ²Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ³Die Bescheinigung weist gegebenenfalls darauf hin, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.
- (7) ¹Alle in Absatz 1 genannten Dokumente werden in deutscher Sprache ausgestellt. ²Zusätzlich werden vom Prüfungsamt Übersetzungen in englischer Sprache ausgegeben.

§ 22 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss einer Modulprüfung wird den Studierenden auf Antrag an das Prüfungsamt Einsicht in die vollständigen Prüfungsakten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens binnen eines Jahres nach Bekanntgabe der Bewertung oder Aushändigung des Zeugnisses zu stellen.

§ 23 Verfahrensvorschriften

- (1) Belastende Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Betroffenen oder dem Betroffenen zuzustellen.
- (2) ¹Gegen Entscheidungen, denen die Bewertung einer Prüfungsleistung zu Grunde liegt, kann die oder der Betroffene binnen eines Monats nach Zustellung des Bescheids schriftlich bei dem nach § 3 zuständigen Organ Widerspruch erheben. ²Über den Widerspruch entscheidet das nach § 3 zuständige Organ.
- (3) ¹Bringt der Prüfling in seinem Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen Bewertungen einer oder eines Prüfenden vor, leitet das nach § 3 zuständige Organ den Widerspruch der oder dem

Prüfenden oder – im Falle der Bestellung von Erst- und Zweitprüfenden – beiden Prüfenden zur Stellungnahme zu. ²Ändert die oder der Prüfende oder ändern die Prüfenden die Bewertung antragsgemäß, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. ³Anderenfalls überprüft der Prüfungsausschuss unter Berücksichtigung der Stellungnahme oder der Stellungnahmen die Bewertung insbesondere darauf, ob

1. das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
 2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
 3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
 4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch bewertet worden ist, oder ob
 5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.
- (4) Über den Widerspruch ist binnen drei Monaten zu entscheiden.
- (5) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

Vierter Teil: Schlussvorschriften

§ 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt nach Genehmigung durch das Präsidium und nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 1. Oktober 2022 in Kraft.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Module des Masterstudiengangs Quantum Engineering

Anlage 1.1: Pflichtmodule

Anlage 1.1.a): Bereich Physik

Anlage 1.1.b): Laborpraktikum Programmierung

Anlage 1.1.c): Seminar

Anlage 1.2: Wahlpflichtmodule

Anlage 1.2.a): Bereich Quantum

Anlage 1.2.b): Bereich Engineering

Anlage 1.2.c): Praktische Anwendung

Anlage 1.2.e): Schlüsselkompetenzen

Anlage 1.3: Wahlmodule -entfällt-

Anlage 1.4: Modul „Masterarbeit und Forschungsphase“

Anlage 2: Prüfungsformen

Anlage 2.1: Definitionen

Anlage 2.2: Glossar

Anlage 3: Ergänzende Regelungen

Anlage 3.1: Melde- und Prüfungszeiträume

Anlage 3.2: Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen

Anlage 3.3: Abweichende Regelungen zu Prüfungsformen der Variante 2

Anlage 4: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit

Anlage 1: Module des Masterstudiengangs Quantum Engineering

Falls nicht anders in der Prüfungsordnung oder im Modulkatalog vermerkt ist, gelten die folgenden Richtwerte für die Dauer von Prüfungen. Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5 - 15 Minuten pro Leistungspunkt dauern. Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1 - 4 Minuten dauern. Diese Richtwerte gelten nicht für Wahlmodule (Anlage 1.3) anderer Fakultäten.

Bei parallel in mehreren Sprachen angebotenen Lehrveranstaltungen dürfen die Studierenden frei wählen, an welcher Veranstaltung sie teilnehmen.

Anlage 1.1.: Pflichtmodule1.1.a Bereich Physik

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Quantenoptik	Vorlesung und Übung Quantenoptik	1		Ü	MP oder K	5
Fortgeschrittene Festkörperphysik	Vorlesung und Übung Fortgeschrittene Festkörperphysik	1		Ü	MP oder K	5
Summe						10

1.1.b Laborpraktikum Programmierung

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Computational Methods, Simulations & Experimental Control	Praktikum	1 u. 2	-	Ü	---	5
Summe						5

1.1.c Seminar

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Seminar	Seminar	ab 1	-	-	VbP	3
Summe						3

Anlage 1.2.: Wahlpflichtmodule

1.2.a Bereich Quantum

Es sind Module im Umfang von 10 - 15 Leistungspunkten zu belegen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Introduction to Nanophysics	Vorlesung und Übung Introduction to Nanophysics	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Quantenstrukturbauelemente	Vorlesung und Übung Quantenstrukturbauelemente	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Quantensensorik	Vorlesung „Optical Clocks“ Vorlesung „Matter-Waveinterferometry“	1 o. 2		---	MP oder K	5
Nichtlineare Optik	Vorlesung und Übung Nichtlineare Optik	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Photonik	Vorlesung und Übung Photonik	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Computational Photonics	Vorlesung und Übung Computational Photonics	1 o. 2		Ü	MP oder K	6
Applied photonic quantum technologies	Vorlesung Applied photonic quantum technologies	1 o. 2		---	MP oder K	5
Nichtklassisches Licht und Nichtklassische Laserinterferometrie	Vorlesung „Nichtklassisches Licht“ Vorlesung „Nichtklassische Laserinterferometrie“	1 o. 2		---	MP oder K	5
Optische Experimente und ihre Kontrolle	Vorlesung „Laserstabilisierung und Kontrolle optischer Experimente“ Vorlesung „Elektronische Metrologie im Optiklabor“	1 o. 2		---	MP oder K	5
Quantendynamik und theoretische Quantenoptik	Vorlesung „Theoretische Quantenoptik“ Seminar „Quantendynamik“	1 o. 2		1 SL	MP oder K	5
Atomoptik	Vorlesung und Übung Atomoptik	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Nichtklassische Atomoptik	Vorlesung und Übung Nichtklassische Atomoptik	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Experimental Atomic Physics	Vorlesung und Übung Experimental Atomic Physics	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Computerphysik	Vorlesung und Übung Computerphysik	1 o. 2		Ü	MP oder K	6
Fortgeschrittene Computerphysik	Vorlesung und Übung Fortgeschrittene Computerphysik	1 o. 2		Ü	MP oder K	8
Quantencomputing	Vorlesung und Übung Quantencomputing	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Single Photon Sources – from basics to applications	Vorlesung und Übung Single Photon Sources	1 o. 2		Ü	MP oder K	5
Summe						10-15

1.2.b Bereich Engineering

Es sind Module im Umfang von 10 -15 Leistungspunkten zu belegen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Optoelektronik	Vorlesung Übung	1 o. 2	---	---	MP 30 oder K 90	5
Advanced Electronic Devices	Vorlesung Übung	1 o. 2	---	---	MP 30 oder K 90	5
Advanced Quantum Technologies for Engineers	Vorlesung Übung	1 o. 2	---	---	MP 30 oder K 120	5
Aufbau und Verbindungstechnik in der Elektronik	Vorlesung Übung	1 o. 2	---	---	MP 30	5
Grundlagen der Nanooptik	Vorlesung Übung	1 o. 2	---	---	MP 30 oder K 120	5
Integrierte Schaltungen	Vorlesung Übung	1 o. 2	---	1 SL	MP 20	5
Nanoelektronik	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 120	5
Numerische Analyse von Strahlungsphänomenen	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 60	5
Optische Nachrichtentechnik	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 120	6
THz-Systemtechnik / THz-Photonik	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 90	5
Elektro-Magnetische Theorie für die Hochfrequenztechnik	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 90 oder HA oder VbP	6
Informationstheorie	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 90	5
Antennen und Strahlungsfelder	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 90 oder HA	6
Lineare Mikrowellenschaltungen mit Praktikum	Vorlesung Übung Praktikum	1 o. 2		---	MP 30 oder K 90 oder HA oder VbP	6
Digitale Messdatenverarbeitung mit Mikrorechnern mit Praxis	Vorlesung Übung und Praxisanteil	1 o. 2		---	MP 30 oder K 120	6
Digitale Schaltungen	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 150	5
Grundlagen der Digitalen Signalverarbeitung	Vorlesung Übung	1 o. 2		---	MP 30 oder K 120	5
Summe						10-15

1.2.c Praktische Anwendung

Eines der Module muss belegt werden. Für die Dauer des Industriepraktikums sind 8 Wochen vorgesehen, die mit 8 LP vergütet werden. Wird das Industriepraktikum auf 12 Wochen verlängert, werden 13 LP vergeben.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Projektarbeit	Laborpraxis	2		---	VbP oder PJ	8
Quanten-Industriepraktikum A	Praxis	2		---	VbP	13
Quanten-Industriepraktikum B	Praxis	2		---	VbP	8
Summe						8 o. 13

1.2.d Schlüsselkompetenzen

Es müssen insgesamt 4 LP erbracht werden. Veranstaltungen zur Schlüsselkompetenz können gewählt werden:

- a) aus dem Angebot des Leibniz Language Centre, des Zentrums für Schlüsselkompetenzen oder entsprechend ausgewiesenen Angeboten der Fakultäten; oder
- b) auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ aus dem Angebot der Computerkurse der Informatik und der Leibniz Universität IT Services oder alternativen Angeboten von Computerkursen.

Es müssen andere Veranstaltungen belegt werden als im Bachelorstudium.

Falls vom anbietenden Bereich keine Studienleistung angeboten wird, muss ersatzweise als Studienleistung eine unbenotete Prüfungsleistung absolviert werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Schlüsselkompetenzen	Lehrveranstaltung	ab 1		1 SL pro Lehrveranstaltung	---	4
Summe						4

Anlage 1.3.: Wahlmodule -entfällt-

Anlage 1.4.: Masterarbeit und Forschungsphase

Das Modul Masterarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Masterarbeit	-	3, 4	40 LP	-	MA	30

Der Vortrag der Forschungsphase sollte sich auf den Inhalt der Masterarbeit beziehen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Forschungspraktikum/ Projektplanung		3,4		1 SL	VbP	30

Anlage 2: Prüfungsformen

Anlage 2.1: Definitionen

Bachelorarbeit (BA)

Das Modul Bachelorarbeit besteht aus der Bachelorarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder Studienleistung entsprechend der (fachspezifischen) Anlage.

Hausarbeit (HA)

Eine Hausarbeit ist eine selbstständig verfasste schriftliche Arbeit einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung.

Klausur (K)

Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht.

Klausur mit Antwortwahlverfahren (KA)

¹Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht. ²Klausuren können in Teilen nach dem Antwortwahlverfahren (z. B. Single-Choice, Multiple-Choice) durchgeführt werden. ³Bei der Aufstellung der Prüfungsfragen und Antworten ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. ⁴Bei Prüfungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren sind die Prüfungsfragen und Antworten im Vorfeld von zwei Prüfungsberechtigten auf Fehler, Konsistenz des Inhalts und Angemessenheit zu überprüfen. ⁵Ergibt eine spätere Überprüfung der Prüfungsfragen, dass einzelne Prüfungsaufgaben offensichtlich fehlerhaft sind, gelten sie als nicht gestellt. ⁶Bei der Bewertung ist von der um die fehlerhaften Fragen verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. ⁷Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil eines Prüflings auswirken.

Masterarbeit (MA)

Das Modul Masterarbeit besteht aus der Masterarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder einer Studienleistung entsprechend der (fachspezifischen) Anlage.

Mündliche Prüfung (MP)

¹Die mündliche Prüfung findet nichtöffentlich in Gegenwart einer oder eines Beisitzenden statt, die oder der selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei mündlichen Prüfungen zuzulassen. ⁴Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Praktikumsbericht (PB)

¹Ein Praktikumsbericht ist eine schriftliche Ausarbeitung zu einem Praktikum, das außerhalb fester Melde- und Prüfungszeiträume und individuell geregelt bei einer externen oder internen Einrichtung stattfindet. ²Themen sind zum Beispiel Vorbereitung und Durchführung des Praktikums sowie die kritische Reflexion zu einem vorgegebenen Thema.

Projektorientierte Prüfungsform (PJ)

¹Eine Projektorientierte Prüfungsform ist die Bearbeitung einer gegebenen fachspezifischen oder fächerübergreifenden Fragestellung in theoretischer, empirischer, experimenteller, konstruktiver, entwerferischer, künstlerisch-praktischer oder dokumentarischer Form. ²Die Ergebnisse werden in einer schriftlichen und/oder planerischen und/oder künstlerischen und/oder elektronischen Ausarbeitung dargestellt. ³Die oder der Prüfende kann eine Präsentation mit anschließender Diskussion verlangen. ⁴Der Bearbeitungsumfang wird in Anlage 1 (in Monaten oder Zeitstunden) verbindlich festgelegt.

Sportpraktische Präsentation (SP)

¹Eine sportpraktische Präsentation beinhaltet eine oder mehrere Aufgaben zum Nachweis der Demonstrations- und Bewegungskompetenz im Fach Sport. ²Dabei können z.B. sportartspezifische Techniken und Taktiken, koordinativ-rhythmische, -technische oder konditionelle Grundlagen sowie die situative Spiel- bzw. Handlungsfähigkeit bewertet werden. ³Die jeweilige Form wird in Absprache festgelegt. ⁴Die sportpraktische Präsentation findet vor einer prüfenden sowie einer sachkundigen beisitzenden Person statt. ⁵Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁶Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, können als Zuhörende bei Sportpraktischen Präsentationen zugelassen werden. ⁷Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁸Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 6 auszuschließen.

Studienarbeit (ST)

¹Eine Studienarbeit umfasst die Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung in theoretischer, experimenteller oder konstruktiver Hinsicht sowie die Darstellung und Erläuterung der erarbeiteten Lösungen in einer für die berufliche Tätigkeit üblichen Weise. ²Der Bearbeitungsumfang wird in der Anlage (in Monaten oder Zeitstunden) verbindlich festgelegt. ³Es gelten die Regelungen gemäß § 5 der Prüfungsordnung. ⁴Das Thema der Studienarbeit wird von der oder dem Prüfenden nach Anhörung des Prüflings festgelegt. ⁵Die Ausgabe des Themas erfolgt über das nach § 3 zuständige Organ oder die vom nach § 3 zuständigen Organ beauftragte Stelle; die Ausgabe ist aktenkundig zu machen. ⁶Die Aufgabenstellung und ein vom Prüfling zu erstellender Bearbeitungszeitplan müssen mit der Ausgabe des Themas festliegen. ⁷Während der Anfertigung der Arbeit wird die zu prüfende Person von der oder dem Prüfenden, gegebenenfalls im Einvernehmen mit einer von der oder dem Prüfenden benannten Person, betreut. ⁸Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Ablieferung der Studienarbeit beträgt sechs Monate. ⁹Das Thema einer Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten acht Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ¹⁰Die Arbeit ist fristgemäß in zweifacher Ausfertigung bei der vom nach § 3 zuständigen Organ benannten Stelle abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. ¹¹Bei der Bewertung kann auch der Verlauf der Bearbeitung berücksichtigt werden.

Veranstaltungsbegleitende Prüfung (VbP)

¹Eine Veranstaltungsbegleitende Prüfung (VbP) befasst sich mit einer Fragestellung zu einer konkreten Lehrveranstaltung und wird semesterbegleitend zu dieser abgenommen. ²Eine VbP kann aus mehreren Teilprüfungen bestehen, die Anzahl ist auf vier Teilprüfungen zu begrenzen. ³Die konkrete Prüfungsform einer VbP wird von der oder dem Prüfenden spätestens vor dem 15.10. für das Wintersemester beziehungsweise vor dem 15.04. für das Sommersemester mindestens für den Zeitraum des betreffenden Semesters festgelegt und kommuniziert. ⁴An Veranstaltungen und Module in denen eine VbP als Prüfungsform benannt ist, können nur dann Voraussetzungsprüfungen geknüpft werden, wenn das jeweilige Studiendekanat sicherstellen kann, dass die Bewertung desjenigen Moduls, welches Voraussetzung ist, zum Meldezeitraum der VbP abgeschlossen ist. ⁵Die gesonderten Melde- und Prüfungszeiträume für die Prüfungen der VbP sind der Anlage 3.1. der Prüfungsordnung zu entnehmen.

⁶Eine VbP kann aus den aufgeführten Prüfungsformen angeboten werden:

Ausarbeitung (AA)

¹Ausarbeitungen sind selbstständige, wissenschaftliche Arbeiten zu einem vorgegebenen Thema. ²Sie beinhalten Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung. ³Als Ausarbeitung gelten Berichte und/oder Protokolle über Exkursionen, Praktika und Projekte.

Dokumentation (DO)

¹Eine Dokumentation umfasst die Aufbereitung und Darstellung eines künstlerischen, kognitiven oder handlungsorientierten Prozesses. ²Dokumentationen können Berichte und Planwerke sein, die der fachlichen Praxis entsprechen. ³Ein Rahmen für die Seitenzahl oder die Anzahl der Pläne beziehungsweise Entwurfsblätter kann durch die Prüfenden zu Beginn der Prüfung festgelegt werden und ist von der Aufgabe abhängig. ⁴Weitere Materialien können dem Bericht als Anlagen beigefügt werden.

Essay (ES)

¹Ein Essay ist eine kritische Auseinandersetzung mit einer literarischen und/oder wissenschaftlichen Frage in schriftlicher Form. ²Ein Gegenstand wird im größeren Gesamtzusammenhang entsprechend den üblichen akademischen Standards diskutiert und wissenschaftliche Positionen kritisch beurteilt beziehungsweise analysiert.

Kolloquium (KO)

¹Das Kolloquium umfasst einen Vortrag mit anschließender Diskussion über Fragestellung, Methoden und Ergebnisse der Arbeit. ²Im Kolloquium soll die/der zu Prüfende nachweisen, dass sie/er die Fertigkeit beherrscht, in einer wissenschaftlich-kritischen Diskussion ihren/seinen Standpunkt zu verteidigen. ³Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten ⁴Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, können als Zuhörende bei Kolloquien zugelassen werden. ⁵Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁶Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 4 auszuschließen.

Kurzarbeit (KU)

¹Eine Kurzarbeit als Prüfungsleistung wird schriftlich unter Aufsicht während einer festgesetzten Zeit durchgeführt. Entsprechend der Vorgaben der oder des Prüfenden ist es notwendig, dass ein bestimmter Anteil der gestellten Aufgaben zum Bestehen der Kurzarbeit erfolgreich gelöst wird.

Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation (KW)

¹Eine Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation beruht auf der Wechselwirkung zwischen künstlerischen Prozessen und wissenschaftlicher Auseinandersetzung, welche in einem künstlerischen Projekt aufbereitet und in angemessener Form dargestellt werden. ²Die in der Präsentation enthaltenen bildlichen und sprachlichen Argumentations- und Interpretationslinien werden entweder in einem mündlichen Vortrag mit Diskussion erörtert oder in einer Hausarbeit erläutert. ³Eine künstlerisch Wissenschaftliche Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ⁴Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁵Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei Künstlerisch-Wissenschaftlichen Präsentationen zuzulassen. ⁶Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁷Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 5 auszuschließen.

Laborübung (LÜ)

¹Eine Laborübung besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen oder Programmieraufgaben mit schriftlichen Ausarbeitungen (Versuchsprotokolle). ²In der Regel erläutern die Studierenden ihre praktische Tätigkeit, interpretieren die Resultate und setzen sie in einen fachwissenschaftlichen Bezug.

Modell (MO)

¹Modelle erweitern die zweidimensionale entwerferische oder planerische Arbeit und dienen der räumlichen Verdeutlichung sowie Klärung einer Planung. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Schwerpunkt in verschiedenen Maßstäben erstellt.

Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe (ME)

In der „musikalischen Erarbeitung in einer Lerngruppe“ soll die Fähigkeit gezeigt werden, pädagogisch-praktische Fertigkeiten (insbesondere schulpraktisches Musizieren) in einer Schulklasse oder auch einer kleineren Gruppe methodisch und didaktisch angemessen anzuwenden.

Musikpraktische Präsentation (MU)

¹Eine Musikpraktische Präsentation findet vor zwei Prüfenden oder einer oder einem Prüfenden sowie einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei Musikpraktischen Präsentationen zuzulassen. ⁴Die erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Musikpädagogisch-Praktische Präsentation (MK)

Eine Musikpädagogisch-praktische Präsentation geht aus einem musikpädagogischen Seminar hervor und umfasst eine musikalische Darbietung von Schülerinnen und Schülern.

Portfolio (PF)

¹Ein Portfolio dokumentiert den Lernprozess zu bestimmten Fragestellungen oder Aufgaben, die von den Prüfenden zu Veranstaltungsbeginn festgelegt werden. ²Die systematische Selbstreflexion erfolgt veranstaltungsbegleitend beziehungsweise retrospektiv und kann je nach Absprache die Zusammenstellung diverser Materialien in einer Sammelmappe umfassen. ³Optional ist ein ergänzendes Gespräch über das Portfolio möglich. ⁴Dieses Gespräch ist wie das Portfolio selbst kompetenzorientiert.

Pädagogisch orientiertes Konzert (PK)

¹Das pädagogisch orientierte Konzert ist eine Leistung mit Bezug auf das künstlerische Hauptfach, in der die pädagogische Ausrichtung (gegebenenfalls im Sinne zeitgemäßer Konzertpädagogik) in der Ausführung und Darstellung/Aufführung eine gewichtige Rolle spielt. ²Es wird im Regelfall in einer schulischen Lerngruppe präsentiert.

Präsentation (PR)

¹Eine Präsentation ist die eigenständige und vertiefende Auseinandersetzung mit einem vorgegebenen Thema aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung. ²Die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse erfolgt im mündlichen Vortrag und/oder mit Hilfe elektronischer und anderer Medien sowie in einer anschließenden Diskussion. ³Eine schriftliche Ausarbeitung kann von der oder dem Prüfenden verlangt werden. ⁴Die Form und die Dauer der Präsentation wird von der oder dem Prüfenden festgelegt, sofern nicht durch die (fachspezifische) Anlage geregelt.

Praxisprüfung (PP)

¹Eine Praxisprüfung beinhaltet eine oder mehrere Aufgaben zum Nachweis der Bewegungskompetenz im Fach Sport. ²Dabei können z.B. sportartspezifische Techniken und Taktiken, koordinativ-rhythmische, -technische oder konditionelle Grundlagen sowie die situative Spiel- bzw. Handlungsfähigkeit bewertet werden. ³Die jeweilige Form wird in Absprache festgelegt. ⁴Die unbenotete Praxisprüfung wird durch eine prüfende Person abgenommen und erfolgt semesterbegleitend.

Projektarbeit (P)

¹Eine Projektarbeit ist die Bearbeitung einer gegebenen fachspezifischen oder fächerübergreifenden Fragestellung in theoretischer, empirischer, experimenteller, konstruktiver, entwerferischer, künstlerisch-praktischer oder dokumentarischer Form. ²Die Ergebnisse werden in einer schriftlichen und/oder planerischen und/oder künstlerischen und/oder elektronischen Ausarbeitung dargestellt. ³Die/der Prüfende kann eine Präsentation mit anschließender Diskussion verlangen.

Seminarleistung (SE)

Eine Seminarleistung umfasst eine Hausarbeit und kann nach Maßgabe der Prüferin oder des Prüfers mit einem Vortrag und mit anschließender Diskussion verbunden sein.

Theaterpraktische Präsentation (TP)

¹Eine Theaterpraktische Präsentation ist die Darstellung theaterpraktischer Arbeit in prozesshafter oder produktorientierter Form vor Zuschauern. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei Theaterpraktischen Präsentationen zuzulassen. ⁴Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Übung (Ü)

¹Eine Übung als Prüfungsleistung wird unter Aufsicht während einer festgesetzten Übungszeit innerhalb des Vorlesungsplans durchgeführt. ²Zum Bestehen muss ein bestimmter Anteil der Übungsaufgaben gemäß der Vorgabe der beziehungsweise des Prüfenden gelöst werden.

Unterrichtsgestaltung (U)

¹Eine Unterrichtsgestaltung umfasst die selbstständige Planung und Durchführung einer Unterrichtsstunde im Rahmen eines Fachpraktikums an einer Förderschule oder in einem inklusiven Setting. ²Die Unterrichtsstunde wird von einer Mentorin beziehungsweise einem Mentor sowie vom Seminarleiter beziehungsweise von der Seminarleiterin des Vorbereitungsseminars begutachtet und bewertet.

Zeichnerische Darstellung (ZD)

¹Zeichnerische Darstellungen erläutern, klären und präsentieren die entwerferische sowie planerische Arbeit. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Themenschwerpunkt in verschiedenen Maßstäben und Techniken erstellt.

Anlage 2.2: Glossar der Prüfungsleistungen

BA	Bachelorarbeit
HA	Hausarbeit
K	Klausur
KA	Klausur mit Antwortwahlverfahren
MA	Masterarbeit
MP	Mündliche Prüfung
PB	Praktikumsbericht
PJ	Projektorientierte Prüfungsform
SP	Sportpraktische Präsentation
ST	Studienarbeit
VbP	Veranstaltungsbegleitende Prüfung
AA	Ausarbeitung
DO	Dokumentation
ES	Essay
KO	Kolloquium
KU	Kurzarbeit
KW	Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation
LÜ	Laborübung
MO	Modell
ME	Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe
MU	Musikpraktische Präsentation
MK	Musikpädagogisch-Praktische Präsentation
PF	Portfolio
PK	Pädagogisch orientiertes Konzert
PR	Präsentation
PP	Praxisprüfung
P	Projektarbeit
SE	Seminarleistung
TP	Theaterpraktische Präsentation
Ü	Übung
U	Unterrichtsgestaltung
ZD	Zeichnerische Darstellung

Anlage 3: Ergänzende Regelungen

Anlage 3.1: Melde- und Prüfungszeiträume

¹Das nach § 3 zuständige Organ legt die Variante für diesen Studiengang bzw. für die Fächer dieses Studiengangs fest. ²Es ist zwischen Variante 1 (ein Melde-/ ein Prüfungszeitraum) und Variante 2 (zwei Melde-/ zwei Prüfungszeiträume) zu entscheiden.

³Für Module, die in einen anderen Studiengang exportiert werden bzw. als Lehrangebot zur Verfügung gestellt werden, legt der anbietende Studiengang bzw. das nach § 3 zuständige Organ der anbietenden Fakultät die Variante fest, so dass fachfremde Module dieses Studienganges (Lehrimporte) einer abweichenden Variante zugeordnet sein können. ⁴Bachelor- und Masterarbeiten sowie Studienarbeiten können außerhalb der geregelten Zeiträume angemeldet werden. ⁵Praktikumsberichte werden in den je nach gewählter Variante festgelegten Meldezeiträumen angemeldet, diese können jedoch außerhalb der entsprechenden Prüfungszeiträume und im darauffolgenden Semester absolviert werden.

⁶Bei mündlichen Prüfungen ist den Studierenden der Prüfungstermin spätestens 14 Tage vor der Prüfung in geeigneter Weise mitzuteilen.

	Meldezeitraum Sommersemester	Prüfungszeitraum Sommersemester	Meldezeitraum Wintersemester	Prüfungszeitraum Wintersemester
Variante 1				
<i>Zeitraum für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	15.05. – 31.05	15.06. – 14.10.	15.11. – 30.11.	15.12. – 14.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	15.04. – 30.04.	01.05. – 31.08.	15.10. – 31.10	01.11. – 28.02
Variante 2				
<i>Zeitraum I für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	15.05. – 31.05.	15.06. – 31.08.	15.11. – 30.11.	15.12. – 28.02.
<i>Zeitraum II für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	16.09. – 23.09.	24.09. – 14.10.	16.03. – 23.03.	24.03. – 14.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	15.04. – 30.04.	01.05. – 31.08.	15.10. – 31.10.	01.11. – 28.02.

Anlage 3.2: Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen

¹Die Noteneingabe durch die Prüfenden geschieht in Abhängigkeit zu in Anlage 3.1. gewählten Varianten wie folgt:

	Sommersemester	Wintersemester
Variante 1 <i>Zeitraum für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 26.10.	bis zum 26.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	bis zum 15.09.	bis zum 15.03.
Variante 2 <i>Zeitraum I für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 12.09.	bis zum 12.03.
<i>Zeitraum II für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 26.10.	bis zum 26.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	bis zum 15.09.	bis zum 15.03.

²Die Bewertungen der Prüfungsleistungen und die Noteneingabe erfolgt durch die Prüfenden innerhalb der Bewertungsfrist nach § 17 Absatz 1. ³Für Prüfungsleistungen, die zum Ende eines Prüfungszeitraumes stattgefunden haben, steht eine kürzere Bewertungsfrist von wenigstens 12 Tagen zur Verfügung. ⁴Gleiches gilt für Prüfungsleistungen in Form einer VbP.

Anlage 3.3: Abweichende Regelungen zu Prüfungsformen der Variante 2

In der Variante 2 werden Hausarbeiten zwingend im Meldezeitraum I angemeldet, die Prüfungsleistung ist in diesen Fällen nach Maßgabe der oder des Prüfenden spätestens bis zum Ende des Prüfungszeitraumes II zu erbringen.

Anlage 4: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit

Anlage 4 a: Rücktritt wegen Krankheit: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit zur Vorlage beim Prüfungsausschuss (Prüfungen mit Prüfungstermin)

Rücktrittserklärung wegen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit und ärztliches Attest

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Klausur <input type="checkbox"/> mündliche Prüfung <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Prüfungstermin:

Erläuterungen der/des Studierenden zur Prüfungsunfähigkeit:

Es wird empfohlen, zusätzlich zu den Angaben der/des behandelnden Ärztin/Arztes nähere Ausführungen zur Einschränkung zu machen. Bedenken Sie bitte, dass der Prüfungsausschuss nur anhand dieses Formulars in der Lage sein muss, eine Entscheidung zu treffen. *

*Sollte der Platz für Ihre Ausführungen nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein weiteres Blatt als Anlage bei.

Erklärung der/des Studierenden:

1. Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt von der o.g. Prüfung.
2. Die Datenschutzhinweise im Anhang habe ich zur Kenntnis genommen und auch meiner behandelnden Ärztin/meinem behandelnden Arzt zur Kenntnis gegeben.
3. Meine behandelnde Ärztin/mein behandelnder Arzt wird hiermit von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden und ermächtigt, relevante Informationen im Zusammenhang dieses Antrags an die Leibniz Universität weiterzugeben.

Ort, Datum

Unterschrift

Erläuterung für die behandelnde Ärztin/den behandelnden Arzt:

Wenn Studierende aus gesundheitlichen Gründen eine Prüfung versäumen oder von ihr zurücktreten, haben sie ihre krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit glaubhaft zu machen. Dazu benötigen die Studierenden ein ärztliches Attest, das dem Prüfungsausschuss ermöglicht, aufgrund Ihrer Angaben als medizinischer Sachverständiger die Rechtsfrage zu beantworten, ob eine krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Dies erfordert Aussagen zu folgenden Punkten in dem ärztlichen Attest:

- 1. Den gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Prüflings und**
- 2. den sich daraus ergebenden Einschränkungen des Prüflings im Hinblick auf die betroffene Prüfung.**

Bitte beachten:

Eine Diagnose wird explizit nicht abgefragt!

Die pauschale Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit oder Prüfungsunfähigkeit ist nicht ausreichend.

Studierende sind auf Grund ihrer Mitwirkungspflicht grundsätzlich dazu verpflichtet, zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit ihre Beschwerden offenzulegen und hierzu erforderlichenfalls den behandelnden Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung notwendige personenbezogene Daten dürfen für diese Zwecke erhoben werden. (Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO)

Hinweis: Dieses Formular ist ein Muster. Das Attest kann auch formlos erstellt werden, soweit es die beiden oben genannten Punkte erhält.

Erklärung der Ärztin/des Arztes:

- 1. Meine heutige Untersuchung der Patientin/des Patienten _____ hat aus ärztlicher Sicht ergeben, dass folgende gesundheitliche Beeinträchtigungen (z. B. eingeschränkte Motorik der Hand – die Diagnose selbst braucht nicht genannt zu werden) und sich daraus ergebende Einschränkungen im Hinblick auf die betroffene Prüfung vorliegen:

- 2. Die Gesundheitsstörung ist (bitte ankreuzen!)

auf Prüfungsstress zurückzuführen dauerhaft, d.h. auf nicht absehbare Zeit vorübergehend

(Hinweis: Examensängste und Prüfungsstress sind grundsätzlich keine Beeinträchtigung mit Krankheitswert, es sei denn, dass sie den Grad einer psychischen Erkrankung erreichen.)

- 3. Dauer der Krankheit:

von: _____ bis: _____

- 4. Die nachstehenden Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen. (Bitte ankreuzen!)

5. Datum, Unterschrift: _____

Praxisstempel



Anlage 4 b: Verlängerung der Bearbeitungszeit:

Nachweis der Prüfungsunfähigkeit wegen Krankheit zur Vorlage beim Prüfungsausschuss

Verlängerung der Bearbeitungszeit wegen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit und ärztliches Attest

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Bachelorarbeit <input type="checkbox"/> Masterarbeit <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Aktueller Abgabetermin: Gab es bereits eine Verlängerung? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, ursprünglicher Abgabetermin:

Erläuterungen der/des Studierenden zur Prüfungsunfähigkeit:

Es wird empfohlen, zusätzlich zu den Angaben der/des behandelnden Ärztin/Arztes nähere Ausführungen zur Einschränkung zu machen. Bedenken Sie bitte, dass der Prüfungsausschuss nur anhand dieses Formulars in der Lage sein muss, eine Entscheidung zu treffen. *

*Sollte der Platz für Ihre Ausführungen nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein weiteres Blatt als Anlage bei.

Erklärung der/des Studierenden:

1. Hiermit beantrage ich die Verlängerung der Bearbeitungszeit der o.g. Arbeit.
2. Die Datenschutzhinweise im Anhang habe ich zur Kenntnis genommen und auch meiner behandelnden Ärztin/meinem behandelnden Arzt zur Kenntnis gegeben.
3. Meine behandelnde Ärztin/mein behandelnder Arzt wird hiermit von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden und ermächtigt, relevante Informationen im Zusammenhang dieses Antrags an die Leibniz Universität weiterzugeben.

Ort, Datum

Unterschrift

Erläuterung für die behandelnde Ärztin/den behandelnden Arzt:

Wenn Studierende aus gesundheitlichen Gründen eine Prüfung versäumen oder von ihr zurücktreten, haben sie ihre krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit glaubhaft zu machen. Dazu benötigen die Studierenden ein ärztliches Attest, das dem Prüfungsausschuss ermöglicht, aufgrund Ihrer Angaben als medizinischer Sachverständiger die Rechtsfrage zu beantworten, ob eine krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Dies erfordert Aussagen zu folgenden Punkten in dem ärztlichen Attest:

- 1. Den gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Prüflings und
- 2. den sich daraus ergebenden Einschränkungen des Prüflings im Hinblick auf die betroffene Prüfung.

Bitte beachten:

Eine Diagnose wird explizit nicht abgefragt!

Die pauschale Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit oder Prüfungsunfähigkeit ist nicht ausreichend.

Studierende sind auf Grund ihrer Mitwirkungspflicht grundsätzlich dazu verpflichtet, zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit ihre Beschwerden offenzulegen und hierzu erforderlichenfalls den behandelnden Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung notwendige personenbezogene Daten dürfen für diese Zwecke erhoben werden. (Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO)

Hinweis: Dieses Formular ist nur ein Muster. Das Attest kann auch formlos erstellt werden, soweit es die beiden oben genannten Punkte erhält.

Erklärung der Ärztin/des Arztes:

- 1. Meine heutige Untersuchung der Patientin/des Patienten _____ hat aus ärztlicher Sicht ergeben, dass folgende gesundheitliche Beeinträchtigungen (z. B. eingeschränkte Motorik der Hand – die Diagnose selbst braucht nicht genannt zu werden) und sich daraus ergebende Einschränkungen im Hinblick auf die betroffene Prüfung vorliegen:

- 2. Die Gesundheitsstörung ist (bitte ankreuzen!)

auf Prüfungsstress zurückzuführen dauerhaft, d.h. auf nicht absehbare Zeit vorübergehend

(Hinweis: Examensängste und Prüfungsstress sind grundsätzlich keine Beeinträchtigung mit Krankheitswert, es sei denn, dass sie den Grad einer psychischen Erkrankung erreichen.)

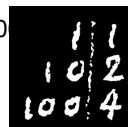
- 3. Dauer der Krankheit:

von: _____ bis: _____

- 4. Die nachstehenden Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen. (Bitte ankreuzen!)

5. Datum, Unterschrift: _____

Praxisstempel



Anlage 4 c: Rücktrittserklärung/Verlängerung der Bearbeitungszeit:
Verlängerung der Bearbeitungszeit aus wichtigen Gründen (nicht krankheitsbedingt)

**Rücktrittserklärung/Verlängerung der Bearbeitungszeit aus wichtigen Gründen
(gem. § 15 Abs. 5 und 6 der Prüfungsordnung)**

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Klausur <input type="checkbox"/> mündliche Prüfung <input type="checkbox"/> Bachelorarbeit <input type="checkbox"/> Masterarbeit <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Prüfungstermin/Aktueller Abgabetermin: Gab es bereits eine Verlängerung? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, ursprünglicher Abgabetermin:

Erklärung der/des Studierenden (Zutreffendes bitte ankreuzen):

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt von der o.g. Prüfung aus wichtigen Gründen.

Hiermit beantrage ich die Verlängerung der Bearbeitungszeit der o.g. Arbeit aus wichtigen Gründen.

Die wichtigen Gründe werden auf Seite 2 ausführlich erläutert, ggf. notwendige Anlagen sind diesem Dokument beigefügt.

Ort, Datum _____
Unterschrift

Ausführliche Erläuterung der für den Rücktritt/die Verlängerung geltend gemachten wichtigen Gründe:

Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten (im Folgenden „Daten“) gemäß den gesetzlichen Vorgaben und möchten dies in transparenter Weise gestalten. Wir informieren Sie hiermit, welche Daten wir verarbeiten, und zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage dies erfolgt. Zudem erhalten Sie Auskunft über Ansprechpartner sowie Ihre Rechte in Zusammenhang mit der Datenverarbeitung.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
vertreten durch den Präsidenten
Welfengarten 1
30167 Hannover

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
- Stabsstelle Datenschutz -
Königswohrter Platz 1
30167 Hannover
E-Mail: datenschutz@uni-hannover.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Wir verarbeiten die in diesem Formular abgefragten Daten für die Wahrnehmung unserer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe, das Verfahren zur Abnahme von Hochschulprüfungen ordnungsgemäß durchzuführen. Insbesondere die Verarbeitung von Gesundheitsdaten ist für die Ausübung des Rechts der/des Studierenden zum Prüfungsrücktritt erforderlich, weil ansonsten nicht festgestellt werden kann, ob die Voraussetzungen für einen wirksamen Prüfungsrücktritt aus triftigen Gründen erfüllt sind. Die Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung ergibt sich aus:

- § 3 S. 1 Nr. 1 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG),
- Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e, Abs. 2 und 3; Art. 9 Abs. 2 Buchstabe f Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i. V. m.
- § 17 Abs. 1 S. 1 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) und
- der jeweils einschlägigen Prüfungsordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover.

Allgemeine Informationen:

Dieses Originalformular einschließlich des beinhalteten ärztlichen Attests wird Bestandteil Ihrer geführten Prüfungsakte. Mit regulärer Aussonderung und Vernichtung Ihrer Prüfungsakte nach Abschluss Ihres Studiums wird dieses Originalformular ebenfalls vernichtet werden. Im Rahmen der weiteren Verfahrensbearbeitung erhalten nur die Angehörigen des Akademischen Prüfungsamtes, die Mitglieder der für die Entscheidung gemäß der einschlägigen Prüfungsordnung zuständigen Prüfungsorgane sowie -soweit erforderlich- Angehörige des Justitiariats der Hochschule Kenntnis von diesem Originalformular und dessen Inhalten. Die Beteiligten sind zur Verschwiegenheit und vertraulichen Behandlung verpflichtet.

Wir möchten Sie darüber informieren, dass die Bereitstellung Ihrer Daten weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben ist. Sofern die Daten nicht bereitgestellt werden, hat dies zur Folge, dass nicht festgestellt werden kann, ob die Voraussetzungen für einen wirksamen Prüfungsrücktritt aus triftigen Gründen erfüllt sind. Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling i. S. d. Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO findet nicht statt.

Ihr Recht auf Widerspruch gem. Art. 21 DSGVO:

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. In diesem Fall verarbeiten wir diese Daten nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige, Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegende Gründe für die Verarbeitung nachweisen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihre weiteren Rechte:

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die Verarbeitung Sie betreffender Daten zu verlangen. Dieses Auskunftsrecht umfasst neben einer Kopie der Daten auch die Zwecke der Datenverarbeitung, die Datenempfänger sowie die Speicherdauer. Sollten unrichtige Daten verarbeitet werden, können Sie von uns unverzüglich die Berichtigung dieser Daten verlangen. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Art. 17 bzw. 18 DSGVO vor, steht Ihnen zudem grundsätzlich das Recht auf unverzügliche Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu.

Bitte beachten Sie, dass eine eingeschränkte Verarbeitung der Daten unter Umständen nicht möglich ist.

Zur Ausübung Ihrer oben genannten Rechte wenden Sie sich bitte - vorrangig an die/den für Ihren Studiengang zuständige/n Sachbearbeiter/in im Akademischen Prüfungsamt - im Übrigen an:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Akademisches Prüfungsamt; Welfengarten 1; 30167 Hannover; E-Mail: studium@uni-hannover.de

Bei weiteren Fragen berät Sie gerne unser Datenschutzbeauftragter.

Mit datenschutzrechtlichen Beschwerden wenden Sie sich bitte an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen; Prinzenstraße 5; 30159 Hannover; E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

Der Fakultätsrat der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 14.07.2022 die nachstehende Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Chemie vom 20.06.2017, in der Fassung der letzten Änderung beschlossen. Das Präsidium hat die Prüfungsordnung am 17.08.2022 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) des Niedersächsischen Hochschulgesetzes genehmigt. Sie tritt nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 01.10.2022 in Kraft.

**Änderung der Prüfungsordnung für den
Masterstudiengang Chemie
an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover vom 20.06.2017,
mit Änderungen vom 17.08.2018, 31.07.2019, 30.07.2020, 31.08.2021 und 05.09.2022**

Die Naturwissenschaftliche Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat gemäß §§ 7 Absatz 3, 44 Absatz 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die folgende, geänderte Prüfungsordnung erlassen:

Übersicht

Erster Teil: Allgemeines

- § 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad
- § 2 Dauer und Gliederung des Studiums
- § 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

Zweiter Teil: Masterprüfung

- § 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung
- § 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende
- § 6 Studien- und Prüfungsleistungen
- § 7 Masterarbeit
- § 8 Bestehen und Nichtbestehen
- § 9 Zusätzliche Module und Prüfungen
- § 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen
- §10a Einstufungsprüfung für Geflüchtete
- § 11 Fernstudium

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

- § 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen
- § 13 Anmeldung
- § 14 Wiederholung
- § 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung
- § 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen
- § 17 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 18 Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 19 Leistungspunkte und Module
- § 20 Gesamtnotenbildung
- § 21 Zeugnisse und Bescheinigungen
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Verfahrensvorschriften

Vierter Teil: Schlussvorschriften

- § 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

Erster Teil: Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

- (1) ¹Die Masterprüfung bildet einen weiteren berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob der Prüfling die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen oder wissenschaftlich-künstlerischen Grundsätzen auf fortgeschrittenem Niveau selbstständig zu arbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse anzuwenden; ferner soll festgestellt werden, ob er, die fachlichen Zusammenhänge des Faches überblickt und die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und Handlungskompetenzen erworben hat.
- (2) Nach bestandener Masterprüfung verleiht die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover den akademischen Grad „Master of Science (M. Sc.)“.
- (3) Der Masterstudiengang Chemie kann mit den Studienschwerpunkten Material und Nanochemie sowie Wirk- und Naturstoffchemie studiert werden. Näheres hierzu ist in der Anlage 1 geregelt.

§ 2 Dauer und Gliederung des Studiums

¹Die Regelstudienzeit beträgt zwei Jahre. ²Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 120 ECTS-Leistungspunkte (Leistungspunkte) zu je 30 Stunden. ³Das Studium gliedert sich in vier Semester.

§ 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

- (1) Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Prüfungsordnung ist der Prüfungsausschuss zuständig, der im Einvernehmen mit der Studiendekanin oder dem Studiendekan durch den Fakultätsrat zur Erledigung dieser Aufgaben eingesetzt wird.
- (2) ¹Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an, und zwar drei Mitglieder aus der Hochschullehrergruppe, ein Mitglied, das die Mitarbeitergruppe vertritt und in der Lehre tätig ist, sowie ein Mitglied der Studierendengruppe. ²Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen benannt. ³Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz, über die der Prüfungsausschuss entscheidet, müssen von Mitgliedern der Hochschullehrergruppe oder habilitierten Mitgliedern ausgeübt werden. ⁴Das studentische Mitglied hat in Bewertungsfragen und bei der Entscheidung über die Anerkennung von Prüfungsleistungen nur beratende Stimme. ⁵Die Studiendekanin oder der Studiendekan kann, falls sie oder er nicht als Mitglied des Prüfungsausschusses benannt wird, an den Sitzungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme teilnehmen.
- (3) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ²Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, soweit die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. ²Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.
- (5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. ²Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt. ³In dieser sind die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse festzuhalten.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen beobachtend teilzunehmen.
- (7) ¹Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz übertragen. ²Der Prüfungsausschuss kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben einer von ihm beauftragten Stelle bedienen. ³Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor, führt sie aus und berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit. ⁴Die Übertragung der Befugnisse auf den Vorsitz oder den stellvertretenden Vorsitz ist für Fälle nach § 18 Absatz 1 ausgeschlossen.
- (8) Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Zweiter Teil: Masterprüfung

§ 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung

- (1) ¹Die Masterprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus Prüfungs- und gegebenenfalls Studienleistungen in Pflichtmodulen, gegebenenfalls Wahlpflichtmodulen, Wahlmodulen und dem Pflichtmodul „Masterarbeit“ nach Anlage 1.
- (2) Die den Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen ergeben sich aus dem Modulkatalog oder dem Vorlesungsverzeichnis.
- (3) entfällt
- (4) ¹Lehr- und Prüfungssprache ist in der Regel Deutsch. ²Nach entsprechender Ankündigung im Modulkatalog kann die Lehr- und Prüfungssprache auch Englisch sein. ³Die Prüfungen können in Absprache oder nach Festlegung durch den beziehungsweise die Prüfende in englischer Sprache abgenommen werden.

§ 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende

¹Das nach § 3 zuständige Organ bestellt für die Module des Studiengangs Mitglieder der Hochschullehrergruppe der Lehreinheit Chemie in der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover als Prüfungsberechtigte sowie die Beisitzenden. ²Das nach § 3 zuständige Organ kann weitere Prüfende bestellen, sofern diese mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ³Soweit sie die Voraussetzungen nach Satz 2 erfüllen, können auch Prüfende bestellt werden, die nicht Mitglieder oder Angehörige der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität sind. ⁴Zur Beisitzerin oder Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation erworben hat. ⁵Die Bestellung von Beisitzenden kann vom § 3 zuständigen Organ auch auf die Prüfenden delegiert werden.

§ 6 Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Studienleistungen sind unbenotete Leistungen, die in einem Modul/einer Lehrveranstaltung vorgesehen werden können, um Kompetenzen einzuüben. ²Die zu erbringenden Studienleistungen werden in Anlage 1 bzw. dem jeweiligen Modulkatalog näher erläutert und von den Lehrenden spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung festgelegt. ³Studienleistungen sollen in der Regel im Rahmen der zugehörigen Lehrveranstaltung erbracht werden.
- (2) Prüfungsleistungen sind die Masterarbeit, Hausarbeiten, Klausuren, Klausuren mit Antwortwahlverfahren, mündliche Prüfungen, Praktikumsberichte, projektorientierte Prüfungsformen, sportpraktische Präsentationen, Studienarbeiten und Veranstaltungsbegleitende Prüfungen. Näheres zu den Prüfungsformen regelt Anlage 2.1.
- (3) ¹Sind nach Anlage 1 in einem Modul alternative Prüfungsformen vorgesehen oder kann eine Prüfungsform durch eine andere ersetzt werden, muss die Ankündigung der Prüfungsform vor dem 15.10. für das Wintersemester beziehungsweise vor dem 15.04. für das Sommersemester erfolgen. ²Gleiches gilt für die Gewichtung der einzelnen Bestandteile, wenn Anlage 1 eine Veranstaltungsbegleitende Prüfung vorsieht.
- (4) Studien- und Prüfungsleistungen können in Form von Gruppenarbeiten abgenommen werden, sofern sich die einzelnen Beiträge aufgrund objektiver Kriterien deutlich abgrenzen und getrennt bewerten lassen.
- (5) Bei der Abgabe von schriftlichen Hausarbeiten (Studien- und Prüfungsleistungen) ist schriftlich zu versichern, dass
 - a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.
- (6) ¹Während des Semesters können in Ergänzung zu den jeweiligen Prüfungsleistungen bis zu fünf kleine Leistungen in Form von Präsentationen oder Kurzarbeiten angeboten werden. ²Die Teilnahme der Studierenden ist freiwillig. ³Hat eine Studentin oder ein Student an einer oder mehreren Leistungen während des Semesters erfolgreich teilgenommen, wird das erreichte Ergebnis bei der Bewertung der Prüfungsleistung als Bonus berücksichtigt. ⁴Der Anteil der Leistung bzw. Leistungen darf maximal zu 20 vom Hun-

dert in die Prüfungsnote eingehen. ⁵Die Anzahl sowie die Bewertung der Leistungen ist von den Prüfenden zu Beginn des Semesters anzugeben. ⁶Die Bestnote für die Prüfungsleistung kann auch ohne die Teilnahme an den Leistungen erreicht werden. ⁷Eine Nichtteilnahme an einzelnen Leistungen bzw. ein Nichtbestehen einzelner Leistungen führt nicht zu einer Verschlechterung der Gesamtbewertung der Prüfungsleistung. ⁸Die ergänzenden Leistungen sind so zu gestalten, dass der innerhalb des jeweiligen Moduls in den Anlagen vorgesehene Zeitaufwand für Präsenz- und Selbststudium (Leistungspunkte) eingehalten wird.

- (7) ¹Testate können ergänzend zur Bewertung einer Prüfungsleistung herangezogen werden. ²Sie sind genau einer Prüfungsleistung zugeordnet und dienen der studienbegleitenden Kontrolle des Lernfortschritts. ³In die Bewertung des Testats können Einzelkriterien wie Hausübungen oder mündliche bzw. schriftliche Kurzprüfungen eingehen. ⁴Testatbewertungen werden nicht explizit im Zeugnis ausgewiesen, sie gehen nach Maßgabe des oder der Prüfenden in die Bewertung der Prüfungsleistung mit einem Gewicht von maximal 25 vom Hundert ein. ⁵Ein Bestehen der Prüfung muss auch ohne Testatbewertung möglich sein. ⁶Erworbene Testatbewertungen können nach Maßgabe des oder der Prüfenden erhalten bleiben, auch wenn die Prüfungsleistung nicht bestanden wurde. ⁷Die Modalitäten zur Durchführung von Testaten und ihre Einbeziehung in die Prüfungsnoten sind von der oder dem zuständigen Prüfenden bis spätestens zu Veranstaltungsbeginn durch Aushang bekannt zu geben.

§ 7 Masterarbeit

- (1) ¹Das Modul Masterarbeit besteht aus der Masterarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder einer Studienleistung entsprechend Anlage 1. ²Die Masterarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem Fach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ³Für das bestandene Modul Masterarbeit werden 30 Leistungspunkte vergeben.
- (2) ¹Das Thema der Masterarbeit muss dem Prüfungszweck (§ 1 Absatz 1 Satz 2) und dem für die Bearbeitung zur Verfügung stehenden Zeitraum nach Absatz 4 angemessen sein. ²Die Themenausgabe darf erst nach erfolgter Zulassung gemäß § 12 Absatz 3 erfolgen.
- (3) ¹Das Thema kann einmal innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ²Eine erneute Anmeldung nach Rückgabe des Themas muss innerhalb von sechs Monaten erfolgen. ³Erfolgt eine Anmeldung nicht innerhalb dieser Frist, wird ein von der Erstprüferin oder dem Erstprüfer festgelegtes Thema mit einer nach Maßgabe von Absatz 4 Satz 1 festgesetzten Bearbeitungsfrist zugestellt. ⁴§ 15 Absatz 4 und 5 gilt entsprechend.
- (4) ¹Die Masterarbeit ist binnen sechs Monaten nach Ausgabe schriftlich und zusätzlich in elektronischer Form abzuliefern. ²Die Masterarbeit soll innerhalb von sechs Wochen, spätestens nach zehn Wochen, von den beiden Prüfenden bewertet werden.
- (5) Bei der Abgabe der Masterarbeit ist schriftlich zu versichern, dass
- a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind, und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.
- (6) ¹Der Ablauf des Prüfungsverfahrens im Modul Masterarbeit ergibt sich aus der Modulbeschreibung im Modulkatalog. ²Beinhaltet das Modul Masterarbeit mehr als eine Prüfungsleistung, setzt sich die Note entsprechend Anlage 1 zusammen.
- (7) ¹Die Masterarbeit ist in deutscher Sprache, nach Maßgabe der Anlage 1 sowie in Absprache mit den Prüfenden auch in englischer Sprache abzufassen. ²Darüber hinaus kann im begründeten Einzelfall die Abfassung in einer anderen Sprache zugelassen werden. ³Über Anträge gemäß Satz 2 beschließt das nach § 3 zuständige Organ spätestens mit der Entscheidung über die Zulassung (§ 12).
- (8) ¹Die Masterarbeit erfolgt an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover an einem an der Masterausbildung beteiligtem Institut. ²Sie darf mit Zustimmung des nach § 3 zuständigen Organs auch an einem anderen Institut oder an einer anderen Hochschule oder Einrichtung außerhalb der Hochschule angefertigt werden. ³Wird die beziehungsweise der externe Betreuende gemäß § 5 als Prüferin beziehungsweise Prüfer bestellt, muss die Arbeit durch eine Prüfungsberechtigte oder einen Prüfungsberechtigten aus der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover betreut werden. ⁴Wird die beziehungsweise der externe Betreuende nicht als Prüferin beziehungsweise Prüfer bestellt, wird die Masterarbeit von einer oder einem Prüfungsberechtigten aus der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover bewertet.

§ 8 Bestehen und Nichtbestehen der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn die Module, die in § 4 in Verbindung mit Anlage 1 genannt werden, bestanden worden sind und mindestens 120 ECTS-Leistungspunkte erworben wurden.
- (2) ¹Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung, die nach § 4 erforderlich ist, gemäß § 14 nicht mehr möglich ist. ²Über die endgültig nicht bestandene Masterprüfung ergeht ein schriftlicher Bescheid.

§ 9 Zusätzliche Module und Prüfungen

- (1) ¹Studierende können sich über die in Anlage 1 genannten Prüfungsleistungen hinaus weiteren als den für die Erreichung der Mindestleistungspunktzahl erforderlichen Prüfungen dieses Studiengangs unterziehen (Zusatzprüfungen). ²Gleiches gilt für zusätzlich absolvierte Module dieses Studiengangs (Zusatzmodule). ³Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ können auch Prüfungen und Module außerhalb des Studiengangs absolviert werden, wenn die Zustimmung der oder des Prüfenden vorliegt.
- (2) Die Ergebnisse von Zusatzprüfungen sowie von Zusatzmodulen werden auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ in die Abschlussdokumente und die sonstigen Dokumente gemäß § 21 aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Bereits erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen können unter den nachfolgend bestimmten Voraussetzungen anerkannt werden. ²Anträge auf Anerkennung sollen zu Beginn des Studiums gestellt werden. ³Der Antrag ist an das nach § 3 zuständige Organ zu richten. ⁴Über den Antrag ist in der Regel binnen sechs Wochen zu entscheiden. ⁵Die Frist beginnt mit dem Vorliegen aller für die Entscheidung erforderlichen Unterlagen. ⁶Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen eines Studiums an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität erbracht wurden, werden von Amts wegen anerkannt.
- (2) ¹Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer Hochschule im In- oder Ausland erbracht wurden, werden nach Maßgabe des Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region von 11. April 1997 (Lissaboner Konvention) anerkannt, wenn keine wesentlichen Unterschiede zu den nach dieser Prüfungsordnung zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen bestehen. ²Im Zweifel sind Stellungnahmen der oder des Prüfenden, eines Mitglieds der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität, das nach § 5 in dem Modul, für das die Anerkennung beantragt wird, prüfungsberechtigt ist, oder der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen einzuholen. ³Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ⁴Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen zur Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (3) ¹Außerhalb des Studiums erworbene berufliche Kompetenzen werden in einem Umfang von bis zu 50 vom Hundert der nach § 2 erforderlichen Leistungspunkte anerkannt, wenn sie gleichwertig sind. ²Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ³Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen für die Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität. ⁴Das Verfahren der pauschalen Anerkennung richtet sich nach der Anrechnungsleitlinie der Naturwissenschaftlichen Fakultät.
- (4) ¹Für anerkannte Prüfungsleistungen werden die Noten übernommen oder bei abweichender Notenskala umgerechnet, die darauf entfallenden Studienzeiten anerkannt und Leistungspunkte entsprechend Anlage 1 vergeben. ²Bei unvergleichbaren Notensystemen bleibt die Prüfungsleistung unbenotet, dies gilt insbesondere im Fall des Absatz 3 Satz 1. ³Die Anerkennung wird in den Abschlussunterlagen gekennzeichnet.
- (5) Die Entscheidung über die Anerkennung oder Nichtanerkennung ist der Antragstellerin oder dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen; § 23 Absatz 1 ist zu beachten.

§ 10 a Einstufungsprüfung für Geflüchtete

Kenntnisse und Fähigkeiten, die nach Maßgabe der Prüfungsordnung für den Abschluss des Studiums erforderlich sind, können von Personen, die glaubhaft gemacht haben, dass sie fluchtbedingt den Nachweis von bereits absolvierten Studienzeiten und Prüfungsleistungen nicht erbringen können, in einer besonderen Einstufungsprüfung nachgewiesen und auf Module angerechnet werden.

§ 11 Fernstudium

Durch Beschluss des nach § 3 zuständigen Organs können ausgewählte Module auch als Fernstudienmodule angeboten werden.

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

§ 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen

- (1) ¹Für Prüfungen in Masterstudiengängen ist unter Berücksichtigung von Absatz 2 zugelassen, wer in dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover eingeschrieben ist. ²Weitere Zulassungsvoraussetzungen zu einzelnen Prüfungsleistungen sind Anlage 1 zu entnehmen.
- (2) ¹Die Zulassung für Prüfungen in Masterstudiengängen wird versagt, wenn eine Prüfungsleistung in einem Modul, das einem Pflichtmodul dieses Studiengangs gleichsteht, in einem bisherigen Studiengang endgültig nicht bestanden worden ist. ²Endgültig nicht bestandene Prüfungsleistungen in einem Modul, das einem Wahlpflichtmodul des Studiengangs entspricht, für den die Zulassung beantragt wird, können in diesem Studiengang nicht wiederholt werden.
- (3) ¹Zur Masterarbeit muss die Zulassung beantragt werden. ²Die Zulassung zur Masterarbeit setzt voraus, dass die in Anlage 1 aufgeführten Voraussetzungen erfüllt wurden. ³Über Ausnahmen entscheidet bei Vorliegen wichtiger Gründe das nach § 3 zuständige Organ.
- (4) ¹Die Zulassung nach Absatz 3 wird versagt, wenn die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. ²Über die Nichtzulassung erhält der Prüfling einen Bescheid.

§ 13 Anmeldung

¹Für den Antritt zu einer Prüfungsleistung und zur Wiederholung einer Prüfungsleistung ist innerhalb des Zeitraums gem. Anlage 3.1 eine gesonderte Anmeldung erforderlich. ²Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ kann eine Anmeldung in Ausnahmefällen auch außerhalb dieses festgesetzten Zeitraumes zugelassen werden. ³Die Anmeldung/Zulassung zur Masterarbeit impliziert eine Anmeldung zu allen nach Anlage 1 in diesem Modul erforderlichen Prüfungsleistungen.

§ 14 Wiederholung

- (1) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden. ²Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. ³Masterarbeiten sowie Studienarbeiten können abweichend davon nur einmal wiederholt werden. ⁴Begonnene Prüfungsleistungen aus Pflichtmodulen und aus Wahlpflichtmodulen sind zu wiederholen, bis sie bestanden sind oder eine Wiederholung nach Satz 2 oder Satz 3 nicht mehr möglich ist; § 19 Absatz 2 Satz 2 und § 19 Absatz 3 Satz 3 bleiben unberührt. ⁵Als Beginn einer Prüfungsleistung gilt die erste Teilnahme an der Prüfung oder die Ausgabe des Themas. ⁶Nicht bestandene Prüfungsleistungen aus Wahlmodulen müssen nicht wiederholt werden; sie können durch andere Wahlmodule ersetzt werden. ⁷Bei Veranstaltungsbegleitenden Prüfungen müssen im Falle des Nichtbestehens alle Teilprüfungen wiederholt werden.
- (2) ¹Wiederholungen von Prüfungsleistungen können nach Wahl der oder des Prüfenden in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ²Die Bekanntgabe der Prüfungsform muss spätestens zu Beginn der Anmeldefrist (§ 13 Satz 1) erfolgen.
- (3) ¹In der letzten Wiederholung einer Prüfungsleistung darf für eine tatsächlich erbrachte Klausur die Note „nicht ausreichend“ oder bei unbenoteten Klausuren die Bewertung „nicht bestanden“ nur nach einer Ergänzungsprüfung erteilt werden. ²Diese Ergänzungsprüfung, deren Inhalt sich auf den Inhalt der vorausgegangenen Klausur beziehen muss, wird in der Regel innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses abgenommen. ³Wird die Ergänzungsprüfung als mündliche Prüfung durchgeführt, muss an der Prüfung neben der oder dem Prüfenden eine Beisitzerin oder ein Beisitzer teilnehmen. ⁴Eine mündliche Ergänzungsprüfung soll die Dauer von maximal 20 Minuten grundsätzlich nicht überschreiten. ⁵Die Ergänzungsprüfung kann mit Ausnahme einer Klausur auch in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ⁶Nach der Ergänzungsprüfung kann im Falle des Bestehens der Prüfungsleistung nur die Note "ausreichend (4,0)" oder bei unbenoteten Prüfungsleistungen nur die Bewertung „bestanden“ vergeben werden. ⁷Die Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn für die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistung § 18 Anwendung gefunden hat. ⁸Studierende sind nach Bekanntgabe des Ergebnisses der letzten Wiederholungsklausur mindestens drei Wochen vor der Ergänzungsprüfung durch das Prüfungsamt zu dieser zu laden. ⁹§ 15 Absatz 4 und 5 gilt entsprechend.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung

- (1) ¹Eine Abmeldung von einer Klausur (mit oder ohne Antwortwahlverfahren, benotet oder unbenotet), kann bis sieben Kalendertage vor Beginn der Prüfung erfolgen. ²Eine Abmeldung von einer mündlichen Prüfung oder einer sportpraktischen Präsentation kann bis einen Kalendertag vor Beginn der Prüfung erfolgen. ³Die Abmeldung von allen übrigen in der Anlage 2 genannten Prüfungsformen ist bis zum Beginn der Prüfungsleistung möglich. ⁴Ausgenommen hiervon ist eine Themenrückgabe, wenn diese innerhalb der nach § 7 Absatz 3 beziehungsweise für eine Studienarbeit nach Anlage 2 erlaubten Frist erfolgt.
- (2) ¹Als Beginn einer Prüfung gilt bei Prüfungsleistungen mit Abgabeterminen die Ausgabe des Themas. ²Als Beginn einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung gilt entsprechend § 14 Absatz 1 Satz 5 der Beginn des ersten Prüfungsteils. ³Melden sich Studierende vom ersten Prüfungsteil einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung ab, gilt diese Abmeldung für die gesamte Prüfung. ⁴Die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 1 bis 3 ist ohne Angabe von Gründen zulässig.
- (3) ¹Die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 1 ist bei Klausuren online im Prüfungssystem vorzunehmen. ²Bei mündlichen Prüfungen und sportpraktischen Präsentationen ist die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 2 schriftlich, per E-Mail oder in einer von der oder dem Prüfenden festgelegten Form zu erklären. ³Die Form der Abmeldung nach Satz 2 gilt auch für Prüfungsleistungen nach Anlage 2, für die eine Themenausgabe erfolgt.
- (4) ¹Versäumt ein Prüfling den festgesetzten Abgabetermin, tritt er von einer Prüfungsleistung erst nach deren Beginn zurück, erscheint er nicht zum Prüfungstermin einer Klausur, mündlichen Prüfung oder einer sportpraktischen Präsentation oder tritt erst nach Ablauf der in Absatz 1 Satz 1 und 2 definierten Frist zurück, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht bestanden“ bewertet.
- (5) ¹Abweichend von Absatz 4 gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen, wenn für das Versäumnis oder den Rücktritt wichtige Gründe unverzüglich schriftlich gegenüber dem nach § 3 zuständigen Organ angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Im Krankheitsfall ist ein ärztliches und auf Verlangen des nach § 3 zuständigen Organs aus wichtigem Grund ein amtsärztliches Attest vorzulegen. ³Das Attest muss eine Beschreibung der gesundheitlichen Beeinträchtigung sowie eine Aussage über die daraus folgende Beeinträchtigung für die jeweilige Prüfung enthalten. ⁴Hierzu soll das Formular nach Anlage 4 verwendet werden. ⁵Die Entscheidung über die Anerkennung der wichtigen Gründe trifft das nach § 3 zuständige Organ innerhalb von zwei Wochen nach Vorlage des Attestes. ⁶Sätze 2 und 5 gelten entsprechend für die Krankheit und dazu notwendige Betreuung einer oder eines nahen Angehörigen. ⁷Nahe Angehörige sind eigene Kinder, Eltern, Großeltern sowie Ehe- und Lebenspartner und deren Kinder.
- (6) ¹Wird ein wichtiger Grund für das Versäumnis eines Abgabetermins glaubhaft nachgewiesen, kann das nach § 3 zuständige Organ die Bearbeitungsdauer um insgesamt höchstens ein Drittel der vorgesehenen Bearbeitungsdauer verlängern. ²Eine Verlängerung darüber hinaus ist nur in begründeten Einzelfällen zulässig. ³Ist eine weitere Verlängerung der Bearbeitungsdauer unverhältnismäßig, kann das nach § 3 zuständige Organ entscheiden, dass ein neues Thema ausgegeben wird. ⁴Die Prüfungsleistung gilt in diesem Fall als nicht unternommen.

§ 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen

¹Das nach § 3 zuständige Organ ermöglicht Studierenden, die eine länger andauernde gravierende Beeinträchtigung durch amts- oder fachärztliches Attest nachweisen, Prüfungsleistungen in gleichwertiger anderer Form, zu anderen Terminen oder innerhalb anderer Fristen zu erbringen. ²Bei Nachweis anderer wichtiger Gründe, insbesondere in Fällen des Mutterschutzgesetzes und der Elternzeit, ist entsprechend zu verfahren.

§ 17 Bewertung von Prüfungsleistungen

- (1) ¹Prüfungsleistungen werden von den Prüfenden in der Regel binnen eines Monats bewertet, weitere Regelungen ergeben sich aus der Anlage 3.2. ²Prüfungsleistungen werden in der Regel benotet. ³Studienleistungen sowie unbenotete Prüfungsleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. ⁴Bei der Benotung von Prüfungsleistungen sind folgende Notenstufen zu verwenden:
 - 1,0; 1,3 = „sehr gut“ = eine besonders hervorragende Leistung,
 - 1,7; 2,0; 2,3 = „gut“ = eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
 - 2,7; 3,0; 3,3 = „befriedigend“ = eine Leistung, die in jeder Hinsicht den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
 - 3,7; 4,0 = „ausreichend“ = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,
 - 5,0 = „nicht ausreichend“ = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

⁵Eine mit "nicht ausreichend" bewertete Prüfungsleistung ist nicht bestanden.

- (2) ¹Wird eine Prüfungsleistung durch zwei Prüfende bewertet, ist sie nur bestanden, wenn beide Prüfende die Prüfungsleistung mit „bestanden“, „ausreichend“ oder besser bewerten. ²Die Note errechnet sich in diesem Fall aus dem Durchschnitt der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten. ³§ 20 Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.
- (3) ¹Bei einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 werden die einzelnen Teilprüfungsleistungen der Prüfungsleistung entsprechend der Notenstufen gemäß § 17 Absatz 1 bewertet. ²Anhand der vorgegebenen Gewichtung der einzelnen Noten wird die Gesamtnote der Veranstaltungsbegleitenden Prüfung entsprechend § 20 Absatz 3 Satz 1, 2 und 4 gebildet. ³Die Veranstaltungsbegleitende Prüfung ist bestanden, wenn die errechnete Gesamtnote 4,0 oder besser beträgt. Dabei ist es unerheblich, ob einzelne Teilleistungen nicht bestanden wurden.
- (4) ¹Eine nach dem Antwort-Wahl-Verfahren (z.B. Single-Choice oder Multiple-Choice) durchgeführte Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 50 vom Hundert der maximal zu vergebenden Punkte erreicht hat (absolute Bestehensgrenze). ²Abweichend davon wird in den Fällen, in denen der Mittelwert aller Prüfungen abzüglich 18 vom Hundert schlechter ist als die absolute Bestehensgrenze, der so ermittelte Wert als relative Bestehensgrenze festgelegt. ³Zur Ermittlung der einzelnen Prüfungsergebnisse werden die Differenz zwischen der relativen und absoluten Bestehensgrenze bei jedem Prüfling addiert. ⁴Bei Wiederholungsprüfungsleistungen gilt die durchschnittliche Prüfungsleistung der Prüflinge des ersten möglichen Prüfungstermins.
- (5) ¹Hat der Prüfling bei Leistungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nach Absatz 4 erreicht, so lautet die Note
- 1,0 = „sehr gut“, wenn er mindestens 95 vom Hundert,
 - 1,3 = „sehr gut“, wenn er mindestens 90 vom Hundert,
 - 1,7 = „gut“, wenn er mindestens 85 vom Hundert
 - 2,0 = „gut“, wenn er mindestens 80 vom Hundert,
 - 2,3 = „gut“, wenn er mindestens 75 vom Hundert,
 - 2,7 = „befriedigend“, wenn er mindestens 70 vom Hundert,
 - 3,0 = „befriedigend“, wenn er mindestens 65 vom Hundert,
 - 3,3 = „befriedigend“, wenn er mindestens 60, vom Hundert,
 - 3,7 = „ausreichend“, wenn er mindestens 55 vom Hundert, und
 - 4,0 = „ausreichend“ (4,0), wenn er die Mindestzahl
- der zu vergebenden Punkte erreicht hat. ²Hat der Prüfling die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nicht erreicht, lautet die Note „nicht bestanden“.

§ 18 Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) ¹Beim Versuch, das Ergebnis einer Prüfungs- oder Studienleistung durch Täuschung zu beeinflussen, wird die betreffende Leistung mit "nicht bestanden" bewertet. ²Das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel nach Beginn der Leistung ist stets ein Täuschungsversuch. ³Als nicht zugelassene Hilfsmittel gelten auch elektronische Kommunikationsgeräte. ⁴In besonders schwerwiegenden Fällen – insbesondere bei einem wiederholten Verstoß nach Satz 2 oder einem Plagiat – kann das nach § 3 zuständige Organ den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungs- und Studienleistungen ausschließen oder die gesamte Prüfung als endgültig nicht bestanden erklären. ⁵Satz 4 gilt auch bei Verstößen in anderen Studiengängen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität.
- (2) ¹Wer sich eines Ordnungsverstoßes schuldig macht, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht bestanden" bewertet. ²§ 14 bleibt unberührt, soweit es sich nicht um einen Fall des § 18 Absatz 1 Satz 4 handelt.

§ 19 Leistungspunkte für Module

- (1) ¹Die in Anlage 1 aufgeführten Leistungspunkte für ein Modul werden vergeben, wenn die zugehörigen Studienleistungen erbracht und die geforderten Prüfungsleistungen bestanden oder mit „ausreichend“ oder besser benotet wurden. ²Für Module, die nach Anlage 1 in Form von modulübergreifenden Prüfungen abgeprüft werden (Modulgruppe), werden Leistungspunkte erst nach Bestehen der modulübergreifenden Prüfung vergeben.

- (2) ¹Ein Modul ist nach Erwerb aller in Anlage 1 genannten Leistungspunkte bestanden. ²Eine Modulgruppe ist bestanden, wenn alle zur Prüfung gehörenden Module und die modulübergreifende Prüfung bestanden worden sind.
- (3) ¹In Bereichen jenseits der Pflichtmodule nach Anlage 1 können jeweils mehr Module gewählt und abgelegt werden als zur Erlangung der notwendigen Leistungspunkte notwendig sind. ²Die Berechnung der Gesamtnote regeln § 20 Absatz 1 bis Absatz 3. ³Sind die für die Gesamtprüfung erforderlichen Leistungspunkte erreicht und ist die erforderliche Anzahl an Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen bestanden, kann das Prüfungsverfahren in den übrigen begonnenen und noch nicht bestandenen Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen auf Antrag abgebrochen werden.

§ 20 Gesamtnotenbildung

- (1) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 werden die bestandenen und benoteten Pflichtmodule sowie die bestandenen und benoteten Wahlpflicht- und Wahlmodule mit den besten Bewertungen herangezogen, soweit die Studierende oder der Studierende nichts Anderes beantragt hat. ²Die übrigen bestandenen Wahlpflicht- und Wahlmodule werden als Zusatzmodule gemäß § 9 behandelt.
- (2) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 dürfen nur die Noten der Module berücksichtigt werden, die für das Erreichen der Leistungspunkte nach § 4 erforderlich sind. ²Soweit sich durch die Wahl des letzten Moduls, das zum Erreichen der nach § 4 erforderlichen Leistungspunkte notwendig ist, eine geringfügige Überschreitung dieser Punktezahl ergibt, werden die Module bei der Berechnung der Gesamtnote entsprechend Absatz 3 einbezogen.
- (3) ¹Die Gesamtnote der Masterprüfung ist das arithmetische Mittel der Noten aller nach Maßgabe von § 17 Absatz 1 und Absatz 2 benoteten Module. ²Dabei werden, soweit nicht in Anlage 1 besondere Gewichtungen ausgewiesen sind, gewichtend die darin aufgeführten Leistungspunkte verwendet. ³Die Gesamtnote lautet
- bei einem Durchschnitt bis 1,5: „sehr gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5: „gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5: „befriedigend“,
 - bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0: „ausreichend“,
 - bei einem Durchschnitt über 4,0: „nicht bestanden“.
- ⁴Bei der Bildung der Gesamtnote nach Satz 3 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (4) Lautet die Gesamtnote der Masterprüfung 1,2 oder besser und ist die Masterarbeit mit der Note 1,0 bewertet, so wird das Prädikat „mit Auszeichnung“ verliehen und auf den Dokumenten gemäß § 21 vermerkt.
- (5) ¹Die Modulnote wird - sofern in Anlage 1 keine abweichende Regelung vorgesehen ist - als arithmetisches Mittel aus allen zum Modul gehörenden benoteten Prüfungsleistungen gebildet. ²Dabei werden die in den Anlagen ausgewiesenen besonderen Gewichte oder anteiligen Leistungspunkte gewichtend verwendet. ³Ist in Modulen mit mehreren benoteten Prüfungsleistungen kein gesondertes Gewicht ausgewiesen oder eine Aufteilung der Leistungspunkte anteilig auf die Prüfungsleistungen nicht erfolgt, werden die Prüfungsleistungen bei der Bildung der Modulnote gleichgewichtet berücksichtigt. ⁴Entsprechend Absatz 3 Satz 4 wird bei der Modulnote nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. ⁵Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (6) ¹Die Modulnote oder die Modulgruppennote wird entsprechend Absatz 3 aus den Noten der im Rahmen des Moduls oder der Modulgruppe bestandenen benoteten Prüfungsleistungen oder Modulen gebildet.

§ 21 Zeugnisse und Bescheinigungen

- (1) ¹Über die bestandene Masterprüfung werden eine Urkunde über den verliehenen akademischen Grad sowie Abschlussunterlagen ausgestellt. ²Die Abschlussunterlagen bestehen aus einem Zeugnis und einem Verzeichnis der bestandenen Module. ³Ferner erhalten die Studierenden ein Diploma Supplement und eine Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung (Einstufungstabelle) sowie auf Antrag an das Prüfungsamt eine Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA).
- (2) ¹Das Zeugnis gibt, soweit sich aus Anlage 1 in Verbindung mit § 20 Absatz 6 keine zusätzlichen Gliederungsebenen ergeben, die Module und deren Noten, den Titel der Masterarbeit und deren Note sowie die erworbenen Leistungspunkte und die Gesamtnote der Prüfung sowie gegebenenfalls das Prädikat „mit

Auszeichnung“ (§ 20 Absatz 4) an. ²Das Verzeichnis der bestandenen Module (einschließlich des Moduls „Masterarbeit“) weist die zugeordneten Lehrveranstaltungen und Leistungspunkte sowie die Benotung oder Bewertung der Prüfungsleistungen aus. ³Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ⁴Als Tag des Bestehens der Masterprüfung wird auf allen Dokumenten der Tag angegeben, an dem das letzte nach § 20 Absatz 1 für die Berechnung der Gesamtnote relevante Modul erbracht worden ist. ⁵Das Ausstellungsdatum für alle Abschlussdokumente ist das Tagesdatum des Drucks.

- (3) ¹Das Diploma Supplement enthält eine Beschreibung der durch den Studiengang erworbenen Qualifikationen sowie die gemäß § 20 Absatz 3 ermittelte Gesamtnote. ²Absatz 2 Satz 3 bis Satz 5 gelten entsprechend.
- (4) ¹Die Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung wird in Form einer Einstufungstabelle ausgestellt. ²Die Ermittlung basiert auf dem ECTS Users' Guide der Europäischen Kommission in der jeweils geltenden Fassung. ³Das nach § 3 zuständige Organ legt dazu innerhalb der Rahmenvorgaben des Präsidiums die Parameter für die Kohortenbildung fest und stellt sie dem Prüfungsamt zur Verfügung.
- (5) ¹Die Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA) weist die im Zeugnis nach Absatz 2 angegebenen Prüfungsleistungen zusätzlich in folgenden GPA-Notenwertäquivalenten aus:

Note	Notenwertäquivalente
1,0	= 4,0
1,3	= 3,7
1,7	= 3,3
2,0	= 3,0
2,3	= 2,7
2,7	= 2,3
3,0	= 2,0
3,3	= 1,7
3,7	= 1,3
4,0	= 1,0

²Aus den Notenwertäquivalenten dieser Prüfungsleistungen werden gemäß § 20 Absatz 6 Notenwertäquivalente für die Modulnoten gebildet. ³Hierbei wird abweichend von § 20 Absatz 3 auf die erste Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet. ⁴Anhand der Notenwertäquivalente dieser Module wird der GPA gemäß § 20 Absatz 1 und Absatz 2 als Durchschnitt der Notenwertäquivalente ermittelt. ⁵Bei der Bildung der Gesamtnote nach Satz 4 wird auf die erste Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.

- (6) ¹Im Fall des § 8 Absatz 2 sowie bei anderweitigem Ausscheiden aus dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die bestandenen Prüfungsleistungen und Module, deren Bewertungen und die dafür vergebenen Leistungspunkte aufführt. ²Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ³Die Bescheinigung weist gegebenenfalls darauf hin, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.
- (7) ¹Alle in Absatz 1 genannten Dokumente werden in deutscher Sprache ausgestellt. ²Zusätzlich werden vom Prüfungsamt Übersetzungen in englischer Sprache ausgegeben.
- (8) ¹Der Schwerpunkt Material- und Nanochemie wird auf dem Zeugnis vermerkt, wenn Pflichtmodule nach Anlage 1.1b absolviert werden. ²Der Schwerpunkt Wirk- und Naturstoffchemie wird auf dem Zeugnis vermerkt, wenn Pflichtmodule nach Anlage 1.1c absolviert werden.

§ 22 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss einer Modulprüfung wird den Studierenden auf Antrag an das Prüfungsamt Einsicht in die vollständigen Prüfungsakten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens binnen eines Jahres nach Bekanntgabe der Bewertung oder Aushändigung des Zeugnisses zu stellen.

§ 23 Verfahrensvorschriften

- (1) Belastende Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Betroffenen oder dem Betroffenen zuzustellen.
- (2) ¹Gegen Entscheidungen, denen die Bewertung einer Prüfungsleistung zu Grunde liegt, kann die oder der Betroffene binnen eines Monats nach Zustellung des Bescheids schriftlich bei dem nach § 3 zuständigen Organ Widerspruch erheben. ²Über den Widerspruch entscheidet das nach § 3 zuständige Organ.

- (3) ¹Bringt der Prüfling in seinem Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen Bewertungen einer oder eines Prüfenden vor, leitet das nach § 3 zuständige Organ den Widerspruch der oder dem Prüfenden oder – im Falle der Bestellung von Erst- und Zweitprüfenden – beiden Prüfenden zur Stellungnahme zu. ²Ändert die oder der Prüfende oder ändern die Prüfenden die Bewertung antragsgemäß, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. ³Anderenfalls überprüft der Prüfungsausschuss unter Berücksichtigung der Stellungnahme oder der Stellungnahmen die Bewertung insbesondere darauf, ob
1. das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
 2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
 3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
 4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch bewertet worden ist, oder ob
 5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.
- (4) Über den Widerspruch ist binnen drei Monaten zu entscheiden.
- (5) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

Vierter Teil: Schlussvorschriften

§ 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

- (1) Diese Änderung der Prüfungsordnung tritt nach Genehmigung durch das Präsidium und nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 1. Oktober 2022 in Kraft.
- (2) ¹Studierende, die sich an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität in den Masterstudiengang Chemie eingeschrieben haben, unterliegen ab Inkrafttreten den Regelungen dieser Prüfungsordnung. ²Über Ausnahmen in Bezug auf Anlage 1 entscheidet auf begründeten Antrag, der innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung zu stellen ist, das nach § 3 zuständige Organ. ³Gegebenenfalls erforderliche allgemeine Überführungsregeln werden vom nach § 3 zuständigen Organ in Ergänzung zu den Regelungen dieser Prüfungsordnung beschlossen.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Module des Masterstudiengangs Chemie

Anlage 1.1: Pflichtmodule

Anlage 1.1.a: Allgemeine Pflichtmodule

Anlage 1.1.b: Pflichtmodule im Schwerpunkt Material- und Nanochemie

Anlage 1.1.c: Pflichtmodule im Schwerpunkt Wirk- und Naturstoffchemie

Anlage 1.2: Wahlpflichtmodule

Anlage 1.2.a: Wahlpflichtmodule der „Study Line“ Generelle Chemie

Anlage 1.2.b: Allgemeine Wahlpflichtmodule

Anlage 1.3: Entfällt

Anlage 1.4: Modul „Masterarbeit“

Anlage 2: Prüfungsformen

Anlage 2.1: Definitionen

Anlage 2.2: Glossar

Anlage 3: Ergänzende Regelungen

Anlage 3.1: Melde- und Prüfungszeiträume

Anlage 3.2: Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen

Anlage 3.3: Abweichende Regelungen zu Prüfungsformen der Variante 2

Anlage 4: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit

Anlage 1: Module des Masterstudiengangs

Der Master-Studiengang „Chemie“ ist als ein viersemestriger Masterstudiengang konzipiert. Im ersten Semester, das auch als Orientierungsphase aufgefasst werden kann, werden von den beteiligten Instituten fünf Pflichtmodule angeboten, die von allen Studierenden absolviert werden müssen. Mit dem zweiten Semester kann zwischen den Schwerpunkten Material- und Nanochemie (Anlage 1.1.b) und Wirk- und Naturstoffchemie (Anlage 1.1.c) sowie einer „Study Line“ Generelle Chemie (Anlage 1.2a) gewählt werden. Studierende, die den Schwerpunkt Material- und Nanochemie oder Wirk- und Naturstoffchemie gewählt haben, erbringen alle Pflichtmodule der Anlage 1.1.b oder 1.1.c.

Anlage 1.1: Pflichtmodule

1.1.a: Allgemeine Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Anorganische Chemie: Bindung – Struktur – Eigenschaften	Vorlesung (4 SWS)	1	Keine	Keine	Keine	K 120	6
	Übung (1 SWS)						
Katalyse und Reaktionsmechanismen	Vorlesung (4 SWS)	1	Keine	Keine	Keine	K 120	6
	Übung (1 SWS)						
Stereokontrolle in der chemischen Synthese	Vorlesung (2 SWS) Stereokontrolle und asymmetrische Synthese	1	Keine	Keine	Keine	K 120	6
	Übung (1 SWS) Stereokontrolle und asymmetrische Synthese						
	Vorlesung (1 SWS) Einführung in die Heterocyclenchemie						
	Übung (1 SWS) Einführung in die Heterocyclenchemie						
Statistische Modelle und Polymere	Vorlesung (4 SWS)	1	Keine	Keine	Keine	K 120	6
	Übung (1 SWS)						

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Dynamik und Transport	Seminar (1 SWS)	1	Keine	PRDynamik und Transport	Keine	MP 30	6
	Laborübung (4 SWS)			LÜ Dynamik und Transport			
Summe							30

1.1.b: Pflichtmodule im Schwerpunkt Material- und Nanochemie

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Anorganische Materialchemie	Vorlesung (4 SWS) Anorganische Materialchemie	2	Keine	LÜ Festkörpersynthese und Materialpräparation	Keine	MP 30	10
	Seminar (1 SWS) Anorganische Materialchemie						
	Laborübung (4 SWS) Festkörpersynthese und Materialpräparation						
Physikalische Materialchemie	Vorlesung (3 SWS) Physikalische Chemie von Festkörpern und Nanosystemen	2	Keine	LÜ Funktionsprinzipien ausgewählter Festkörpermaterien	Keine	MP 30	10
	Übung (1 SWS) Physikalische Chemie von Festkörpern und Nanosystemen						
	Vorlesung (2 SWS)						

Modul	Lehr-veranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
	Funktionsprinzipien ausgewählter Festkörpermaterialien Laborübung (2 SWS) Funktionsprinzipien ausgewählter Festkörpermaterialien						
Grundlagen der Materialanalytik	Vorlesung (2 SWS)	2	Keine	LÜ Grundlagen der Materialanalytik	Keine	K 120	6
	Laborübung (3 SWS)						
Anorganisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie	Laborübung (10 SWS) Anorganisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie (Experimentelle Arbeiten, Protokoll)	3	Abgeschlossenes Modul: Anorganische Materialchemie	LÜ Anorganisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie	Abgeschlossenes Modul: Anorganische Materialchemie	PB	8

Modul	Lehr-veranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Physikalisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie	Laborübung (10 SWS) Physikalisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie (Experimentelle Arbeiten, Protokoll) Dieses Modul muss in einem anderen AK abgeleistet werden als das Modul Anorganisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie	3	Abgeschlossenes Modul: Physikalische Materialchemie	LÜ Physikalisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie	Abgeschlossenes Modul: Physikalische Materialchemie	PB	8
Aktuelle Aspekte der Materialchemie	Vorlesung (1 SWS) Industrielle Materialchemie	3	Keine	HA Industrielle Materialchemie	Abgeschlossenes Modul: Anorganische Materialchemie oder Physikalische Materialchemie	PB	6
	Seminar (1 SWS) Aktuelle Ergebnisse aus der Materialchemie			Teilnahme an insg. 10 Kolloquien der Material- und Nanochemie			
	Seminar (2 SWS) Entwicklung eines Forschungsprojekts						
Summe							48

1.1.c: Pflichtmodule im Schwerpunkt Wirk- und Naturstoffchemie

Modul	Lehr-veranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen	Vorlesung (2 SWS) Naturstoffsynthese	2	Keine	LÜ Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen	Keine	K 120	10
	Vorlesung (1 SWS) Medizinische Chemie I						
	Übung (1 SWS) Naturstoffchemie und biologische Substanzen						
	Laborübung (9 SWS) Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen						
Biosynthesen und Prozess-technik	Vorlesung (2 SWS) Biogenese von Naturstoffen	2	Keine	LÜ Biogenese von Naturstoffen	Keine	K 120 oder MP 30	10
	Übung (1 SWS) Biogenese von Naturstoffen						
	Laborübung (3 SWS) Biogenese von Naturstoffen			LÜ Bioreaktions-technik und Prozessregelung			
	Vorlesung (2 SWS) Bioreaktions-technik und Prozessregelung						
	Laborübung (2 SWS) Bioreaktions-technik und Prozessregelung						
Naturstoff- und Bioanalytik	Vorlesung (3 SWS)	2	Keine	LÜ	Keine	K 120 oder MP 30	6
	Übung (1 SWS)						

Modul	Lehr-veranstaltungen	Se- mester	Vorausset- zungen für die Zulas- sung zur Labor- übung	Studien- leistung	Vorausset- zungen für die Zulassung zur Modul- prüfung	Prü- fungs- leistung	Leis- tungs- punkte
	Laborübung (3 SWS)			Naturstoff- und Bioana- lytik			
Organisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	Laborübung (10 SWS) Organisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie (Experimentelle Arbeiten, Protokoll)	3	Abgeschlossenes Modul: Naturstoff-chemie und biologisch aktive Substanzen	LÜ Organisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	Abgeschlossenes Modul: Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen	PB	8

Modul	Lehr-veranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Technisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	Laborübung (10 SWS) Technisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie (Experimentelle Arbeiten, Protokoll) Dieses Modul muss in einem anderen AK abgeleistet werden als das Modul Organisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	3	Abgeschlossenes Modul: Biosynthesen und Prozess-technik	LÜ Technisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	Abgeschlossenes Modul: Biosynthesen und Prozess-technik	PB	8
Aktuelle Aspekte der Natur- und Wirkstoffchemie	Vorlesung (2 SWS) Industrielle Wirkstoffchemie 1&2	3	Keine	HA Industrielle Wirkstoffchemie 1	Abgeschlossene Module: Naturstoffchemie, Biosynthese & Prozesstechnik	PB	6
	Seminar (1 SWS) Entwicklung eines Forschungsprojektes & Aktuelle Ergebnisse aus der Natur- und Wirkstoffchemie			HA Industrielle Wirkstoffchemie 2			
				Teilnahme an insg. 5 Vorträgen zur Natur- und Wirkstoffchemie			
Summe							48

Anlage 1.2: Wahlpflichtmodule

Studierende die aus dem Modul „Study Line“ Generelle Chemie gewählt haben, müssen entsprechend der Vorgaben 48 Leistungspunkte aus dem Wahlpflichtmodulen nach Anlage 1.2.a erbringen.

1.2.a: Wahlpflichtmodule der „Study Line“ Generelle Chemie

Modul	Lehr-veranstaltungen	Se- mester	Vorausset- zungen für die Zulas- sung zur Labor- übung	Studien- leistung	Vorausset- zungen für die Zulassung zur Modulprü- fung	Prü- fungs- leistung	Leis- tungs- punkte
Anorganische Materialchemie	Vorlesung (4 SWS) Anorganische Materialchemie	2	Keine	LÜ Festkör- per-syn- these und Material- präpara- tion	Keine	MP 30	10
	Seminar (1 SWS) Anorganische Materialchemie						
	Laborübung (4 SWS) Festkörpersyn- these und Materi- alpräparation						
ODER							
Physikalische Materialchemie	Vorlesung (3 SWS) Physikalische Chemie von Festkörpern und Nanosystemen	2	Keine	LÜ Funktions- prinzipien ausge- wählter Festkör- permateri- alien	Keine	MP 30	10
	Übung (1 SWS) Physikalische Chemie von Festkörpern und Nanosystemen						
	Vorlesung (2 SWS) Funktionsprinzi- pien ausgewähl- ter Festkörper- materialien						
	Laborübung (2 SWS) Funktionsprinzi- pien ausgewähl- ter Festkörper- materialien						

Modul	Lehr-veranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen	Vorlesung (2 SWS) Naturstoffsynthese	2	Keine	LÜ Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen	Keine	K 120	10
	Vorlesung (1 SWS) Medizinische Chemie I						
	Übung (1 SWS) Naturstoffchemie und biologische Substanzen						
	Laborübung (9 SWS) Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen						
ODER							
Biosynthesen und Prozess-technik	Vorlesung (2 SWS) Biogenese von Naturstoffen	2	Keine	LÜ Biogenese von Naturstoffen	Keine	K 120 oder MP 30	10
	Übung (1 SWS) Biogenese von Naturstoffen						
	Laborübung (3 SWS) Biogenese von Naturstoffen			LÜ Bio-reaktions-technik und Prozessregelung			
	Vorlesung (2 SWS) Bioreaktions-technik und Prozessregelung						
	Laborübung (2 SWS) Bioreaktions-technik und Prozessregelung						

Modul	Lehr-veranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagen der Materialanalytik	Vorlesung (2 SWS)	2	Keine	LÜ Grundlagen der Materialanalytik	Keine	K 120	6
	Laborübung (3 SWS)						
Aktuelle Aspekte der Natur- und Wirkstoffchemie	Vorlesung (2 SWS) Industrielle Wirkstoffchemie 1&2	3	Keine	HA Industrielle Wirkstoffchemie 1	Abgeschlossenes Modul: Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen ODER Biosynthese & Prozesstechnik	PB	6
	Seminar (1 SWS) Entwicklung eines Forschungsprojektes & Aktuelle Ergebnisse aus der Natur- und Wirkstoffchemie			HA Industrielle Wirkstoffchemie 2			
				Teilnahme an insg. 5 Vorträgen zur Natur- und Wirkstoffchemie			
ODER							
Naturstoff- und Bioanalytik	Vorlesung (3 SWS)	2	Keine	LÜ Naturstoff- und Bioanalytik	Keine	K 120 oder MP 30	6
	Übung (1 SWS)						
	Laborübung (3 SWS)						
Aktuelle Aspekte der Materialchemie	Vorlesung (1 SWS) Industrielle Materialchemie	3	Keine	HA Industrielle Materialchemie	Abgeschlossenes Modul: Anorganische Materialchemie ODER Physikalische Materialchemie	PB	6
	Seminar (1 SWS) Aktuelle Ergebnisse aus der Materialchemie			Teilnahme an insg. 10 Kolloquien der Material- und Nanochemie			
				Seminar (2 SWS) Entwicklung eines Forschungsprojektes			
2 Module aus							
Anorganisch-chemisches Forschungspraktikum in	Laborübung (10 SWS)	3	Abgeschlossenes Modul:	LÜ Forschungspraktikum	Abgeschlossenes Modul: Anorganische	PB	8

der materialorientierten Chemie	Anorganisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie (Experimentelle Arbeiten, Protokoll)		Anorganische Materialchemie		Materialchemie		
Physikalisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie	Laborübung (10 SWS) Physikalisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie (Experimentelle Arbeiten, Protokoll) Dieses Modul muss in einem anderen AK abgeleistet werden als das Modul Materialorientiertes Forschungspraktikum 1.	3	Abgeschlossenes Modul: Physikalische Materialchemie	LÜ Physikalisch-chemisches Forschungspraktikum in der materialorientierten Chemie	Abgeschlossenes Modul: Physikalische Materialchemie	PB	8
Organisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	Laborübung (10 SWS) Organisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie (Experimentelle Arbeiten, Protokoll)	3	Abgeschlossenes Modul: Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen	LÜ Organisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	Abgeschlossenes Modul: Naturstoffchemie und biologisch aktive Substanzen	PB	8
Technisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	Laborübung (10 SWS) Technisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie (Experimentelle Arbeiten, Protokoll) Dieses Modul muss in einem anderen AK abgeleistet werden als das Modul Forschungspraktikum	3	Abgeschlossenes Modul: Biosynthesen und Prozess-technik	LÜ Technisch-chemisches Forschungspraktikum in der Wirk- und Naturstoffchemie	Abgeschlossenes Modul: Biosynthesen und Prozess-technik	PB	8

	ikum 1 (organisch-chemische Wirk- und Naturstoff-chemie)						
Summe							48

1.2.b: Allgemeine Wahlpflichtmodule

Die allgemeinen Wahlpflichtmodule nach Anlage 1.2.b umfassen vier bis acht Leistungspunkte. Diese Wahlpflichtmodule sind unabhängig vom Schwerpunkt so zu wählen, dass insgesamt mindestens 12 LP erzielt werden und mindestens ein Modul mit Laborübung belegt wird. Es kann kein Modul gewählt werden, was ein zuvor gewähltes Modul als Bestandteil hat. Weitere Wahlpflichtmodule aus dem Angebot der Leibniz Universität Hannover können nach entsprechendem Antrag an das nach § 3 zuständige Organ gewählt werden. Es gelten die unter Anlage 2.2 angeführten Abkürzungen. Über Ausnahmen von den Voraussetzungen für die Zulassung zu Praktika entscheidet die Praktikumsleitung.

Die Module „Grundlagen der Materialanalytik“ und „Aktuelle Aspekte der Natur- und Wirkstoffchemie“ oder „Naturstoff- und Bioanalytik“ und „Aktuelle Aspekte der Materialchemie“ können jeweils nur in Kombination gewählt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Modulprüfung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Advanced Methods for Structure Analysis	Vorlesung Advanced Methods for Structure Analysis (3 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 120 oder MP 30	4
ODER							
Advanced Methods for Structure Analysis mit Laborübung	Vorlesung Advanced Methods for Structure Analysis (3 SWS)	1-3	Keine	LÜ Advanced Methods for Structure Analysis	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Laborübung Advanced Methods for Structure Analysis (4 SWS)						
Biokunststoffe	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	HA	4
	Seminar (1 SWS)						
Biomaterialien und Biomineralisation	Vorlesung (3 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 120 oder MP 30	4
ODER							
Biomaterialien und Biomineralisation mit Laborübung	Vorlesung (3 SWS)	3	Keine	LÜ Biomineralisation und Biomaterialien	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Laborübung (4 SWS)						
Chemische Biologie	Vorlesung (2 SWS)	3	Keine	LÜ Chemische Biologie	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Übung (1 SWS)						
	Laborübung (3 SWS)						

Computational Bioorganic Chemistry**)	Vorlesung (3 SWS)	3	Keine	Ü Compu-tational Bio-Organic Chemistry	Keine	K 120 o-der MP 30	8
	Übung (4 SWS)						
Computational Inorganic Chemistry	Vorlesung (1 SWS)	1-3	Keine	Ü Compu-tational Inor-ganic Chemistry	Keine	K 60	4
	Übung (2 SWS)						
Computational Spectroscopy	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Ü Computati-onal Spectro-scropy	Keine	PR 20	4
	Übung (1 SWS)						
Elektrische, magnetische und optische Eigenschaften von Molekülen und Festkörpern	Vorlesung (2 SWS) Elektrische, mag-netische und op-tische Eigen-schaften von Mo-lekülen und Fest-körpern	3	Keine	LÜ Elektri-sche, mag-netische und opti-sche Ei-genschaf-ten von Molekülen und Fest-körpern am Rech-ner	Keine	MP 30	8
	Übung (1 SWS) Elektrische, mag-netische und op-tische Eigen-schaften von Mo-lekülen und Fest-körpern						
	Laborübung (4 SWS) Elektrische, mag-netische und op-tische Eigen-schaften von Mo-lekülen und Fest-körpern am Rechner						
Elektrochemie für Fortgeschrittene	Vorlesung Elektrochemie für Fortgeschrittene (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	MP 30	4
	Übung Elektrochemie für Fortgeschrittene (1 SWS)						
Elektronen-mikroskopie	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Element-orga-nische Chemie	Vorlesung (2 SWS)	3	Keine		Keine	K 120 o-der MP 30	8
	Übung (1 SWS)						

	Laborübung (4 SWS)			LÜ Elementor- organische Chemie			
Festkörperbil- dung: Mecha- nismen, Analy- tik, Anwendun- gen	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 120 o- der MP 30	4
	Seminar (1 SWS)						
Funktionale Ko- ordinationsver- bindungen der Übergangs-ele- mente	Vorlesung (2 SWS)	3	Keine	Ü Funktio- nale Koor- dinations- verbindun- gen	Keine	K 120 o- der MP 30	8
	Übung (6 SWS) Funktionale Ko- ordinationsver- bindungen						
Funktionale Na- nostrukturen	Seminar (2 SWS)	1-3	Keine	Ü Funktional Nanostruk- turen	Keine	PR	4
	Übung (1 SWS)						
Glycoscience	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 60 o- der MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Heterocyclen	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 60 o- der MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Intermolekulare Wechselwir- kung	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Ü Intermole- kulare Wechsel- wirkung	Keine	MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Klassiker in der Naturstoff-syn- these gestern und heute	Vorlesung (1 SWS) Klassiker in der Naturstoffsyn- these gestern	1-3	Keine	PRKlassi- ker in der Naturstoff- synthese heute	Keine	K 60 o- der MP 30	4
	Seminar (1 SWS) Klassiker in der Naturstoffsyn- these heute						
	Übung (1 SWS) Klassiker in der Naturstoffsyn- these gestern und heute						
Kolloide und Nanoteilchen	Vorlesung (2 SWS)	3	Keine	LÜ Kolloide und Nano- teilchen	Keine	K 60 o- der MP 30	4
	Laborübung (2 SWS)						

Materialien für die Energietechnik*)	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Medizinische Chemie II	Vorlesung (2 SWS)	3	Keine	LÜ Medizinische Chemie II	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Übung (1 SWS)						
	Laborübung (3 SWS)						
Metall-organische Chemie I**)	Vorlesung (2 SWS)	1 o. 3	Keine	LÜ Metall-organische Chemie I	Keine	K 120	8
	Übung (1 SWS)						

	Laborübung (4 SWS)						
Metall-organische Chemie II**)	Vorlesung (2 SWS)	2 o. 4	Keine	Ü Metall-organische Chemie II	Keine	K 60	4
	Übung (1 SWS)						
Molekül-spektroskopie	Vorlesung (2 SWS)	2	Keine	Keine	Keine	MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
ODER							
Molekül-spektroskopie mit Laborübung	Vorlesung (2 SWS)	3	Keine	LÜ Molekül-spektroskopie	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Übung (1 SWS)						
	Laborübung (4 SWS)						
Naturstoff-synthese für Fortgeschrittene	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 60 oder MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
NMR for Biopolymers**)	Vorlesung (3 SWS)	3	Keine	Ü NMR for Biopolymers	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Übung (4 SWS)						
Oberflächenchemie**)	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 60 oder MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Organische Massenspektrometrie	Vorlesung (1 SWS)	1-3	Keine	PROrganische Massenspektrometrie	Keine	K 60 oder MP 30	4
	Seminar (2 SWS)			LÜ Organische Massenspektrometrie			
	Laborübung (1 SWS)						
Organische Synthesepaltung	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Ü Organische Synthesepaltung	Keine	K 60 oder MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Polymere Materialien	Vorlesung (2 SWS) Synthese von	3	Keine	LÜ Polymere Materialien	Keine	K 120 oder MP 30	8

	Polymeren und Polymerkompositen						
	Vorlesung (2 SWS) Polymeranalytik						
	Laborübung (2 SWS) Polymere Materialien						
Praktische Probleme der Kernresonanzspektroskopie	Vorlesung (1 SWS)	2 o. 3	Keine	PR-Praktische Probleme der Kernresonanzspektroskopie	Keine	K 120 oder MP 30	4
	Seminar (1 SWS)			Ü Praktische Probleme der Kernresonanzspektroskopie			
	Übung (2 SWS)						
Quantenchemie	Vorlesung (2 SWS)	2	Keine	Ü Quantenchemie	Keine	K 60	4
	Übung (1 SWS)						
ODER							
Quantenchemie mit Laborübung	Vorlesung (2 SWS) Quantenchemie	3	Keine	LÜ Quantenchemie am Rechner	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Übung (1 SWS) Quantenchemie						
	Laborübung (4 SWS) Quantenchemie am Rechner						
Radiochemie und Radioanalytik I	Vorlesung (2 SWS) Grundlagen der Radioaktivität und des Strahlenschutzes	1-3	Keine	LÜ Radioanalytische Instrumentierung und Messtechnik	Keine	MP 30	4
	Laborübung (2 SWS) Radioanalytische Instrumentierung und Messtechnik						

Radiochemie und Radioanalytik II (mit Möglichkeit zum Fachkunderwerb)	Vorlesung (2 SWS) Strahlenschutz und Radioökologie	3	Abgeschlossenes Modul: Radiochemie und Radioanalytik I	LÜ Radioanalytik	Abgeschlossenes Modul: Radiochemie und Radioanalytik I	MP 30	8
	Vorlesung (2 SWS) Chemische und physikalische Analysemethoden von Radionukliden						
	Laborübung (4 SWS) Radioanalytik						
Reaktionsmechanismen	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	LÜ Reaktionsmechanismen	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Übung (1 SWS)						
	Laborübung (4 SWS)						
Reaktionsmechanismen für Fortgeschrittene	Vorlesung (2 SWS)	3	Keine	Keine	Keine	K 60 oder MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Selforganisation in Chemistry**)	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 60 oder MP 30	4
	Übung (1 SWS)						
Smart Materials: Funktion durch Stimulus-Materie Interaktionen	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	Keine	Keine	K 120 oder MP 30	4
	Seminar (1 SWS)						
ODER							
Smart Materials: Funktion durch Stimulus-Materie Interaktionen mit Laborübung	Vorlesung (2 SWS)	3	Keine	LÜ Smart Materials	Keine	K 120 oder MP 30	8
	Seminar (1 SWS)						
	Laborübung (4 SWS)						
Spezielle Radioanalytik für Weltraum-anwendungen	Vorlesung (1 SWS)	1-3	Keine	Ü	Keine	K 120 oder MP 30	4
	Übung (3 SWS)						
Wirkstoffmechanismen und -darstellung	Vorlesung (2 SWS) Wirkstoffmechanismen und pharmazeutische Eigenschaften		Keine	Keine	Keine	K 120 oder MP 30	8

	Übung (1 SWS) Wirkstoffmechanismen und pharmazeutische Eigenschaften						
	Vorlesung (2 SWS) Bioproszesstechnik						
	Seminar (1 SWS) Bioproszesstechnik						
Zeitaufgelöste Spektroskopie an Nanomaterialien	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	LÜ Zeitaufgelöste Spektroskopie an Nanomaterialien	Keine	K 60 oder MP 30	4
	Laborübung (2 SWS)						
Aktuelle Aspekte der Chemie	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	PRAktuelle Aspekte der Chemie	Keine	K 60 oder MP 30 oder PR 20	4
	Seminar (1 SWS)						
Aktuelle Aspekte der Chemie mit Laborübung	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	PRAktuelle Aspekte der Chemie	Keine	K 120 oder MP 30 oder PR 20	8
	Seminar (1 SWS)			LÜ Aktuelle Aspekte der Chemie			
	Laborübung (4 SWS)						
Neue Methoden und Anwendungen in der Chemie	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	PRNeue Methoden und Anwendungen in der Chemie	Keine	K 60 oder MP 30 oder PR 20	4
	Seminar (1 SWS)						
Neue Methoden und Anwendungen in der Chemie mit Laborübung	Vorlesung (2 SWS)	1-3	Keine	PRNeue Methoden und Anwendungen in der Chemie	Keine	K 120 oder MP 30 oder PR 20	8
	Seminar (1 SWS)			LÜ Neue Methoden und Anwendungen in der Chemie			
	Laborübung (4 SWS)						
Summe							8-12

*) Das Modul wurde letztmalig im Sommersemester 2020 angeboten und ist nicht mehr wählbar.

***) Das Modul wurde letztmalig im Sommersemester 2021 angeboten und ist nicht mehr wählbar.

Anlage 1.3: Entfällt

Anlage 1.4: Modul „Masterarbeit“

Das Modul „Masterarbeit“ wird in der Regel im 4. Semester, frühestens nach dem Erwerb von 60 Leistungspunkten begonnen. Es besteht je nach Aufgabenstellung aus praktischen und/oder theoretischen Arbeiten und wird mit 30 Leistungspunkten bewertet.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Voraussetzungen für die Zulassung zur Laborübung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Masterarbeit mit Kolloquium	Experimentelle Arbeiten Schriftliche Masterarbeit Kolloquium	4	60 LP	Theoretische oder experimentelle Arbeit	Keine	MA (75%), Kolloquium (25%)	30

Das Modul Masterarbeit enthält zwei Prüfungsleistungen.

Anlage 2: Prüfungsformen

Anlage 2.1: Definitionen

Bachelorarbeit (BA)

Das Modul Bachelorarbeit besteht aus der Bachelorarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder Studienleistung entsprechend der (fachspezifischen) Anlage.

Hausarbeit (HA)

Eine Hausarbeit ist eine selbstständig verfasste schriftliche Arbeit einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung.

Klausur (K)

Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht.

Klausur mit Antwortwahlverfahren (KA)

¹Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht. ²Klausuren können in Teilen nach dem Antwortwahlverfahren (z. B. Single-Choice, Multiple-Choice) durchgeführt werden. ³Bei der Aufstellung der Prüfungsfragen und Antworten ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. ⁴Bei Prüfungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren sind die Prüfungsfragen und Antworten im Vorfeld von zwei Prüfungsberechtigten auf Fehler, Konsistenz des Inhalts und Angemessenheit zu überprüfen. ⁵Ergibt eine spätere Überprüfung der Prüfungsfragen, dass einzelne Prüfungsaufgaben offensichtlich fehlerhaft sind, gelten sie als nicht gestellt. ⁶Bei der Bewertung ist von der um die fehlerhaften Fragen verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. ⁷Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil eines Prüflings auswirken.

Masterarbeit (MA)

Das Modul Masterarbeit besteht aus der Masterarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder einer Studienleistung entsprechend der (fachspezifischen) Anlage.

Mündliche Prüfung (MP)

¹Die mündliche Prüfung findet nichtöffentlich in Gegenwart einer oder eines Beisitzenden statt, die oder der selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei mündlichen Prüfungen zuzulassen. ⁴Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Praktikumsbericht (PB)

¹Ein Praktikumsbericht ist eine schriftliche Ausarbeitung zu einem Praktikum, das außerhalb fester Melde- und Prüfungszeiträume und individuell geregelt bei einer externen oder internen Einrichtung stattfindet. ²Themen sind zum Beispiel Vorbereitung und Durchführung des Praktikums sowie die kritische Reflexion zu einem vorgegebenen Thema.

Projektorientierte Prüfungsform (PJ)

¹Eine Projektorientierte Prüfungsform ist die Bearbeitung einer gegebenen fachspezifischen oder fächerübergreifenden Fragestellung in theoretischer, empirischer, experimenteller, konstruktiver, entwerferischer, künstlerisch-praktischer oder dokumentarischer Form. ²Die Ergebnisse werden in einer schriftlichen und/oder planerischen und/oder künstlerischen und/oder elektronischen Ausarbeitung dargestellt. ³Die oder der Prüfende kann eine Präsentation mit anschließender Diskussion verlangen. ⁴Der Bearbeitungsumfang wird in Anlage 1 (in Monaten oder Zeitstunden) verbindlich festgelegt.

Sportpraktische Präsentation (SP)

¹Eine sportpraktische Präsentation beinhaltet eine oder mehrere Aufgaben zum Nachweis der Demonstrations- und Bewegungskompetenz im Fach Sport. ²Dabei können z.B. sportartspezifische Techniken und Taktiken, koordinativ-rhythmische, -technische oder konditionelle Grundlagen sowie die situative Spiel- bzw. Handlungsfähigkeit bewertet werden. ³Die jeweilige Form wird in Absprache festgelegt. ⁴Die sportpraktische Präsentation findet vor einer prüfenden sowie einer sachkundigen beisitzenden Person statt. ⁵Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁶Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, können als Zuhörende bei Sportpraktischen Präsentationen zugelassen werden. ⁷Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁸Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 6 auszuschließen.

Studienarbeit (ST)

¹Eine Studienarbeit umfasst die Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung in theoretischer, experimenteller oder konstruktiver Hinsicht sowie die Darstellung und Erläuterung der erarbeiteten Lösungen in einer für die berufliche Tätigkeit üblichen Weise. ²Der Bearbeitungsumfang wird in der Anlage (in Monaten oder Zeitstunden) verbindlich festgelegt. ³Es gelten die Regelungen gemäß § 5 der Prüfungsordnung. ⁴Das Thema der Studienarbeit wird von der oder dem Prüfenden nach Anhörung des Prüflings festgelegt. ⁵Die Ausgabe des Themas erfolgt über das nach § 3 zuständige Organ oder die vom nach § 3 zuständigen Organ beauftragte Stelle; die Ausgabe ist aktenkundig zu machen. ⁶Die Aufgabenstellung und ein vom Prüfling zu erstellender Bearbeitungszeitplan müssen mit der Ausgabe des Themas festliegen. ⁷Während der Anfertigung der Arbeit wird die zu prüfende Person von der oder dem Prüfenden, gegebenenfalls im Einvernehmen mit einer von der oder dem Prüfenden benannten Person, betreut. ⁸Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Ablieferung der Studienarbeit beträgt sechs Monate. ⁹Das Thema einer Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten acht Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ¹⁰Die Arbeit ist fristgemäß in zweifacher Ausfertigung bei der vom nach § 3 zuständigen Organ benannten Stelle abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. ¹¹Bei der Bewertung kann auch der Verlauf der Bearbeitung berücksichtigt werden.

Veranstaltungsbegleitende Prüfung (VbP)

¹Eine Veranstaltungsbegleitende Prüfung (VbP) befasst sich mit einer Fragestellung zu einer konkreten Lehrveranstaltung und wird semesterbegleitend zu dieser abgenommen. ²Eine VbP kann aus mehreren Teilprüfungen bestehen, die Anzahl ist auf vier Teilprüfungen zu begrenzen. ³Die konkrete Prüfungsform einer VbP wird von der oder dem Prüfenden spätestens vor dem 15.10. für das Wintersemester beziehungsweise vor dem 15.04. für das Sommersemester mindestens für den Zeitraum des betreffenden Semesters festgelegt und kommuniziert. ⁴An Veranstaltungen und Module in denen eine VbP als Prüfungsform benannt ist, können nur dann Voraussetzungsprüfungen geknüpft werden, wenn das jeweilige Studiendekanat sicherstellen kann, dass die Bewertung desjenigen Moduls, welches Voraussetzung ist, zum Meldezeitraum der VbP abgeschlossen ist. ⁵Die gesonderten Melde- und Prüfungszeiträume für die Prüfungen der VbP sind der Anlage 3.1. der Prüfungsordnung zu entnehmen.

⁶Eine VbP kann aus den aufgeführten Prüfungsformen angeboten werden:

Ausarbeitung (AA)

¹Ausarbeitungen sind selbstständige, wissenschaftliche Arbeiten zu einem vorgegebenen Thema. ²Sie beinhalten Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung. ³Als Ausarbeitung gelten Berichte und/oder Protokolle über Exkursionen, Praktika und Projekte.

Dokumentation (DO)

¹Eine Dokumentation umfasst die Aufbereitung und Darstellung eines künstlerischen, kognitiven oder handlungsorientierten Prozesses. ²Dokumentationen können Berichte und Planwerke sein, die der fachlichen Praxis entsprechen. ³Ein Rahmen für die Seitenzahl oder die Anzahl der Pläne beziehungsweise Entwurfsblätter kann durch die Prüfenden zu Beginn der Prüfung festgelegt werden und ist von der Aufgabe abhängig. ⁴Weitere Materialien können dem Bericht als Anlagen beigelegt werden.

Essay (ES)

¹Ein Essay ist eine kritische Auseinandersetzung mit einer literarischen und/oder wissenschaftlichen Frage in schriftlicher Form. ²Ein Gegenstand wird im größeren Gesamtzusammenhang entsprechend den üblichen akademischen Standards diskutiert und wissenschaftliche Positionen kritisch beurteilt beziehungsweise analysiert.

Kolloquium (KO)

¹Das Kolloquium umfasst einen Vortrag mit anschließender Diskussion über Fragestellung, Methoden und Ergebnisse der Arbeit. ²Im Kolloquium soll die/der zu Prüfende nachweisen, dass sie/er die Fertigkeit beherrscht, in einer wissenschaftlich-kritischen Diskussion ihren/seinen Standpunkt zu verteidigen. ³Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁴Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, können als Zuhörende bei Kolloquien zugelassen werden. ⁵Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁶Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 4 auszuschließen.

Kurzarbeit (KU)

¹Eine Kurzarbeit als Prüfungsleistung wird schriftlich unter Aufsicht während einer festgesetzten Zeit durchgeführt. Entsprechend der Vorgaben der oder des Prüfenden ist es notwendig, dass ein bestimmter Anteil der gestellten Aufgaben zum Bestehen der Kurzarbeit erfolgreich gelöst wird.

Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation (KW)

¹Eine Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation beruht auf der Wechselwirkung zwischen künstlerischen Prozessen und wissenschaftlicher Auseinandersetzung, welche in einem künstlerischen Projekt aufbereitet und in angemessener Form dargestellt werden. ²Die in der Präsentation enthaltenen bildlichen und sprachlichen Argumentations- und Interpretationslinien werden entweder in einem mündlichen Vortrag mit Diskussion erörtert oder in einer Hausarbeit erläutert. ³Eine künstlerisch Wissenschaftliche Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ⁴Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁵Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei Künstlerisch-Wissenschaftlichen Präsentationen zuzulassen. ⁶Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁷Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 5 auszuschließen.

Laborübung (LÜ)

¹Eine Laborübung besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen oder Programmieraufgaben mit schriftlichen Ausarbeitungen (Versuchsprotokolle). ²In der Regel erläutern die Studierenden ihre praktische Tätigkeit, interpretieren die Resultate und setzen sie in einen fachwissenschaftlichen Bezug.

Modell (MO)

¹Modelle erweitern die zweidimensionale entwerferische oder planerische Arbeit und dienen der räumlichen Verdeutlichung sowie Klärung einer Planung. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Schwerpunkt in verschiedenen Maßstäben erstellt.

Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe (ME)

In der „musikalischen Erarbeitung in einer Lerngruppe“ soll die Fähigkeit gezeigt werden, pädagogischpraktische Fertigkeiten (insbesondere schulpraktisches Musizieren) in einer Schulklasse oder auch einer kleineren Gruppe methodisch und didaktisch angemessen anzuwenden.

Musikpraktische Präsentation (MU)

¹Eine Musikpraktische Präsentation findet vor zwei Prüfenden oder einer oder einem Prüfenden sowie einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der

gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei Musikpraktischen Präsentationen zuzulassen. ⁴Die erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschießen.

Musikpädagogisch-Praktische Präsentation (MK)

Eine Musikpädagogisch-praktische Präsentation geht aus einem musikpädagogischen Seminar hervor und umfasst eine musikalische Darbietung von Schülerinnen und Schülern.

Portfolio (PF)

¹Ein Portfolio dokumentiert den Lernprozess zu bestimmten Fragestellungen oder Aufgaben, die von den Prüfenden zu Veranstaltungsbeginn festgelegt werden. ²Die systematische Selbstreflexion erfolgt veranstaltungsbegleitend beziehungsweise retrospektiv und kann je nach Absprache die Zusammenstellung diverser Materialien in einer Sammelmappe umfassen. ³Optional ist ein ergänzendes Gespräch über das Portfolio möglich. ⁴Dieses Gespräch ist wie das Portfolio selbst kompetenzorientiert.

Pädagogisch orientiertes Konzert (PK)

¹Das pädagogisch orientierte Konzert ist eine Leistung mit Bezug auf das künstlerische Hauptfach, in der die pädagogische Ausrichtung (gegebenenfalls im Sinne zeitgemäßer Konzertpädagogik) in der Ausführung und Darstellung/Aufführung eine gewichtige Rolle spielt. ²Es wird im Regelfall in einer schulischen Lerngruppe präsentiert.

Präsentation (PR)

¹Eine Präsentation ist die eigenständige und vertiefende Auseinandersetzung mit einem vorgegebenen Thema aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung. ²Die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse erfolgt im mündlichen Vortrag und/oder mit Hilfe elektronischer und anderer Medien sowie in einer anschließenden Diskussion. ³Eine schriftliche Ausarbeitung kann von der oder dem Prüfenden verlangt werden. ⁴Die Form und die Dauer der Präsentation wird von der oder dem Prüfenden festgelegt, sofern nicht durch die (fachspezifische) Anlage geregelt.

Praxisprüfung (PP)

¹Eine Praxisprüfung beinhaltet eine oder mehrere Aufgaben zum Nachweis der Bewegungskompetenz im Fach Sport. ²Dabei können z.B. sportartspezifische Techniken und Taktiken, koordinativ-rhythmische, -technische oder konditionelle Grundlagen sowie die situative Spiel- bzw. Handlungsfähigkeit bewertet werden. ³Die jeweilige Form wird in Absprache festgelegt. ⁴Die unbenotete Praxisprüfung wird durch eine prüfende Person abgenommen und erfolgt semesterbegleitend.

Projektarbeit (P)

¹Eine Projektarbeit ist die Bearbeitung einer gegebenen fachspezifischen oder fächerübergreifenden Fragestellung in theoretischer, empirischer, experimenteller, konstruktiver, entwerferischer, künstlerisch-praktischer oder dokumentarischer Form. ²Die Ergebnisse werden in einer schriftlichen und/oder planerischen und/oder künstlerischen und/oder elektronischen Ausarbeitung dargestellt. ³Die/der Prüfende kann eine Präsentation mit anschließender Diskussion verlangen.

Seminarleistung (SE)

Eine Seminarleistung umfasst eine Hausarbeit und kann nach Maßgabe der Prüferin oder des Prüfers mit einem Vortrag und mit anschließender Diskussion verbunden sein.

Theaterpraktische Präsentation (TP)

¹Eine Theaterpraktische Präsentation ist die Darstellung theaterpraktischer Arbeit in prozesshafter oder produktorientierter Form vor Zuschauern. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein berechtigtes Interesse geltend machen, sind

als Zuhörende bei Theaterpraktischen Präsentationen zuzulassen. ⁴Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Übung (Ü)

¹Eine Übung als Prüfungsleistung wird unter Aufsicht während einer festgesetzten Übungszeit innerhalb des Vorlesungsplans durchgeführt. ²Zum Bestehen muss ein bestimmter Anteil der Übungsaufgaben gemäß der Vorgabe der beziehungsweise des Prüfenden gelöst werden.

Unterrichtsgestaltung (U)

¹Eine Unterrichtsgestaltung umfasst die selbstständige Planung und Durchführung einer Unterrichtsstunde im Rahmen eines Fachpraktikums an einer Förderschule oder in einem inklusiven Setting. ²Die Unterrichtsstunde wird von einer Mentorin beziehungsweise einem Mentor sowie vom Seminarleiter beziehungsweise von der Seminarleiterin des Vorbereitungsseminars begutachtet und bewertet.

Zeichnerische Darstellung (ZD)

¹Zeichnerische Darstellungen erläutern, klären und präsentieren die entwerferische sowie planerische Arbeit. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Themenschwerpunkt in verschiedenen Maßstäben und Techniken erstellt.

Anlage 2.2: Glossar der Prüfungsleistungen

BA	Bachelorarbeit
HA	Hausarbeit
K	Klausur
KA	Klausur mit Antwortwahlverfahren
MA	Masterarbeit
MP	Mündliche Prüfung
PB	Praktikumsbericht
PJ	Projektorientierte Prüfungsform
SP	Sportpraktische Präsentation
ST	Studienarbeit
VbP	Veranstaltungsbegleitende Prüfung
AA	Ausarbeitung
DO	Dokumentation
ES	Essay
KO	Kolloquium
KU	Kurzarbeit
KW	Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation
LÜ	Laborübung
MO	Modell
ME	Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe
MU	Musikpraktische Präsentation
MK	Musikpädagogisch-Praktische Präsentation
PF	Portfolio
PK	Pädagogisch orientiertes Konzert
PR	Präsentation
PP	Praxisprüfung
P	Projektarbeit
SE	Seminarleistung
TP	Theaterpraktische Präsentation
Ü	Übung
U	Unterrichtsgestaltung
ZD	Zeichnerische Darstellung

Anlage 3: Ergänzende Regelungen**Anlage 3.1: Melde- und Prüfungszeiträume**

¹Das nach §3 zuständige Organ legt die Variante für diesen Studiengang bzw. für die Fächer dieses Studiengangs fest. ²Es ist zwischen Variante 1 (ein Melde-/ ein Prüfungszeitraum) und Variante 2 (zwei Melde-/ zwei Prüfungszeiträume) zu entscheiden.

³Für Module, die in einen anderen Studiengang exportiert werden bzw. als Lehrangebot zur Verfügung gestellt werden, legt der anbietende Studiengang bzw. das nach § 3 zuständige Organ der anbietenden Fakultät die Variante fest, so dass fachfremde Module dieses Studienganges (Lehrimporte) einer abweichenden Variante zugeordnet sein können. ⁴Bachelor- und Masterarbeiten sowie Studienarbeiten können außerhalb der geregelten Zeiträume angemeldet werden. ⁵Praktikumsberichte werden in den je nach gewählter Variante festgelegten Meldezeiträumen angemeldet, diese können jedoch außerhalb der entsprechenden Prüfungszeiträume und im darauffolgenden Semester absolviert werden.

⁶Bei mündlichen Prüfungen ist den Studierenden der Prüfungstermin spätestens 14 Tage vor der Prüfung in geeigneter Weise mitzuteilen.

	Meldezeitraum Sommer-semester	Prüfungs-zeit- raum Sommer-semester	Meldezeitraum Wintersemester	Prüfungs-zeit- raum Wintersemester
Variante 1				
<i>Zeitraum für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	15.05. – 31.05.	15.06. – 14.10.	15.11. – 30.11.	15.12. – 14.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	15.04. – 30.04.	01.05. – 31.08.	15.10. – 31.10.	01.11. – 28.02.
Variante 2				
<i>Zeitraum I für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	15.05. – 31.05.	15.06. – 31.08.	15.11. – 30.11.	15.12. – 28.02.
<i>Zeitraum II für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	16.09. – 23.09.	24.09. – 14.10.	16.03. – 23.03.	24.03. – 14.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	15.04. – 30.04.	01.05. – 31.08.	15.10. – 31.10.	01.11. – 28.02.

Anlage 3.2: Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen

¹Die Noteneingabe durch die Prüfenden geschieht in Abhängigkeit zu in Anlage 3.1. gewählten Varianten wie folgt:

	Sommersemester	Wintersemester
Variante 1		
<i>Zeitraum für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 26.10.	bis zum 26.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	bis zum 15.09.	bis zum 15.03.
Variante 2		
<i>Zeitraum I für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 12.09.	bis zum 12.03.
<i>Zeitraum II für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 26.10.	bis zum 26.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	bis zum 15.09.	bis zum 15.03.

²Die Bewertungen der Prüfungsleistungen und die Noteneingabe erfolgt durch die Prüfenden innerhalb der Bewertungsfrist nach § 17 Absatz 1. ³Für Prüfungsleistungen, die zum Ende eines Prüfungszeitraumes stattgefunden haben, steht eine kürzere Bewertungsfrist von wenigstens 12 Tagen zur Verfügung. ⁴Gleiches gilt für Prüfungsleistungen in Form einer VbP.

Anlage 3.3: Abweichende Regelungen zu Prüfungsformen der Variante 2

In der Variante 2 wird die Hausarbeit als Prüfungsleistung zwingend im 1. Meldezeitraum angemeldet und ist nach Maßgabe der oder des Prüfenden spätestens bis zum Ende des 2. Prüfungszeitraums zu erbringen.



Anlage 4: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit

Anlage 4 a: Rücktritt wegen Krankheit: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit zur Vorlage beim Prüfungsausschuss (Prüfungen mit Prüfungstermin)

Rücktrittserklärung wegen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit und ärztliches Attest

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Klausur <input type="checkbox"/> mündliche Prüfung <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Prüfungstermin:

Erläuterungen der/des Studierenden zur Prüfungsunfähigkeit:

Es wird empfohlen, zusätzlich zu den Angaben der/des behandelnden Ärztin/Arztes nähere Ausführungen zur Einschränkung zu machen. Bedenken Sie bitte, dass der Prüfungsausschuss nur anhand dieses Formulars in der Lage sein muss, eine Entscheidung zu treffen. *

*Sollte der Platz für Ihre Ausführungen nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein weiteres Blatt als Anlage bei.

Erklärung der/des Studierenden:

1. Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt von der o.g. Prüfung.
2. Die Datenschutzhinweise im Anhang habe ich zur Kenntnis genommen und auch meiner behandelnden Ärztin/meinem behandelnden Arzt zur Kenntnis gegeben.
3. Meine behandelnde Ärztin/mein behandelnder Arzt wird hiermit von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden und ermächtigt, relevante Informationen im Zusammenhang dieses Antrags an die Leibniz Universität weiterzugeben.

 Ort, Datum

 Unterschrift

Erläuterung für die behandelnde Ärztin/den behandelnden Arzt:

Wenn Studierende aus gesundheitlichen Gründen eine Prüfung versäumen oder von ihr zurücktreten, haben sie ihre krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit glaubhaft zu machen. Dazu benötigen die Studierenden ein ärztliches Attest, das dem Prüfungsausschuss ermöglicht, aufgrund Ihrer Angaben als medizinischer Sachverständiger die Rechtsfrage zu beantworten, ob eine krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Dies erfordert Aussagen zu folgenden Punkten in dem ärztlichen Attest:

- 1. Den gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Prüflings und**
- 2. den sich daraus ergebenden Einschränkungen des Prüflings im Hinblick auf die betroffene Prüfung.**

Bitte beachten:

Eine Diagnose wird explizit nicht abgefragt!

Die pauschale Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit oder Prüfungsunfähigkeit ist nicht ausreichend.

Studierende sind auf Grund ihrer Mitwirkungspflicht grundsätzlich dazu verpflichtet, zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit ihre Beschwerden offenzulegen und hierzu erforderlichenfalls den behandelnden Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung notwendige personenbezogene Daten dürfen für diese Zwecke erhoben werden. (Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO)

Hinweis: Dieses Formular ist ein Muster. Das Attest kann auch formlos erstellt werden, soweit es die beiden oben genannten Punkte erhält.

Erklärung der Ärztin/des Arztes:

- 1. Meine heutige Untersuchung der Patientin/des Patienten _____ hat aus ärztlicher Sicht ergeben, dass folgende gesundheitliche Beeinträchtigungen (z. B. eingeschränkte Motorik der Hand – die Diagnose selbst braucht nicht genannt zu werden) und sich daraus ergebende Einschränkungen im Hinblick auf die betroffene Prüfung vorliegen:**

2. Die Gesundheitsstörung ist (bitte ankreuzen!)

- auf Prüfungsstress zurückzuführen dauerhaft, d.h. auf nicht absehbare Zeit vorübergehend

(Hinweis: Examensängste und Prüfungsstress sind grundsätzlich keine Beeinträchtigung mit Krankheitswert, es sei denn, dass sie den Grad einer psychischen Erkrankung erreichen.)

3. Dauer der Krankheit:

von: _____ bis: _____

- 4. Die nachstehenden Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen. (Bitte ankreuzen!)**

5. Datum, Unterschrift: _____

Praxisstempel

Anlage 4 b: Verlängerung der Bearbeitungszeit:

Nachweis der Prüfungsunfähigkeit wegen Krankheit zur Vorlage beim Prüfungsausschuss



Verlängerung der Bearbeitungszeit wegen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit und ärztliches Attest

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Bachelorarbeit <input type="checkbox"/> Masterarbeit <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Aktueller Abgabetermin: Gab es bereits eine Verlängerung? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, ursprünglicher Abgabetermin:

Erläuterungen der/des Studierenden zur Prüfungsunfähigkeit:

Es wird empfohlen, zusätzlich zu den Angaben der/des behandelnden Ärztin/Arztes nähere Ausführungen zur Einschränkung zu machen. Bedenken Sie bitte, dass der Prüfungsausschuss nur anhand dieses Formulars in der Lage sein muss, eine Entscheidung zu treffen. *

*Sollte der Platz für Ihre Ausführungen nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein weiteres Blatt als Anlage bei.

Erklärung der/des Studierenden:

1. Hiermit beantrage ich die Verlängerung der Bearbeitungszeit der o.g. Arbeit.
2. Die Datenschutzhinweise im Anhang habe ich zur Kenntnis genommen und auch meiner behandelnden Ärztin/meinem behandelnden Arzt zur Kenntnis gegeben.
3. Meine behandelnde Ärztin/mein behandelnder Arzt wird hiermit von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden und ermächtigt, relevante Informationen im Zusammenhang dieses Antrags an die Leibniz Universität weiterzugeben.

Ort, Datum

Unterschrift

Erläuterung für die behandelnde Ärztin/den behandelnden Arzt:

Wenn Studierende aus gesundheitlichen Gründen eine Prüfung versäumen oder von ihr zurücktreten, haben sie ihre krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit glaubhaft zu machen. Dazu benötigen die Studierenden ein ärztliches Attest, das dem Prüfungsausschuss ermöglicht, aufgrund Ihrer Angaben als medizinischer Sachverständiger die Rechtsfrage zu beantworten, ob eine krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Dies erfordert Aussagen zu folgenden Punkten in dem ärztlichen Attest:

- 1. Den gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Prüflings und**
- 2. den sich daraus ergebenden Einschränkungen des Prüflings im Hinblick auf die betroffene Prüfung.**

Bitte beachten:

Eine Diagnose wird explizit nicht abgefragt!

Die pauschale Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit oder Prüfungsunfähigkeit ist nicht ausreichend.

Studierende sind auf Grund ihrer Mitwirkungspflicht grundsätzlich dazu verpflichtet, zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit ihre Beschwerden offenzulegen und hierzu erforderlichenfalls den behandelnden Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung notwendige personenbezogene Daten dürfen für diese Zwecke erhoben werden. (Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO)

Hinweis: Dieses Formular ist nur ein Muster. Das Attest kann auch formlos erstellt werden, soweit es die beiden oben genannten Punkte erhält.

Erklärung der Ärztin/des Arztes:

- 1. Meine heutige Untersuchung der Patientin/des Patienten _____ hat aus ärztlicher Sicht ergeben, dass folgende gesundheitliche Beeinträchtigungen (z. B. eingeschränkte Motorik der Hand – die Diagnose selbst braucht nicht genannt zu werden) und sich daraus ergebende Einschränkungen im Hinblick auf die betroffene Prüfung vorliegen:**

2. Die Gesundheitsstörung ist (bitte ankreuzen!)

- auf Prüfungsstress zurückzuführen dauerhaft, d.h. auf nicht absehbare Zeit vorübergehend

(Hinweis: Examensängste und Prüfungsstress sind grundsätzlich keine Beeinträchtigung mit Krankheitswert, es sei denn, dass sie den Grad einer psychischen Erkrankung erreichen.)

3. Dauer der Krankheit:

von: _____ bis: _____

- 4. Die nachstehenden Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen. (Bitte ankreuzen!)**

5. Datum, Unterschrift: _____

Praxisstempel

Anlage 4 c: Rücktrittserklärung/Verlängerung der Bearbeitungszeit:

Verlängerung der Bearbeitungszeit aus wichtigen Gründen (nicht krankheitsbedingt)



**Leibniz
Universität
Hannover**

**Rücktrittserklärung/Verlängerung der Bearbeitungszeit aus wichtigen Gründen
(gem. § 15 Abs. 5 und 6 der Prüfungsordnung)**

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Klausur <input type="checkbox"/> mündliche Prüfung <input type="checkbox"/> Bachelorarbeit <input type="checkbox"/> Masterarbeit <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Prüfungstermin/Aktueller Abgabetermin: Gab es bereits eine Verlängerung? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, ursprünglicher Abgabetermin:

Erklärung der/des Studierenden (Zutreffendes bitte ankreuzen):

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt von der o.g. Prüfung aus wichtigen Gründen.

Hiermit beantrage ich die Verlängerung der Bearbeitungszeit der o.g. Arbeit aus wichtigen Gründen.

Die wichtigen Gründe werden auf Seite 2 ausführlich erläutert, ggf. notwendige Anlagen sind diesem Dokument beigelegt.

Ort, Datum _____
Unterschrift

Ausführliche Erläuterung der für den Rücktritt/die Verlängerung geltend gemachten wichtigen Gründe:

Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten (im Folgenden „Daten“) gemäß den gesetzlichen Vorgaben und möchten dies in transparenter Weise gestalten. Wir informieren Sie hiermit, welche Daten wir verarbeiten, und zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage dies erfolgt. Zudem erhalten Sie Auskunft über Ansprechpartner sowie Ihre Rechte in Zusammenhang mit der Datenverarbeitung.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
vertreten durch den Präsidenten
Welfengarten 1
30167 Hannover

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
- Stabsstelle Datenschutz -
Königsworther Platz 1
30167 Hannover
E-Mail: datenschutz@uni-hannover.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Wir verarbeiten die in diesem Formular abgefragten Daten für die Wahrnehmung unserer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe, das Verfahren zur Abnahme von Hochschulprüfungen ordnungsgemäß durchzuführen. Insbesondere die Verarbeitung von Gesundheitsdaten ist für die Ausübung des Rechts der/des Studierenden zum Prüfungsrücktritt erforderlich, weil ansonsten nicht festgestellt werden kann, ob die Voraussetzungen für einen wirksamen Prüfungsrücktritt aus triftigen Gründen erfüllt sind. Die Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung ergibt sich aus:

- § 3 S. 1 Nr. 1 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG),
- Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e, Abs. 2 und 3; Art. 9 Abs. 2 Buchstabe f Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i. V. m.
- § 17 Abs. 1 S. 1 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) und
- der jeweils einschlägigen Prüfungsordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover.

Allgemeine Informationen:

Dieses Originalformular einschließlich des beinhalteten ärztlichen Attests wird Bestandteil Ihrer geführten Prüfungsakte. Mit regulärer Aussonderung und Vernichtung Ihrer Prüfungsakte nach Abschluss Ihres Studiums wird dieses Originalformular ebenfalls vernichtet werden. Im Rahmen der weiteren Verfahrensbearbeitung erhalten nur die Angehörigen des Akademischen Prüfungsamtes, die Mitglieder der für die Entscheidung gemäß der einschlägigen Prüfungsordnung zuständigen Prüfungsorgane sowie -soweit erforderlich- Angehörige des Justitiariats der Hochschule Kenntnis von diesem Originalformular und dessen Inhalten. Die Beteiligten sind zur Verschwiegenheit und vertraulichen Behandlung verpflichtet.

Wir möchten Sie darüber informieren, dass die Bereitstellung Ihrer Daten weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben ist. Sofern die Daten nicht bereitgestellt werden, hat dies zur Folge, dass nicht festgestellt werden kann, ob die Voraussetzungen für einen wirksamen Prüfungsrücktritt aus triftigen Gründen erfüllt sind. Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling i. S. d. Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO findet nicht statt.

Ihr Recht auf Widerspruch gem. Art. 21 DSGVO:

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. In diesem Fall verarbeiten wir diese Daten nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige, Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegende Gründe für die Verarbeitung nachweisen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihre weiteren Rechte:

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die Verarbeitung Sie betreffender Daten zu verlangen. Dieses Auskunftsrecht umfasst neben einer Kopie der Daten auch die Zwecke der Datenverarbeitung, die Datenempfänger sowie die Speicherdauer. Sollten unrichtige Daten verarbeitet werden, können Sie von uns unverzüglich die Berichtigung dieser Daten verlangen. Liegen die gesetzlichen

Voraussetzungen nach Art. 17 bzw. 18 DSGVO vor, steht Ihnen zudem grundsätzlich das Recht auf unverzügliche Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu.

Bitte beachten Sie, dass eine eingeschränkte Verarbeitung der Daten unter Umständen nicht möglich ist.

Zur Ausübung Ihrer oben genannten Rechte wenden Sie sich bitte - vorrangig an die/den für Ihren Studiengang zuständige/n Sachbearbeiter/in im Akademischen Prüfungsamt - im Übrigen an:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Akademisches Prüfungsamt; Welfengarten 1; 30167 Hannover; E-Mail: studium@uni-hannover.de

Bei weiteren Fragen berät Sie gerne unser Datenschutzbeauftragter.

Mit datenschutzrechtlichen Beschwerden wenden Sie sich bitte an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen; Prinzenstraße 5; 30159 Hannover; E-Mail: poststelle@fd.niedersachsen.de

Die Leibniz School of Education der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 05.08.2022 folgende Änderung der Prüfungsordnung für den Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang vom 08.09.2016 in der Fassung der letzten Änderung beschlossen. Das Präsidium der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 24.08.2022 gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5. b) des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die nachfolgende Änderung der Gemeinsamen Prüfungsordnung genehmigt. Die Prüfungsordnung tritt nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zum 01.10.2022 in Kraft.

**Änderung der Gemeinsamen Prüfungsordnung für den Fächerübergreifenden
Bachelorstudiengang
an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
und der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover
vom 08.09.2016 (berichtigt am 11.11.2016),
mit Änderungen vom 16.02.2017, 19.07.2017 (berichtigt am 29.08.2017), 18.09.2018 (berichtigt
am 27.09.2018), 13.08.2019, 06.08.2020, 14.09.2021 und 19.09.2022**

Die Philosophische Fakultät, die Naturwissenschaftliche Fakultät, die Fakultät für Mathematik und Physik, die Fakultät für Elektrotechnik und Informatik sowie die Leibniz School of Education der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover und der Senat der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover haben gemäß §§ 7 Absatz 3, 44 Absatz 1 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes die folgende Änderung der Prüfungsordnung erlassen:

Übersicht

Erster Teil: Allgemeines

- § 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad
- § 2 Dauer und Gliederung des Studiums, Zwischenprüfung
- § 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

Zweiter Teil: Bachelorprüfung

- § 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung
- § 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende
- § 6 Studien- und Prüfungsleistungen
- § 7 Bachelorarbeit
- § 8 Bestehen und Nichtbestehen
- § 9 Zusätzliche Module und Prüfungen
- § 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen
- § 10a Einstufungsprüfungen für Geflüchtete
- § 11 Erbringung von Prüfungsleistungen durch Juniorstudierende

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

- § 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen
- § 13 Anmeldung
- § 14 Wiederholung
- § 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung
- § 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen
- § 17 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 18 Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 19 Leistungspunkte und Module
- § 20 Gesamtnotenbildung
- § 21 Zeugnisse und Bescheinigungen
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Verfahrensvorschriften

Vierter Teil: Schlussvorschriften

- § 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

Erster Teil: Allgemeines

§ 1 Zweck der Prüfung und Hochschulgrad

- (1) ¹Die Bachelorprüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch die Bachelorprüfung soll festgestellt werden, ob der Prüfling die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen oder wissenschaftlich-künstlerischen Grundsätzen selbstständig zu arbeiten, die fachlichen Zusammenhänge der gewählten Fächer überblickt und die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und Handlungskompetenzen erworben hat.
- (2) ¹Nach bestandener Bachelorprüfung verleiht die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover beziehungsweise bei der Belegung des Erstfaches Musik die Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover den akademischen Grad „Bachelor of Arts (B. A.)“ oder „Bachelor of Science (B. Sc.)“ je nach gewähltem Erstfach. ²In Erstfächern mit geisteswissenschaftlicher Ausrichtung wird der akademische Grad „B. A.“ verliehen. ³In Erstfächern mit naturwissenschaftlicher Ausrichtung wird der akademische Grad „B. Sc.“ verliehen.
- (3) ¹Im Erstfach Geographie orientiert sich die Verleihung des akademischen Grades an der Verteilung der in den beiden Schwerpunktbereichen der Geographie erworbenen Leistungspunkte in den Wahlpflichtmodulen und dem Schwerpunktbereich, in dem die Bachelorarbeit erstellt wurde. ²Der Titel „Bachelor of Science (B. Sc.)“ wird vergeben, wenn die Mehrzahl der Leistungspunkte, mindestens aber 20 Leistungspunkte, in den Wahlpflichtmodulen der Kategorie Physische Geographie und Landschaftsökologie (P) erworben wurde (vergleiche Anlage 1.H.1.2). ³Die Bachelorarbeit muss im Schwerpunktbereich Physische Geographie und Landschaftsökologie erstellt werden. ⁴Der Titel „Bachelor of Arts (B. A.)“ wird vergeben, wenn die Mehrzahl der Leistungspunkte, mindestens aber 20 Leistungspunkte, in den Wahlpflichtmodulen der Kategorie Humangeographie (H) erworben wurde (vergleiche Anlage 1.H.1.2). ⁵Die Bachelorarbeit muss im Schwerpunktbereich Humangeographie erstellt werden. ⁶Wird eine Bachelorarbeit mit fachdidaktischem Schwerpunkt erstellt, erfolgt die Vergabe des „Bachelor of Arts (B. A.)“.

§ 2 Dauer und Gliederung des Studiums, Zwischenprüfung

- (1) ¹Die Regelstudienzeit beträgt drei Jahre. ²Für das Fach Musik beträgt die Regelstudienzeit vier Jahre. ³Der Zeitaufwand für das Präsenzstudium und Selbststudium beträgt 180 ECTS-Leistungspunkte, für das Fach Musik 240 ECTS-Leistungspunkte zu je 30 Stunden. ⁴Das Studium gliedert sich in sechs Semester, für das Fach Musik in acht Semester.
- (2) ¹Im Erstfach Musik steht das Bestehen aller nach der Anlage 1.N.1 im ersten Studienjahr zu absolvierenden Pflichtmodule einer Zwischenprüfung gleich. ²Die betreffenden Pflichtmodule „Künstlerisches Hauptfach“, „Ensemble Basis 1“, „Musiktheorie Basis 1“, „Angewandte Musiktheorie 1“, „Musikwissenschaft Basis 1“, „Praktische Grundlagen“ sowie das Modul „Musikpädagogik Basis“ müssen bis zum Ende des vierten Semesters bestanden sein, andernfalls ist die Zwischenprüfung im Erstfach Musik nicht bestanden. ³Eine gesonderte Anmeldung für die Zwischenprüfung ist nicht erforderlich.

§ 3 Zuständigkeit (Studiendekanin oder Studiendekan, Prüfungsausschuss)

- (1) ¹Für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Prüfungsordnung ist die Direktorin oder der Direktor für Studium und Lehre der Leibniz School of Education zuständig. ²Im Einvernehmen mit der Studiendirektorin oder dem Studiendirektor wird aus Mitgliedern der beteiligten Fakultäten und Hochschulen ein Prüfungsausschuss gebildet. ³Über die Zusammensetzung entscheiden die beteiligten Fakultäten und Hochschulen.
- (2) ¹Dem Prüfungsausschuss gehören sechs Mitglieder an, und zwar vier Mitglieder aus der Hochschullehrergruppe, davon eines der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover, ein Mitglied, das die Mitarbeitergruppe vertritt und in der Lehre tätig ist, sowie ein Mitglied der Studierendengruppe. ²Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Vertretungen werden durch die jeweiligen Gruppenvertretungen in den beteiligten Fakultäten und Hochschulen benannt. ³Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz, über die der Prüfungsausschuss entscheidet, müssen von Mitgliedern der Hochschullehrergruppe oder habilitierten Mitgliedern ausgeübt werden. ⁴Das studentische Mitglied hat in Bewertungsfragen und bei der Entscheidung über die Anerkennung von Prüfungsleistungen nur beratende Stimme. ⁵Die Studiendekaninnen und Studiendekane der beteiligten Fakultäten und der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover sowie die Direktorin oder der Direktor für Studium und Lehre der Leibniz School of Education können, falls sie nicht selbst als Mitglieder benannt sind, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Prüfungsausschusses teilnehmen.
- (3) ¹Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertretungen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. ²Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

- (4) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, soweit die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. ²Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.
- (5) ¹Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. ²Über die Sitzungen des Prüfungsausschusses wird eine Niederschrift geführt. ³In dieser sind die wesentlichen Gegenstände der Erörterung und die Beschlüsse festzuhalten.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen beobachtend teilzunehmen.
- (7) ¹Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz übertragen. ²Der Prüfungsausschuss kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben einer von ihm beauftragten Stelle bedienen. ³Die oder der Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor, führt sie aus und berichtet dem Prüfungsausschuss laufend über diese Tätigkeit. ⁴Die Übertragung der Befugnisse auf den Vorsitz oder den stellvertretenden Vorsitz ist für Fälle nach § 18 Absatz 1 ausgeschlossen.
- (8) Der Prüfungsausschuss kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Zweiter Teil: Bachelorprüfung

§ 4 Aufbau und Inhalt der Prüfung

- (1) ¹Die Bachelorprüfung wird studienbegleitend abgenommen. ²Sie besteht aus Prüfungs- und gegebenenfalls Studienleistungen in Pflichtmodulen, gegebenenfalls Wahlpflichtmodulen, Wahlmodulen und dem Pflichtmodul „Bachelorarbeit“ nach Anlage 1.
- (2) Die den Modulen zugeordneten Lehrveranstaltungen ergeben sich aus dem Modulkatalog oder dem Vorlesungsverzeichnis.
- (3) ¹Das Bachelorstudium gliedert sich, bei Wahl des schulischen Schwerpunktes, in:
- ein Erstfach im Umfang von 90 Leistungspunkten, bei Erstfach Musik im Umfang von 150 Leistungspunkten,
 - ein Zweitfach im Umfang von 60 Leistungspunkten,
 - ein Modul Bachelorarbeit im Umfang von 10 Leistungspunkten,
 - einen schulischen Schwerpunkt im Professionalisierungsbereich im Umfang von 20 Leistungspunkten.
- ²Das Bachelorstudium gliedert sich, bei Wahl des außerschulischen Schwerpunktes, in:
- ein Erstfach im Umfang von 90 bis 106 Leistungspunkten, bei Erstfach Musik 150 bis 166 Leistungspunkten,
 - ein Zweitfach im Umfang von 50 bis 66 Leistungspunkten,
 - ein Modul Bachelorarbeit im Umfang von 10 Leistungspunkten,
 - einen außerschulischen Schwerpunkt im Professionalisierungsbereich im Umfang von 14 Leistungspunkten.
- (4) ¹Der Professionalisierungsbereich umfasst Module aus dem Bereich Schlüsselkompetenzen und gegebenenfalls Module aus dem Bereich des schulischen Schwerpunktes. ²Der Professionalisierungsbereich beinhaltet bei der Wahl des schulischen Schwerpunktes verpflichtend:
- das Modul Schlüsselkompetenzen im Umfang von 9 Leistungspunkten mit der Vorlesung „Digitale Lernlandschaften - Inklusive Bildung“, einer Vertiefungsveranstaltung in ausgewiesenen Bereichen sowie einem vierwöchigen außeruniversitären Praktikum,
 - das Modul A Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ im Umfang von 6 Leistungspunkten sowie
 - das Modul “SPS: Schulpraktische Studien/ Allgemeines Schulpraktikum (ASP)” im Umfang von 5 Leistungspunkten mit einem vierwöchigen Allgemeinen Schulpraktikum.
- ³Der Professionalisierungsbereich beinhaltet bei der Wahl des außerschulischen Schwerpunktes verpflichtend das Modul Schlüsselkompetenzen im Umfang von 14 Leistungspunkten darin unter anderem:
- zwei vierwöchige außeruniversitäre Praktika oder
 - ein achtwöchiges außeruniversitäres Praktikum.
- ⁴Näheres zu den zu absolvierenden Praktika regelt die Praktikumsordnung.
- (5) ¹Studierende, die den außerschulischen Schwerpunkt studieren, können statt der der Fachdidaktik zugeordneten Module weitere Module im Erst- oder im Zweitfach in entsprechendem Umfang wählen, sofern die fachspezifischen Anlagen dies vorsehen. ²Studierende des Erstfaches Musik und des Zweitfaches Medienmanagement, können weitere Module nur im Erstfach in entsprechenden Umfang wählen.

- (6) ¹Die Fächerkombinationen für den schulischen Schwerpunkt müssen den Vorgaben der Verordnung über Masterabschlüsse für Lehrämter in Niedersachsen entsprechen. ²Bei Abweichungen muss eine Ausnahmegenehmigung des Niedersächsischen Landesamtes für Lehrerbildung und Schulentwicklung vorliegen.
- (7) ¹Lehr- und Prüfungssprache ist in der Regel Deutsch. ²Nach entsprechender Ankündigung im Modulkatalog kann die Lehr- und Prüfungssprache auch Englisch oder Spanisch sein. ³Die Prüfungen können in Absprache oder nach Festlegung durch den beziehungsweise die Prüfende in englischer Sprache abgenommen werden.

§ 5 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzende

¹Das nach § 3 zuständige Organ bestellt für die Module des Fächerübergreifenden Bachelorstudiengangs Mitglieder der Hochschullehrergruppe der beteiligten Fächer der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover, der Medizinischen Hochschule Hannover, der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover sowie der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig als Prüfungsberechtigte sowie die Beisitzenden. ²Das nach § 3 zuständige Organ kann weitere Prüfende bestellen, sofern diese mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. ³Soweit sie die Voraussetzungen nach Satz 2 erfüllen, können auch Prüfende bestellt werden, die nicht Mitglieder oder Angehörige der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover sind. ⁴Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation erworben hat. ⁵Die Bestellung von Beisitzenden kann vom nach § 3 zuständigen Organ auch auf die Prüfenden delegiert werden.

§ 6 Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Studienleistungen sind unbenotete Leistungen, die in einem Modul/einer Lehrveranstaltung vorgesehen werden können, um Kompetenzen einzuüben. ²Die zu erbringenden Studienleistungen werden in Anlage 1 bzw. dem jeweiligen Modulkatalog näher erläutert und von den Lehrenden spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung festgelegt. ³Studienleistungen sollen in der Regel im Rahmen der zugehörigen Lehrveranstaltung erbracht werden.
- (2) ¹Prüfungsleistungen sind die Bachelorarbeit, Hausarbeiten, Klausuren, Klausuren mit Antwortwahlverfahren, mündliche Prüfungen, Praktikumsberichte, projektorientierte Prüfungsformen, sportpraktische Präsentationen, Studienarbeiten und Veranstaltungsbegleitende Prüfungen. ²Näheres zu den Prüfungsformen regelt Anlage 2.1.
- (3) ¹Sind nach Anlage 1 in einem Modul alternative Prüfungsformen vorgesehen oder kann eine Prüfungsform durch eine andere ersetzt werden, muss die Ankündigung der Prüfungsform vor dem 15.10. für das Wintersemester beziehungsweise vor dem 15.04. für das Sommersemester erfolgen. ²Gleiches gilt für die Gewichtung der einzelnen Bestandteile, wenn die Anlage 1 eine Veranstaltungsbegleitende Prüfung vorsieht.
- (4) Studien- und Prüfungsleistungen können in Form von Gruppenarbeiten abgenommen werden, sofern sich die einzelnen Beiträge aufgrund objektiver Kriterien deutlich abgrenzen und getrennt bewerten lassen.
- (5) Bei der Abgabe von schriftlichen Hausarbeiten (Studien- und Prüfungsleistungen) ist schriftlich zu versichern, dass
- a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.
- (6) ¹Während des Semesters können in Ergänzung zu den jeweiligen Prüfungsleistungen bis zu fünf kleine Leistungen in Form von Präsentationen oder Kurzarbeiten angeboten werden. ²Die Teilnahme der Studierenden ist freiwillig. ³Hat eine Studentin oder ein Student an einer oder mehreren Leistungen während des Semesters erfolgreich teilgenommen, wird das erreichte Ergebnis bei der Bewertung der Prüfungsleistung als Bonus berücksichtigt. ⁴Der Anteil der Leistung beziehungsweise Leistungen darf maximal zu 20 vom Hundert in die Prüfungsnote eingehen. ⁵Die Anzahl sowie die Bewertung der Leistungen ist von den Prüfenden zu Beginn des Semesters anzugeben. ⁶Die Bestnote für die Prüfungsleistung kann auch ohne die Teilnahme an den Leistungen erreicht werden. ⁷Eine Nichtteilnahme an einzelnen Leistungen beziehungsweise ein Nichtbestehen einzelner Leistungen führt nicht zu einer Verschlechterung der Gesamtbewertung der Prüfungsleistung. ⁸Die ergänzenden Leistungen sind so zu gestalten, dass der innerhalb des jeweiligen Moduls in den Anlagen vorgesehene Zeitaufwand für Präsenz- und Selbststudium (Leistungspunkte) eingehalten wird.

- (7) ¹Testate können ergänzend zur Bewertung einer Prüfungsleistung herangezogen werden. ²Sie sind genau einer Prüfungsleistung zugeordnet und dienen der studienbegleitenden Kontrolle des Lernfortschritts. ³In die Bewertung des Testats können Einzelkriterien wie Hausübungen oder mündliche beziehungsweise schriftliche Kurzprüfungen eingehen. ⁴Testatbewertungen werden nicht explizit im Zeugnis ausgewiesen, sie gehen nach Maßgabe des oder der Prüfenden in die Bewertung der Prüfungsleistung mit einem Gewicht von maximal 25 vom Hundert ein. ⁵Ein Bestehen der Prüfung muss auch ohne Testatbewertung möglich sein. ⁶Erworbene Testatbewertungen können nach Maßgabe des oder der Prüfenden erhalten bleiben, auch wenn die Prüfungsleistung nicht bestanden wurde. ⁷Die Modalitäten zur Durchführung von Testaten und ihre Einbeziehung in die Prüfungsnoten sind von der oder dem zuständigen Prüfenden bis spätestens zu Veranstaltungsbeginn durch Aushang bekannt zu geben.

§ 7 Bachelorarbeit

- (1) ¹Das Modul Bachelorarbeit besteht aus der Bachelorarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/ oder einer Studienleistung entsprechend Anlage 1. ²Die Bachelorarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem gewählten Erstfach selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ³Für das bestandene Modul Bachelorarbeit werden 10 Leistungspunkte vergeben.
- (2) ¹Das Thema der Bachelorarbeit muss dem Prüfungszweck (§ 1 Absatz 1 Satz 2) und dem für die Bearbeitung zur Verfügung stehenden Zeitraum nach Absatz 4 angemessen sein. ²Die Themenausgabe darf erst nach erfolgter Zulassung gemäß § 12 Absatz 3 erfolgen.
- (3) ¹Das Thema kann einmal innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ²Eine erneute Anmeldung nach Rückgabe des Themas muss innerhalb von sechs Monaten erfolgen. ³Erfolgt eine Anmeldung nicht innerhalb dieser Frist, wird ein von der Erstprüferin oder dem Erstprüfer festgelegtes Thema mit einer nach Maßgabe von Absatz 4 Satz 1 festgesetzten Bearbeitungsfrist zugestellt. ⁴§ 15 Absatz 4 und 5 gilt entsprechend.
- (4) ¹Die Bachelorarbeit ist binnen zwei Monaten nach Ausgabe schriftlich und zusätzlich in elektronischer Form abzuliefern. ²Bei empirischen beziehungsweise experimentellen Arbeiten beträgt die Bearbeitungszeit drei Monate. ³Die Bachelorarbeit soll innerhalb eines Monats, spätestens nach zwei Monaten, von den beiden Prüfenden bewertet werden.
- (5) Bei der Abgabe der Bachelorarbeit ist schriftlich zu versichern, dass
- a) die Arbeit selbstständig verfasst wurde,
 - b) keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden,
 - c) alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Quellen übernommen wurden, als solche kenntlich gemacht sind, und
 - d) die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen hat.
- (6) ¹Der Ablauf des Prüfungsverfahrens im Modul Bachelorarbeit ergibt sich aus der Modulbeschreibung im Modulkatalog. ²Beinhaltet das Modul Bachelorarbeit mehr als eine Prüfungsleistung, setzt sich die Note entsprechend Anlage 1 zusammen.
- (7) ¹Die Bachelorarbeit ist in deutscher Sprache, nach Maßgabe der Anlage 1 sowie in Absprache mit den Prüfenden auch in englischer oder spanischer Sprache abzufassen. ²Darüber hinaus kann im begründeten Einzelfall die Abfassung in einer anderen Sprache zugelassen werden. ³Über Anträge gemäß Satz 2 beschließt das nach § 3 zuständige Organ spätestens mit der Entscheidung über die Zulassung (§ 12).
- (8) ¹Die Bachelorarbeit erfolgt an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover an einem an der Bachelorausbildung beteiligtem Institut oder an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover. ²Sie darf mit Zustimmung des nach § 3 zuständigen Organs auch an einem anderen Institut oder an einer anderen Hochschule oder Einrichtung außerhalb der Hochschule angefertigt werden. ³Wird die beziehungsweise der externe Betreuende gemäß § 5 als Prüferin beziehungsweise Prüfer bestellt, muss die Arbeit durch eine Prüfungsberechtigte oder einen Prüfungsberechtigten aus der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover betreut werden. ⁴Wird die beziehungsweise der externe Betreuende nicht als Prüferin beziehungsweise Prüfer bestellt, wird die Bachelorarbeit von einer oder einem Prüfungsberechtigten aus der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover bewertet.

§ 8 Bestehen und Nichtbestehen der Bachelorprüfung

- (1) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn die Module, die in § 4 in Verbindung mit Anlage 1 genannt werden, bestanden worden sind und mindestens 180 beziehungsweise bei Erstfach Musik 240 ECTS-Leistungspunkte erworben wurden.

- (2) ¹Die Bachelorprüfung in einem der nach Anlage 1 gewählten Fächer ist endgültig nicht bestanden, wenn im jeweiligen Fach die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung, die nach § 4 erforderlich ist, gemäß § 14 nicht mehr möglich ist. ²Ist die Bachelorprüfung in einem Fach gemäß Absatz 2 endgültig nicht bestanden, besteht einmal die Möglichkeit, ein anderes Fach des Studiengangs entsprechend Anlage 1 zu wählen mit Ausnahme der Regelungen in Absatz 5. ³Über die endgültig nicht bestandene Bachelorprüfung im jeweiligen Fach ergeht ein schriftlicher Bescheid.
- (3) ¹Die gesamte Bachelorprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn erneut eine Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung im Erst- oder Zweitfach, die nach § 4 erforderlich ist, gemäß § 14 nicht mehr möglich ist. ²Über die endgültig nicht bestandene Bachelorprüfung ergeht ein schriftlicher Bescheid.
- (4) ¹Ist eine Prüfungsleistung im Modul "Modul A Grundlagen der Erziehungswissenschaft/ Psychologie" nach Anlage 1.A.1.a) endgültig nicht bestanden, so ist dieses Modul endgültig nicht bestanden. ²In diesem Fall kann das Studium nur mit außerschulischem Schwerpunkt fortgesetzt werden.
- (5) ¹Ist die Zwischenprüfung im Erstfach Musik gemäß § 2 Absatz 2 nicht bestanden oder gilt als nicht bestanden, so erteilt die Hochschule für Musik, Theater und Medien hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch Auskunft darüber gibt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und innerhalb welcher Frist Prüfungsleistungen nachgeholt werden können. ²Wenn die Zwischenprüfung im Erstfach Musik endgültig nicht bestanden ist, wird die oder der Studierende vom Studium des Faches Musik ausgeschlossen und hat nach § 8 Absatz 2 die Möglichkeit, einmal ein anderes Fach des Studienganges zu wählen.

§ 9 Zusätzliche Module und Prüfungen

- (1) ¹Studierende können sich über die in Anlage 1 im jeweiligen Erst- oder Zweitfach sowie gegebenenfalls Professionalisierungsbereich genannten Prüfungsleistungen hinaus weiteren als den für die Erreichung der Mindestleistungspunktzahl erforderlichen Prüfungen dieses Studiengangs unterziehen (Zusatzprüfungen). ²Gleiches gilt für zusätzlich absolvierte Module dieses Studiengangs (Zusatzmodule). ³Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ können auch Prüfungen und Module außerhalb des Studiengangs absolviert werden, wenn die Zustimmung der oder des Prüfenden vorliegt.
- (2) Die Ergebnisse von Zusatzprüfungen sowie von Zusatzmodulen, werden auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ in die Abschlussdokumente und die sonstigen Dokumente gemäß § 21 aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen.

§ 10 Anerkennung bereits erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Bereits erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen können unter den nachfolgend bestimmten Voraussetzungen anerkannt werden. ²Anträge auf Anerkennung sollen zu Beginn des Studiums gestellt werden. ³Der Antrag ist an das nach § 3 zuständige Organ zu richten. ⁴Über den Antrag ist in der Regel binnen sechs Wochen zu entscheiden. ⁵Die Frist beginnt mit dem Vorliegen aller für die Entscheidung erforderlichen Unterlagen. ⁶Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen eines Studiums an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover erbracht wurden, werden von Amts wegen anerkannt.
- (2) ¹Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer Hochschule im In- oder Ausland erbracht wurden, werden nach Maßgabe des Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region von 11. April 1997 (Lissaboner Konvention) anerkannt, wenn keine wesentlichen Unterschiede zu den nach dieser Prüfungsordnung zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen bestehen. ²Im Zweifel sind Stellungnahmen der oder des Prüfenden, eines Mitglieds der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover, das nach § 5 in dem Modul, für das die Anerkennung beantragt wird, prüfungsberechtigt ist, oder der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen einzuholen. ³Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, beziehungsweise die Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover. ⁴Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen zur Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover.
- (3) ¹Außerhalb des Studiums erworbene berufliche Kompetenzen werden in einem Umfang von bis zu 50 vom Hundert der nach § 2 erforderlichen Leistungspunkte anerkannt, wenn sie gleichwertig sind. ²Die Beweislast für die nicht gegebene Gleichwertigkeit oder für wesentliche Unterschiede trägt die Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, beziehungsweise die Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover. ³Das Verfahren regelt der Orientierungsrahmen für die Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover.

- (4) ¹Für anerkannte Prüfungsleistungen werden die Noten übernommen oder bei abweichender Notenskala umgerechnet, die darauf entfallenden Studienzeiten anerkannt und Leistungspunkte entsprechend Anlage 1 vergeben. ²Bei im Ausland erbrachten Leistungen bleibt die Prüfungsleistung auf Antrag unbenotet, dies gilt insbesondere im Fall des Absatzes 3 Satz 1. ³Die Anerkennung wird in den Abschlussdokumenten nach § 21 gekennzeichnet.
- (5) Die Entscheidung über die Anerkennung oder Nichtanerkennung ist der Antragstellerin oder dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen; § 23 Absatz 1 ist zu beachten.
- (6) Eine an einer inländischen Hochschule in einem vergleichbaren Studiengang bestandene Zwischenprüfung wird im Fach Musik ohne Gleichwertigkeitsfeststellung anerkannt.

§ 10 a Einstufungsprüfungen für Geflüchtete

Kenntnisse und Fähigkeiten, die nach Maßgabe der Prüfungsordnung für den Abschluss des Studiums erforderlich sind, können von Personen, die glaubhaft gemacht haben, dass sie fluchtbedingt den Nachweis von bereits absolvierten Studienzeiten und Prüfungsleistungen nicht erbringen können, in einer besonderen Einstufungsprüfung nachgewiesen und auf Module angerechnet werden.

§ 11 Erbringung von Prüfungsleistungen durch Juniorstudierende

- (1) Zu Prüfungsleistungen des Bachelorstudiums können abweichend von § 12 auch Personen zugelassen werden, die nach § 1 der Ordnung für Juniorstudierende eingetragen sind und die erforderlichen Prüfungsvorleistungen erbracht haben.
- (2) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können auf Antrag für ein späteres Studium angerechnet werden, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. ²§ 10 gilt entsprechend.

Dritter Teil: Prüfungsverfahren

§ 12 Zulassung zu Prüfungsleistungen

- (1) ¹Für Prüfungen in Bachelorstudiengängen ist unter Berücksichtigung von Absatz 2 zugelassen, wer in dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover beziehungsweise für das Erstfach Musik an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover eingeschrieben ist. ²Weitere Zulassungsvoraussetzungen zu einzelnen Prüfungsleistungen sind Anlage 1 zu entnehmen.
- (2) ¹Die Zulassung für Prüfungen in Bachelorstudiengängen wird versagt, wenn eine Prüfungsleistung in einem Modul, das einem Pflichtmodul dieses Studiengangs gleichsteht, in einem bisherigen Studiengang endgültig nicht bestanden worden ist. ²Endgültig nicht bestandene Prüfungsleistungen in einem Modul, das einem Wahlpflichtmodul des Studiengangs entspricht, für den die Zulassung beantragt wird, können in diesem Studiengang nicht wiederholt werden.
- (3) ¹Zur Bachelorarbeit muss die Zulassung beantragt werden. ²Die Zulassung zur Bachelorarbeit setzt voraus, dass die in Anlage 1 aufgeführten Voraussetzungen erfüllt wurden. ³Über Ausnahmen entscheidet bei Vorliegen wichtiger Gründe das nach § 3 zuständige Organ.
- (4) ¹Die Zulassung nach Absatz 3 wird versagt, wenn die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. ²Über die Nichtzulassung erhält der Prüfling einen Bescheid.

§ 13 Anmeldung

- (1) ¹Für den Antritt zu einer Prüfungsleistung und zur Wiederholung einer Prüfungsleistung ist innerhalb des Zeitraums gem. Anlage 3.1 eine gesonderte Anmeldung erforderlich. ²Auf Antrag an das nach § 3 zuständige Organ kann eine Anmeldung in Ausnahmefällen auch außerhalb dieses festgesetzten Zeitraumes zugelassen werden. ³Das nach § 3 zuständige Organ kann festlegen, dass zu einzelnen Studienleistungen ebenfalls eine Anmeldung erforderlich ist. ⁴Die Anmeldung/Zulassung zur Bachelorarbeit impliziert eine Anmeldung zu allen nach Anlage 1 in diesem Modul erforderlichen Prüfungsleistungen.
- (2) Die Melde- und Prüfungszeiträume des Faches Musik werden von der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover (HMTMH) festgesetzt.

§ 14 Wiederholung

- (1) ¹Bestandene Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden. ²Eine nicht bestandene Prüfungsleistung kann zweimal wiederholt werden. ³Bachelorarbeiten sowie Studienarbeiten können abweichend davon nur einmal wiederholt werden. ⁴Begonnene Prüfungsleistungen aus Pflichtmodulen und aus Wahlpflichtmodulen sind zu wiederholen, bis sie bestanden sind oder eine Wiederholung nach Satz 2 oder Satz 3 nicht mehr möglich ist; § 19 Absatz 2 Satz 2 und § 19 Absatz 3 Satz 3 bleiben unberührt. ⁵Als Beginn einer Prüfungsleistung gilt die erste Teilnahme an der Prüfung oder die Ausgabe des Themas. ⁶Nicht bestandene Prüfungsleistungen aus Wahlmodulen müssen nicht wiederholt werden; sie können durch andere Wahlmodule ersetzt werden. ⁷Bei Veranstaltungs begleitenden Prüfungen müssen im Falle des Nichtbestehens alle Teilprüfungen wiederholt werden.
- (2) ¹Wiederholungen von Prüfungsleistungen können nach Wahl der oder des Prüfenden in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ²Die Bekanntgabe der Prüfungsform muss spätestens zu Beginn der Anmeldefrist (§ 13 Satz 1) erfolgen.
- (3) ¹In der letzten Wiederholung einer Prüfungsleistung darf für eine tatsächlich erbrachte Klausur die Note „nicht ausreichend“ oder bei unbenoteten Klausuren die Bewertung „nicht bestanden“ nur nach einer Ergänzungsprüfung erteilt werden. ²Diese Ergänzungsprüfung, deren Inhalt sich auf den Inhalt der vorausgegangenen Klausur beziehen muss, wird in der Regel innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses abgenommen. ³Wird die Ergänzungsprüfung als mündliche Prüfung durchgeführt, muss an der Prüfung neben der oder dem Prüfenden eine Beisitzerin oder ein Beisitzer teilnehmen. ⁴Eine mündliche Ergänzungsprüfung soll die Dauer von maximal 20 Minuten grundsätzlich nicht überschreiten. ⁵Die Ergänzungsprüfung kann mit Ausnahme einer Klausur auch in einer anderen, in § 6 Absatz 2 genannten Prüfungsform abgenommen werden. ⁶Nach der Ergänzungsprüfung kann im Falle des Bestehens der Prüfungsleistung nur die Note "ausreichend (4,0)" oder bei unbenoteten Prüfungsleistungen nur die Bewertung „bestanden“ vergeben werden. ⁷Die Ergänzungsprüfung ist ausgeschlossen, wenn für die Bewertung der schriftlichen Prüfungsleistung § 18 Anwendung gefunden hat. ⁸Studierende sind nach Bekanntgabe des Ergebnisses der letzten Wiederholungsklausur mindestens drei Wochen vor der Ergänzungsprüfung durch das Prüfungsamt zu dieser zu laden. ⁹§ 15 Absatz 4 und 5 gilt entsprechend.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Fristverlängerung

- (1) ¹Eine Abmeldung von einer Klausur (mit oder ohne Antwortwahlverfahren, benotet oder unbenotet), kann bis sieben Kalendertage vor Beginn der Prüfung erfolgen. ²Eine Abmeldung von einer mündlichen Prüfung oder einer sportpraktischen Präsentation kann bis einen Kalendertag vor Beginn der Prüfung erfolgen. ³Die Abmeldung von allen übrigen in der Anlage 2 genannten Prüfungsformen ist bis zum Beginn der Prüfungsleistung möglich. ⁴Ausgenommen hiervon ist eine Themenrückgabe, wenn diese innerhalb der nach § 7 Absatz 3 beziehungsweise für eine Studienarbeit nach Anlage 2 erlaubten Frist erfolgt. ⁵Studierende des Faches Musik müssen die Abmeldung auch gegenüber dem Prüfungsamt der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover schriftlich bekannt geben.
- (2) ¹Als Beginn einer Prüfung gilt bei Prüfungsleistungen mit Abgabeterminen die Ausgabe des Themas. ²Als Beginn einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung gilt entsprechend § 14 Absatz 1 Satz 5 der Beginn des ersten Prüfungsteils. ³Melden sich Studierende vom ersten Prüfungsteil einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung ab, gilt diese Abmeldung für die gesamte Prüfung. ⁴Die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 1 bis 3 ist ohne Angabe von Gründen zulässig.
- (3) ¹Die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 1 ist bei Klausuren online im Prüfungssystem vorzunehmen. ²Bei mündlichen Prüfungen und sportpraktischen Präsentationen ist die Abmeldung nach Absatz 1 Satz 2 schriftlich, per E-Mail oder in einer von der oder dem Prüfenden festgelegten Form zu erklären. ³Die Form der Abmeldung nach Satz 2 gilt auch für Prüfungsleistungen nach Anlage 2, für die eine Themenausgabe erfolgt.
- (4) Versäumt ein Prüfling den festgesetzten Abgabetermin, tritt er von einer Prüfungsleistung erst nach deren Beginn zurück, erscheint er nicht zum Prüfungstermin einer Klausur, mündlichen Prüfung oder einer fachpraktischen Prüfung oder tritt erst nach Ablauf der in Absatz 1 Satz 1 und 2 definierten Frist zurück, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht bestanden“ bewertet.

- (5) ¹Abweichend von Absatz 4 gilt die Prüfungsleistung als nicht unternommen, wenn für das Versäumnis oder den Rücktritt wichtige Gründe unverzüglich schriftlich gegenüber dem nach § 3 zuständigen Organ angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Im Krankheitsfall ist ein ärztliches und auf Verlangen des nach § 3 zuständigen Organs aus wichtigem Grund ein amtsärztliches Attest vorzulegen. ³Das Attest muss eine Beschreibung der gesundheitlichen Beeinträchtigung sowie eine Aussage über die daraus folgende Beeinträchtigung für die jeweilige Prüfung enthalten. ⁴Hierzu soll das Formular nach Anlage 4 verwendet werden. ⁵Die Entscheidung über die Anerkennung der wichtigen Gründe trifft das nach § 3 zuständige Organ innerhalb von zwei Wochen nach Vorlage des Attestes. ⁶Sätze 2 und 5 gelten entsprechend für die Krankheit und dazu notwendige Betreuung einer oder eines nahen Angehörigen. ⁷Nahe Angehörige sind eigene Kinder, Eltern, Großeltern sowie Ehe- und Lebenspartner und deren Kinder.
- (6) ¹Wird ein wichtiger Grund für das Versäumnis eines Abgabetermins glaubhaft nachgewiesen, kann das nach § 3 zuständige Organ die Bearbeitungsdauer um insgesamt höchstens ein Drittel der vorgesehenen Bearbeitungsdauer verlängern. ²Eine Verlängerung darüber hinaus ist nur in begründeten Einzelfällen zulässig. ³Ist eine weitere Verlängerung der Bearbeitungsdauer unverhältnismäßig, kann das nach § 3 zuständige Organ entscheiden, dass ein neues Thema ausgegeben wird. ⁴Die Prüfungsleistung gilt in diesem Fall als nicht unternommen.

§ 16 Prüfungsmodalitäten in Härtefällen

¹Das nach § 3 zuständige Organ ermöglicht Studierenden, die eine länger andauernde gravierende Beeinträchtigung durch amts- oder fachärztliches Attest nachweisen, Prüfungsleistungen in gleichwertiger anderer Form, zu anderen Terminen oder innerhalb anderer Fristen zu erbringen. ²Bei Nachweis anderer wichtiger Gründe, insbesondere in Fällen des Mutterschutzgesetzes und der Elternzeit, ist entsprechend zu verfahren.

§ 17 Bewertung von Prüfungsleistungen

- (1) ¹Prüfungsleistungen werden von den Prüfenden in der Regel binnen eines Monats bewertet, weitere Regelungen ergeben sich aus der Anlage 3.2. ²Prüfungsleistungen werden in der Regel benotet. ³Studienleistungen sowie unbenotete Prüfungsleistungen werden mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet. ⁴Bei der Benotung von Prüfungsleistungen sind folgende Notenstufen zu verwenden:
1,0; 1,3 = „sehr gut“ = eine besonders hervorragende Leistung,
1,7; 2,0; 2,3 = „gut“ = eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung,
2,7; 3,0; 3,3 = „befriedigend“ = eine Leistung, die in jeder Hinsicht den durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
3,7; 4,0 = „ausreichend“ = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel den Mindestanforderungen entspricht,
5,0 = „nicht ausreichend“ = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.
⁵Eine mit "nicht ausreichend" bewertete Prüfungsleistung ist nicht bestanden.
- (2) ¹Wird eine Prüfungsleistung durch zwei Prüfende bewertet, ist sie nur bestanden, wenn beide Prüfende die Prüfungsleistung mit „bestanden“, „ausreichend“ oder besser bewerten. ²Die Note errechnet sich in diesem Fall aus dem Durchschnitt der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten. ³§ 20 Absatz 3 Satz 5 gilt entsprechend.
- (3) ¹Bei einer Veranstaltungsbegleitenden Prüfung gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 werden die einzelnen Teilprüfungsleistungen der Prüfungsleistung entsprechend der Notenstufen gemäß § 17 Absatz 1 bewertet. ²Anhand der vorgegebenen Gewichtung der einzelnen Noten wird die Gesamtnote der zusammengesetzten Prüfungsleistung entsprechend § 20 Absatz 3 Satz 1, 2 und 4 gebildet. ³Die Veranstaltungsbegleitende Prüfung ist bestanden, wenn die errechnete Gesamtnote 4,0 oder besser beträgt. ⁴Dabei ist es unerheblich, ob einzelne Teilleistungen nicht bestanden wurden.
- (4) ¹Eine nach dem Antwort-Wahl-Verfahren (z.B. Single-Choice oder Multiple-Choice) durchgeführte Prüfung ist bestanden, wenn der Prüfling mindestens 50 vom Hundert der maximal zu vergebenden Punkte erreicht hat (absolute Bestehensgrenze). ²Abweichend davon wird in den Fällen, in denen der Mittelwert aller Prüfungen abzüglich 18 vom Hundert schlechter ist als die absolute Bestehensgrenze, der so ermittelte Wert als relative Bestehensgrenze festgelegt. ³Zur Ermittlung der einzelnen Prüfungsergebnisse werden die Differenz zwischen der relativen und absoluten Bestehensgrenze bei jedem Prüfling addiert. ⁴Bei Wiederholungsprüfungsleistungen gilt die durchschnittliche Prüfungsleistung der Prüflinge des ersten möglichen Prüfungstermins.

- (5) ¹Hat der Prüfling bei Leistungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nach Absatz 4 erreicht, so lautet die Note
- 1,0 = „sehr gut“, wenn er mindestens 95 vom Hundert,
 - 1,3 = „sehr gut“, wenn er mindestens 90 vom Hundert,
 - 1,7 = „gut“, wenn er mindestens 85 vom Hundert,
 - 2,0 = „gut“, wenn er mindestens 80 vom Hundert,
 - 2,3 = „gut“, wenn er mindestens 75 vom Hundert,
 - 2,7 = „befriedigend“, wenn er mindestens 70 vom Hundert,
 - 3,0 = „befriedigend“, wenn er mindestens 65 vom Hundert,
 - 3,3 = „befriedigend“, wenn er mindestens 60, vom Hundert,
 - 3,7 = „ausreichend“, wenn er mindestens 55 vom Hundert, und
 - 4,0 = „ausreichend“ (4,0), wenn er die Mindestzahl
- der zu vergebenden Punkte erreicht hat. ²Hat der Prüfling die für das Bestehen der Prüfung erforderliche Mindestzahl an Punkten nicht erreicht, lautet die Note „nicht bestanden“.

§ 18 Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) ¹Beim Versuch, das Ergebnis einer Prüfungs- oder Studienleistung durch Täuschung zu beeinflussen, wird die betreffende Leistung mit "nicht bestanden" bewertet. ²Das Mitführen nicht zugelassener Hilfsmittel nach Beginn der Leistung ist stets ein Täuschungsversuch. ³Als nicht zugelassene Hilfsmittel gelten auch elektronische Kommunikationsgeräte. ⁴In besonders schwerwiegenden Fällen – insbesondere bei einem wiederholten Verstoß nach Satz 2 oder einem Plagiat – kann das nach § 3 zuständige Organ den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungs- und Studienleistungen ausschließen oder die gesamte Prüfung als endgültig nicht bestanden erklären. ⁵Satz 4 gilt auch bei Verstößen in anderen Studiengängen der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover oder der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover.
- (2) ¹Wer sich eines Ordnungsverstoßes schuldig macht, kann von der Fortsetzung der betreffenden Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht bestanden" bewertet. ²§ 14 bleibt unberührt, soweit es sich nicht um einen Fall des § 18 Absatz 1 Satz 4 handelt.

§ 19 Leistungspunkte für Module

- (1) ¹Die in Anlage 1 aufgeführten Leistungspunkte für ein Modul werden vergeben, wenn die zugehörigen Studienleistungen erbracht und die geforderten Prüfungsleistungen bestanden oder mit „ausreichend“ oder besser benotet wurden. ²Für Module, die nach Anlage 1 in Form von modulübergreifenden Prüfungen abgeprüft werden (Modulgruppe), werden Leistungspunkte erst nach Bestehen der modulübergreifenden Prüfung vergeben.
- (2) ¹Ein Modul ist nach Erwerb aller in Anlage 1 genannten Leistungspunkte bestanden. ²Eine Modulgruppe ist bestanden, wenn alle zur Prüfung gehörenden Module und die modulübergreifende Prüfung bestanden worden sind.
- (3) ¹Innerhalb der gewählten Fächer beziehungsweise der gewählten Anteile des Professionalisierungsbereiches können in Bereichen jenseits der Pflichtmodule nach Anlage 1 jeweils mehr Module gewählt und abgelegt werden als zur Erlangung der notwendigen Leistungspunkte notwendig sind. ²Die Berechnung der Gesamtnote regeln § 20 Absatz 1 bis Absatz 3. ³Sind die für die Gesamtprüfung erforderlichen Leistungspunkte erreicht und ist die erforderliche Anzahl an Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen bestanden, kann das Prüfungsverfahren in den übrigen begonnenen und noch nicht bestandenen Wahlpflichtmodulen oder Wahlmodulen auf Antrag abgebrochen werden.
- (4) Ein Fach beziehungsweise der Professionalisierungsbereich ist bestanden, wenn alle dem Fach oder Professionalisierungsbereich nach Anlage 1 erforderlichen Module bestanden wurden.

§ 20 Gesamtnotenbildung

- (1) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 werden die bestandenen und benoteten Pflichtmodule sowie die bestandenen und benoteten Wahlpflicht- und Wahlmodule mit den besten Bewertungen herangezogen, soweit die Studierende oder der Studierende nichts Anderes beantragt hat. ²Die übrigen bestandenen Wahlpflicht- und Wahlmodule werden als Zusatzmodule gemäß § 9 behandelt.
- (2) ¹Zur Berechnung der Gesamtnote nach Absatz 3 dürfen nur die Noten der Module berücksichtigt werden, die für das Erreichen der Leistungspunkte nach § 4 erforderlich sind. ²Soweit sich durch die Wahl des letzten Moduls, das zum Erreichen der nach § 4 erforderlichen Leistungspunkte notwendig ist, eine geringfügige Überschreitung dieser Punktezahl ergibt, werden die Module bei der Berechnung der Gesamtnote entsprechend Absatz 3 einbezogen.

- (3) ¹Die Gesamtnote der Bachelorprüfung errechnet sich als arithmetisches Mittel der Gesamtnoten der beiden Fächer, der Note des Moduls Bachelorarbeit und bei der Wahl des schulischen Schwerpunktes der Gesamtnote des Professionalisierungsbereichs. ²Dabei werden die in Anlage 1 aufgeführten Leistungspunkte als Gewichte verwendet. ³Die Gesamtnote des jeweiligen Faches und gegebenenfalls Professionalisierungsbereiches wird entsprechend aus allen dem Fach beziehungsweise dem Professionalisierungsbereich zugeordneten Einzelnoten der Module gebildet. ⁴Die Gesamtnote lautet
- bei einem Durchschnitt bis 1,5: „sehr gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5: „gut“,
 - bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5: „befriedigend“,
 - bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0: „ausreichend“,
 - bei einem Durchschnitt über 4,0: „nicht bestanden“.
- ⁵Bei der Bildung der Gesamtnote nach Satz 4 wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (4) Lautet die Gesamtnote der Bachelorprüfung mindestens 1,3 oder besser und ist das Modul Bachelorarbeit mindestens mit der Note 1,0 bewertet, so wird das Prädikat „mit Auszeichnung“ verliehen und auf den Dokumenten gemäß § 21 vermerkt.
- (5) ¹Die Modulnote wird - sofern die Anlage 1 keine abweichende Regelung vorsieht - als arithmetisches Mittel aus allen zum Modul gehörenden benoteten Prüfungsleistungen gebildet. ²Dabei werden die in den Anlagen ausgewiesenen besonderen Gewichte oder anteiligen Leistungspunkte gewichtend verwendet. ³Ist in Modulen mit mehreren benoteten Prüfungsleistungen kein gesondertes Gewicht ausgewiesen oder eine Aufteilung der Leistungspunkte anteilig auf die Prüfungsleistungen nicht erfolgt, werden die Prüfungsleistungen bei der Bildung der Modulnote gleichgewichtet berücksichtigt. ⁴Entsprechend Absatz 3 Satz 4 wird bei der Modulnote nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt. ⁵Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (6) ¹Die Modulnote oder die Modulgruppennote wird entsprechend Absatz 3 aus den Noten der im Rahmen des Moduls oder der Modulgruppe bestandenen benoteten Prüfungsleistungen oder Modulen gebildet. ²Gleiches gilt für die Bildung der Gesamtnote eines Kompetenzbereiches.

§ 21 Zeugnisse und Bescheinigungen

- (1) ¹Über die bestandene Bachelorprüfung werden eine Urkunde über den verliehenen akademischen Grad sowie Abschlussunterlagen ausgestellt. ²Die Abschlussunterlagen bestehen aus einem Zeugnis und einem Verzeichnis der bestandenen Module. ³Ferner erhalten die Studierenden ein Diploma Supplement und eine Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung (Einstufungstabelle) sowie auf Antrag an das Prüfungsamt eine Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA).
- (2) ¹Das Zeugnis gibt die Fächer und deren Noten, bei Wahl des schulischen Schwerpunktes den Professionalisierungsbereich und dessen Note, den Titel der Bachelorarbeit und deren Note sowie die erworbenen Leistungspunkte und die Gesamtnote der Prüfung sowie gegebenenfalls das Prädikat „mit Auszeichnung“ (§ 20 Absatz 4) an. ²Das Verzeichnis der bestandenen Module (einschließlich des Moduls Bachelorarbeit) weist die zugeordneten Lehrveranstaltungen und Leistungspunkte sowie die Benotung oder Bewertung der Prüfungsleistungen aus. ³Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ⁴Als Tag des Bestehens der Bachelorprüfung wird auf allen Dokumenten der Tag angegeben, an dem das letzte nach § 20 Absatz 1 für die Berechnung der Gesamtnote relevante Modul erbracht worden ist. ⁵Das Ausstellungsdatum für alle Abschlussdokumente ist das Tagesdatum des Drucks.
- (3) ¹Das Diploma Supplement enthält eine Beschreibung der durch den Studiengang erworbenen Qualifikationen sowie die gemäß § 20 Absatz 3 ermittelte Gesamtnote. ²Absatz 2 Satz 3 bis Satz 5 gelten entsprechend.
- (4) ¹Die Bescheinigung über die relative ECTS-Notenverteilung wird in Form einer Einstufungstabelle ausgestellt. ²Die Ermittlung basiert auf dem ECTS Users' Guide der Europäischen Kommission in der jeweils geltenden Fassung. ³Das nach § 3 zuständige Organ legt dazu innerhalb der Rahmenvorgaben des Präsidiums die Parameter für die Kohortenbildung fest und stellt sie dem Prüfungsamt zur Verfügung.

- (5) ¹Die Bescheinigung über die Gesamtnote des Studiums als Grade Point Average (GPA) weist die im Zeugnis nach Absatz 2 angegebenen Prüfungsleistungen zusätzlich in folgenden GPA-Notenwertäquivalenten aus:

Note	Notenwertäquivalente
1,0	= 4,0
1,3	= 3,7
1,7	= 3,3
2,0	= 3,0
2,3	= 2,7
2,7	= 2,3
3,0	= 2,0
3,3	= 1,7
3,7	= 1,3
4,0	= 1,0

²Aus den Notenwertäquivalenten dieser Prüfungsleistungen werden gemäß § 20 Absatz 6 Notenwertäquivalente für die Modulnoten gebildet. ³Hierbei wird abweichend von auf die erste Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet. ⁴Anhand der Notenwertäquivalente dieser Module wird der GPA gemäß § 20 Absatz 1 bis Absatz 3 als Durchschnitt der Notenwertäquivalente ermittelt. ⁵Bei der Bildung der Gesamtnote nach § 20 Absatz 3 Satz 4 wird auf die erste Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.

- (6) ¹Im Fall des § 8 Absatz 2 sowie bei anderweitigem Ausscheiden aus dem betreffenden Studiengang an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover beziehungsweise der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die bestandenen Prüfungsleistungen und Module, deren Bewertungen und die dafür vergebenen Leistungspunkte aufführt. ²Alle Noten werden als Dezimalzahl ausgewiesen. ³Die Bescheinigung weist gegebenenfalls darauf hin, dass die Prüfung endgültig nicht bestanden ist.
- (7) ¹Alle in Absatz 1 genannten Dokumente werden in deutscher Sprache ausgestellt. ²Zusätzlich werden vom Prüfungsamt Übersetzungen in englischer Sprache ausgegeben.

§ 22 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss einer Modulprüfung wird den Studierenden auf Antrag an das Prüfungsamt Einsicht in die vollständigen Prüfungsakten gewährt. ²Der Antrag ist spätestens binnen eines Jahres nach Bekanntgabe der Bewertung oder Aushändigung des Zeugnisses zu stellen.

§ 23 Verfahrensvorschriften

- (1) Belastende Verwaltungsakte sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Betroffenen oder dem Betroffenen zuzustellen.
- (2) ¹Gegen Entscheidungen, denen die Bewertung einer Prüfungsleistung zu Grunde liegt, kann die oder der Betroffene binnen eines Monats nach Zustellung des Bescheids schriftlich bei dem nach § 3 zuständigen Organ Widerspruch erheben. ²Über den Widerspruch entscheidet das nach § 3 zuständige Organ.
- (3) ¹Bringt der Prüfling in seinem Widerspruch konkret und substantiiert Einwendungen gegen Bewertungen einer oder eines Prüfenden vor, leitet das nach § 3 zuständige Organ den Widerspruch der oder dem Prüfenden oder – im Falle der Bestellung von Erst- und Zweitprüfenden – beiden Prüfenden zur Stellungnahme zu. ²Ändert die oder der Prüfende oder ändern die Prüfenden die Bewertung antragsgemäß, so hilft das nach § 3 zuständige Organ dem Widerspruch ab. ³Anderenfalls überprüft das nach § 3 zuständige Organ unter Berücksichtigung der Stellungnahme oder der Stellungnahmen die Bewertung insbesondere darauf, ob
1. das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
 2. bei der Bewertung von einem falschen Sachverhalt ausgegangen worden ist,
 3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze nicht beachtet worden sind,
 4. eine vertretbare und mit gewichtigen Argumenten folgerichtig begründete Lösung als falsch bewertet worden ist, oder ob
 5. sich die oder der Prüfende von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.
- (4) Über den Widerspruch ist binnen drei Monaten zu entscheiden.
- (5) Das Widerspruchsverfahren darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsnote führen.

Vierter Teil: Schlussvorschriften

§ 24 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung

- (1) Diese Änderung der Prüfungsordnung tritt nach Genehmigung durch das Präsidium der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover sowie des Senats der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover und nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover sowie der Hochschule für Musik, Theater und Medien zum 1. Oktober 2022 in Kraft.
- (2) Studierende, die sich an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität in den Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang eingeschrieben haben, unterliegen ab Inkrafttreten den Regelungen dieser geänderten Prüfungsordnung. ²Über Ausnahmen in Bezug auf Anlage 1 entscheidet auf begründeten Antrag, der innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung zu stellen ist, das nach § 3 zuständige Organ. ³Gegebenenfalls erforderliche allgemeine Überführungsregeln werden vom nach § 3 zuständigen Organ in Ergänzung zu den Regelungen dieser Prüfungsordnung beschlossen.
- (3) ¹Studierende, die vor dem 01.10.2019 ihr Studium im Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang aufgenommen haben, können die in Anlage 1.A.1.a) genannte Lehrveranstaltung „Digitale Lernlandschaften - Inklusive Bildung“ absolvieren. ²Für Studierende, die ab dem 01.10.2019 ihr Studium im Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang aufgenommen haben, ist die Lehrveranstaltung verpflichtend.
- (4) ¹Studierende des Erstfaches Musik, die sich vor dem 01.10.2020 in den Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang eingeschrieben haben, müssen das Modul „Künstlerische Ausbildung Basis 1“ verpflichtend absolvieren. ²Diese Regelung gilt für die Dauer der Regelstudienzeit von vier Jahren und längstens ein weiteres Jahr und tritt zum 30.09.2024 außer Kraft. ³Für Studierende des Erstfaches Musik mit Studienbeginn zum 01.10.2020 sind die Module „Künstlerisches Hauptfach“ und „Künstlerische Nebenfächer“ obligatorisch.
- (5) ¹Studierende des Erst- oder Zweitfaches Religionswissenschaft / Werte und Normen im Kompetenzbereich Werte und Normen mit Studienbeginn vor dem 01.10.2022 können die Durchführung ihrer Bachelorprüfung gemäß der fachspezifischen Anlage vom 14.09.2021 beantragen. ²Ein begründeter Antrag auf Durchführung der Bachelorprüfung gemäß der genannten fachspezifischen Anlage ist bis zum 01.11.2022 an das nach § 3 zuständige Organ zu richten. ³Prüfungs- und Studienleistungen nach der genannten fachspezifischen Anlage können in begründeten und durch das nach § 3 zuständige Organ genehmigten Ausnahmefällen bis zum 30.09.2024 erbracht werden.
- (6) ¹Die in Anlage 1.K genannten Sprachnachweise, als Zulassungsvoraussetzung zum Modul Bachelorarbeit des Faches Katholische Theologie, sind ab dem Wintersemester 2023/2024 nachzuweisen.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Fachspezifische Anlagen des Professionalisierungsbereiches und der im Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang studierbaren Fächer

- 1.A Professionalisierungsbereich
- 1.B Biologie
- 1.C Chemie
- 1.D Darstellendes Spiel
- 1.E Deutsch
- 1.F Englisch
- 1.G Evangelische Theologie
- 1.H Geographie
- 1.I Geschichte
- 1.J Informatik
- 1.K Katholische Theologie
- 1.L Mathematik
- 1.M Medienmanagement
- 1.N Musik
- 1.O Philosophie
- 1.P Physik
- 1.Q Politik
- 1.R Religionswissenschaft / Werte und Normen
- 1.S Spanisch
- 1.T Sport

Die oben genannten Fächer B bis S sind mit Ausnahme des Faches Musik und des Faches Medienmanagement in der Variante Erst- und Zweifach studierbar. Die Anlagensystematik gliedert sich dann in Anlage 1.B-T.1 für das Erstfach und Anlage 1.B-T.2 für das Zweifach. Innerhalb der jeweiligen fachspezifischen Anlage sind die Module unterteilt in

- 1.A-T.1.1 beziehungsweise 1.B-T.2.1 Pflichtmodule
- 1.A-T.1.2 beziehungsweise 1.B-T.2.2 Wahlpflichtmodule
- 1.A-T.1.3 beziehungsweise 1.B-T.2.3 Wahlmodule
- 1.B-T.1.4 Bachelorarbeit

Anlage 2: Prüfungsformen

- 2.1 Definitionen
- 2.2 Glossar

Anlage 3: Ergänzende Regelungen

- 3.1 Melde- und Prüfungszeiträume
- 3.2 Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen
- 3.3 Abweichende Regelungen zu Prüfungsformen der Variante 2

Anlage 4: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit

Anlage 1: Fachspezifische Anlagen des Professionalisierungsbereiches und der im Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang studierbaren Fächer

Die Ziffer hinter der Abkürzung der Prüfungsleistung gibt den Umfang beziehungsweise die Dauer der Prüfungsleistung an (zum Beispiel HA 20 den Seitenumfang einer Hausarbeit, ES 5000 die Wortanzahl eines Essays oder K 60 die Dauer einer Klausur in Minuten).

1.A Professionalisierungsbereich

1.A.1.a) Schulischer Schwerpunkt

Im Bereich A ist die Vorlesung "Digitale Lernlandschaften - Inklusive Bildung" verpflichtend zu belegen.

Weitere Regelungen sind den Übergangsvorschriften des allgemeinen Teils zu entnehmen.

Anlage 1.A.1.a).1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Schlüsselkompetenzen	Bereich A Sprach-, Medien- und Darstellungskompetenzen	ab 1.	-	1 Studienleistung	-	9
	Bereich B Allgemeine Kompetenzen zur Förderung der Berufsfähigkeit (z. B. Digitalisierung, DaZ/DaF, Inklusion/Diversität, Medienkompetenz)	ab 1.	-	1 Studienleistung	-	
	Bereich C Praktikum Berufsfelderkundung (4 Wochen)	ab 1.	-	Praktikumsbericht	-	
Modul A Grundlagen der Erziehungswissenschaft/ Psychologie	A.1 Vorlesung Grundlagen der Psychologie – Allgemeine Psychologie	Empfohlen im 2.	-	-	K 60 oder KA 60 (Gewicht 1/3)	6
	A.2 Vorlesung Grundlagen der Erziehung und Bildung	Empfohlen im 2.	-	-	K 60 oder KA 60 (Gewicht 2/3)	
SPS Schulpraktische Studien/ Allgemeines Schulpraktikum (ASP)	SPS 1 Seminar Theoretische und Methodische Grundlagen (Praktikumsvorbereitung)	Empfohlen im 4.	-	1 Studienleistung	-	5
	Allgemeines Schulpraktikum (vier Wochen)	Empfohlen im 4. (vorlesungsfreie Zeit)	Seminar SPS 1			
	SPS 2 Seminar Reflexion und Evaluation (Praktikumsnachbereitung)	Empfohlen im 4. oder 5.	Allgemeines Schulpraktikum			
Summe						20

1.A.1.b) Außerschulischer SchwerpunktAnlage 1.A.1.b).1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Schlüsselkompetenzen	Bereich A Sprach-, Medien- und Darstellungskompetenzen	ab 1.	-	1 Studienleistung	-	14
	Bereich B Allgemeine Kompetenzen zur Förderung der Berufsfähigkeit	ab 1.	-	1 Studienleistung	-	
	Bereich C Praktikum Berufsfeld-erkundung (8 Wochen oder zwei Mal 4 Wochen)	ab 1.	-	Praktikumsbericht/e	-	
Summe						14

Anlage 1.A.1.2: Wahlpflichtmodule

– entfällt –

Anlage 1.A.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.A.1.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.B Biologie**1.B.1 Biologie als Erstfach****Anlage 1.B.1.1: Pflichtmodule**

Das Modul „Grundlagen der Chemie“ ist für Studierende, die nicht das Zweitfach Chemie studieren, obligatorisch. Studierende mit dem Zweitfach Chemie belegen stattdessen das Modul „Biochemie der Naturstoffe“. Das Modul „Physik für Biowissenschaften“ ist für Studierende, die nicht in den Zweifächern Chemie oder Physik immatrikuliert sind, obligatorisch. Studierende mit den Zweifächern Chemie oder Physik belegen stattdessen das Modul „Pflanzenphysiologie“.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Zellbiologie und Genetik	Vorlesung: Zellbiologie	1 oder 3	-	-	K 60 oder KA 60	6
	Tutorium			-		
	Experimentelle Übung			1		
	Vorlesung: Genetik	1 oder 3		-	K 90 oder KA 90	
	Tutorium			-		
	Experimentelle Übung			1		
Allgemeine Botanik	Vorlesung: Allgemeine Botanik	1 oder 3	-	-	K 90 oder KA 90	6
	Tutorium			-		
	Experimentelle Übung			1		
Grundlagen der Chemie	Vorlesung: Grundlagen der Chemie für Geowissenschaften und das Lehramt Biologie	1 oder 3	-	-	K 105	6
	Praktikum Grundlagen der Chemie für das Lehramt Biologie			1		
Spezielle Botanik	Vorlesung: Spezielle Botanik	2 oder 4	-	-	MP 30 (60%) PJ (40%)	6
	Bestimmungsübung			1		
	Exkursionen (3)			1		
Grundlagen der Ökologie	Vorlesung 1: Großlebensräume der Erde	2 oder 4	-	-	K 60	6
	Vorlesung 2: Grundlagen der Ökologie			-		
	Geländeübung			1		
Allgemeine Biochemie	Vorlesung Allgemeine Biochemie 1	3	-	-	K 60 (unbenotet)	3
Physik für Biowissenschaften	Vorlesung Physik für Studierende der Biowissenschaften	3 oder 4	-	-	K 120 (unbenotet)	6
	Übung Physik für Studierende der Biowissenschaften			-		
	Praktikum Physik für Studierende der Biowissenschaften	4		1		
Mikrobiologie	Vorlesung: Mikrobiologie	3 oder 5	-	-	K 60 (unbenotet) oder KA 60 (unbenotet)	6
	Experimentelle Übung			1		

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Biomathematik / Biometrie / Epidemiologie	Vorlesung: Biomathematik / Biometrie / Epidemiologie	4	-	-	K 120 oder KA 120	4
	Übung			1		
Pflanzenphysiologie	Vorlesung: Pflanzenphysiologie	4	-	-	K 90 oder KA 90	6
	Experimentelle Übung			1		
Zoologie für das Lehramt	Vorlesung 1: Allgemeine Zoologie	2 oder 4	-	-	K 60 oder KA 60	7
	Vorlesung 2: Funktionsmorphologie	3 oder 5		-	K 60 oder KA 60 K 60 oder KA 60	
	Experimentelle Übung: Funktionsmorphologie	3 oder 5		1	-	
Tier- und Humanphysiologie Vegetative Physiologie	Vorlesung: Tier- und Humanphysiologie	3 oder 5	-	-	K 60 oder KA 60	6
	Experimentelle Übung	5		1		
Evolution	Vorlesung: Evolution	5	-	-	K 90 oder KA 90	6
	Seminar: Evolution			1		
Biochemie der Naturstoffe	Vorlesung: Biochemie der Naturstoffe	3	-	-	K 90	6
	Seminar: Biochemie der Naturstoffe			1		
Summe						68

Anlage 1.B.1.2: Wahlpflichtmodule

Für Studierende, die den schulischen Schwerpunkt studieren, sind die Module „Einführung in die Biologiedidaktik und „Biologie lernen und lehren“ verpflichtend. Zusätzlich müssen zwei Module mit je 6 Leistungspunkten gewählt werden: Entweder das Wahlpflichtmodul „Tier- und Humanphysiologie: Neuro- und Sinnesphysiologie“ und / oder das Wahlpflichtmodul „Zoologische Systematik und Tierartenkenntnis“ und / oder das Modul Methoden der Molekularbiologie für Lehramtsstudierende. Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können als Alternative zu den Modulen „Einführung in die Biologiedidaktik“ und „Biologie lernen und lehren“ Module aus dem Wahlpflichtmodulkatalog des Bachelorstudiengangs Biologie im Umfang von 10 Leistungspunkten absolvieren. Hier besteht auch die Möglichkeit, Ethik in den Lebenswissenschaften zu wählen. Darüber hinaus können Studierenden mit außerschulischem Schwerpunkt das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/ Psychologie“ im Umfang von 6 Leistungspunkten ebenfalls durch ein Modul aus dem Wahlpflichtmodulkatalog des Bachelorstudiengangs Biologie ersetzen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Biologiedidaktik	Vorlesung Einführung in die Biologiedidaktik	2 oder 4	-	-	VbP (PR (50%))	5
	Seminar 1: Einführung in die Biologiedidaktik			1		

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
	Seminar 2: Fachgemäße Denk- und Arbeitsweisen			1	HA (50%)	
Biologie lernen und lehren	Seminar 1: Schulversuchspraktikum der Humanbiologie	3 oder 5	-	1	HA (40%)	5
	Seminar 2: Grundlegende Themen des Biologieunterrichts			1	VbP (PR 30%)	
	Seminar 3: Digitale Medien in Biologieunterricht und Forschung			1	HA (30%)	
Zoologische Systematik und Tierartenkenntnis	Vorlesung: Zoologische Systematik und Tierartenkenntnis	1, 3, oder 5	-	-	K 60	6
	Bestimmungsübung / Praktikum			1	oder KA 60	
	Exkursionen (2)			1		
Tier- und Humanphysiologie Neuro- und Sinnesphysiologie	Vorlesung: Tier- und Humanphysiologie: Neuro- und Sinnesphysiologie	6	-	-	K 60 oder KA 60	6
	Experimentelle Übung			1		
Methoden der Molekularbiologie für Lehramtsstudierende	Seminar: Methoden der Molekularbiologie für Lehramtsstudierende	6	-	1	VbP (PR (50%) und LÜ (50%))	6
	Experimentelle Übung			-		
Ersatzmodul	Weitere LV im Gesamtumfang von mind. 6 Leistungspunkten aus dem Angebot für den Bachelorstudiengang Biologie	5, 6			Lt. PO für den Bachelorstudiengang Biologie	6-16
Summe						22

Anlage 1.B.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.B.1.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	-	-	mindestens 110 Leistungspunkte	-	BA mit VbP (KO)	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.B.2 Biologie als ZweifachAnlage 1.B.2.1: Pflichtmodule

Das Modul „Grundlagen der Chemie“ ist für Studierende, die nicht das Erstfach Chemie studieren, obligatorisch. Studierende mit dem Erstfach Chemie/Physik belegen stattdessen das Modul „Allgemeine Biochemie. Das Modul „Physik für Biowissenschaften“ ist für Studierende, die nicht die Erstfächer Chemie und Physik gewählt haben, obligatorisch. Studierende mit den Erstfächern Chemie oder Physik belegen stattdessen das Modul „Tier- und Humanphysiologie: Neuro- und Sinnesphysiologie“.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Zellbiologie und Genetik	Vorlesung: Zellbiologie	1 oder 3	-	-	K 60 oder KA 60	6
	Tutorium			-		
	Experimentelle Übung			1		
	Vorlesung: Genetik	1 oder 3	-	-	K 90 oder KA 90	
	Tutorium			-		
	Experimentelle Übung			1		
Allgemeine Botanik	Vorlesung: Allgemeine Botanik	1 oder 3	-	-	K 90 oder KA 90	6
	Tutorium			-		
	Experimentelle Übung			1		
Grundlagen der Chemie	Vorlesung Grundlagen der Chemie für Geowissenschaften und das Lehramt Biologie	1	-	-	K 105	3
Allgemeine Biochemie	Vorlesung Allgemeine Biochemie 1	3	-	-	K 60 (unbenotet)	3
Physik für Biowissenschaften	Vorlesung Physik für Studierende der Biowissenschaften	3 oder 4	-	-	K 120 (unbenotet)	6
	Übung Physik für Studierende der Biowissenschaften			-		
	Praktikum Physik für Studierende der Biowissenschaften			1		
Zoologie für das Lehramt	Vorlesung 1: Allgemeine Zoologie	2 oder 4	-	-	K 60 oder KA 60	7
	Vorlesung 2: Funktionsmorphologie	und 3 oder 5		-	K60 oder KA 60 K 60 oder KA 60	
	Experimentelle Übung: Funktionsmorphologie	3 oder 5		1	-	
Spezielle Botanik	Vorlesung: Spezielle Botanik	2 oder	-	-	MP 30 (60%)	6

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
	Bestimmungsübung / Seminar	4		1	PJ (40%)	
	Exkursionen (3)			1		
Tier- und Humanphysiologie Vegetative Physiologie	Vorlesung: Tier- und Humanphysiologie: Vegetative Physiologie	5	-	-	K 60 oder KA 60	6
	Experimentelle Übung			1		
Tier- und Humanphysiologie: Neuro- und Sinnesphysiologie	Vorlesung: Tier- und Humanphysiologie: Neuro- und Sinnesphysiologie	6	-	1	K 60 oder KA 60	6
	Experimentelle Übung					
Summe						40

Das Modul Biomathematik / Biometrie / Epidemiologie ist verpflichtend zu absolvieren (s. u.) 4 LP.

Sofern das Modul Fachdidaktische Vertiefung zu Konzepten und Themen im Fach Biologie bzw. „Wahrnehmen, Denken, Lernen“ bereits belegt wurde, muss im Masterstudiengang Lehramt an Gymnasien das Modul Biomathematik / Biometrie / Epidemiologie absolviert werden

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachdidaktische Vertiefung zu Konzepten und Themen im Fach Biologie	Seminar 1: Biologieunterricht diversitätssensibel gestalten	6	-	1	HA 50%	4
	Seminar 2: Wahrnehmen, Denken, Lernen			1	VbP (PR) 50%	
Biomathematik / Biometrie / Epidemiologie	Vorlesung: Biomathematik / Biometrie / Epidemiologie	2	-	-	K 120 oder KA 120	4
	Übungen			1		
Summe						4

Anlage 1.B.2.2: Wahlpflichtmodule

Für Studierende, die den schulischen Schwerpunkt studieren, sind die Module „Einführung in die Biologiedidaktik“ und „Biologie lernen und lehren“ sowie das Modul Zoologische Systematik und Tierartenkenntnis verpflichtend.

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können die fachdidaktischen Anteile durch Module aus den Modulkatalogen des Bachelorstudiengangs Biologie im Umfang von 10 Leistungspunkten ersetzen. Darüber hinaus können Studierenden mit außerschulischem Schwerpunkt das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ im Umfang von 6 Leistungspunkten ebenfalls durch ein Modul aus dem Wahlpflichtmodulkatalog des Bachelorstudiengangs Biologie ersetzen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Biologiedidaktik	Vorlesung: Einführung in die Biologiedidaktik	2 oder 4	-	-	VbP (PR (50 %))	5
	Seminar 1: Einführung in die Biologiedidaktik			1		
	Seminar 2: Fachgemäße Denk- und Arbeitsweisen			1	HA (50%)	
Biologie lernen und lehren	Seminar 1: Schulversuchspraktikum der Humanbiologie	3 oder 5	-	1	HA (40%)	5
	Seminar 2: Grundlegende Themen des Biologieunterrichts			1	VbP (PR (30%))	
	Seminar 3: Digitale Medien in Biologieunterricht und Forschung		1	HA (30%)		
Zoologische Systematik und Tierartenkenntnis	Vorlesung: Zoologische Systematik, und Exkursion	3 oder 5	-	-	K 60 oder KA 60	6
	Bestimmungsübung / Praktikum			1		
	Exkursionen (2)			1		
Ersatzmodul	Weitere LV im Gesamtumfang von mind. 6 Leistungspunkten aus dem Angebot für den Bachelorstudiengang Biologie	5, 6			Lt. PO für den Bachelorstudiengang Biologie	6-16
Summe						16

Anlage 1.B.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.B.2.4: Modul „Bachelorarbeit“

– entfällt –

1.C Chemie

Die Abkürzung „SWS“ steht für Semesterwochenstunden. Bei Seminaren (S) und Laborübungen (LÜ) können die Studierenden nach Maßgabe der Seminar- oder Übungsleitung zur Anwesenheit verpflichtet werden. Zulassungsvoraussetzung für Übungen ist stets die Teilnahme an den zugehörigen Sicherheitsbelehrungen. Über Ausnahmen von den Voraussetzungen für die Zulassung zur Übung entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Übung.

1.C.1 Chemie als Erstfach

Studierende mit dem Zweitfach Mathematik können anstatt des Moduls „Rechenmethoden der Chemie 1“ andere Module im Umfang von 5 Leistungspunkten belegen, Studierende mit dem Zweitfach Physik können anstatt des Moduls „Experimentalphysik 1“ und des Moduls „Rechenmethoden der Chemie 1“ andere Module im Umfang von 4 – 9 Leistungspunkten belegen. Für die Zulassung zur Übung im Modul „Physikalische Chemie 2 für Lehramt“ muss der Nachweis zum Modul „Rechenmethoden der Chemie 1“ äquivalenten Studienleistung erbracht werden. Studierende, die die Voraussetzungen zur Zulassung zu den Laborübungen nicht erfüllen, können in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Entscheidung über die Zulassung trifft die Leiterin oder der Leiter der Übung.

Anlage 1.C.1.1: Pflichtmodule

Zur Berechnung der Gesamtnote werden bei dem Modul "Anorganische Chemie 2 für Lehramt" die Summe der Leistungspunkte der Module "Anorganische Chemie 1" und "Anorganische Chemie 2 für Lehramt", bei dem Modul "Organische Chemie 2 für Lehramt" die Summe der Leistungspunkte der Module "Organische Chemie 1" und "Organische Chemie 2 für Lehramt" sowie bei dem Modul "Physikalische Chemie 2 für Lehramt" die Summe der Leistungspunkte der Module "Physikalische Chemie 1 für Lehramt" und "Physikalische Chemie 2 für Lehramt" herangezogen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Allgemeine Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Allgemeine Chemie	1	-	K 180	-	8
	Übung (2 SWS) Allgemeine Chemie	1				
Allgemeine Chemie 2	LÜ + S (8 SWS) Allgemeine Chemie	1	-	LÜ Allgemeine Chemie mit Abschlusskolloquium	-	7
Analytische Chemie 1	Vorlesung (2 SWS) Analytische Chemie I	1	-	LÜ Analytische Chemie I	K 60	7
	LÜ + S (5 SWS) Analytische Chemie I	2				
Analytische Chemie 2	Vorlesung (2 SWS) Analytische Chemie II	2	-	LÜ Analytische Chemie II	K 60	7
	LÜ + S (5 SWS) Analytische Chemie II	2				
Anorganische Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Chemie der Elemente	2	-	K 180	-	5
	Übung (1 SWS) zur VL Chemie der Elemente	2				
Physikalische Chemie 1 für Lehramt	Vorlesung (4 SWS) Thermodynamik für Lehramt	2	-	K 180	-	7

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
	Übung (2 SWS) zur Thermodynamik für Lehramt	2				
Organische Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Struktur und Reaktivität Organischer Verbindungen	3	-	K 180	-	6
	Übung (1 SWS) zur VL Struktur und Reaktivität Organischer Verbindungen	3				
Anorganische Chemie 2 für Lehramt	LÜ + S (6 SWS) Grundlagenpraktikum Anorganische Synthesechemie für Lehramt	3	Abgeschlossene LÜ und S aus Anorganische Chemie 2 für Lehramt	LÜ + PR Grundlagenpraktikum Anorganische Synthesechemie für Lehramt	MP 30	6
Physikalische Chemie 2 für Lehramt	LÜ + S (9 SWS) Grundlagenpraktikum Physikalische Chemie für Lehramt	5	Abgeschlossene LÜ + S aus Physikalische Chemie 2 für Lehramt	LÜ Grundlagenpraktikum Physikalische Chemie für Lehramt	MP 30	9
Organische Chemie 2 für Lehramt	Vorlesung (1 SWS) Synthese und Reaktionsmechanismen für Lehramt LÜ+S (9 SWS) Grundlagenpraktikum Organische Chemie für Lehramt	4	Abgeschlossene LÜ + S aus Organische Chemie 2 für Lehramt	LÜ+PR Grundlagenpraktikum Organische Chemie für Lehramt	K 120	9
Rechenmethoden in der Chemie 1	Vorlesung (2 SWS) Rechenmethoden in der Chemie I	1	-	K 120	-	5
	Übung (2 SWS) zur VL Rechenmethoden in der Chemie I	1				
Experimentalphysik 1	Vorlesung (2 SWS) Experimentalphysik I	1	-	K 120	-	4
	Übung (1 SWS) Experimentalphysik I	1				
Ersatzmodul Rechenmethoden in der Chemie 1/ Experimentalphysik 1	Weitere LV im Gesamtumfang von 4 bis 9 LP aus dem Angebot für den Bachelorstudiengang Chemie	1, 2, 3, 4, 5, 6	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie	Keine	4-9
Summe						80

Es gelten die folgenden Regeln für die Zulassung zu den Laborübungen:

Lehrveranstaltung	Voraussetzungen zur Teilnahme
LÜ Modul Allgemeine Chemie 2	Abgeschlossenes Modul Allgemeine Chemie 1
LÜ Analytische Chemie 1	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2
LÜ Analytische Chemie 2	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2
LÜ Modul Anorganische Chemie 2 für Lehramt	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2, Anorganische Chemie 1, Abgeschlossene LÜ aus Analytische Chemie 1 + 2
LÜ Physikalische Chemie 2 für Lehramt	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2, Physikalische Chemie 1, Rechenmethoden der Chemie 1
LÜ Organische Chemie 2 für Lehramt	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 2, Organische Chemie 1 Abgeschlossene LÜ aus Analytische Chemie 1 + 2
Ersatzmodul Rechenmethoden in der Chemie 1/ Experimentalphysik 1	Ggf. Zulassungs-Voraussetzungen nach der PO für den Bachelorstudiengang Chemie

Anlage 1.C.1.2: Wahlpflichtmodule

Studierende mit schulischem Studienschwerpunkt müssen die Module „Fachdidaktik Chemie 1“ und „Fachdidaktik Chemie 2“, den lehramtsbezogenen Professionalisierungsbereich und die Fachdidaktik-Module des gewählten Zweifachs ableisten. Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können die Module „Fachdidaktik Chemie 1“ und „Fachdidaktik Chemie 2“, das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/ Psychologie“ und die Fachdidaktik-Module des Zweifachs aus dem Angebot des Bachelorstudiengangs Chemie im Umfang von 6 - 26 Leistungspunkten ersetzen, sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt. Die gewählten Module müssen jeweils mit einer Prüfungsleistung abgeschlossen werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
FC 1 Fachdidaktik Chemie 1	Seminar (4 SWS) Grundlagen der Chemiedidaktik	2	-	regelmäßige, aktive Teilnahme, Haus- und Präsenzübungen,	VbP (PF)	4
FC 2 Fachdidaktik Chemie 2	Seminar/Übung Kernthemen der Sek. I in Theorie und Experiment	3,4,5	-	Seminar: regelmäßige, aktive Teilnahme, Haus- und Präsenzübungen	VbP (SE oder PF)	6
	Seminar (2 SWS) Methoden im Chemieunterricht	3,5		regelmäßige, aktive Teilnahme, Haus- und Präsenzübungen Portfolio		
Ersatzmodul Erziehungswissenschaften/ Fachdidaktik	Weitere LV im Gesamtumfang von 6 bis 26 Leistungspunkten aus dem Angebot für den Bachelorstudiengang Chemie	1 - 6	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie	Lt. PO für den Bachelor-Studiengang Chemie	6 - 26

Es gelten die folgenden Regeln für die Zulassung zu den Lehrveranstaltungen:

Modul	Voraussetzungen zur Teilnahme
Ersatzmodul Erziehungswissenschaften/ Fachdidaktik	Ggf. Zulassungs-Voraussetzungen nach der PO für den Bachelorstudiengang Chemie

Anlage 1.C.1.3 Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.C.1.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Seminar oder Kolloquium	5 oder 6	mindestens 110 Leistungspunkte	Seminar: regelmäßige, aktive Teilnahme, Anfertigen und Vorstellen eines Exposees zur Arbeit	BA	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.C.2 Chemie als Zweifach

Anlage 1.C.2.1: Pflichtmodule

Studierende mit dem Erstfach Mathematik oder Physik können anstatt des Moduls „Rechenmethoden der Chemie 1“ andere Module im Umfang von 5 Leistungspunkten belegen. Studierende, die die Voraussetzungen zur Zulassung zu den Übungen nicht erfüllen, können in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Entscheidung über die Zulassung trifft die Leiterin oder der Leiter der Übung.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Allgemeine Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Allgemeine Chemie	1	Keine	K 180	keine	8
	Übung (2 SWS) Allgemeine Chemie	1				
Allgemeine Chemie 2	EÜ+S (8 SWS) Allgemeine Chemie	1	Keine	LÜ Allgemeine Chemie mit Abschlusskolloquium	keine	7
Analytische Chemie 1	Vorlesung (2 SWS) Analytische Chemie I	1	Keine	LÜ Analytische Chemie I	K 60	7
	LÜ+S (5 SWS) Analytische Chemie I	2				
Analytische Chemie 2	Vorlesung (2 SWS) Analytische Chemie II	2	Keine	LÜ Analytische Chemie II	K 60	7
	LÜ+S (5 SWS) Analytische Chemie II	2				
Rechenmethoden in der Chemie 1	Vorlesung (2 SWS) Rechenmethoden der Chemie I	1	Keine	K 120	Keine	5
	Übung (2 SWS) Rechenmethoden der Chemie I	1				

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Ersatzmodul Rechenmethoden in der Chemie 1	Weitere LV im Gesamtumfang von 5 LP aus dem Angebot für den Bachelorstudiengang Chemie	1, 2, 3, 4, 5, 6	Lt. PO für den Bachelor-Studiengang Chemie	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie	Keine	5
Summe						34

Es gelten die folgenden Regeln für die Zulassung zu den Laborübungen:

Lehrveranstaltung	Voraussetzungen zur Teilnahme
LÜ Modul Allgemeine Chemie 2	Abgeschlossenes Modul Allgemeine Chemie 1
LÜ Analytische Chemie 1	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2
LÜ Analytische Chemie 2	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2
Ersatzmodul Rechenmethoden in der Chemie 1	Ggf. Zulassungs-Voraussetzungen nach der PO für den Bachelorstudiengang Chemie

Anlage 1.C.2.2: Wahlpflichtmodule

Es sind Wahlpflichtmodule im Umfang von mindestens 26 Leistungspunkten zu wählen. Bei der Auswahl der Module ist zu berücksichtigen, dass die Kombination der Module wie folgt verpflichtend ist:

- „Anorganische Chemie 1“ und „Anorganische Chemie 2 für Lehramt“, „Experimentalphysik 1“;
- „Organische Chemie 1“ und „Organische Chemie 2 für Lehramt“;
- „Physikalische Chemie 1 für Lehramt“ und „Physikalische Chemie 2 für Lehramt“;

Die in den Kombinationen aufgeführten Module können nicht einzeln belegt werden. Weitere Module müssen so gewählt werden, dass die Mindestpunktzahl erreicht wird.

Studierende mit schulischem Studienschwerpunkt müssen die Module „Fachdidaktik Chemie 1“ und „Fachdidaktik Chemie 2“, den lehramtsbezogenen Professionalisierungsbereich und die Fachdidaktik-Module des gewählten Erstfachs ableisten. Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können die Module „Fachdidaktik Chemie 1“ und „Fachdidaktik Chemie 2“ durch andere Module aus dem Angebot des Bachelorstudiengangs Chemie im Umfang von mindestens 10 Leistungspunkten ersetzen. Die gewählten Module müssen jeweils mit einer Prüfungsleistung abgeschlossen werden. Darüber hinaus kann das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ im Umfang von 6 Leistungspunkten ebenfalls durch ein Modul aus dem Angebot des Bachelorstudiengangs Chemie ersetzt werden.

Studierende mit dem Erstfach Physik können anstatt des Moduls „Experimentalphysik 1“ andere Module im Umfang von 4 Leistungspunkten belegen. Für die Zulassung zur Übung im Modul „Physikalische Chemie 2 für Lehramt“ muss der Nachweis zum Modul „Rechenmethoden der Chemie 1“ äquivalenten Studienleistung erbracht werden. Studierende, die die Voraussetzungen zur Zulassung zu den Übungen nicht erfüllen, können in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Entscheidung über die Zulassung trifft die Leiterin oder der Leiter der Übung.

Zur Berechnung der Gesamtnote werden bei dem Modul "Anorganische Chemie 2 für Lehramt" die Summe der Leistungspunkte der Module "Anorganische Chemie 1" und "Anorganische Chemie 2 für Lehramt", bei dem Modul "Organische Chemie 2 für Lehramt" die Summe der Leistungspunkte der Module "Organische Chemie 1" und "Organische Chemie 2 für Lehramt" sowie bei dem Modul "Physikalische Chemie 2 für Lehramt" die Summe der Leistungspunkte der Module "Physikalische Chemie 1 für Lehramt" und "Physikalische Chemie 2 für Lehramt" heran gezogen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
-------	---------------------	----------	-----------------------------------	-------------------	------------------	-----------------

Anorganische Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Chemie der Elemente	2	Keine	K 180		keine	5
	Übung (1 SWS) zur VL Chemie der Elemente	2					
Anorganische Chemie 2 und didaktische Reflexion für Lehramt	LÜ+S (6 SWS) Grundlagenpraktikum Anorganische Synthesechemie I für Lehramt	3	Abgeschlossene LÜ und S aus Anorganische Chemie 2 für Lehramt	LÜ und PR Grundlagenpraktikum Anorganische Synthesechemie für Lehramt		MP 30	7
	Seminar (1 SWS) Didaktisch reflektierte Fachwissenschaft	4					
Physikalische Chemie 1 für Lehramt	Vorlesung (4 SWS) Thermodynamik für Lehramt I	2	Keine	K 180		keine	7
	Übung (2 SWS) zur VL Thermodynamik für Lehramt	2					
Physikalische Chemie 2 für Lehramt	LÜ+S (9 SWS) Grundlagenpraktikum Physikalische Chemie für Lehramt		Abgeschlossene LÜ+S Grundlagenpraktikum Physikalische Chemie für Lehramt	LÜ+S Physikalische Chemie I		MP 30	9
Organische Chemie 1	Vorlesung (4 SWS) Struktur und Reaktivität Organischer Verbindungen	3	Keine	K 180		keine	6
	Übung (1 SWS) zur VL Struktur und Reaktivität Organischer Verbindungen	3					
Organische Chemie 2 und didaktische Reflexion für Lehramt	Vorlesung (1 SWS) Synthese und Reaktionsmechanismen für Lehramt	4	Abgeschlossene LÜ+S aus Grundlagenpraktikum Organische Chemie für Lehramt	Ü+SE Organische Chemie I		K 120	10
	LÜ+S (10 SWS) Grundlagenpraktikum Organische Chemie für Lehramt	4					
	Seminar (1 SWS) Didaktisch reflektierte Fachwissenschaft	5					

Experimentalphysik 1	Vorlesung (2 SWS) Experimentalphysik I	1	Keine	K 120		Keine	4
	Übung (1 SWS) Experimentalphysik I	1					
Ersatzmodul Experimentalphysik 1	Weitere LV im Gesamtumfang von 4 LP aus dem Angebot für den Bachelorstudiengang Chemie	1, 2, 3, 4, 5, 6	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie		Keine	4
FC 1 Fachdidaktik Chemie 1	Seminar (4 SWS) Grundlagen der Chemiedidaktik	2	Keine	regelmäßige, aktive Teilnahme, Haus- und Präsenzübungen,		VbP (PF)	4
FC 2 Fachdidaktik Chemie 2	Seminar/Übung Kernthemen der Sek. I in Theorie und Experiment	3,4,5	Keine	Seminar: regelmäßige, aktive Teilnahme, Haus- und Präsenzübungen		VbP (SE oder PF)	6
	Seminar (2 SWS) Methoden im Chemieunterricht	4,5		regelmäßige, aktive Teilnahme, Haus- und Präsenzübungen Portfolio			
Ersatzmodul Erziehungswissenschaften/Fachdidaktik	Weitere LV im Gesamtumfang von 6 bis 16 Leistungspunkten aus dem Angebot für den Bachelorstudiengang Chemie	1 – 6	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie	Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie		Lt. PO für den Bachelorstudiengang Chemie	6 - 16

Es gelten die folgenden Regeln für die Zulassung zu den Laborübungen:

Lehrveranstaltung	Voraussetzungen zur Teilnahme
LÜ Modul Anorganische Chemie 2 für Lehramt	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2, Anorganische Chemie 1, Abgeschlossene LÜ aus Analytische Chemie 1 + 2
LÜ Physikalische Chemie 2 für Lehramt	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 1+2, Physikalische Chemie 1, Rechenmethoden der Chemie 1
LÜ Organische Chemie 2 für Lehramt	Abgeschlossene Module Allgemeine Chemie 2, Organische Chemie 1 Abgeschlossene LÜ aus Analytische Chemie 1 + 2
Ersatzmodul Experimentalphysik 1	Ggf. Zulassungs-Voraussetzungen nach der PO für den Bachelorstudiengang Chemie
Ersatzmodul Erziehungswissenschaften/ Fachdidaktik	Ggf. Zulassungs-Voraussetzungen nach der PO für den Bachelorstudiengang Chemie

Anlage 1.C.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.C.3.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.D Darstellendes Spiel

Das Lehrangebot des Faches Darstellendes Spiel wird gemeinsam von folgenden Hochschulen erbracht: Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (HBK), Hochschulen für Musik, Theater und Medien Hannover (HMTH), Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover (LUH), Stiftung Universität Hildesheim (SUH) und TU Braunschweig (TU BS).

1.D.1 Darstellendes Spiel als Erstfach**Anlage 1.D.1.1: Pflichtmodule**

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
M 1 Grundlagen szenischer Praxis	4 Übungen	1-2	-	4	-	10
	Grundlagen szenischer Praxis			1	VbP	
M 2 Grundlagen künstlerisch-wissenschaftlichen Arbeitens	M 2.1 Seminar Arbeitstechniken	1-2	-	1	HA 10-15 nur in M 2.1 oder M 2.3	8
	M 2.2 Übung Veranstaltungstechnik			1		
	M 2.3 Seminar Reflexion theatraler Praxis			1		
M 3 Angeleitete künstlerische Praxis	Projekt	2-5		-	VbP	12
	Kolloquium oder Seminar			1	-	
M 4 Theatertheorie und Theatergeschichte	M 4.1 Seminar Einführung Theatergeschichte	1-3	-	1	HA 10-15 oder K 120	10
	M 4.2 Seminar Einführung Theatertheorie			1		
	M 4.3 Seminar Interdisziplinäre Bezüge des Theaters			1		
M 5 Formen des Gegenwartstheaters	M 5.1 Übung Aufführungsanalyse	2-5	-	1	HA 10-15 oder K 120	8
	M 5.2 Seminar Dramenanalyse			1		
	M 5.3 Seminar Ästhetik des Gegenwartstheaters			1		
M 6 Theorie und Praxis der Theaterpädagogik	M 6.1 Seminar Orientierungswissen Theaterpädagogik	1-3	-	1	VbP (unbenotet)	5
	M 6.2 Übung Spielleitung			1		
M 8.1 Exkursion	Exkursion von 3-5 Tagen	2/4/6	-	1	-	6
M 9.1 Eigenstudium	Nach Absprache künstlerisches, theaterpädagogische oder wissenschaftliches Vertiefungsstudium	4-5		-	VbP (unbenotet)	9
M 10 Eigenständige künstlerische Praxis	1 Projekt (mit max. 3 Prüflingen)	4-5	-	-	VbP	12
	Kolloquium			-		
Summe						80

Anlage 1.D.1.2: Wahlpflichtmodule

Studierende mit schulischem Schwerpunkt müssen das Modul „M 7.2 Darstellendes Spiel (schulischer Schwerpunkt)“ belegen.

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt müssen das Modul „M 7.1 Theaterpädagogik“ studieren. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden. In diesem Fall kann „M 11 Vertiefung Darstellendes Spiel“ studiert und als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/ Psychologie“ des Professionalisierungsbereichs „M 9.2 Eigenstudium“ absolviert werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
M 7.1 Theaterpädagogik (außerschulischer Schwerpunkt)	M 7.1.1 Seminar Analyse zeitgenössischer Projekte und Auf- führungen	3-5	-	1	HA 10 und VbP	10
	M 7.1.2 Seminar Didaktische Positionen der Theaterpädagogik in Geschichte und Gegen- wart			1		
	M 7.1.3 Seminar Konzeption und Durch- führung selbständiger theaterpädagogischer Praxis			1		
oder						
M 7.2 Darstellendes Spiel (schulischer Schwerpunkt)	M 7.2.1 Seminar Unter- richtsentwürfe und -pla- nung, Lernziele und Leistungskriterien	3-5	-	1	HA 10 und VbP	10
	M 7.2.2 Seminar Didaktische Positionen der Theaterpädagogik in Geschichte und Gegen- wart			1		
	M 7.2.3 Seminar Arbeitsweise und Selbstverständnis des Theaterlehrers			1		
M 9.2 Eigenstudium	Nach Absprache künst- lerisches, theater-päda- gogische oder wissen- schaftliches Vertie- fungsstudium	4-6	-	-	VbP (unbenotet)	6
M 11 Vertiefung Darstellendes Spiel	2 Lehrveranstaltungen	Ab 4	-	1	HA 10	10
				1		
Summe						10-26

Anlage 1.D.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.D.1.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium	Ab 5	mindestens 110 Leistungspunkte		BA 30	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.D.2 Darstellendes Spiel als ZweifachAnlage 1.D.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
M 1 Grundlagen szenischer Praxis	4 Übungen	1-2	-	4	-	10
	Grundlagen szenischer Praxis			1	VbP	
M 2 Grundlagen künstlerisch-wissenschaftlichen Arbeitens	M 2.1 Seminar Arbeitstechniken	1-2	-	1	HA 10-15 nur in M 2.1 oder M 2.3	8
	M 2.2 Übung Veranstaltungstechnik			1		
	M 2.3 Seminar Reflexion theatraler Praxis			1		
M 3 Angeleitete Künstlerische Praxis	1 Projekt	2-5	-	-	VbP	12
	Kolloquium oder Seminar			1		
M 4 Theatertheorie und Theatergeschichte	M 4.1 Seminar Einführung Theatergeschichte	1-3	-	1	HA 10-15 oder K 120	10
	M 4.2 Seminar Einführung Theatertheorie			1		
	M 4.3 Seminar Interdisziplinäre Bezüge des Theaters (Bildende Kunst, Populäre Kultur, Literatur)			1		
M 6 Theorie und Praxis der Theaterpädagogik	M 6.1 Seminar Orientierungswissen Theaterpädagogik	1-3		1	VbP (unbenotet)	5
	M 6.2 Übung Spielleitung			1		
M 8.2 Exkursion	Exkursion von 3 Tagen	2/4/6	-	1		5
Summe						50

Anlage 1.D.2.2: Wahlpflichtmodule

Studierende mit schulischem Schwerpunkt müssen das Modul „M 7.2 Darstellendes Spiel (schulischer Schwerpunkt)“ belegen.

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können das Modul „M 7.1 Theaterpädagogik“ studieren, ebenso kann das Modul „M 9.2 Eigenstudium“ als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/ Psychologie“ des Professionalisierungsbereichs belegt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
M 7.1 Theaterpädagogik (außerschulischer Schwerpunkt)	M 7.1.1 Seminar Analyse zeitgenössischer Projekte und Aufführungen	3-5	-	1	HA 10 und VbP	10
	M 7.1.2 Seminar Didaktische Positionen der Theaterpädagogik in Ge- schichte und Gegenwart			1		
	M 7.1.3 Seminar Konzeption und Durchführung selbständiger theaterpädagogischer Praxis			1		
oder						
M 7.2 Darstellendes Spiel (schulischer Schwerpunkt)	M 7.2.1 Seminar Unterrichts- entwürfe und –planung, Lern- ziele und Leistungskriterien	3-5.	-	1	HA 10 und VbP	10
	M 7.2.2 Seminar Didaktische Positionen der Theaterpädagogik in Ge- schichte und Gegenwart			1		
	M 7.2.3 Seminar Arbeitsweise und Selbstver- ständnis des Theaterlehrers			1		
M 9.2 Eigenstudium	Nach Absprache künstleri- sches, theaterpädagogi- sches oder wissenschaftli- ches Vertiefungsstudium	4-6	-	-	VbP (unbenotet)	6
Summe						0-16

Anlage 1.D.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.D.2.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.E Deutsch

Sofern nicht anders festgelegt, können Prüfungs- und Studienleistungen eines Moduls nicht in ein und derselben Veranstaltung erbracht werden. In diesem Fall wählen die Studierenden in Absprache mit den Lehrenden, in welcher Veranstaltung des Moduls sie die jeweilige Leistung erbringen. Es wird dringend empfohlen, dass die Module L 2 - L 5, S 2 - S 5, D 1 und Wissenschaftliche Praxis erst nach dem Abschluss der vorangegangenen Module belegt werden.

1.E.1 Deutsch als ErstfachAnlage 1.E.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 1 Einführung in die Literaturwissenschaft I	L 1.1 Methoden, Themen, Theorien: Überblick (Vorlesung* od. Seminar)	1	-	K	-	10
	L 1.2 Methoden, Themen, Theorien: Vertiefung (Seminar)			-	HA 10-15	
L 2 Einführung in die Literaturwissenschaft II	L 2.1 Literaturgeschichte: Überblick (Vorlesung ** od. Seminar)	2	-	K	-	10
	L 2.2 Literaturgeschichte: Vertiefung (Seminar)			-	HA 10-15	
S 1 Einführung in die Sprachwissenschaft	Seminar Einführung in die Sprachwissenschaft (4 SWS)	1	-	1	K oder MP 20–30 oder HA 10-15	10
S 2 Grammatik	S 2.1 Syntaktische Analyse	2	-		K oder HA 10-15 oder MP 20-30	10
	S 2.2 Übung zur Syntaktischen Analyse			1	-	
D 1 Einführung in die Fachdidaktik	D 1.1 Literaturdidaktik (Vorlesung od. Seminar)	ab 3	-	1	HA 10-15 oder K oder MP 20-30 oder VbP	10
	D 1.2 Sprachdidaktik (Vorlesung od. Seminar)			1		
Summe						50

*Die Vorlesung zu L1.1 wird nur im Wintersemester angeboten.

**Die Vorlesung zu L2.1 wird nur im Sommersemester angeboten.

Anlage 1.E.1.2: Wahlpflichtmodule

Studierende mit **schulischem Schwerpunkt** müssen vier Wahlpflichtmodule (im Umfang von je 10 Leistungspunkten) belegen, davon mindestens ein literatur- und ein sprachwissenschaftliches Modul. Studierende mit **außerschulischem Schwerpunkt** müssen vier Wahlpflichtmodule absolvieren (im Umfang von je 10 Leistungspunkten), von denen jeweils zwei aus Literatur- und Sprachwissenschaft zu wählen sind. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweitfaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweitfaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden. In diesem Fall kann ein weiteres Wahlpflichtmodul studiert werden. Als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ des Professionalisierungsbereichs kann das Modul „Wissenschaftliche Praxis“ (6 Leistungspunkte) belegt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 3 Literaturgeschichte	L 3.1 Literatur bis 1830 (Vorlesung od. Seminar)	ab 3	-	1	HA 10-15	10
	L 3.2 Literatur ab 1830 (Vorlesung od. Seminar)					
L 4 Medien – Kultur – Wissen	Vorlesung od. Seminar	ab 3	-	1	HA 10-15	10
	Seminar					
L 5 Projekt	2 Lehrveranstaltungen	ab 3	-	2	-	10
S 3 Deutsch in Geschichte und Gegenwart	Vorlesung od. Seminar	ab 3	Erfolgreich absolviertes Modul S 1	1	HA 10-15 oder K oder MP 20-30 oder VbP	10
	Seminar					
S 4 Deutsch in Gebrauch, Gesellschaft und Medien	Vorlesung od. Seminar	ab 3	Erfolgreich absolviertes Modul S 1	1	HA 10-15 oder K oder MP 20-30 oder VbP	10
	Seminar					
S 5 Deutsch als Zweit- und Fremdsprache	S 5.1 Grundlagen	ab 3	Erfolgreich absolviertes Modul S 1	-	HA 10-15 oder K oder MP 20-30 oder VbP	10
	S 5.2 Vertiefung			1		
Wissenschaftliche Praxis	eine beliebige Veranstaltung aus den Modulen L 3, L 4 oder S 3 bis S 5 zu einem bislang noch nicht gewählten Themenschwerpunkt	ab 3	-	1	-	6
Summe						40-56

Anlage 1.E.1.3: Wahlmodule:

– entfällt –

Anlage 1.E.1.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	-	6	mindestens 110 Leistungspunkte und Abschluss der Module S1 und L1	-	BA 30-40	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.E.2 Deutsch als ZweifachAnlage 1.E.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 1 Einführung in die Literaturwissenschaft I	L 1.1 Methoden, Themen, Theorien: Überblick (Vorlesung* od. Seminar)	1	-	K	-	10
	L 1.2 Methoden, Themen, Theorien: Vertiefung (Seminar)			-	HA 10-15	
L 2 Einführung in die Literaturwissenschaft II	L 2.1 Literaturgeschichte: Überblick (Vorlesung** od. Seminar)	2	-	K	-	10
	L 2.2 Literaturgeschichte: Vertiefung (Seminar)			-	HA 10-15	
S 1 Einführung in die Sprachwissenschaft	Seminar Einführung in die Sprachwissenschaft (4 SWS)	1	-	1	K oder MP 20-30 oder HA 10-15	10
S 2 Grammatik	S 2.1 Syntaktische Analyse	2	-	-	K oder HA 10-15 oder MP 20-30	10
	S 2.2 Übung Syntaktische Analyse			1	-	
D 1 Einführung in die Fachdidaktik	D 1.1 Literaturdidaktik (Vorlesung od. Seminar)	ab 3	-	1	HA 10-15 oder K oder MP 20-30 oder VbP	10
	D 1.2 Sprachdidaktik (Vorlesung od. Seminar)			1		
Summe						50

*Die Vorlesung zu L1.1 wird nur im Wintersemester angeboten.

**Die Vorlesung zu L2.1 wird nur im Sommersemester angeboten.

Anlage 1.E.2.2: Wahlpflichtmodule

Studierende mit **schulischem Schwerpunkt** müssen ein Modul (im Umfang von 10 Leistungspunkten) wählen. Studierende mit **außerschulischem Schwerpunkt** können ein Wahlpflichtmodul (im Umfang von 10 Leistungspunkten) wählen. Das Modul Wissenschaftliche Praxis (6 Leistungspunkte) kann als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ des Professionalisierungsbereichs belegt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
L 3 Literaturgeschichte	L 3.1 Literatur bis 1830 (Vorlesung od. Seminar)	ab 3	-	1	HA 10-15	10
	L 3.2 Literatur ab 1830 (Vorlesung od. Seminar)					
L 4 Medien – Kultur – Wissen	Vorlesung od. Seminar	ab 3	-	1	HA 10-15	10
	Seminar					
L 5 Projekt	2 Lehrveranstaltungen	ab 3	-	2	-	10
S 3 Deutsch in Geschichte und Gegenwart	Vorlesung od. Seminar	Ab 3	Erfolgreich absolviertes Modul S 1	1	HA 10-15 oder K oder MP 20-30 oder VbP	10
	Seminar					
S 4 Deutsch in Gebrauch, Gesellschaft und Medien	Vorlesung od. Seminar	ab 3	Erfolgreich absolviertes Modul S 1	1	HA 10-15 oder K oder MP 20-30 oder VbP	10
	Seminar					
S 5 Deutsch als Zweit- und Fremdsprache	S 5.1 Grundlagen	ab 3	Erfolgreich absolviertes Modul S 1	-	HA 10-15 oder K oder MP 20-30 oder VbP	10
	S 5.2 Vertiefung			1		
Wissenschaftliche Praxis	eine beliebige Veranstaltung aus den Modulen L 3, L 4 oder S 3 bis S 5 zu einem bislang noch nicht gewählten Themenschwerpunkt	ab 3	-	1	-	6
Summe						0-16

Anlage 1.E.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.E.2.4: Modul „Bachelorarbeit“

– entfällt –

1.F Englisch**1.F.1 Englisch als Erstfach**Anlage 1.F.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Foundations Linguistics	LingF1 Introduction to Linguistics I (2 SWS)	1-2	-	1	K 60 oder KA 60	10
	LingF2 Introduction to Linguistics II (2 SWS)			1		
Intermediate Linguistics	LingF3 (2 SWS)	2-4	-	1	HA 2500 oder VbP oder K 60 oder KA 60 oder MP 20	10
	LingF4 (2 SWS)			1		
Advanced Linguistics	LingA1 (2 SWS)	ab 4	-	1	HA 3500 oder VbP oder K 60 oder KA 60 oder MP 30	10
	LingA2 (2 SWS)			1		
Foundations Literature and Culture	AmerBritF1 Introduction to Literary Studies (2 SWS)	1-2	-	1	K 60 oder KA 60	5
Intermediate American Literature and Culture	AmerF2 (2 SWS)	ab 1	-	-	K 60 oder KA 60 oder MP 20	10
	AmerF3 (2 SWS)			1		
Intermediate British Literature and Culture	BritF2 (2 SWS)	ab 2	-	-	K 60 oder KA 60 oder MP 20	10
	BritF3 (2 SWS)			1		
Advanced Literature and Culture	AmerA oder BritA (2 SWS)	ab 3	-	1	HA 5000 oder VbP oder K 90 oder KA 90 oder MP 30	10
	AmerA oder BritA (2 SWS)			1		
Focus Module	AmerA oder BritA oder LingA1 oder LingA2(2 SWS)	ab 4	-	1	HA 5000 oder VbP oder K 90 oder KA 90 oder MP 30	5
Foundations Language Practice	SP1 Vocabulary and Pronunciation (2 SWS)	1-2	-	1	K 110 oder KA 110	5
	SP2 Grammar (2 SWS)			1		
Advanced Language Practice	SP3 Composition (2 SWS)	3-4	-	1	K 110 oder KA 110 oder VbP	5
	SP4 Advanced Composition (2 SWS)			1		
Summe						80

Anlage 1.F.1.2: Wahlpflichtmodule

Im Wahlpflichtbereich des Erstfachs ist je nach Studienziel (Lehramt, Fachmaster, Beruf) mindestens ein Modul zu belegen.

Das Modul „Foundations Methodology of Teaching English as a Foreign Language“ (10 LP) ist verpflichtend für Studierende, die einen **schulischen Schwerpunkt** anstreben.

Studierende mit einem **außerschulischen Schwerpunkt**, die nicht das Modul „Foundations Methodology of Teaching English as a Foreign Language“ belegen, können das Modul „Focus Elective“ (10 LP) wählen. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden. In diesem Fall können Studierende als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/ Psychologie“ des Professionalisierungs-bereichs das Modul „Language Practice Elective“ (6 LP) absolvieren sowie das Modul „Advanced Elective“ (10 LP) wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Foundations Methodology of Teaching English as a Foreign Language	DidF1 (2 SWS)	3-4	-	1	K 90 oder KA 90 oder MP 30	10
	DidF2 (2 SWS)			1		
Language Practice Elective	SP E1 (2 SWS)	ab 3	-	1	K 110 oder KA 110 oder VbP	6
	SP E2 (2 SWS)			1		
Focus Elective	AmerA oder BritA oder LingA1 oder LingA2 (2 SWS)	4-6	-	1	HA 5000 oder VbP oder K 90 oder KA 90 oder MP 30	10
	AmerA oder BritA oder LingA1 oder LingA2 (2 SWS)			1		
Advanced Elective	AmerA oder BritA oder LingA1 oder LingA2 (2 SWS)	ab 4	-	1	HA 5000 oder VbP oder K 90 oder KA 90 oder MP 30	10
	AmerA oder BritA oder LingA1 oder LingA2 (2 SWS)			1		
Summe						10 - 26

Anlage 1.F.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.F.1.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	-	6	110 LP, die den erfolgreichen Abschluss der Module Foundations Linguistics, Foundations Literature and Culture sowie Foundations Language Practice nachweisen.	-	BA 30-40	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.F.2 Englisch als ZweifachAnlage 1.F.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basics Linguistics	LingF1 Introduction to Linguistics I (2 SWS)	1-4	-	1	HA 2500 oder VbP oder K 60 oder KA 60 oder MP 20	15
	LingF2 Introduction to Linguistics II (2 SWS)			1		
	LingF4 (2 SWS)			1		
Foundations Literature and Culture	AmerBritF1 Introduction to Literary Studies (2 SWS)	1-2	-	1	K 60 oder KA 60	5
Intermediate American Literature and Culture	AmerF2 (2 SWS)	ab 1	-	-	K 60 oder KA 60 oder MP 20	10
	AmerF3 (2 SWS)			1		
Intermediate British Literature and Culture	BritF2 (2 SWS)	ab 2	-	-	K 60 oder KA 60 oder MP 20	10
	BritF3 (2 SWS)			1		
Foundations Language Practice	SP1 Vocabulary and Pronunciation (2 SWS)	1-2	-	1	K 110 oder KA 110	5
	SP2 Grammar (2 SWS)			1		
Advanced Language Practice	SP3 Composition (2 SWS)	3-4	-	1	K 110 oder KA 110 VbP	5
	SP4 Advanced Composition (2 SWS)			1		
Summe						50

Anlage 1.F.2.2: Wahlpflichtmodule

Das Modul „Foundations Methodology of Teaching English as a Foreign Language“ (10 LP) ist verpflichtend für Studierende, die einen **schulischen Schwerpunkt** anstreben.

Studierende mit einem **außerschulischen Schwerpunkt**, die nicht das Modul „Foundations Methodology of Teaching English as a Foreign Language“ belegen, können das Modul „Focus Elective“ (10 LP) wählen. Zudem kann als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ des Professionalisierungsbereichs das Modul „Language Practice Elective“ (6 LP) absolviert werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Vo- raus- set- zun- gen für die Zulas- sung	Studien- leistung	Prüfungs- leistung	Leistungs- punkte
Foundations Methodology of Teaching English as a Foreign Language	DidF1 (2 SWS)	3-4	-	1	K 90 oder KA 90 oder MP 30	10
	DidF2 (2 SWS)			1		
Language Practice Elective	SP E1 (2 SWS)	ab 3	-	1	K 110 oder KA 110 oder VbP	6
	SP E2 (2 SWS)			1		
Focus Elective	AmerA oder BritA oder LingA1 oder LingA2 (2 SWS)	ab 5	-	1	HA 5000 oder VbP oder K 90 oder KA 90 oder MP 30	10
	AmerA oder BritA oder LingA1 oder LingA (2 SWS)			1		
Summe						10 - 16

Anlage 1.F.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.F.2.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.G Evangelische Theologie

Eine der Studienleistungen in den Vertiefungsmodulen oder Themenmodulen sollte in einer Veranstaltung erbracht werden, die von einer evangelischen Dozentin oder einem evangelischen Dozenten und einer katholischen Dozentin oder einem katholischen Dozenten gemeinsam verantwortet wird.

Es wird dringend empfohlen, dass das Basismodul 2 erst nach Erwerb der fachbezogenen Sprachkenntnisse Griechisch und das Vertiefungsmodul 4 erst nach Erwerb der fachbezogenen Sprachkenntnisse Latein belegt wird.

Im Zusammenhang mit den Lehrveranstaltungen sind insgesamt mindestens vier Exkursionstage im Fach Evangelische Theologie bzw. Religion zu absolvieren. Diese können bereits im Rahmen des Fächerübergreifenden Bachelorstudiengangs erbracht, müssen jedoch spätestens bis zum Abschluss des Masterstudiengangs Lehramt an Gymnasien nachgewiesen werden.

Innerhalb der Module müssen Studien- und Prüfungsleistungen in getrennten Veranstaltungen erbracht werden.

1.G.1 Evangelische Theologie als ErstfachAnlage 1.G.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul 0 Einführung (FüBa)	BM 0a Orientierungsseminar: Einführung in Studium und wissenschaftliches Arbeiten	1	-	1	K 60	10
	BM 0b Bibelkunde AT/NT					
Basismodul 1 Altes Testament	BM 1a Grundkurs Altes Testament I	2	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b	-	K 60	8
	BM 1b Grundkurs Altes Testament II					
Basismodul 2 Neues Testament	BM 2a Grundkurs Neues Testament I	3	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b	-	K 60	8
	BM 2b Grundkurs Neues Testament II					
Basismodul 3 Systematische Theologie	BM 3a Grundkurs Dogmatik	2	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b	-	K 60	8
	BM 3b Grundkurs Ethik					
Basismodul 4 Kirchengeschichte	BM 4a Grundkurs Ältere Geschichte des Christentums	1	-	-	K 60	8
	BM 4b Grundkurs Neuere Geschichte des Christentums					
Basismodul 5 Religionspädagogik	BM 5a Grundkurs Geschichte der Religionspädagogik	3	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b	-	K 60	8
	BM 5b Grundkurs Religionspädagogik und Religionsunterricht					
Vertiefungsmodul 1-2 Biblische Theologie	VM 1 Altes Testament oder VM 2 Neues Testament	4	Vorausgegangene Teilnahme an BM 1a/b und BM 2a/b	1	HA 15	5
Vertiefungsmodul 3 Systematische Theologie	VM 3a Exemplarische Probleme und Entwürfe christlicher Dogmatik oder VM 3b Exemplarische Probleme und Entwürfe christlicher Ethik	4	Vorausgegangene Teilnahme an BM 3a/b	1	HA 15 oder MP 30	5

Vertiefungsmodul 4 Kirchengeschichte	VM 4a Zentrale Themen der Theologiegeschichte oder VM 4b Brennpunkte der Theologiegeschichte der Neuzeit	2	Vorausgegangene Teilnahme an BM 4a/b	1	HA 15 oder MP 30	5
Vertiefungsmodul 5 Religionspädagogik	VM 5a Gesellschaftliche und systemische Bedingungen für Religionsunterricht	4	Vorausgegangene Teilnahme an BM 5a/b	1	MP 30	10
	VM 5b Inhaltliche und anthropologische Bedingungen für Religionsunterricht					
Themenmodul 1 Schlüsselthemen in Fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Vernetzung	TM 1a Altes Testament/ Neues Testament	5-6	Vorausgegangene Teilnahme an den Basismodulen	1	HA 20	10
	TM 1b Kirchengeschichte/ Systematische Theologie					
	TM 1c Religionspädagogik					
Themenmodul 4 Forschung	TM 4 Forschung	3	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b, BM 1a/b, BM 3a/b und BM 4a/b	1	VbP	5
Summe						90

Anlage 1.G.1.2: Wahlpflichtmodule

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können das Themenmodul 3 als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ absolvieren. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Wahlpflichtmodule des Erstfaches ersetzt werden. In diesem Fall können Studierende als Alternative das Themenmodul 2 (10 Leistungspunkte) wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Themenmodul 2 Schlüsselthemen in Fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Vernetzung (Wahlpflicht)	TM 2a Altes Testament/ Neues Testament	5-6	Vorausgegangene Teilnahme an den Basismodulen	1	HA 20	10
	TM 2b Kirchengeschichte/ Systematische Theologie					
	TM 2c Religionspädagogik					
Themenmodul 3 Fachwissenschaft	TM 3 Fachwissenschaft	5-6	Vorausgegangene Teilnahme an den Basismodulen	1	HA 15	6
Summe						0-16

Anlage 1.G.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.G.1.4: Bachelorarbeit

Zulassungsvoraussetzung zu dem Modul Bachelorarbeit ist der Nachweis des Kleinen Latinums oder fachbezogener Lateinkenntnisse sowie der Nachweis des Graecums beziehungsweise fachbezogener Griechischkenntnisse oder des Hebraicums beziehungsweise fachbezogener Hebräischkenntnisse.

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mes- ter	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium	6	mindestens 110 Leistungspunkte sowie Nachweis von Latein- und Griechisch- oder Hebräischkenntnissen	-	BA	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.G.2 Evangelische Theologie als Zweitfach

Es wird dringend empfohlen, dass das Basismodul 2 erst nach Erwerb der fachbezogenen Sprachkenntnisse Griechisch belegt wird.

Bei der Anmeldung zum Modul „Bachelorarbeit“ im Erstfach ist der Nachweis des Kleinen Latinums oder fachbezogener Lateinkenntnisse sowie der Nachweis des Graecums beziehungsweise fachbezogener Griechischkenntnisse oder des Hebraicums beziehungsweise fachbezogener Hebräischkenntnisse zu erbringen.

Anlage 1.G.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mes- ter	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul 0 Einführung (FüBa)	BM 0a Orientierungsseminar: Einführung in Studium und wissenschaftliches Arbeiten	1	-	1	K 60	10
	BM 0b Bibelkunde AT/NT					
Basismodul 1 Altes Testament	BM 1a Grundkurs Altes Testament I	2	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b	-	K 60	8
	BM 1b Grundkurs Altes Testament II					
Basismodul 2 Neues Testament	BM 2a Grundkurs Neues Testament I	3	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b	-	K 60	8
	BM 2b Grundkurs Neues Testament II					
Basismodul 3 Systematische Theologie	BM 3a Grundkurs Dogmatik	2	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b	-	K 60	8
	BM 3b Grundkurs Ethik					
Basismodul 4 Kirchengeschichte	BM 4a Grundkurs Ältere Geschichte des Christentums	1	-	-	K 60	8
	BM 4b Grundkurs Neuere Geschichte des Christentums					
Basismodul 5 Religionspädagogik	BM 5a Grundkurs Geschichte der Religionspädagogik	3	Vorausgegangene Teilnahme an BM 0a/b	-	K 60	8
	BM 5b Grundkurs Religionspädagogik und Religionsunterricht					

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraus- set- zungen für die Zulassung	Studien- leistung	Prüfungs- leistung	Leistungs- punkte
Vertiefungsmodul 5 Religionspädagogik	VM 5a Gesellschaftliche und systemische Bedingungen für Religionsunterricht	4	Vorausgegangene Teilnahme an BM 5a/b	1	MP 30	10
	VM 5b Inhaltliche und anthropo- logische Bedingungen für Religi- onsunterricht					
Summe						60

Anlage 1.G.2.2: Wahlpflichtmodule

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können das Themenmodul 3 als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ absolvieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Vo- raus- set- zungen für die Zulas- sung	Studien- leistung	Prüfungsleistung	Leistungs- punkte
Themenmodul 3 Fachwissenschaft	TM 3 Fachwissenschaft	5-6	Voraus- gegan- ene Teil- nahme an den Ba- sismodu- len	1	HA 15	6
Summe						0-6

Anlage 1.G.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.G.2.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.H Geographie**1.H.1 Geographie als Erstfach**Anlage 1.H.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagen der Physischen Geographie und Landschaftsökologie	Vorlesungen	1	-	-	K oder KA 60 (35%)	16
	Vorlesung; Übung; Exkursion	2		Zwei SL: Exkursion, Anwesenheit in Übung.	K 150 oder KA (65%)	
Grundlagen der Kultur-/ Sozialgeographie	Vorlesung (2 SWS); Seminar (2 SWS); Exkursion	1	-	Drei SL: Referat; Exkursion; Anwesenheit in Sem.	VbP	8
Grundlagen der Wirtschaftsgeographie	Vorlesung (2 SWS); Seminar (2 SWS); Exkursion	2	-	Zwei SL: Exkursion; Anwesenheit in Sem.	VbP (30); K 90 (70%)	8
Fachmethodik I	Vorlesung + Seminar Statistik (2 SWS); Seminar Datenpräsentation (2 SWS)	1	-	Je eine SL in Statistik und Datenpräsentation	K 60 Statistik (50%); HA Datenpräsentation (50 %)	8
Fachmethodik II	Seminar Kartographie (2 SWS); Übung GIS (2 SWS)	1+2	-	Je eine SL in Kartographie und GIS	K 60	7
Übergreifende Themen / Propädeutikum	Seminar	1	-	Eine SL	VbP	5
Summe						52

Anlage 1.H.1.2: Wahlpflichtmodule

Für Studierende mit dem Erstfach Geographie gelten folgende Regeln für die Auswahl der Wahlpflichtmodule:

- Es müssen insgesamt mindestens 38 Leistungspunkte erworben werden.
- Aus den beiden Bereichen Physische Geographie und Humangeographie müssen jeweils mindestens 8 Leistungspunkten erworben werden.
- Für die Verteilung der Leistungspunkte auf die einzelnen Module gelten im Weiteren folgende Anforderungen:
 - o Ein Modul „Hauptseminar“ muss belegt werden (Physische Geographie oder Humangeographie)
 - o Ein Exkursionsmodul muss belegt werden (Physische Geographie oder Humangeographie)
 - o Zwei Module müssen aus folgenden Liste belegt werden:
 - Angewandte Physische Geographie und Landschaftsökologie
 - Raumsysteme der Physischen Geographie
 - Strukturen/Prozesse in der Kultur-/Sozialgeographie A
 - Strukturen/Prozesse in der Kultur-/Sozialgeographie B
 - Strukturen/Prozesse in der Wirtschaftsgeographie
 - Angewandte Wirtschaftsgeographie A
 - Angewandte Wirtschaftsgeographie B
 - Angewandte Wirtschaftsgeographie C

Für Studierende, die den schulischen Schwerpunkt studieren, ist die Belegung der beiden Fachdidaktik-Module obligatorisch (insg. 10 LP).

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ ein weiteres Wahlpflichtmodul im Umfang von 6 Leistungspunkten absolvieren. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden. Insgesamt können als Ersatz 6-16 Leistungspunkte aus den Bereichen Physische Geographie und Humangeographie werden.

Anlage 1.H.1.2.P: Wahlpflichtmodule der Physischen Geographie und Landschaftsökologie

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Hauptseminar der Physischen Geographie und Landschaftsökologie	Seminar	ab 3	-	Eine SL	VbP	8
Studienprojekt der Physischen Geographie und Landschaftsökologie	Seminar, Geländeübung	ab 3	Grundlagen der Physischen Geographie und Landschaftsökologie	Eine SL	VbP oder HA oder PJ	16
Geographische Informationssysteme B	Übung GIS B Teil 1 (Wintersemester)	ab 3	Fachmethodik II	Eine SL	K (60) oder VbP am Ende von GIS B Teil 1 (50%)	8
	Übung GIS B Teil 2 (Sommersemester)	ab 4		Eine SL	K (60) oder VbP am Ende von GIS B Teil 2 (50%)	

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Zweiwöchige Exkursion in der Physischen Geographie und Landschaftsökologie	Seminar; Exkursion	ab 3	Grundlagen der Physischen Geographie und Landschaftsökologie	1 SL (Seminar), 1 SL (Exkursion)	-	10
Praktische Landschaftsanalyse	Seminar; Geländeübung; Laborübung	ab 3	-	Eine SL in Geländeübung	VbP im Seminar (50%); HA in Laborübung (50%)	12
Weiterführende Methoden in der Physischen Geographie I	Seminar oder Übung	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Weiterführende Methoden in der Physischen Geographie II	Seminar oder Übung	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Angewandte Physische Geographie und Landschaftsökologie	Seminar oder Vorlesung mit Übung	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Raumsysteme in der Physischen Geographie	Seminar oder Vorlesung mit Übung	ab 3	-	Eine SL	VbP oder HA	4

Anlage 1.H.1.2.H: Wahlpflichtmodule der Humangeographie

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Statistische Regionalanalyse	Vorlesung (2 SWS); Seminar (2 SWS)	3	Fachmethodik I	Eine SL	K 60 (65%), VbP (35%)	6
Methoden der empirischen Sozialforschung	Quantitative Sozialforschung: Seminar/Übung (2 SWS), Geländeübung; Qualitative Sozialforschung: Seminar/Übung (2 SWS), Geländeübung	3	Fachmethodik I	Zwei SL (je eine im quantitativen und im qualitativen Teil)	K 90	8
Studienprojekt Kultur-/ Sozialgeographie	Seminar (3 SWS), Geländeübung	ab 4	Grundlagen der Kultur-/ Sozialgeographie und Fachmethodik I	Eine SL	HA oder VbP	8
Studienprojekt Wirtschaftsgeographie	Seminar (3 SWS), Geländeübung	ab 4	Grundlagen der Wirtschaftsgeographie und Fachmethodik I	Eine SL	HA oder VbP	8
Hauptseminar Kultur-/ Sozialgeographie	Seminar (2 SWS, Sommersemester); Seminar (2 SWS, Wintersemester)	ab 4	Grundlagen der Kultur-/ Sozialgeographie	Je eine SL in jedem Seminar	VbP	10
Hauptseminar Wirtschaftsgeographie	Seminar (2 SWS, Sommersemester); Seminar (2 SWS, Wintersemester)	ab 4	Grundlagen der Wirtschaftsgeographie	Je eine SL in jedem Seminar	VbP	10
Einwöchige Exkursion in der Kultur-/Sozialgeographie	Seminar (1 SWS); Exkursion	4	Grundlagen der Kultur-/ Sozialgeographie	Eine SL zum Seminar, eine SL zur Exkursion	-	5
Einwöchige Exkursion in der Wirtschaftsgeographie	Seminar (1 SWS); Exkursion	4	Grundlagen der Wirtschaftsgeographie	Eine SL zum Seminar, eine SL zur Exkursion	-	5
Strukturen/Prozesse in der Kultur-/Sozialgeographie A	Seminar (2 SWS)	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Strukturen/Prozesse in der Kultur-/Sozialgeographie B	Seminar (2 SWS)	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Strukturen/Prozesse in der Wirtschaftsgeographie	Vorlesung (2 SWS)	ab 3	-	-	K 60 oder KA	4
Angewandte Wirtschaftsgeographie A	Seminar (2 SWS)	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Angewandte Wirtschaftsgeographie B	Seminar (2 SWS)	ab 3	-	Eine SL	VbP	4

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Angewandte Wirtschafts-geographie C	Seminar oder Vorlesung (2 SWS)	ab 3	-	Eine SL	VbP oder K60 oder KA	4

Anlage 1.H.1.2: Wahlpflichtmodule der Fachdidaktik

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Didaktik der Geographie	Vorlesung (2 SWS)	3	-	-	VbP	5
	Seminar (2 SWS)	3		Eine SL		
Ausgewählte geographie-didaktische Vertiefungen und schulpraktische Umsetzung	Seminar (2 SWS)	ab 3	-	Eine SL	HA	5
	Seminar (2 SWS)	ab 3		Eine SL		
	Seminar (2 SWS)	ab 3		Eine SL		

Anlage 1.H.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.H.1.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium im Bereich Physische Geographie u. Landschaftsökologie, Humangeographie oder Fachdidaktik	6	mindestens 110 Leistungspunkte	-	BA (80%) und VbP (KO), (i.d.R. 30 min, 20%)	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält zwei Prüfungsleistungen.

1.H.2 Geographie als Zweitfach

Anlage 1.H.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagen der Physischen Geographie und Landschaftsökologie	Vorlesungen	1	-	-	K oder KA 60 (35%)	16
	Vorlesung; Übung; Exkursion	2	-	Zwei SL; Exkursion, Anwesenheit in Übung.	K 150 oder KA (65%)	
Grundlagen der Kultur-/Sozial-geographie	Vorlesung (2 SWS); Seminar (2 SWS); Exkursion	1	-	Drei SL: Referat; Exkursion; Anwesenheit in Sem.	VbP	8

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagen der Wirtschaftsgeographie	Vorlesung (2 SWS); Seminar (2 SWS); Exkursion	2	-	Zwei SL: Exkursion; Anwesenheit in Sem.	VbP (30%); K 90 (70%)	8
Fachmethodik I für Zweitfach Geographie	Vorlesung + Seminar Statistik (2 SWS); Seminar Datenpräsentation (2 SWS)	1	-	Je eine SL in Statistik und Datenpräsentation	HA in Datenpräsentation	6
Fachmethodik II	Seminar Kartographie (2 SWS); Übung GIS (2 SWS)	1+2	-	Je eine SL in Kartographie und GIS	K 60	7
Übergreifende Themen / (Propädeutikum)	Seminar	1	-	Eine SL	VbP	5
Summe						50

Anlage 1.H.2.2: Wahlpflichtmodule

Für Studierende mit dem Zweitfach Geographie gelten folgende Regeln für die Auswahl der Wahlpflichtmodule:

- Für Studierende, die den schulischen Schwerpunkt studieren, ist die Belegung der beiden Fachdidaktik-Module obligatorisch.
- Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ sowie als Ersatz der Fachdidaktik-Module weitere Wahlpflichtmodule im Umfang von 6 – 16 Leistungspunkten aus den Bereichen Physische Geographie und Humangeographie absolvieren.

Anlage 1.H.2.2.P: Wahlpflichtmodule der Physischen Geographie und Landschaftsökologie

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Angewandte Phys. Geographie u. Landschaftsökologie	Seminar oder Vorlesung mit Übung	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Raumsysteme in der Physischen Geographie	Seminar oder Vorlesung mit Übung	ab 3	-	Eine SL	VbP oder HA	4

Anlage 1.H.2.2.H: Wahlpflichtmodule der Humangeographie

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Strukturen/Prozesse in der Kultur-/ Sozialgeographie A	Seminar 2 SWS	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Strukturen/Prozesse in der Kultur-/ Sozialgeographie B	Seminar 2 SWS	ab 3	-	Eine SL	VbP	4

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Strukturen/Prozesse in der Wirtschaftsgeographie	Vorlesung (2 SWS)	ab 3	-	-	K 60 oder KA	4
Angewandte Wirtschaftsgeographie A	Seminar 2 SWS	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Angewandte Wirtschaftsgeographie B	Seminar 2 SWS	ab 3	-	Eine SL	VbP	4
Angewandte Wirtschaftsgeographie C	Seminar oder Vorlesung (2 SWS)	ab 3	-	Eine SL	VbP oder K 60 oder KA	4

Anlage 1.H.2.2: Wahlpflichtmodule der Fachdidaktik

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Didaktik der Geographie	Vorlesung (2 SWS)	3	-	-	VbP	5
	Seminar (2 SWS)	3		Eine SL		
Ausgewählte geographiedidaktische Vertiefungen und schulpraktische Umsetzung	Seminar (2 SWS)	ab 3	-	Eine SL	HA	5
	Seminar (2 SWS)	ab 3		Eine SL		
	Seminar (2 SWS)	ab 3		Eine SL		

Anlage 1.H.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.H.2.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.I Geschichte**1.1.1 Geschichte als Erstfach**

BM = Basismodul, VT = Vertiefungsmodul

Im Zusammenhang mit einer Lehrveranstaltung sind insgesamt drei Exkursionstage zu absolvieren.

Anlage 1.1.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
BM Außereuropäische Geschichte	Vorlesung	1-3	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
BM Alte Geschichte	Vorlesung	1-3	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
BM Mittelalter	Vorlesung	1-3	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
BM Frühe Neuzeit	Vorlesung	1-3	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
BM Neuzeit / Zeitgeschichte	Vorlesung	1-3	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
Praxismodul	2 Veranstaltungen (je 2 SWS)	Ab 3	-	VbP	VbP	10
Summe						60

Anlage 1.1.1.2: WahlpflichtmoduleFür Studierende mit **schulischem Schwerpunkt** sind das Modul „Grundlagen der Geschichtsdidaktik“ und zwei Vertiefungsmodule verpflichtend.Studierende mit **außerschulischem Schwerpunkt** müssen mindestens drei Vertiefungsmodule belegen. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden. In diesem Fall kann ein weiteres Vertiefungsmodul studiert werden. Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ im Umfang von 6 Leistungspunkten durch das „Forschungslernmodul“ ersetzen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
VT Globalgeschichte	Vorlesung oder Seminar	Ab 3	-	1	HA 10	10
	Seminar			1		
VT Gesellschaftsgeschichte	Vorlesung oder Seminar	Ab 3	-	1	HA 10	10
	Seminar			1		
VT Kulturgeschichte	Vorlesung oder Seminar	Ab 3	-	1	HA 10	10
	Seminar			1		
Geschichtskultur	Vorlesung oder Seminar	Ab 3	-	1	HA 10	10

	Seminar			1		
Grundlagen der Geschichtsdidaktik	Vorlesung (GGD 1)	in 3		-	MP 15 (30%)	10
	Seminar (GGD 2)	in 4	erfolgreich absolvierte Prüfungsleistung „GGD 1“	1	HA 10 (70%)	
Forschungslernmodul	Projektarbeit in Arbeitsgruppen unter Supervision	Ab 4	-	VbP	-	6
Summe						30-46

Anlage 1.I.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.I.1.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Seminar (1 SWS)	Ab 5	mindestens 110 Leistungspunkte, inkl. BM-Module und 2 Wahlpflichtmodule	VbP	BA 30-35	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung und eine Studienleistung.

1.1.2 Geschichte als Zweitfach

Im Zusammenhang mit einer Lehrveranstaltung sind insgesamt drei Exkursionstage zu absolvieren.

Anlage 1.1.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
BM Außereuropäische Geschichte	Vorlesung	1-5	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
BM Alte Geschichte	Vorlesung	1-5	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
BM Mittelalter	Vorlesung	1-5	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
BM Frühe Neuzeit	Vorlesung	1-5	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
BM Neuzeit / Zeitgeschichte	Vorlesung	1-5	-	1	-	10
	Seminar mit Tutorium			1	VbP	
Summe						50

Anlage 1.1.2.2: Wahlpflichtmodule

Für Studierende mit **schulischem Schwerpunkt** ist das Modul „Grundlagen der Geschichtsdidaktik“ verpflichtend.

Studierende mit **außerschulischem Schwerpunkt** können stattdessen ein Vertiefungsmodul belegen und das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ durch das „Forschungslernmodul“ ersetzen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
VT Globalgeschichte	Vorlesung oder Seminar	Ab 5	-	1	HA 10	10
	Seminar			1		
VT Gesellschaftsgeschichte	Vorlesung oder Seminar	Ab 5	-	1	HA 10	10
	Seminar			1		
VT Kulturgeschichte	Vorlesung oder Seminar	Ab 5	-	1	HA 10	10
	Seminar			1		
VT Geschichtskultur	Vorlesung oder Seminar	Ab 5	-	1	HA 10	10
	Seminar			1		
Grundlagen der Geschichtsdidaktik	Vorlesung (GGD 1)	in 3		-	MP 15 (30%)	10
	Seminar (GGD 2)	in	erfolgreich absolvierte Prüfungsleistung „GGD 1“	1	HA 10 (70%)	

Forschungslern- modul	Projektarbeit in Arbeits- gruppen unter Supervi- sion	Ab 5	-	VbP	-	6
Summe						0-16

Anlage 1.1.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.1.2.4: Modul „Bachelorarbeit“

– entfällt –

1.J Informatik

Informatik (als Erst- oder Zweifach) kann nur mit einem schulischen Schwerpunkt studiert werden; der außerschulische Schwerpunkt ist nicht möglich.

Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

- (1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1 - 4 Minuten dauern.
 (2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5 - 15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

1.J.1 Informatik als ErstfachAnlage 1.J.1.1: Pflichtmodule

Bei Wahl der Fächerkombination Informatik (Erstfach) und Mathematik (Zweifach) muss statt des Moduls „Mathematische Grundlagen“ das Modul „Mathematische Grundlagen für Studierende mit Mathematik im Lehramt“ absolviert werden.

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	LP
Mathematische Grundlagen	Vorlesung Mathematik I: Lineare Algebra A für Lehramt Übung	1	-	1	-	15
	Vorlesung Diskrete Strukturen für Studierende der Informatik Übung	2	-	1	-	
	Vorlesung Logik und formale Systeme Übung	2	-	-	K / MP	
Mathematische Grundlagen für Studierende mit Mathematik als Zweifach	Vorlesung Diskrete Strukturen Übung für Studierende der Informatik	2	-	1	-	10
	Vorlesung Logik und formale Systeme Übung	2	-	-	K / MP	
Rechnersysteme	Vorlesung Grundlagen digitaler Systeme Übung	3	-	1	-	10
	Vorlesung Grundlagen der Rechnerarchitektur Übung	4	-	-	K / MP	
Betriebssysteme	Vorlesung Praktische Einführung in Betriebssysteme Übung	1	-	1	-	5
Programmierung und Programmiersprachen	Vorlesung Einführung in das Programmieren für Lehramt Übung	1	-	1	-	7
	Informationstechnisches Projekt	2	-	1	-	
Algorithmen	Vorlesung Datenstrukturen und Algorithmen Übung	3	-	1	-	15
	Vorlesung Grundlagen der Theoretischen Informatik Übung	3	-	-	K / MP	
	Vorlesung Komplexität von Algorithmen Übung	4	-	1	-	
Grundlagen der Software-Technik	Vorlesung Grundlagen der Software-Technik Übung	5	-	-	K	5

Modul	Lehrveranstaltung	Semes-ter	ggf. Vorausset-zungen für die Zulassung	Studienlei-stung	Prüfungs-leistung	LP
Informatik und Gesell-schaft	Seminar Gesellschaftliche As-pekte der Digitalisierung	2	-	1	-	3
Anwendungen und Auswirkungen	Vorlesung Grundlagen der Da-tenbanksysteme Übung	4	-	-	K / MP	10
	Vorlesung Grundlagen der IT-Sicherheit Übung	5	-	1	-	
Grundlagen der wis-senschaftlichen Arbeit	Tutorium Einführung in das wis-senschaftliche und fachdidakti-sche Studium	1	-	1	-	2
Fachdidaktik der Infor-matik	Vorlesung Fachdidaktische Grundlagen	3	-	-	K / MP	5
	Vorlesung Vertiefende Aspekte der Fachdidaktik	4	-	1	-	
Fachdidaktische Pra-xis	Seminar Gestaltung und Aus-wertung fachdidaktischer Lehr-/Lernarrangements	5	-	1	K / MP	3
Summe						75 - 80

Anlage 1.J.1.2: Wahlpflichtmodule

Es sind Module im Umfang von 10 LP bzw. bei Mathematik als Zweitfach im Umfang von 15 LP zu wählen.

Modul	Lehrveranstaltung	Semes-ter	ggf. Vorausset-zungen für die Zulassung	Studien-leistung	Prüfungs-leistung	LP
Künstliche Intelligenz	Vorlesung Künstliche Intelligenz I Übung	1-6	-	-	K / MP	5
Datenbanksysteme	Vorlesung Datenbanksysteme II Übung	1-6	-	-	K / MP	5
Internettechnologien	Vorlesung Foundations of Infor-mation Retrieval Übung	1-6	-	-	K / MP	5
Rechnernetze	Vorlesung Rechnernetze Übung	1-6	-	-	K	5
Digitalschaltungen der Elektronik	Vorlesung Digitalschaltungen der Elektronik Übung	1-6	-	-	K / MP	5
Software Engineering	Vorlesung Software-Qualität Übung	1-6	-	-	K / MP	5
Computational Health Informatics	Vorlesung Grundlagen der Me-dizinischen Informatik Übung	1-6	-	-	K / MP	5
Grundlagen der Mensch-Computer-In-teraktion	Vorlesung Mensch-Computer-Interaktion Übung	1-6	-	-	K	5
Programmieren I	Vorlesung Programmieren I Übung	1-6	-	1	K (unbe-notet)	5
Programmieren II	Vorlesung Programmieren II Übung	1-6	-	1	K (unbe-notet)	5
Summe						10-15

Anlage 1.J.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.J.1.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltung	Semes- ter	ggf. Vorausset- zungen für die Zulassung	Studien- leistung	Prüfungs- leistung	LP
Bachelorarbeit	Bachelor-Kolloquium	6	mindestens 110 LP	1	BA	10
Summe						10

Das Modul „Bachelorarbeit“ enthält eine Prüfungsleistung.

1.J.2 Informatik als ZweifachAnlage 1.J.2.1: Pflichtmodule

Studierende mit dem Erstfach Mathematik absolvieren statt des Moduls „Mathematische Grundlagen“ das Modul „Mathematische Grundlagen für Studierende mit dem Erstfach Mathematik“ sowie statt des Moduls „Algorithmen für Studierende mit Informatik als Zweifach“ das Modul „Algorithmen mit dem Erstfach Mathematik“.

Modul	Lehrveranstaltung	Semes-ter	ggf. Vorausset-zungen für die Zulassung	Studien-leistung	Prüfungs-leistung	LP
Mathematische Grundlagen	Vorlesung Mathematik I: Lineare Algebra A für Lehramt Übung	1	-	1	-	15
	Vorlesung Diskrete Strukturen für Studierende der Informatik Übung	2	-	1	-	
	Vorlesung Logik und formale Systeme Übung	2	-	-	K / MP	
Mathematische Grundlagen für Studierende mit dem Erstfach Mathematik	Vorlesung Diskrete Strukturen für Studierende der Informatik Übung	2	-	1	-	10
	Vorlesung Logik und formale Systeme Übung	2	-	-	K / MP	
Rechnersysteme	Vorlesung Grundlagen digitaler Systeme Übung	3	-	1	-	10
	Vorlesung Grundlagen der Rechnerarchitektur Übung	4	-	-	K / MP	
Programmierung und Programmier-sprachen	Vorlesung Einführung in das Programmieren für Lehramt Übung	1	-	1	-	7
	Informationstechnisches Projekt	2	-	1	-	
Algorithmen mit dem Erstfach Mathematik	Vorlesung Datenstrukturen und Algorithmen Übung	3	-	1	-	15
	Vorlesung Grundlagen der Theoretischen Informatik Übung	3	-	-	K / MP	
	Vorlesung Komplexität von Algorithmen Übung	4	-	1	-	
Algorithmen für Studierende mit Informatik als Zweifach	Vorlesung Datenstrukturen und Algorithmen Übung	3	-	1	-	10
	Vorlesung Grundlagen der Theoretischen Informatik Übung	3	-	-	K / MP	
Informatik und Gesellschaft	Seminar Gesellschaftliche Aspekte der Digitalisierung	2	-	1	-	3

Modul	Lehrveranstaltung	Semes- ter	ggf. Vorausset- zungen für die Zulassung	Studien- leistung	Prüfungs- leistung	LP
Anwendungen und Auswirkungen für Studierende mit Informatik als Zweitfach	Vorlesung Grundlagen der Datenbanksysteme Übung	4	-	-	K / MP	5
Grundlagen der wissenschaftlichen Arbeit	Tutorium Einführung in das wissenschaftliche und fachdidaktische Studium	1	-	1	-	2
Fachdidaktik der Informatik	Vorlesung Fachdidaktische Grundlagen	3	-	-	K / MP	5
	Vorlesung Vertiefende Aspekte der Fachdidaktik	4	-	1	-	
Fachdidaktische Praxis	Seminar Gestaltung und Auswertung fachdidaktischer Lehr-/Lernarrangements	5	-	1	K / MP	3
Summe						60

Anlage 1.J.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.J.2.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.K Katholische Theologie

Eine der Studienleistungen in den Vertiefungsmodulen oder Aufbaumodulen muss in einer Veranstaltung erbracht werden, die von einer evangelischen Dozentin oder einem evangelischen Dozenten und einer katholischen Dozentin oder einem katholischen Dozenten gemeinsam verantwortet wird.

1.K.1 Katholische Theologie als Erstfach**Anlage 1.K.1.1: Pflichtmodule**

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraus- setzungen für die Zulassung	Studienleis- tung	Prüfungs- leistung	Leis- tungs- punkte
Basismodul 1 Biblische Theologie	BM1a Grundkurs Biblische Theologie	1	-	1	K 90	6
	BM 1b Themen und Texte			1		
Basismodul 2 Systematische Theolo- gie	BM 2a Grundkurs Dogmatik	1-2	-	1	K 90	6
	BM 2b Grundkurs Fundamen- taltheologie			1		
Basismodul 3 Theologische Ethik	BM 3a Grundkurs Moraltheo- logie	1	-	1	MP 20	6
	BM 3b Grundkurs Sozialethik			1		
Basismodul 4 Historische Theologie	BM 4a Grundkurs Alte Kir- chengeschichte	3	-	1	K 90	6
	BM 4b Grundkurs Mittlere und Neue Kirchengeschichte			1		
Basismodul 5 Religionspädagogik	BM 5a Grundkurs Religions- pädagogik	2	-	1	VbP	6
	BM 5b Zentrale Themen der Religionspädagogik			1		
Vertiefungsmodul 1 Biblische Theologie	VM 1a Exegese und Theolo- gie AT	2	-	1	K 90	8
	VM 1b Exegese und Theolo- gie NT			1		
Vertiefungsmodul 2 Systematische Theolo- gie	VM 2a Theologische Gottes- lehre	5	-	1	MP 20	8
	VM 2b Christologie und Sote- riologie			1		
Vertiefungsmodul 3 Theologische Ethik	VM 3a Ethik der Lebensberei- che I	4	-	1	K 90	8
	VM 3b Ethik der Lebensberei- che II			1		
Vertiefungsmodul 4 Historische Theologie	VM 4a Brennpunkte der Alten Kirchengeschichte	4	-	1	HA 10-12	8
	VM 4b Brennpunkte der Neuen und Mittleren Kirchen- geschichte			1		
Vertiefungsmodul 5 Religionspädagogik (Fachdidaktik)	VM 5a Religionsdidaktische Konzeptionen	3	-	1	HA 10-12	10
	VM 5b Didaktik religiöser Lehr- und Lernprozesse			1		
Aufbaumodul 1 Das frühe Christentum im Kontext seiner Zeit	AM 1 Das frühe Christentum im Kontext seiner Zeit	5	-	1	HA 10-12	5

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraus- setzungen für die Zulassung	Studienlei- stung	Prüfungs- leistung	Leis- tungs- punkte
Aufbaumodul 3 Das Christentum im Verhältnis zum Juden- tum und zu den ande- ren Weltreligionen	AM 3 Das Christentum im Verhältnis zum Judentum und zu den anderen Weltreligio- nen	6	-	1	HA 10-12	5
Summe						82

Anlage 1.K.1.2: Wahlpflichtmodule

Es müssen Wahlpflichtmodule im Umfang von mindestens 8 Leistungspunkten gewählt werden. Studierende mit schulischem Schwerpunkt können zwischen den Aufbaumodulen 2, 4, und 5 wählen. Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können das Aufbaumodul 6 als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ absolvieren. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraus- setzungen für die Zulassung	Studienlei- stung	Prüfungs- leistung	Leistungs- punkte
Aufbaumodul 2 Biblische Hermeneutik	AM 2 Biblische Hermeneu- tik	5	-	1	HA 10-12	4
Aufbaumodul 4 Kirche und Sakramente in der innerchristlichen Ökumene	AM 4 Kirche und Sakra- mente in der innerchristli- chen Ökumene	6	-	1	K 90 oder MP 20	4
Aufbaumodul 5 Interreligiöses Lernen	AM 5 Interreligiöses Lernen	6	-	1	K 90 oder MP 20	4
Aufbaumodul 6 Theologische Themen im aktuellen Diskurs (FüBa)	AM 6 Theologische Themen im aktuellen Diskurs	5	-	1	HA 15-18	6
Summe						8-14

Anlage 1.K.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.K.1.4: Bachelorarbeit

Zulassungsvoraussetzung zu dem Modul Bachelorarbeit ist der Nachweis des Kleinen Latinums oder fachbezogener Lateinkenntnisse sowie der Nachweis des Graecums beziehungsweise fachbezogener Griechischkenntnisse oder des Hebraicums beziehungsweise fachbezogener Hebräischkenntnisse.

Modul	Lehrveranstaltungen	Se-mes- ter	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienlei- stung	Prüfungs- leistung	Leistungs- punkte
Bachelorarbeit	-	6	mindestens 110 Lei- stungspunkte sowie Nach- weis von Latein- und Grie- chisch- oder Hebräisch- kenntnissen	-	BA	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.K.2 Katholische Theologie als ZweifachAnlage 1.K.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul 1 Biblische Theologie	BM1a Grundkurs Biblische Theologie	1	-	1	K 90	6
	BM 1b Themen und Texte			1		
Basismodul 2 Systematische Theologie	BM 2a Grundkurs Dogmatik	1-2	-	1	K 90	6
	BM 2b Grundkurs Fundamentalthologie			1		
Basismodul 3 Theologische Ethik	BM 3a Grundkurs Moraltheologie	3	-	1	MP 20	6
	BM 3b Grundkurs Sozialethik			1		
Basismodul 4 Historische Theologie	BM 4a Grundkurs Alte Kirchengeschichte	3	-	1	K 90	6
	BM 4b Grundkurs Mittlere und Neue Kirchengeschichte			1		
Basismodul 5 Religionspädagogik	BM 5a Grundkurs Religionspädagogik	2	-	1	VbP	6
	BM 5b Zentrale Themen der Religionspädagogik			1		
Vertiefungsmodul 1 Biblische Theologie	VM 1a Exegese und Theologie AT	4	-	1	K 90	8
	VM 1b Exegese und Theologie NT			1		
Vertiefungsmodul 3 Theologische Ethik	VM 3a Ethik der Lebensbereiche I	6	-	1	K 90	8
	VM 3b Ethik der Lebensbereiche II			1		
Vertiefungsmodul 5 Religionspädagogik (Fachdidaktik)	VM 5a Religionsdidaktische Konzeptionen	5	-	1	HA 10-12	10
	VM 5b Didaktik religiöser Lehr- und Lernprozesse			1		
Summe						56

Anlage 1.K.2.2: Wahlpflichtmodule

Es müssen Wahlpflichtmodule im Umfang von mindestens 4 Leistungspunkten gewählt werden. Studierende mit schulischem Schwerpunkt können zwischen den Aufbaumodulen 2, 4, und 5 wählen. Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können zusätzlich das Aufbaumodul 6 als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ absolvieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraus- setzungen für die Zulassung	Studienlei- stung	Prüfungs- leistung	Leistungs- punkte
Aufbaumodul 2 Biblische Hermeneutik	AM 2 Biblische Hermeneu- tik	5	-	1	HA 10-12	4
Aufbaumodul 4 Kirche und Sakramente in der innerchristlichen Ökumene	AM 4 Kirche und Sakra- mente in der innerchristli- chen Ökumene	4 oder 6	-	1	K 90 oder MP 20	4
Aufbaumodul 5 Interreligiöses Lernen	AM 5 Interreligiöses Lernen	4 oder 6	-	1	K 90 oder MP 20	4
Aufbaumodul 6 Theologische Themen im aktuellen Diskurs (FüBa)	AM 6 Theologische Themen im aktuellen Diskurs	5	-	1	HA 15-18	6
Summe						4-10

Anlage 1.K.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.K.2.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.L Mathematik

- A) Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:
 (1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1-4 Minuten dauern.
 (2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5-15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.
 B) Falls nicht anders vermerkt, so beziehen sich Prüfungen auf das gesamte Modul mit einer angemessenen Gewichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen.

1.L.1 Mathematik als Erstfach

Anlage 1.L.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Analysis I	Vorlesung und Übung Analysis I	1	-	Ü	K (unbenotet)	10
Analysis II	Vorlesung und Übung Analysis II	2	-	Ü	K oder MP	10
Lineare Algebra I	Vorlesung und Übung Lineare Algebra I	1	-	Ü	K (unbenotet)	10
Algebra I	Vorlesung und Übung Algebra I	3	-	Ü	K oder MP	10
Algorithmische Mathematik	Vorlesung und Übung Algorithmische Mathematik	Ab 5	-	Ü	K oder MP	10
Geometrie für das Lehramt	Vorlesung und Übung Geometrie für das Lehramt	Ab 4	-	Ü	K oder MP	10
Stochastische Methoden	Vorlesung und Übung Mathematische Stochastik I	4	-	Ü	K oder MP	10
Fortgeschrittene Mathematische Methoden	Vorlesung und Übung Analysis III oder Vorlesung und Übung Diskrete Mathematik oder Vorlesung und Übung Algebra II oder Vorlesung und Übung Mannigfaltigkeiten oder Vorlesung und Übung Diskrete Mathematik oder Vorlesung und Übung Numerische Mathematik II oder Vorlesung und Übung Mathematische Stochastik II	Ab 4	-	Ü	K oder MP	10
Summe						80

Anlage 1.L.1.2: Wahlpflichtmodule

Für Studierende, die den schulischen Schwerpunkt gewählt haben, sind die Module „Einführung in die Fachdidaktik Mathematik“ und „Lehren und Lernen im Mathematik-Unterricht“ verpflichtend. Studierende, die den außerschulischen Schwerpunkt gewählt haben, können die Module „Einführung in die Fachdidaktik Mathematik“ und „Lehren und Lernen im Mathematik-Unterricht“ (10 Leistungspunkte), sowie das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ (im Umfang von 6 Leistungspunkte) durch Module aus dem Angebot für den BA Studiengang Mathematik ersetzen (Ersatzmodule I und III). Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module aus dem Angebot für den BA Studiengang Mathematik ersetzt werden (Ersatzmodul II).

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Fachdidaktik Mathematik	Vorlesung und Übung Einführung in die Fachdidaktik I	Ab 1	-	Ü	HA oder K oder MP	4
	Vorlesung und Übung Einführung in die Fachdidaktik II			Ü		
Lehren und Lernen im Mathematik-Unterricht	Vorlesung und Übung Fachdidaktik der Sekundarstufe I	Ab 3	-	Ü	K oder MP oder HA oder VbP	6
	Seminar zur Fachdidaktik			eine Studienleistung		
Ersatzmodul I	Vorlesung und Übung Analysis III oder Vorlesung und Übung Diskrete Mathematik oder Vorlesung und Übung Algebra II oder Vorlesung und Übung Funktionentheorie oder Vorlesung und Übung Mannigfaltigkeiten oder Vorlesung und Übung Numerik II oder Vorlesung und Übung Stochastik II	Ab 3	-	Ü	K oder MP	10
Ersatzmodul II	Vorlesung und Übung Analysis III oder Vorlesung und Übung Diskrete Mathematik oder Vorlesung und Übung Algebra II oder Vorlesung und Übung Funktionentheorie oder Vorlesung und Übung Mannigfaltigkeiten oder Vorlesung und Übung Numerik II oder Vorlesung und Übung Stochastik II	Ab 3	-	Ü	K oder MP	10
Ersatzmodul III	Seminar	Ab 3	-	Ü	K oder MP oder VbP	6
Summe						10-26

Anlage 1.L.1.3: Wahlmodule:

– entfällt –

Anlage 1.L.1.4: Bachelorarbeit

Im Modul Bachelorarbeit ist ein Seminar zu belegen. Die Teilnahme am Seminar setzt in der Regel eine geeignete Veranstaltung aus dem Modul Fortgeschrittene Mathematische Methoden voraus.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Bachelorarbeit	6	mindestens 110 Leistungspunkte	-	BA	10
	Seminar	4 oder 5		eine Studienleistung	-	

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.L.2 Mathematik als Zweitfach

Anlage 1.L.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Analysis I	Vorlesung und Übung Analysis I	1	-	Ü	K (unbenotet)	10
Analysis II	Vorlesung und Übung Analysis II	2	-	Ü	K oder MP	10
Lineare Algebra I	Vorlesung und Übung Lineare Algebra I	1	-	Ü	K (unbenotet)	10
Algebra I	Vorlesung und Übung Algebra I	3	-	Ü	K oder MP	10
Geometrie für das Lehramt	Vorlesung und Übung Geometrie für das Lehramt	Ab 4	-	Ü	K oder MP	10
Summe						50

Anlage 1.L.2.2: Wahlpflichtmodule

Für Studierende, die den schulischen Schwerpunkt gewählt haben, sind die Module Einführung in die Fachdidaktik Mathematik und Lehren und Lernen im Mathematik-Unterricht verpflichtend.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Fachdidaktik Mathematik	Vorlesung und Übung Einführung in die Fachdidaktik I	Ab 1	-	Ü	K oder HA oder MP	4
	Vorlesung und Übung Einführung in die Fachdidaktik II			Ü		
Lehren und Lernen im Mathematik-Unterricht	Vorlesung und Übung Fachdidaktik der Sekundarstufe I	Ab 3	-	Ü	K oder MP oder HA oder VbP	6
	Seminar zur Fachdidaktik			eine Studienleistung		
Summe						10

Anlage 1.L.2.3: Wahlmodule:

– entfällt –

Anlage 1.L.2.4: Bachelorarbeit:

– entfällt –

1.M Medienmanagement**1.M.1 Medienmanagement als Erstfach**

– entfällt –

1.M.2 Medienmanagement als ZweitfachAnlage 1.M.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
1. Mediensystem	1.1 Presse 2 SWS Vorlesung	1.	Zulassung zum Studium	Zwei benotete Prüfungen in den Teilmodulen 1.1 und 1.2	K 60	6
	1.2 Rundfunk und Onlinemedien 2 SWS Vorlesung	2.			K 60	
2. Medienpolitik	2.1 Medienpolitik 2 SWS Seminar	4.	Zulassung zum Studium	Eine benotete Prüfung in dem Teilmodul 2.1	VbP (SE 40 mit Ausarbeitung)	3
3. Medienangebote und Medienanbieter	3.1 Grundlagen der Medieninhaltsforschung 2 SWS Vorlesung	2.	Zulassung zum Studium	Zwei benotete Prüfungen in den Teilmodulen 3.1 und 3.2	K 60 oder MP 20	6
	3.2 Grundlagen der Kommunikatorforschung 2 SWS Vorlesung	3.			K 60 oder MP 20	
4. Medienrezeption und Medienwirkung	4.1 Grundlagen der Rezeptionsforschung 2 SWS Vorlesung	1.	Zulassung zum Studium	Zwei benotete Prüfungen in den Teilmodulen 4.1 und 4.2	K 60 oder MP 20	6
	4.2 Grundlagen der Medienwirkungsforschung 2 SWS Vorlesung	4.			K 60 oder MP 20	
5. Theorie und Praxis des Medienmanagements	5.1 Theorien und Modelle für Kommunikation, Medien und Management 2 SWS Vorlesung / Übung	1.	Zulassung zum Studium	Zwei benotete Prüfungen in den Teilmodulen 5.1 und 5.2	K 45 und VbP (PR 15) oder K 60	6
	5.2 Grundlagen des Medienmanagements 2 SWS Vorlesung / Übung	2.			K 45 und VbP (PR 15) oder K 60	
6. Spezielle Verfahren der Medien- und Marktforschung	6.1 Mediaforschung 2 SWS Vorlesung	3.	Zulassung zum Studium	Eine benotete Prüfung in den Teilmodul 6.1.	K 60 oder MP 20	3

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
7. Seminarleistungen und Projekte	7.1/2 Ausgewählte Bereiche der Medieninhalts- und Kommunikations-Forschung 2 mal 2 SWS Seminar oder Projekt	4. und 5.	Zulassung zu-m Studium	Fünf benotete Leistungsnachweise in den Teilmodulen 7.1, 7.2, 7.3, 7.4. und 7.5 sowie fünf unbenotete Leistungsnachweise in dem Teilmodul 7.6	VbP(SE 30) und HA 12 Seiten oder aktive Mitarbeit an einem Studienprojekt	6
	7.3 Ausgewählte Bereiche der Rezeptions- und Wirkungsfor-schung 2 SWS Seminar oder Projekt	5.			VbP (SE 30) und HA 12 Seiten oder aktive Mitarbeit an einem Studienprojekt	3
	7.4/5 Ausgewählte Bereiche des Medienmanagements und der Medienökonomie 2 mal 2 SWS Seminar oder Projekt	3. bis 5.			VbP (SE 30 und HA 12 Seiten oder aktive Mitarbeit an einem Studienprojekt)	6
	7.6 Projektstätigkeit	1. bis 5.			VbP (P Mitarbeit an einem Studienprojekt)	5
Summe						50

Anlage 1.M.2.2: Wahlpflichtmodule:

– entfällt –

Anlage 1.M.2.3: Wahlmodule:

– entfällt –

Anlage 1.M.2.4: Bachelorarbeit:

– entfällt –

1.N Musik**1.N.1 Musik als Erstfach**

Das Fach Musik kann in den Studienrichtungen Klassik oder Jazz/Rock/Pop studiert werden.

Anlage 1.N.1.1: Pflichtmodule

Studierende des Erstfaches Musik, die sich vor dem 01.10.2020 in den Fächerübergreifenden Bachelorstudiengang eingeschrieben haben, müssen das Modul „Künstlerische Ausbildung Basis 1“ verpflichtend absolvieren. Diese Regelung gilt für die Dauer der Regelstudienzeit von vier Jahren und längstens ein weiteres Jahr und tritt zum 30.09.2024 außer Kraft.

Für Studierende des Erstfaches Musik mit Studienbeginn zum 01.10.2020 sind die Module „Künstlerisches Hauptfach“ und „Künstlerische Nebenfächer“ obligatorisch.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistungen	Prüfungsleistungen	Leistungspunkte
Künstlerische Ausbildung Basis 1	Hauptfach I je 1 SWS Einzelunterricht	1. und 2.	-	1	VbP (MU 15 oder SE) oder MP 20 oder K 120	17
	Nebenfach 1/I je 0,75 SWS Einzelunterricht	1. und 2.	-	1	-	
	Nebenfach 2/I je 0,75 SWS Einzelunterricht	1. und 2.	-	1	-	
	Hauptfach-Ensemble I je 0,5 SWS Einzelunterricht	1. und 2.	-	1	-	
Künstlerisches Hauptfach	Hauptfach I je 1 SWS Einzelunterricht	1. und 2.	-	1	VbP (MU 15 oder SE) oder MP 20 oder K 120	9
	Hauptfach-Ensemble I je 0,5 SWS Einzelunterricht	1. und 2.	-	1	-	
Künstlerische Nebenfächer	Nebenfach 1/I je 0,75 SWS Einzelunterricht	1. und 2.	-	1	-	8
	Nebenfach 2/I je 0,75 SWS Einzelunterricht	1. und 2.	-	1	-	

Künstlerische Ausbildung Basis 2	Hauptfach II je 1 SWS Einzelunterricht	3. und 4.	Hauptfach I	1	VbP (MU 15 oder SE) oder MP 20 oder K 120	9
	Nebenfach 1/II je 0,75 SWS Einzelunterricht	3. und 4.	Nebenfach 1/I	1	VbP (MU 10)	
	Nebenfach 2/II je 0,75 SWS Einzelunterricht	3. und 4.	Nebenfach 2/I	1	VbP (MU 10)	
Künstlerische Ausbildung Aufbau	Schwerpunktfach I je 1 SWS Einzelunterricht	5. und 6.	-	1	VbP (MU 20 oder SE) MP 20 oder K 180	8
	Zuwahlfach 1/I je 0,75 SWS Einzelunterricht	5. und 6.	-	1	VbP (MU 15 oder SE) MP 15	
Ensemble Basis 1	Ensemblesingen je 1,5 SWS Gruppenunterricht	1. und 2.	-	1	-	7
	Basiskurs Vokalmusik je 1,5 SWS Gruppenunterricht	1. und 2.	-	1	-	
	Dirigieren I je 1 SWS Gruppenunterricht	1. und 2.	-	1	-	
	Chor-/ Orchesterphase I 1 SWS Gruppenunterricht	2.	-	1	-	
Ensemble Basis 2	Chorsingen I je 2 SWS Gruppenunterricht	3. und 4.	-	1	-	9
	Chorleitung I je 1,5 SWS Gruppenunterricht	3. bis 5.	-	1	VbP (MU 25)	
	Chor-/ Orchesterphase II je 1 SWS Gruppenunterricht	3. und 4.	-	1	-	
Ensemble Aufbau	Chorsingen II je 2 SWS Gruppenunterricht	5. und 6.	-	1	-	9
	Orchesterleitung I je 1,5 SWS Gruppenunterricht	4. bis 6.	-	1	VbP (MU)	
	Chor-/Orchesterphase III je 1 SWS Gruppenunterricht	5. und 6.	-	1	-	
Musiktheorie Basis 1	Musiktheorie I je 2 SWS Seminar	1. und 2.	-	1	VbP (SE) oder K 120	6

Angewandte Musiktheorie 1	Gehörbildung I je 1 SWS; Gruppenunterricht	1. und 2.	-	1	K 60 oder MP 15	5
	TbK I je 0,5 SWS; Einzelunterricht	1. und 2.	-	1		
Musiktheorie Basis 2	Musiktheorie II je 2 SWS; Seminar	3. und 4.	Musiktheorie I	1	VbP (SE) oder K 120	6

Angewandte Musiktheorie 2	Gehörbildung II je 1 SWS; Gruppenunterricht	3. und 4.	Gehörbildung I	1	VbP (MU 30) (Kombinationsprüfung)	5
	TbK II je 0,5 SWS; Einzelunterricht	3. und 4.	TbK I	1		
Musikwissenschaft Basis 1	Musikgeschichte je 2 SWS; Gruppenunterricht	1. und 2.	-	1	K 120 (Teilprüfung im 1. und 2. Semester)	8
	Einführung wissenschaftliches Arbeiten 2 SWS; Seminar	1. oder 2.	-	1	-	
Musikwissenschaft Basis 2	Musikwissenschaft I (Systematische Musikwissenschaft) 2 SWS; Seminar	3. bis 8.	-	1	HA 7-10 Seiten	5
	Musikwissenschaft II (Historische Musikwissenschaft) 2 SWS; Seminar	3. bis 8.	-	1		
Musikpädagogik Basis	Musikpädagogik I 2 SWS; 2 Seminare	1. oder 2.	-	1	-	5
	Musikpädagogik II 2 SWS; Seminar	2. bis 4.	-	1	HA 7-10 Seiten	
Musikwissenschaft Aufbau	Musikwissenschaft III (Musikethnologie) 2 SWS; Seminar	3. bis 8.	-	1	HA 12-15 Seiten	5
	Musikwissenschaft IV 2 SWS; Seminar	5. bis 8.	-	1		
Musiktheorie Aufbau	Musiktheorie III je 2 SWS; Seminar	5. und 6.	Musiktheorie I+II	1	K 180	8
	Analyse I je 2 SWS; Seminar	5. oder 6.	-	1	-	
Praktische Grundlagen	Rhythmik I 1 SWS; Gruppenunterricht	1. oder 2.	-	1	-	9
	Rhythmische Gehörbildung	1. und 2.	-	1	-	

	je 1 SWS; Gruppenunterricht					
	Populäre Klavierbegleitung I je 1 SWS; Gruppenunterricht	1. und 2.	-	1	-	
	Schlagzeug je 1 SWS; Gruppenunterricht	1. und 2.	-	1	-	
	Sprecherziehung je 1 SWS; Gruppenunterricht	1. und 2.	-	1	-	
Summe						121

Anlage 1.N.1.2: Wahlpflichtmodule

Jedes Profilmodul muss aus mindestens zwei Teilmodulen bestehen. Innerhalb jedes Profilmoduls ist mindestens ein Teilmodul mit einer Prüfungsleistung abzuschließen, die Prüfungsleistung ist in dem Teilmodul mit der höchsten Leistungspunktzahl zu erbringen. Alternativ können anstatt in dem Teilmodul mit der höchsten Leistungspunktzahl in zwei anderen Teilmodulen Prüfungsleistungen erbracht werden. Die Leistungspunkte dieser beiden Teilmodule müssen zusammen mindestens die Leistungspunktzahl des Teilmoduls mit der höchsten Leistungspunktzahl erreichen. Die Studienleistung ist mindestens zu erbringen. Die mehrfache Wahl von Teilmodulen in ein Profilmodul ist nur bei den Teilmodulen möglich, die im Musterstudienplan entsprechend gekennzeichnet sind.

Das Modul "Musikpädagogik Aufbau" ist verpflichtend für Studierende, die einen Masterstudiengang für das Lehramt an Gymnasien anstreben.

Näheres ist im Modulkatalog der Studienordnung geregelt.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Profil 1	Aus dem Angebot des FüBa Musik sind Veranstaltungen im Umfang von mindestens 5 Leistungspunkten zu wählen.	5. bis 8.	-	1	Nach Maßgabe der gewählten Veranstaltungen	5 (+)
Profil 2	Aus dem Angebot des FüBa Musik sind Veranstaltungen im Umfang von mindestens 5 Leistungspunkten zu wählen.	5. bis 8.	-	1	Nach Maßgabe der gewählten Veranstaltungen	5 (+)

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Profil 3	Aus dem Angebot des FÜBa Musik sind Veranstaltungen im Umfang von mindestens 10 Leistungspunkten zu wählen.	5. bis 8.	-	1	Nach Maßgabe der gewählten Veranstaltungen	10 (+)
Musikpädagogik Aufbau	Musikpädagogik III 2 SWS Gruppenunterricht	5. bis 8.	Musikpädagogik I +II	1	HA 12-15 Seiten oder K 60 oder VbP (PR)	6
	Musikpädagogik IV 2 SWS; Seminar	5. bis 8.	Musikpädagogik I +II	1		
Summe						29

Anlage 1.N.1.3: Wahlmodule:

– entfällt –

Anlage 1.N.1.4: Modul „Bachelorarbeit“

Innerhalb des Moduls "Bachelorarbeit" ist das Seminar/Kolloquium in dem Bereich (Musikwissenschaft oder Musikpädagogik) zu belegen, in dem die Bachelorarbeit geschrieben wird.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium/Seminar	8.	mindestens 180 Leistungspunkte und bestandene Zwischenprüfung	1	BA	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung und eine Studienleistung.

1.N.2 Musik als Zweitfach

– entfällt –

1.O. Philosophie**1.O.1. Philosophie als Erstfach****Anlage 1.O.1.1: Pflichtmodule**

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul Theoretische Philosophie	Vorlesung	1	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Basismodul Praktische Philosophie	Vorlesung	2	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Basismodul Geschichte der Philosophie I	Vorlesung	1	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Basismodul Geschichte der Philosophie II	Vorlesung	2	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Logik	Vorlesung	3	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Philosophisches Arbeiten	Seminar (3 SWS)	3	-	1	HA 10-12	10
Philosophische Themen und Texte	Seminar	4	-	1	HA 10-12	15
	Seminar			1		
	Seminar			1		
Summe						60

Anlage 1.O.1.2: Wahlpflichtmodule

Im Wahlpflichtbereich des Erstfaches sind drei Aufbaumodule zu wählen.

Für Studierende mit schulischem Schwerpunkt ist das Modul „Fachdidaktik“ verpflichtend.

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ das „Forschungsmodul“ absolvieren.

Sofern die fachspezifische Anlage des Zweitfaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweitfaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden.

Vor Belegung eines Aufbaumoduls sollte die Studienleistung des dazugehörigen Basismoduls erbracht worden sein.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Aufbaumodul Fachdidaktik	Einführung in die Philosophiedidaktik	5-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Aufbaumodul Theoretische Philosophie	Seminar	5-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Aufbaumodul Praktische Philosophie	Seminar	5-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Aufbaumodul Geschichte der Philosophie	Seminar	5-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Aufbaumodul	Seminar	5-6	-	1		10

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Wissenschaftsphilosophie	Seminar			1	HA 10-12 oder MP 20	
Forschungsmodul	Seminar	5-6	-	1	VbP oder HA 10-12	6
Summe						30-46

Anlage 1.O.1.3: Wahlmodule -entfällt-

Anlage 1.O.1.4: Bachelorarbeit

Für die Bearbeitung des Themas der Bachelorarbeit sind Sprachkenntnisse erforderlich, die ein angemessenes Arbeiten mit den jeweiligen Quellen ermöglichen. Dies gilt sowohl für die Themen aus der antiken oder mittelalterlichen Philosophie (Griechisch- bzw. Lateinkenntnisse) als auch für solche der neuzeitlichen oder modernen Philosophie (Englisch- bzw. Französischkenntnisse etc.). Der Nachweis ist durch das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife oder der erfolgreichen Teilnahme an entsprechenden Sprachkursen zu erbringen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium	6	mindestens 110 Leistungspunkte, Nachweis fachbezogener Sprachkenntnisse sowie ggf. Nachweise im Zweitfach	1	BA 30-40	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.O.2 Philosophie als Zweitfach

Anlage 1.O.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul Theoretische Philosophie	Vorlesung	1	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Basismodul Praktische Philosophie	Vorlesung	2	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Basismodul Geschichte der Philosophie I	Vorlesung	1	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Basismodul Geschichte der Philosophie II	Vorlesung	2	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Logik	Vorlesung	3	-	1	K 90	7
	Tutorium					
Philosophische Themen und Texte	Seminar	4	-	1	HA 10-12	15
	Seminar			1		
	Seminar			1		
Summe						50

Anlage 1.O.2.2: Wahlpflichtmodule

Im Wahlpflichtbereich des Zweifaches ist für Studierende mit schulischem Schwerpunkt das Aufbaumodul Fachdidaktik verpflichtend.

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können Module im Umfang von 10 bis zu 16 Leistungspunkten aus dem Wahlpflichtbereich belegen. So kann z.B. als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ das Forschungsmodul absolviert werden.

Sofern die fachspezifische Anlage des Erstfaches dies zulässt, können 10 LP des Zweifaches durch Module im Wahlpflichtbereich des Erstfachs ersetzt werden, sodass hier kein Modul belegt werden muss.

Vor Belegung eines Aufbaumoduls sollte die Studienleistung des dazugehörigen Basismoduls erbracht worden sein.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Aufbaumodul Fachdidaktik	Einführung in die Philosophiedidaktik	3-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Aufbaumodul Theoretische Philosophie	Seminar	3-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Aufbaumodul Praktische Philosophie	Seminar	3-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Aufbaumodul Geschichte der Philosophie	Seminar	3-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Aufbaumodul Wissenschaftsphilosophie	Seminar	3-6	-	1	HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Forschungsmodul	Seminar	3-6	-	1	VbP oder HA 10-12	6
Summe						0-16

Anlage 1.O.2.3: Wahlmodule

-entfällt-

Anlage 1.O.2.4: Bachelorarbeit

-entfällt-

1.P Physik

A) Für die Dauer von Prüfungen gelten die folgenden Richtwerte:

- (1) Mündliche Prüfungen dauern mindestens 15 Minuten, höchstens aber 60 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen mündliche Prüfungen pro Leistungspunkt 1-4 Minuten dauern.
- (2) Schriftliche Prüfungen (Klausuren) dauern mindestens 45 Minuten, höchstens aber 180 Minuten. Innerhalb dieses Rahmens sollen Klausuren 5-15 Minuten pro Leistungspunkt dauern.

B) Falls nicht anders vermerkt, so beziehen sich Prüfungen auf das gesamte Modul mit einer angemessenen Gewichtung der einzelnen Lehrveranstaltungen.

1.P.1 Physik als Erstfach**Anlage 1.P.1.1: Pflichtmodule**

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Mechanik und Wärme	Vorlesung und Übung Mechanik und Wärme	1	-	Ü	K (unbenotet)	6
Elektrizität und Relativität	Vorlesung und Übung Elektrizität und Relativität	2	-	Ü	K oder MP	8
Grundpraktikum A	Grundpraktikum I: Grundlagen zur Messdatenanalyse	2	-	LÜ	-	4
Theoretische Physik A	Vorlesung und Übung Theoretische Physik A	1	-	Ü	K (unbenotet)	7
Theoretische Physik B	Vorlesung und Übung Theoretische Physik B	2	-	Ü	K (unbenotet)	7
Experimentalphysik- Teil 2	Vorlesung und Übung Optik, Atome, Moleküle, Quantenphänomene	3	-	Ü	MP	14
	Vorlesung und Übung Kerne und Teilchen	4		Ü		
	Vorlesung und Übung Festkörperphysik I			Ü		
Grundpraktikum B für das Lehramt	Grundpraktikum II für das Lehramt: Physikalische Messmethoden – Elektronische Messtechnik	Ab 3	-	LÜ	-	4
	Grundpraktikum III für das Lehramt: Physikalische Messmethoden – Computergestützte Verfahren	Ab 4		LÜ		
Theoretische Physik C	Vorlesung und Übung Theoretische Physik	3	-	Ü	MP	10
Physik Präsentieren	Proseminar	Ab 3	-	eine Studienleistung	-	4
Summe						64

Anlage 1.P.1.2: Wahlpflichtmodule

Es sind zwei der Module „Festkörperphysik II“, „Atom- und Molekülphysik“, „Kohärente Optik“ und „Strahlenschutz“ zu wählen. Darüber hinaus ist das Modul „Lehren und Lernen im Physik-Unterricht I und II“ oder Module aus dem Angebot für den BA Studiengang Physik zu wählen.

Für Studierende, die den schulischen Schwerpunkt gewählt haben, ist das Modul „Lehren und Lernen im Physik-Unterricht I und II“ verpflichtend.

Studierende, die den außerschulischen Schwerpunkt gewählt haben, können das Modul „Lehren und Lernen im Physik-Unterricht I+II“ (10 Leistungspunkte) sowie das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ (im Umfang von 6 Leistungspunkte) durch Angebote aus dem Angebot für den BA Studiengang Physik ersetzen (Ersatzmodul A). Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module aus dem Angebot für den BA Studiengang Physik ersetzt werden (Ersatzmodul B).

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraus- setzungen für die Zulassung	Studien- leistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Festkörperphysik II	Vorlesung und Übung Festkörperphysik II	Ab 4	-	U	K oder MP	8
	Laborpraktikum			LÜ		
Atom- und Molekülphysik	Vorlesung und Übung Atom- und Molekülphysik für das Lehramt	Ab 4	-	Ü	K oder MP	8
	Laborpraktikum			LÜ		
Kohärente Optik	Vorlesung und Übung Kohärente Optik,	Ab 4	-	Ü	K oder MP	8
	Laborpraktikum			LÜ		
Strahlenschutz	Strahlenschutz und Radioökologie	Ab 4	-	-	K oder MP	8
	Laborpraktikum			LÜ		
Lehren und Lernen im Physik-Unterricht I und II	Vorlesung und Übung Einführung in die Fachdidaktik Physik	4	-	eine SL	-	10
	Seminar Lernen von Physik	5	Einführung in die Fachdidaktik Physik	eine SL	-	
	Seminar Lehren von Physik	5		eine SL	-	
	Lehrveranstaltungsübergreifende Prüfung Lehren und Lernen im Physikunterricht	5.	Lernen von Physik und Lehren von Physik	-	MP oder K	
Ersatzmodul A	Vorlesung und Übung Einführung in die Quantentheorie Vorlesung und Übung Statistische Physik	Ab 3	-	Ü	MP	16
				Ü		
Ersatzmodul B	Lehrveranstaltung(en) aus dem Bachelorstudiengang Physik im Gesamtvolumen von mindestens 10 Leistungspunkten.	Ab 3	-	eine Studienleistung pro Lehrveranstaltung	MP	10
Summe						26-42

Anlage 1.P.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.P.1.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Bachelorarbeit	6	mindestens 110 Leistungspunkte sowie gegebenenfalls weitere Voraussetzung entsprechend Anlage 1.B-S.1.4. des gewählten Zweifaches	-	BA	10
	Seminar			eine Studienleistung	-	

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.P.2 Physik als Zweifach

Anlage 1.P.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Mechanik und Wärme	Vorlesung und Übung Mechanik und Wärme	1	-	Ü	K (unbenotet)	6
Elektrizität und Relativität	Vorlesung und Übung Elektrizität und Relativität	2	-	Ü	K oder MP	8
Grundpraktikum A	Grundpraktikum I: Grundlagen zur Messdatenanalyse	2	-	LÜ	-	4
Theoretische Physik A	Vorlesung und Übung Theoretische Physik A	1	-	Ü	K (unbenotet)	7
Theoretische Physik B	Vorlesung und Übung Theoretische Physik B	2	-	Ü	K (unbenotet)	7
Experimentalphysik Teil 2	Vorlesung und Übung Optik, Atome, Moleküle, Quantenphänomene	3	-	Ü	MP	14
	Vorlesung und Übung Kerne und Teilchen	4		Ü		
	Vorlesung und Übung Festkörperphysik I			Ü		
Grundpraktikum B für das Lehramt	Grundpraktikum II für das Lehramt: Physikalische Messmethoden – Elektronische Messtechnik	Ab 3	-	LÜ		4
	Grundpraktikum III für das Lehramt: Physikalische Messmethoden – Computergestützte Verfahren	Ab 4		LÜ		
Summe						50

Anlage 1.P.2.2: Wahlpflichtmodule

Für Studierende, die den schulischen Schwerpunkt gewählt haben, ist das Modul „Lehren und Lernen im Physik-Unterricht I und II“ verpflichtend.

Studierende, die den außerschulischen Schwerpunkt gewählt haben, können statt des Moduls „Lehren und Lernen im Physikunterricht I und II“ im Umfang von 10 Leistungspunkten Module aus dem Bachelorstudiengang Physik oder dem gewählten Erstfach absolvieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraus- setzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Lehren und Lernen im Physikunterricht I und II	Vorlesung und Übung Einführung in die Fachdidaktik Physik	4	-	eine Studienleistung	-	10
	Lernen von Physik	5	Einführung in die Fachdidaktik Physik	eine Studienleistung	-	
	Lehren von Physik	5		eine Studienleistung		
	Lehrveranstaltungsübergreifende Prüfung Lehren und Lernen im Physik-Unterricht	5.	Lehren von Physik und Lernen von Physik	-	MP oder K	
Ersatzmodul B	Lehrveranstaltung(en) aus dem Bachelorstudiengang Physik im Gesamtumfang von mindestens 10 Leistungspunkten	Ab 3	-	eine Studienleistung pro Lehrveranstaltung	MP	10
Summe						10

Anlage 1.P.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.P.2.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.Q Politik**1.Q.1 Politik als Erstfach**Anlage 1.Q.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungs-punkte
Einführung in die Politikwissenschaft	Seminar mit Tutorium	1	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	8
	Vorlesung Forschungsdesign in der Politikwissenschaft			1		
Basismodul Politische Ideengeschichte und Theorien der Politik	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	1-2	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	12
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Politische Systeme und Regierungslehre	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	1-2	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Internationale Beziehungen	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Politikwissenschaftliche Statistik (FüBa)	Vorlesung Statistik I: Deskriptive Statistik	1-2	-	1	K 120 <u>oder</u> KA 120	10
	Vorlesung Statistik II: Induktive und multivariate Statistik			1		
	Tutorium			1		
Summe						50

Anlage 1.Q.1.2: Wahlpflichtmodule

Im Wahlpflichtbereich müssen Module im Umfang von mindestens 40 Leistungspunkten absolviert werden. Studierende mit schulischem Studienschwerpunkt müssen das Modul „Fachdidaktik“ und das Modul „Politikfelder und Politische Verwaltung“ im Umfang von jeweils 10 Leistungspunkten absolvieren. Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können statt der Module „Fachdidaktik“ und „Politikfelder und Politische Verwaltung“ weitere Module im Erstfach absolvieren. Als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ können Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt das „Vertiefungsmodul“ absolvieren. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachdidaktik	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Bildungssysteme und Sozialisationsprozesse	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> HA 7	10
	Vorlesung			1		
Politische Soziologie	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Politikfelder und Politische Verwaltung	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Gesellschaftstheorie	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> HA 7	10
	Seminar			1		
Weltgesellschaft und Kulturvergleich	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> HA 7	10
	Seminar			1		
Arbeit und Organisation	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> HA 7	10
	Seminar			1		
Vertiefungsmodul Politische Bildung (Lehramt)	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6	erfolgreich absolviertes Modul „Einführung in die Politikwissenschaft“	1	HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefungsmodul Politikwissenschaftliche Methoden (FüBa)	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6	erfolgreich absolvierte Module „Einführung in die Politikwissenschaft“ sowie „Politikwissenschaftliche Statistik“	1	MP 20	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Vertiefungsmodul	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	Zwischen 3 und 6	erfolgreich absolviertes Modul „Einführung in die Politikwissenschaft“ sowie Modul, das der gewählten Vertiefung vorangegangen ist (vgl. Modulbeschreibung)	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	6
Summe						40-56

Anlage 1.Q.1.3: Wahlmodule:

– entfällt –

Anlage 1.Q.1.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium	6	mindestens. 110 Leistungspunkte	1	BA 30	8
					MP 30	2

Das Modul Bachelorarbeit enthält zwei Prüfungsleistungen und eine Studienleistung.

1.Q.2 Politik als Zweitfach

Anlage 1.Q.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die Politikwissenschaft	Seminar mit Tutorium	1	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	8
	Vorlesung Forschungsdesign in der Politikwissenschaft			1		
Basismodul Politische Ideengeschichte und Theorien der Politik	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	1-2	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	12
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Politische Systeme und Regierungslehre	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Politikwissenschaftliche Statistik (FüBa)	Vorlesung Statistik I: Deskriptive Statistik	1-2	-	1	K 120 <u>oder</u> KA 120	10
	Vorlesung Statistik II: Induktive und multivariate Statistik			1		

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
	Tutorium			1		
Summe						40

Anlage 1.Q.2.2: Wahlpflichtmodule

Im Wahlpflichtbereich müssen Module im Umfang von mindestens 10 Leistungspunkten absolviert werden. Studierende mit schulischem Studienschwerpunkt müssen das Modul „Fachdidaktik“ und das Modul „Politikfelder und Politische Verwaltung“ im Umfang von jeweils 10 Leistungspunkten absolvieren. Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können statt der Module „Fachdidaktik“ und „Politikfelder und Politische Verwaltung“ weitere Module im Erst- oder Zweifach absolvieren. Als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ können Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt das „Vertiefungsmodul“ absolvieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semes-ter	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachdidaktik	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Bildungssysteme und Sozialisationsprozesse	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> HA 7	10
	Vorlesung			1		
Internationale Beziehungen	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Politische Soziologie	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Politikfelder und Politische Verwaltung	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Gesellschaftstheorie	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> HA 7	10
	Seminar <u>oder</u> Vorlesung			1		
Weltgesellschaft und Kulturvergleich	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> HA 7	10
	Seminar <u>oder</u> Vorlesung			1		
Arbeit und Organisation	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	3-4 <u>oder</u> 5-6	-	1	MP 20 <u>oder</u> K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> HA 7	10
	Seminar			1		
Vertiefungsmodul Politische Bildung (Lehramt)	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6	erfolgreich absolviertes Modul „Einführung in die Politikwissenschaft“	1	HA 10-12	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefungsmodul Politikwissenschaftliche Methoden (FüBa)	Vorlesung <u>oder</u> Seminar	5-6	erfolgreich absolvierte Module „Einführung in die Politikwissenschaft“ sowie „Politikwissenschaftliche Statistik“	1	MP 20	10
	Vorlesung <u>oder</u> Seminar			1		
Vertiefungsmodul	Seminar <u>oder</u> Vorlesung	Zwischen 3 und 6	erfolgreich absolviertes Modul „Einführung in die Politikwissenschaft“ sowie Modul, das der gewählten Vertiefung vorangegangen ist (vgl. Modulbeschreibung)	1	K 60 <u>oder</u> KA 60 <u>oder</u> MP 20 <u>oder</u> HA 10-12	6
Summe						10-26

Anlage 1.Q.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.Q.2.4: Modul „Bachelorarbeit“

– entfällt –

1.R Religionswissenschaft / Werte und Normen

EF = Einführungsmodul, VT = Vertiefungsmodul

Anlage 1.R.1 Religionswissenschaft / Werte und Normen als Erstfach**Anlage 1.R.1.1: Pflichtmodule**

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
EF Religionen und Weltanschauungen	Seminar oder Vorlesung	1-2	-	1	HA 10-15	15
	Seminar oder Vorlesung			1		
	Seminar			1		
EF Religionswissenschaft	Vorlesung mit Tutorium	1-2		1	K 90 oder VbP	15
	Seminar			1		
	Seminar			1		
VT Religionswissenschaft	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP oder MP 20 oder HA 10-15	10
	Seminar			1		
Summe						40

Anlage 1.R.1.2: Wahlpflichtmodule mit Kompetenzbereichen

Im Wahlpflichtbereich belegen Studierende mit **schulischem Schwerpunkt** den Kompetenzbereich **Werte und Normen**. Studierende mit **außerschulischem Schwerpunkt** studieren den Kompetenzbereich **Religionswissenschaft**.

Anlage 1.R.1.2.a): Kompetenzbereich Werte und Normen

Die fünf Module „Fachdidaktik“, „Grundlagenmodul Theoretische Philosophie“, „Grundlagenmodul Praktische Philosophie“, „Grundlagenmodul Geschichte der Philosophie I“ und „Grundlagenmodul Geschichte der Philosophie II“ sind verpflichtend. Außerdem müssen zwei weitere Wahlpflichtmodule absolviert werden: (1) entweder das Modul „Vertiefungsmodul Philosophische Themen und Texte“ oder das „Vertiefungsmodul Religionen und Weltanschauungen“ sowie (2) entweder das Modul „Bildungssysteme und Sozialisationsprozesse“ oder das Modul „Weltgesellschaft und Kulturvergleich“.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
VT Religionen und Weltanschauungen	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	PR 25 oder MP 20 oder HA 10-15	10
	Seminar			1		
Fachdidaktik	Seminar	Ab 4	Erfolgreich absolvierte Module „EF Religionswissenschaft“ und „EF Religionen und Weltanschauungen“	1	VbP oder MP 20 oder K 90	10
	Vorlesung (Regel) oder Seminar			1		

Importmodule aus anderen Fächern:

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagenmodul Theoretische Philosophie	Vorlesung mit Tutorium	3	-	1	K 90	5
Grundlagenmodul Praktische Philosophie	Vorlesung mit Tutorium	4	-	1	K 90	5

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagenmodul Geschichte der Philosophie I	Vorlesung mit Tutorium	3	-	1	K 90	5
Grundlagenmodul Geschichte der Philosophie II	Vorlesung mit Tutorium	4	-	1	K 90	5
Vertiefungsmodul Philosophische Themen und Texte	Seminar oder Vorlesung mit Tutorium „Logik“	5	-	1	K 90 oder HA 10-12 oder MP 20	10
	Seminar			1		
Bildungssysteme und Sozialisationsprozesse	Vorlesung	Ab 3		1	K 60 oder KA 60 oder MP 20 oder HA 7	10
	Seminar oder Vorlesung			1		
Weltgesellschaft und Kulturvergleich	Seminar	Ab 3	-	1	K 60 oder KA 60 oder MP 20 oder HA 7	10
	Seminar oder Vorlesung			1		
Summe						50

Anlage 1.R.1.2.b): Kompetenzbereich Religionswissenschaft

Im Fachwissenschaftlichen **Kompetenzbereich Religionswissenschaft** müssen mindestens fünf Wahlpflichtmodule belegt werden. Es sind die Module „Vertiefungsmodul Religionen und Weltanschauungen“, „Religion im öffentlichen Raum I“, „Religion im öffentlichen Raum II“, „Praxisorientierung“ sowie „Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse“ zu studieren.

Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden. In diesem Fall kann ein weiteres Modul belegt werden („Weltgesellschaft und Kulturvergleich“). Zudem können Studierende das Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/ Psychologie“ des Professionalisierungsbereichs im Umfang von 6 LP durch das Modul „Einführung in die Methoden empirischer Sozialforschung“ ersetzen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
VT Religionen und Weltanschauungen	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP oder MP 20 oder HA 10-15	10
	Seminar			1		
Religion im öffentlichen Raum I	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP oder MP 20 oder HA 10-15	10
	Seminar			1		
Religion im öffentlichen Raum II	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP oder MP 20 oder HA 10-15	10
	Seminar			1		
Praxisorientierung	Praktikum (mind. 6 Wochen) plus Begleitkurs (1 SWS) oder	Ab 3	Erfolgreich absolvierte Module „EF Religionswissen-	VbP (PR + AA 8)	-	10

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
	Methodenseminar (2 SWS) <i>mit</i>		schaft“ und „EF Religionen und Weltanschauungen“	1		
	Forschungsprojekt unter Supervision (1 SWS)			VbP (AA 8)		
Einführung in die Methoden empirischer Sozialforschung	Vorlesung, Übung	Ab 3		1	K 60 oder KA 60 oder MP 20	6

Importmodule aus anderen Fächern:

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Einführung in die soziologische Gesellschaftsanalyse	Vorlesung	Ab 3	Erfolgreich absolvierte Module „EF Religionswissenschaft“ und „EF Religionen und Weltanschauungen“	1	K 60 oder KA 60 oder MP 20 oder HA 7	10
	Seminar oder Vorlesung			1		
Weltgesellschaft und Kulturvergleich	Seminar	Ab 3		1	K 60 oder KA 60 oder MP 20 oder HA 7	10
	Seminar oder Vorlesung			1		
Summe						50-66

Anlage 1.R.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.R.1.4: Modul „Bachelorarbeit“

Modul	Lehrveranstaltung	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit		Ab 5	110 LP, inkl. erfolgreich absolvierte Module „EF Religionen und Weltanschauungen“ und „EF Religionswissenschaft“ sowie zwei erfolgreich absolvierte Wahlpflichtmodule		BA	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

Anlage 1.R.2 Religionswissenschaft / Werte und Normen als Zweitfach

Anlage 1.R.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
EF Religionen und Weltanschauungen	Seminar oder Vorlesung	2-3		1	HA 10-15	15
	Seminar oder Vorlesung			1		
	Seminar			1		
EF Religionswissenschaft	Vorlesung mit Tutorium	1-2		1	K 90 oder VbP	15
	Seminar			1		
	Seminar			1		
Summe						30

Anlage 1.R.2.2: Wahlpflichtmodule mit Kompetenzbereichen

Im Wahlpflichtbereich belegen Studierende mit **schulischem Schwerpunkt** den Kompetenzbereich **Werte und Normen**. Studierende mit **außerschulischem Schwerpunkt** studieren den Kompetenzbereich **Religionswissenschaft**.

Anlage 1.R.2.2.a) Kompetenzbereich Werte und Normen

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
VT Religionswissenschaft (WuN)	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP (PR 25) oder MP 20 oder HA 10-15	5
VT Religionen und Weltanschauungen (WuN)	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP (PR 25) oder MP 20 oder HA 10-15	5
Fachdidaktik	Seminar	Ab 4	Erfolgreich absolvierte Module „EF Religionswissenschaft“ und „EF Religionen und Weltanschauungen“	1	VbP oder MP 20 oder K 90	10
	Vorlesung (Regel) oder Seminar			1		

Importmodule:

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagenmodul Theoretische Philosophie	Vorlesung mit Tutorium	3	-	1	K 90	5
Grundlagenmodul Praktische Philosophie	Vorlesung mit Tutorium	4	-	1	K 90	5
Summe						30

Anlage 1.R.2.2.b) Kompetenzbereich Religionswissenschaft

Im fachwissenschaftlichen Kompetenzbereich **Religionswissenschaft** müssen die Wahlpflichtmodule „Vertiefungsmodul Religionswissenschaft“ und „Vertiefungsmodul Religionen und Weltanschauungen“ belegt werden. Darüber hinaus kann ein weiteres Wahlpflichtmodul absolviert werden. Es kann gewählt werden zwischen den Modulen „Religion im öffentlichen Raum I“ und „Praxisorientierung“. Studierende mit einem außerschulischen Schwerpunkt können als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ des Professionalisierungsbereichs im Umfang von 6 LP das Modul „Einführung in die Methoden empirischer Sozialforschung“ wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
VT Religionswissenschaft	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP oder MP 20 oder HA 10-15	10
	Seminar			1		
VT Religionen und Weltanschauungen	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP oder MP 20 oder HA 10-15	10
	Seminar			1		

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Religion im öffentlichen Raum I	Seminar oder Vorlesung	Ab 3		1	VbP oder MP 20 oder HA 10-15	10
	Seminar			1		
Praxisorientierung	Praktikum (mind. 6 Wochen) plus Begleitkurs (1 SWS) <i>oder</i>	Ab 3	Erfolgreich absolvierte Module „EF Religionswissenschaft“ und „EF Religionen und Weltanschauungen“	VbP (PR + AA 8)	-	10
	Methodenseminar (2 SWS) <i>mit</i>			1		
	Forschungsprojekt unter Supervision (1 SWS)			VbP (AA 8)		
Einführung in die Methoden empirischer Sozialforschung	Vorlesung, Übung	3		1	K 60 oder KA 60 oder MP 20	6
Summe						20-36

Anlage 1.R.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.R.2.4: Modul „Bachelorarbeit“

– entfällt –

1.S Spanisch**1.S.1 Spanisch als Erstfach**

Es wird dringend empfohlen, die Module entsprechend der formulierten Semesterlage zu studieren. Zuerst sollen die Grundlagenmodule Sprach- und Kulturwissenschaft, Literatur- und Kulturwissenschaft und Sprachpraxis belegt werden. Erst nach deren erfolgreichem Nachweis sollen die jeweiligen Aufbaumodule studiert werden und nach deren Nachweis die Vertiefungsmodule Sprach- und Kulturwissenschaft, Literatur- und Kulturwissenschaft bzw. Sprachpraxis.

Anlage 1.S.1.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagenmodul Sprach- und Kulturwissenschaft	S1.1 (2 SWS) Vorlesung oder Seminar Grundlagen der spanischen Sprachwissenschaft	1 oder 2	-	1	K 90 oder KA oder VbP	10
	S1.2 (2 SWS) Seminar Einführung in die spanische Sprachwissenschaft			1		
Grundlagenmodul Literatur- und Kulturwissenschaft	L1.1 (2 SWS) Seminar oder Vorlesung Einführung in die spanischsprachige Literatur- und Kulturwissenschaft	1 oder 2	-	1	K 90 oder KA oder VbP	10
	L1.2 (2 SWS) Seminar Einführung in die spanische und lateinamerikanische Literaturgeschichte			1		
Aufbaumodul Sprach- und Kulturwissenschaft	S2.1 (2 SWS) Seminar oder Vorlesung	3 oder 4	-	1	HA 10-15 oder VbP oder MP 15	10
	S2.2 (2 SWS) Seminar			1		
Aufbaumodul Literatur- und Kulturwissenschaft	L2.1 (2 SWS) Seminar oder Vorlesung	3 oder 4	-	1	HA 10-15 oder VbP oder MP 15	10
	L2.2 (2 SWS) Seminar			1		
Aufbaumodul Sprachpraxis 1	E2.1 (4 SWS) Übung Curso avanzado 1	3	-	1	MP 15 oder VbP	5
Aufbaumodul Sprachpraxis 2	E2.2 (4 SWS) Übung Curso avanzado 2	4	-	1	K 90 oder KA oder VbP	5
Vertiefungsmodul Sprachpraxis 1	E3.1 (4 SWS) Übung Curso superior 1	5	-	1	K 90 oder KA oder VbP	5
Vertiefungsmodul Sprachpraxis 2	E3.2 (4 SWS) Übung Curso superior 2	6	-	1	MP 15 oder VbP	5
Summe						60

Anlage 1.S.1.2: Wahlpflichtmodule

Der Besuch der „Grundlagenmodule Sprachpraxis 1 und 2“ ist für alle Studierenden mit schulischem und außerschulischem Schwerpunkt grundsätzlich verpflichtend. Nur diejenigen Studierenden, die den sprachpraktischen Einstufungstest der Leibniz Universität Hannover bestanden haben, dürfen das „Kombimodul Spanisch“ statt der „Grundlagenmodule Sprachpraxis 1 und 2“ belegen.

Studierende mit **schulischem Schwerpunkt** müssen darüber hinaus zwei Wahlpflichtmodule (je 10 Leistungspunkte) belegen, davon obligatorisch das „Grundlagenmodul Didaktik des Spanischen“.

Studierende mit **außerschulischem Schwerpunkt** müssen zudem zwei weitere Wahlpflichtmodule (je 10 Leistungspunkte) belegen, davon mindestens ein literatur- und ein sprachwissenschaftliches Modul. Sofern die fachspezifische Anlage des Zweifaches dies zulässt, können die der Fachdidaktik zugeordneten Module des Zweifaches auch durch Module des Erstfaches ersetzt werden. In diesem Fall können Studierende das „Grundlagenmodul Didaktik des Spanischen“ sowie als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ des Professionalisierungsbereichs das „Projektmodul“ wählen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagenmodul Sprachpraxis 1	E1.1 (4 SWS) Übung Curso básico 1	1	-	1	K 90 oder KA oder VbP	5
Grundlagenmodul Sprachpraxis 2	E1.2 (4 SWS) Übung Curso básico 2	2	-	1	K 90 oder KA oder VbP	5
Kombimodul Spanisch	2 Seminare	2-6	-	1	HA 10-15 oder VbP oder MP 15	10
				1		
Grundlagenmodul Didaktik des Spanischen	D 1.1 (2 SWS) Vorlesung oder Seminar	Ab 4	-	1	HA 10-15 oder K 90 oder KA oder VbP	10
	D 1.2 (2 SWS) Seminar			1		
Bachelor Vertiefungsmodul Literatur- und Kulturwissenschaft	L 3.1 (2 SWS) Seminar	5	-	1	HA 15-20 oder VbP oder MP 15	10
	L 3.2 (2 SWS) Seminar			1		
Bachelor Vertiefungsmodul Sprach- und Kulturwissenschaft	S 3.1 (2 SWS) Seminar	5	-	1	HA 15-20 oder VbP oder MP 15	10
	S 3.2 (2 SWS) Seminar			1		
Projektmodul	PM (2 SWS) Seminar	5 oder 6	-	1	VbP oder HA 15-20	6
Summe						30-46

Anlage 1.S.1.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.S.1.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit		6	mindestens 110 Leistungspunkte		BA 30-35	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.S.2 Spanisch als Zweifach

Es wird dringend empfohlen, die Module entsprechend der formulierten Semesterlage zu studieren. Zuerst sollen die Grundlagenmodule Sprach- und Kulturwissenschaft, Literatur- und Kulturwissenschaft und Sprachpraxis belegt werden. Erst nach deren erfolgreichem Nachweis sollen die jeweiligen Aufbaumodule studiert werden und nach deren Nachweis die Vertiefungsmodule Sprach- und Kulturwissenschaft, Literatur- und Kulturwissenschaft bzw. Sprachpraxis.

Anlage 1.S.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagenmodul Sprach- und Kulturwissenschaft	S 1.1 (2 SWS) Vorlesung oder Seminar Grundlagen der spanischen Sprachwissenschaft	1 oder 2	-	1	K 90 oder KA oder VbP	10
	S 1.2 (2 SWS) Seminar Einführung in die spanische Sprachwissenschaft			1		
Grundlagenmodul Literatur- und Kulturwissenschaft	L 1.1 (2 SWS) Seminar oder Vorlesung Einführung in die spanischsprachige Literatur- und Kulturwissenschaft	1 oder 2	-	1	K 90 oder KA oder VbP	10
	L 1.2 (2 SWS) Seminar Einführung in die spanische und lateinamerikanische Literaturgeschichte			1		
Aufbaumodul Sprachpraxis 1	E 2.1 (4 SWS) Übung Curso avanzado 1	3	-	1	MP 15 oder VbP	5
Aufbaumodul Sprachpraxis 2	E 2.2 (4 SWS) Übung Curso avanzado 2	4	-	1	K 90 oder KA oder VbP	5
Summe						30

Anlage 1.S.2.2: Wahlpflichtmodule

Der Besuch der „Grundlagenmodule Sprachpraxis 1 und 2“ ist für alle Studierenden mit schulischem und außerschulischem Schwerpunkt grundsätzlich verpflichtend. Nur diejenigen Studierenden, die den sprachpraktischen Einstufungstest der Leibniz Universität Hannover bestanden haben, dürfen das „Kombimodul Spanisch“ statt der Grundlagenmodule Sprachpraxis 1 und 2“ belegen.

Studierende mit **schulischem Schwerpunkt** müssen darüber hinaus zwei Wahlpflichtmodule (je 10 Leistungspunkte) belegen, davon obligatorisch das „Grundlagenmodul Didaktik des Spanischen“.

Studierende mit **außerschulischem Schwerpunkt** müssen zudem ein Wahlpflichtmodul (im Umfang von 10 Leistungspunkten) belegen und können ein weiteres Modul (10 Leistungspunkte) sowie das Projektmodul (6 Leistungspunkte) belegen.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Grundlagenmodul Sprachpraxis 1	E 1.1 (4 SWS) Übung Curso básico 1	1	-	1	K 90 oder KA oder VbP	5
Grundlagenmodul Sprachpraxis 2	E 1.2 (4 SWS) Übung Curso básico 2	2	-	1	K 90 oder KA oder VbP	5
Kombimodul Spanisch	2 Seminare	2-6	-	1	HA 10-15 oder VbP oder MP 15	10
				1		
Grundlagenmodul Didaktik des Spanischen	D 1.1 (2 SWS) Vorlesung oder Seminar	Ab 4	-	1	HA 10-15 oder K 90 oder KA oder oder VbP	10
	D 1.2 (2 SWS) Seminar			1		
Aufbaumodul Sprach- und Kulturwissenschaft	S 2.1 (2 SWS) Seminar oder Vorlesung	3 oder 4	-	1	HA 10-15 oder VbP oder MP 15	10
	S 2.2 (2 SWS) Seminar			1		
Aufbaumodul Literatur- und Kulturwissenschaft	L 2.1 (2 SWS) Seminar oder Vorlesung	3 oder 4	-	1	HA 10-15 oder VbP oder MP 15	10
	L 2.2 (2 SWS) Seminar			1		
Projektmodul	PM (2 SWS) Seminar	5 oder 6	-	1	VbP oder HA 15-20	6
Summe						20-36

Anlage 1.S.2.3: Wahlmodule

– entfällt –

Anlage 1.S.2.4: Bachelorarbeit

– entfällt –

1.T Sport**1.T.1 Sport als Erstfach**

Für die Zulassung in Veranstaltungen der Vertiefungsphase (VP) muss die Studienleistung der zugehörigen Veranstaltung der Einführungsphase (EP) bestanden sein.

Veranstaltungen mit gleichem Titel können im gesamten Bachelor- und Masterstudium nur einmal belegt beziehungsweise eingebracht werden.

Anlage 1.T.1.1: Pflichtmodule

Die Exkursion im Modul „Weitere Sportarten“ darf nicht in einer Sportart absolviert werden, die schon als „EP Weitere Sportarten“ belegt wurde – und umgekehrt.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul	Einführung in das Studium der Sportwissenschaft (2 SWS)	1-2	-	1	VbP	6
	Funktionelle Gymnastik (2 SWS)			1	-	
	Kleine Spiele (1 SWS)			1	VbP (unbenotet)	
Einführung erziehungs-, sozial- und gesellschaftswiss. Sporttheorie	EP Sport und Erziehung (2 SWS)	1	-	1	K/KA 60	6
	EP Sport und Gesellschaft (2 SWS)			1		
Einführung naturwiss. Sporttheorie	EP Sport und Bewegung/Training (2 SWS)	2	-	1	K/KA 60	6
	EP Sport und Gesundheit (2 SWS)			1		
Vertiefung erziehungs-, sozial- und gesellschaftswiss. Sporttheorie	VP Sport und Erziehung (2 SWS)	2-4	-	1	HA 15	8
	VP Sport und Gesellschaft (2 SWS)			1		
	VP Sport und Erziehung oder VP Sport und Gesellschaft (2 SWS)			1		
Vertiefung naturwiss. Sporttheorie	VP Sport und Bewegung/Training (2 SWS)	3-5	-	1	HA 15	8
	VP Sport und Gesundheit (2 SWS)			1		
	VP Sport und Bewegung/Training oder VP Sport und Gesundheit (2 SWS)			1		
Wahlvertiefung Sporttheorie	VP aus Sport und Erziehung, Sport und Gesellschaft, Sport und Bewegung/Training oder Sport und Gesundheit (2 SWS)	4-6	-	1	HA 15 oder MP 20	4
Projektmodul	EP sportwiss. Forschungsmethoden (2 SWS)	4-6	-	1	HA 15	6
	Lehrveranstaltung in Projektform (4 SWS)			1		

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Individualsport	EP Leichtathletik (2 SWS)	3-4	-	1	VbP (unbenotet)	10
	EP Schwimmen (2 SWS)			1	VbP (unbenotet)	
	EP Turnen oder EP Gymnastik/Tanz (2 SWS)			1	VbP (unbenotet)	
	VP in einer der drei Individualsportarten (2 SWS)		1	SP 30 und K/KA 60		
Spielen in Mannschaften	EP Mannschaftsspiel (2 SWS)	1-2	-	1	VbP (unbenotet)	8
	EP Mannschaftsspiel (2 SWS)			1	VbP (unbenotet)	
	VP in einem der beiden Mannschaftsspiele (2 SWS)		1	SP 30 und K/KA 60		
Rückschlagspiele	EP Rückschlagspiel (2 SWS)	2-3	-	1	VbP (unbenotet)	8
	VP Rückschlagspiel (2 SWS)		1	SP 30 und K/KA 60		
	EP Mannschafts- oder Rückschlagspiel (2 SWS)		1	VbP (unbenotet)		
Weitere Sportarten	EP Weitere Sportarten (2 SWS)	3-5	-	1	VbP (unbenotet)	10
	EP Weitere Sportarten (2 SWS)		1	VbP (unbenotet)		
	VP in einer der zwei weiteren Sportarten (2 SWS)		1	SP 30 und K/KA 60		
	Exkursion (7-14 Tage)		1	VbP (unbenotet)		
Summe						80

Anlage 1.T.1.2: Wahlpflichtmodule

Das Modul „Fachdidaktik“ ist für Studierende mit schulischem Studienschwerpunkt obligatorisch. Die inhaltliche Passung der drei Seminare ergibt sich aus den im Belegverfahren ersichtlichen Auswahloptionen.

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können alternativ das Modul „Sport in außerschulischen Einrichtungen“ belegen. Des Weiteren können Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ das „Schwerpunktmodul“ belegen. Eine Alternative zum Fachdidaktik-Modul im Zweitfach ist für sie ebenso das „Wahlmodul“.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Fachdidaktik	Berufsfeldspezifische Probleme des Unterrichtens (2 SWS)	3-5	Studienleistung der EP Sport und Erziehung	1	HA 15 oder MP 30	10
	Berufsfeldspezifische Probleme des Unterrichtens oder Umgang mit Heterogenität (2 SWS)			1		
	Analyse / Planung / Auswertung von Sportunterricht (2 SWS)			1		
Sport in außerschulischen Einrichtungen	VP Zielgruppenorientierte Bewegungsangebote (2 SWS)	3-5	-	1	HA 15	10
	VP Zielgruppenorientierte Bewegungsangebote (2 SWS)			1		
	VP Zielgruppenorientierte Bewegungsangebote (2 SWS)			1		
Schwerpunktmodul	VP Seminar mit speziellem Schwerpunkt (2 SWS)	4-5	-	1	HA 15	6
	VP Seminar mit speziellem Schwerpunkt (2 SWS)			1		
Wahlmodul	VP 1-2 Forschungsseminare (4-2 SWS) im gesamten Umfang von 4 SWS	5-6	-	1 pro Lehrveranstaltung	HA 15	10
Summe						10-26

Anlage 1.T.1.3: Wahlmodule

-entfällt-

Anlage 1.T.1.4: Bachelorarbeit

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Bachelorarbeit	Kolloquium / Seminar	6	mindestens 110 Leistungspunkte sowie gegebenenfalls weitere Voraussetzung entsprechend Anlage 1.B-R.1.4 des gewählten Zweifaches	-	BA	10

Das Modul Bachelorarbeit enthält eine Prüfungsleistung.

1.T.2 Sport als Zweifach

Für die Zulassung in Veranstaltungen der Vertiefungsphase (VP) muss die Studienleistung der zugehörigen Veranstaltung der Einführungsphase (EP) bestanden sein.
Veranstaltungen mit gleichem Titel können im gesamten Bachelor- und Masterstudium nur einmal belegt beziehungsweise eingebracht werden.

Anlage 1.T.2.1: Pflichtmodule

Modul	Lehrveranstaltungen	Se- mester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Basismodul	Einführung in das Studium der Sportwissenschaft (2 SWS)	1-2	-	1	VbP	6
	Funktionelle Gymnastik (2 SWS)			1	-	
	Kleine Spiele (1 SWS)			1	VbP (unbenotet)	
Einführung erziehungs-, sozial- und gesellschaftswiss. Sporttheorie	EP Sport und Erziehung (2 SWS)	1	-	1	K/KA 60	6
	EP Sport und Gesellschaft (2 SWS)			1		
Einführung naturwiss. Sporttheorie	EP Sport und Bewegung/Training (2 SWS)	2	-	1	K/KA 60	6
	EP Sport und Gesundheit (2 SWS)			1		
Projektmodul	EP sportwiss. Forschungsmethoden (2 SWS)	4-6	-	1	HA 15	6
	Lehrveranstaltung in Projektform (4 SWS)			1		
Summe						24

Anlage 1.T.2.2: Wahlpflichtmodule

Im Wahlpflichtbereich ist im Umfang von 8 Leistungspunkten entweder das Modul „Vertiefung erziehungs-, sozial- und gesellschaftswiss. Sporttheorie“ oder das Modul „Vertiefung naturwiss. Sporttheorie“ zu absolvieren. Das jeweils nicht studierte Modul muss verpflichtend im Masterstudiengang Lehramt an Gymnasien belegt werden.

Im Wahlpflichtbereich ist im Umfang von 10 Leistungspunkten entweder das Modul „Individualsport“ oder das Modul „Weitere Sportarten“ zu absolvieren. Das jeweils nicht studierte Modul muss verpflichtend im Masterstudiengang Lehramt an Gymnasien belegt werden.

Weiterhin muss im Umfang von 8 Leistungspunkten entweder das Modul „Spielen in Mannschaften“ oder das Modul „Rückschlagspiele“ absolviert werden. Das jeweils nicht studierte Modul ist verpflichtend im Masterstudiengang Lehramt an Gymnasien zu belegen.

Die Exkursion im Modul „Weitere Sportarten“ darf nicht in einer Sportart absolviert werden, die schon als „EP Weitere Sportarten“ belegt wurde – und umgekehrt.

Das Modul „Fachdidaktik“ ist für Studierende mit schulischem Studienschwerpunkt obligatorisch. Die inhaltliche Passung der drei Seminare ergibt sich aus den im Belegverfahren ersichtlichen Auswahloptionen.

Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt können alternativ das Modul „Sport in außerschulischen Einrichtungen“ belegen. Des Weiteren können Studierende mit außerschulischem Schwerpunkt als Alternative zum Modul „Grundlagen der Erziehungswissenschaft/Psychologie“ das „Schwerpunktmodul“ absolvieren.

Modul	Lehrveranstaltungen	Semester	ggf. Voraussetzungen für die Zulassung	Studienleistung	Prüfungsleistung	Leistungspunkte
Vertiefung erziehungs-, sozial- und gesellschaftswiss. Sporttheorie	VP Sport und Erziehung (2 SWS)	2-4	-	1	HA 15	8
	VP Sport und Gesellschaft (2 SWS)			1		
	VP Sport und Erziehung oder VP Sport und Gesellschaft (2 SWS)			1		
Vertiefung naturwiss. Sporttheorie	VP Sport und Bewegung/Training (2 SWS)	3-5	-	1	HA 15	8
	VP Sport und Gesundheit (2 SWS)			1		
	VP Sport und Bewegung/Training oder VP Sport und Gesundheit (2 SWS)			1		
Summe						8
Individualsport	EP Leichtathletik (2 SWS)	2-4	-	1	VbP (unbenotet)	10
	EP Schwimmen (2 SWS)		-	1	VbP (unbenotet)	
	EP Turnen oder EP Gymnastik/Tanz (2 SWS)		-	1	VbP (unbenotet)	
	VP in einer der drei Individualsportarten (2 SWS)		Studienleistung der dazugehörigen EP	1	SP 30 und K/KA 60	
Weitere Sportarten	EP Weitere Sportarten (2 SWS)	2-4	-	1	VbP (unbenotet)	10
	EP Weitere Sportarten (2 SWS)		-	1	VbP (unbenotet)	
	VP in einer der zwei weiteren Sportarten (2 SWS)		Studienleistung der dazugehörigen EP	1	SP 30 und K/KA 60	
	Exkursion (7-14 Tage)		-	1	VbP (unbenotet)	
Summe						10
Spielen in Mannschaften	EP Mannschaftsspiel (2 SWS)	2-3	-	1	VbP (unbenotet)	8
	EP Mannschaftsspiel (2 SWS)		-	1	VbP (unbenotet)	
	VP in einem der beiden Mannschaftsspiele (2 SWS)		Studienleistung der dazugehörigen EP	1	SP 30 und K/KA 60	
Rückschlagspiele	EP Rückschlagspiel (2 SWS)	2-3	-	1	VbP (unbenotet)	8
	VP Rückschlagspiel (2 SWS)		Studienleistung der dazugehörigen EP	1	SP 30 und K/KA 60	
	EP Mannschafts- oder Rückschlagspiel (2 SWS)		-	1	VbP (unbenotet)	
Summe						8

Fachdidaktik	Berufsfeldspezifische Probleme des Unterrichtens (2 SWS)	3-5	Studienleistung der EP Sport und Erziehung	1	HA 15 oder MP 30	10
	Berufsfeldspezifische Probleme des Unterrichtens oder Umgang mit Heterogenität (2 SWS)			1		
	Analyse / Planung / Auswertung von Sportunterricht (2 SWS)			1		
Sport in außerschulischen Einrichtungen	VP Zielgruppenorientierte Bewegungsangebote (2 SWS)	3-5	-	1	HA 15	10
	VP Zielgruppenorientierte Bewegungsangebote (2 SWS)			1		
	VP Zielgruppenorientierte Bewegungsangebote (2 SWS)			1		
Schwerpunktmodul	VP Seminar mit speziellem Schwerpunkt (2 SWS)	4-5	-	1	HA 15	6
	VP Seminar mit speziellem Schwerpunkt (2 SWS)			1		
Summe						0-16

Anlage 1.T.2.3: Wahlmodule

-entfällt-

Anlage 1.T.2.4: Bachelorarbeit

-entfällt-

Anlage 2 Prüfungsformen

Anlage 2.1.: Definitionen

Bachelorarbeit (BA)

Das Modul Bachelorarbeit besteht aus der Bachelorarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder Studienleistung entsprechend der (fachspezifischen) Anlage.

Hausarbeit (HA)

Eine Hausarbeit ist eine selbstständig verfasste schriftliche Arbeit einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung.

Klausur (K)

Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht.

Klausur mit Antwortwahlverfahren (KA)

¹Eine Klausur ist eine schriftliche oder elektronische Arbeit unter Aufsicht. ²Klausuren können in Teilen nach dem Antwortwahlverfahren (z. B. Single-Choice, Multiple-Choice) durchgeführt werden. ³Bei der Aufstellung der Prüfungsfragen und Antworten ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. ⁴Bei Prüfungen nach dem Antwort-Wahl-Verfahren sind die Prüfungsfragen und Antworten im Vorfeld von zwei Prüfungsberechtigten auf Fehler, Konsistenz des Inhalts und Angemessenheit zu überprüfen. ⁵Ergibt eine spätere Überprüfung der Prüfungsfragen, dass einzelne Prüfungsaufgaben offensichtlich fehlerhaft sind, gelten sie als nicht gestellt. ⁶Bei der Bewertung ist von der um die fehlerhaften Fragen verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. ⁷Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil eines Prüflings auswirken.

Masterarbeit (MA)

Das Modul Masterarbeit besteht aus der Masterarbeit und gegebenenfalls einer mündlichen Prüfungsleistung und/oder einer Studienleistung entsprechend der (fachspezifischen) Anlage.

Mündliche Prüfung (MP)

¹Die mündliche Prüfung findet nichtöffentlich in Gegenwart einer oder eines Beisitzenden statt, die oder der selbst die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörer bei mündlichen Prüfungen zuzulassen. ⁴Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Praktikumsbericht (PB)

¹Ein Praktikumsbericht ist eine schriftliche Ausarbeitung zu einem Praktikum, das außerhalb fester Melde- und Prüfungszeiträume und individuell geregelt bei einer externen oder internen Einrichtung stattfindet. ²Themen sind zum Beispiel Vorbereitung und Durchführung des Praktikums sowie die kritische Reflexion zu einem vorgegebenen Thema.

Projektorientierte Prüfungsform (PJ)

¹Eine Projektorientierte Prüfungsform ist die Bearbeitung einer gegebenen fachspezifischen oder fächerübergreifenden Fragestellung in theoretischer, empirischer, experimenteller, konstruktiver, entwerferischer, künstlerisch-praktischer oder dokumentarischer Form. ²Die Ergebnisse werden in einer schriftlichen und/oder planerischen und/oder künstlerischen und/oder elektronischen Ausarbeitung dargestellt. ³Die oder der Prüfende kann eine Präsentation mit anschließender Diskussion verlangen. ⁴Der Bearbeitungsumfang wird in Anlage 1 (in Monaten oder Zeitstunden) verbindlich festgelegt.

Sportpraktische Präsentation (SP)

¹Eine sportpraktische Präsentation beinhaltet eine oder mehrere Aufgaben zum Nachweis der Demonstrations- und Bewegungskompetenz im Fach Sport. ²Dabei können z.B. sportartspezifische Techniken und Taktiken, koordinativ-rhythmische, -technische oder konditionelle Grundlagen sowie die situative Spiel- bzw. Handlungsfähigkeit bewertet werden. ³Die jeweilige Form wird in Absprache festgelegt. ⁴Die sportpraktische Präsentation findet vor einer prüfenden sowie einer sachkundigen beisitzenden Person statt. ⁵Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁶Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, können als Zuhörende bei Sportpraktischen Präsentationen zugelassen werden. ⁷Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁸Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 6 auszuschließen.

Studienarbeit (ST)

¹Eine Studienarbeit umfasst die Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung in theoretischer, experimenteller oder konstruktiver Hinsicht sowie die Darstellung und Erläuterung der erarbeiteten Lösungen in einer für die berufliche Tätigkeit üblichen Weise. ²Der Bearbeitungsumfang wird in der Anlage (in Monaten oder Zeitstunden) verbindlich festgelegt. ³Es gelten die Regelungen gemäß § 5 der Prüfungsordnung. ⁴Das Thema der Studienarbeit wird von der oder dem Prüfenden nach Anhörung des Prüflings festgelegt. ⁵Die Ausgabe des Themas erfolgt über das nach § 3 zuständige Organ oder die vom nach § 3 zuständigen Organ beauftragte Stelle; die Ausgabe ist aktenkundig zu machen. ⁶Die Aufgabenstellung und ein vom Prüfling zu erstellender Bearbeitungszeitplan müssen mit der Ausgabe des Themas festliegen. ⁷Während der Anfertigung der Arbeit wird die zu prüfende Person von der oder dem Prüfenden, gegebenenfalls im Einvernehmen mit einer von der oder dem Prüfenden benannten Person, betreut. ⁸Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Ablieferung der Studienarbeit beträgt sechs Monate. ⁹Das Thema einer Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten acht Wochen der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. ¹⁰Die Arbeit ist fristgemäß in zweifacher Ausfertigung bei der vom nach § 3 zuständigen Organ benannten Stelle abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. ¹¹Bei der Bewertung kann auch der Verlauf der Bearbeitung berücksichtigt werden.

Veranstaltungsbegleitende Prüfung (VbP)

¹Eine Veranstaltungsbegleitende Prüfung (VbP) befasst sich mit einer Fragestellung zu einer konkreten Lehrveranstaltung und wird semesterbegleitend zu dieser abgenommen. ²Eine VbP kann aus mehreren Teilprüfungen bestehen, die Anzahl ist auf vier Teilprüfungen zu begrenzen. ³Die konkrete Prüfungsform einer VbP wird von der oder dem Prüfenden spätestens vor dem 15.10. für das Wintersemester beziehungsweise vor dem 15.04. für das Sommersemester mindestens für den Zeitraum des betreffenden Semesters festgelegt und kommuniziert. ⁴An Veranstaltungen und Modulen in denen eine VbP als Prüfungsform benannt ist, können nur dann Voraussetzungsprüfungen geknüpft werden, wenn das jeweilige Studiendekanat sicherstellen kann, dass die Bewertung desjenigen Moduls, welches Voraussetzung ist, zum Meldezeitraum der VbP abgeschlossen ist. ⁵Die gesonderten Melde- und Prüfungszeiträume für die Prüfungen der VbP sind der Anlage 3.1. der Prüfungsordnung zu entnehmen.

⁶Eine VbP kann aus den aufgeführten Prüfungsformen angeboten werden:

Ausarbeitung (AA)

¹Ausarbeitungen sind selbstständige, wissenschaftliche Arbeiten zu einem vorgegebenen Thema. ²Sie beinhalten Aufgabenstellung, Problembehandlung, Ergebnisse und Schlussfolgerung. ³Als Ausarbeitung gelten Berichte und/oder Protokolle über Exkursionen, Praktika und Projekte.

Dokumentation (DO)

¹Eine Dokumentation umfasst die Aufbereitung und Darstellung eines künstlerischen, kognitiven oder handlungsorientierten Prozesses. ²Dokumentationen können Berichte und Planwerke sein, die der fachlichen Praxis entsprechen. ³Ein Rahmen für die Seitenzahl oder die Anzahl

der Pläne beziehungsweise Entwurfsblätter kann durch die Prüfenden zu Beginn der Prüfung festgelegt werden und ist von der Aufgabe abhängig. ⁴Weitere Materialien können dem Bericht als Anlagen beigefügt werden.

Essay (ES)

¹Ein Essay ist eine kritische Auseinandersetzung mit einer literarischen und/oder wissenschaftlichen Frage in schriftlicher Form. ²Ein Gegenstand wird im größeren Gesamtzusammenhang entsprechend den üblichen akademischen Standards diskutiert und wissenschaftliche Positionen kritisch beurteilt beziehungsweise analysiert.

Kolloquium (KO)

¹Das Kolloquium umfasst einen Vortrag mit anschließender Diskussion über Fragestellung, Methoden und Ergebnisse der Arbeit. ²Im Kolloquium soll die/der zu Prüfende nachweisen, dass sie/er die Fertigkeit beherrscht, in einer wissenschaftlich-kritischen Diskussion ihren/seinen Standpunkt zu verteidigen. ³Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten ⁴Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, können als Zuhörende bei Kolloquien zugelassen werden. ⁵Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfenden. ⁶Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 4 auszuschließen.

Kurzarbeit (KU)

¹Eine Kurzarbeit als Prüfungsleistung wird schriftlich unter Aufsicht während einer festgesetzten Zeit durchgeführt. Entsprechend der Vorgaben der oder des Prüfenden ist es notwendig, dass ein bestimmter Anteil der gestellten Aufgaben zum Bestehen der Kurzarbeit erfolgreich gelöst wird.

Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation (KW)

¹Eine Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation beruht auf der Wechselwirkung zwischen künstlerischen Prozessen und wissenschaftlicher Auseinandersetzung, welche in einem künstlerischen Projekt aufbereitet und in angemessener Form dargestellt werden. ²Die in der Präsentation enthaltenen bildlichen und sprachlichen Argumentations- und Interpretationslinien werden entweder in einem mündlichen Vortrag mit Diskussion erörtert oder in einer Hausarbeit erläutert. ³Eine künstlerisch Wissenschaftliche Präsentation findet vor einer oder einem Prüfenden und einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ⁴Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ⁵Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei Künstlerisch-Wissenschaftlichen Präsentationen zuzulassen. ⁶Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁷Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 5 auszuschließen.

Laborübung (LÜ)

¹Eine Laborübung besteht aus einer Reihe von praktischen Versuchen oder Programmieraufgaben mit schriftlichen Ausarbeitungen (Versuchsprotokolle). ²In der Regel erläutern die Studierenden ihre praktische Tätigkeit, interpretieren die Resultate und setzen sie in einen fachwissenschaftlichen Bezug.

Modell (MO)

¹Modelle erweitern die zweidimensionale entwerferische oder planerische Arbeit und dienen der räumlichen Verdeutlichung sowie Klärung einer Planung. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Schwerpunkt in verschiedenen Maßstäben erstellt.

Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe (ME)

In der „musikalischen Erarbeitung in einer Lerngruppe“ soll die Fähigkeit gezeigt werden, pädagogisch-praktische Fertigkeiten (insbesondere schulpraktisches Musizieren) in einer Schulklasse oder auch einer kleineren Gruppe methodisch und didaktisch angemessen anzuwenden.

Musikpraktische Präsentation (MU)

¹Eine Musikpraktische Präsentation findet vor zwei Prüfenden oder einer oder einem Prüfenden sowie einer oder einem sachkundigen Beisitzenden als Einzelprüfung statt. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein eigenes berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei Musikpraktischen Präsentationen zuzulassen. ⁴Die erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Musikpädagogisch-Praktische Präsentation (MK)

Eine Musikpädagogisch-praktische Präsentation geht aus einem musikpädagogischen Seminar hervor und umfasst eine musikalische Darbietung von Schülerinnen und Schülern.

Portfolio (PF)

¹Ein Portfolio dokumentiert den Lernprozess zu bestimmten Fragestellungen oder Aufgaben, die von den Prüfenden zu Veranstaltungsbeginn festgelegt werden. ²Die systematische Selbstreflexion erfolgt veranstaltungsbegleitend beziehungsweise retrospektiv und kann je nach Absprache die Zusammenstellung diverser Materialien in einer Sammelmappe umfassen. ³Optional ist ein ergänzendes Gespräch über das Portfolio möglich. ⁴Dieses Gespräch ist wie das Portfolio selbst kompetenzorientiert.

Pädagogisch orientiertes Konzert (PK)

¹Das pädagogisch orientierte Konzert ist eine Leistung mit Bezug auf das künstlerische Hauptfach, in der die pädagogische Ausrichtung (gegebenenfalls im Sinne zeitgemäßer Konzertpädagogik) in der Ausführung und Darstellung/Aufführung eine gewichtige Rolle spielt. ²Es wird im Regelfall in einer schulischen Lerngruppe präsentiert.

Präsentation (PR)

¹Eine Präsentation ist die eigenständige und vertiefende Auseinandersetzung mit einem vorgegebenen Thema aus dem Arbeitszusammenhang der Lehrveranstaltung. ²Die Darstellung der Arbeit und die Vermittlung ihrer Ergebnisse erfolgt im mündlichen Vortrag und/oder mit Hilfe elektronischer und anderer Medien sowie in einer anschließenden Diskussion. ³Eine schriftliche Ausarbeitung kann von der oder dem Prüfenden verlangt werden. ⁴Die Form und die Dauer der Präsentation wird von der oder dem Prüfenden festgelegt, sofern nicht durch die (fachspezifische) Anlage geregelt.

Praxisprüfung (PP)

¹Eine Praxisprüfung beinhaltet eine oder mehrere Aufgaben zum Nachweis der Bewegungskompetenz im Fach Sport. ²Dabei können z.B. sportartspezifische Techniken und Taktiken, koordinativ-rhythmische, -technische oder konditionelle Grundlagen sowie die situative Spiel- bzw. Handlungsfähigkeit bewertet werden. ³Die jeweilige Form wird in Absprache festgelegt. ⁴Die unbenotete Praxisprüfung wird durch eine prüfende Person abgenommen und erfolgt semesterbegleitend.

Projektarbeit (P)

¹Eine Projektarbeit ist die Bearbeitung einer gegebenen fachspezifischen oder fächerübergreifenden Fragestellung in theoretischer, empirischer, experimenteller, konstruktiver, entwerferischer, künstlerisch-praktischer oder dokumentarischer Form. ²Die Ergebnisse werden in einer

schriftlichen und/oder planerischen und/oder künstlerischen und/oder elektronischen Ausarbeitung dargestellt. ³Die/der Prüfende kann eine Präsentation mit anschließender Diskussion verlangen.

Seminarleistung (SE)

Eine Seminarleistung umfasst eine Hausarbeit und kann nach Maßgabe der Prüferin oder des Prüfers mit einem Vortrag und mit anschließender Diskussion verbunden sein.

Theaterpraktische Präsentation (TP)

¹Eine Theaterpraktische Präsentation ist die Darstellung theaterpraktischer Arbeit in prozesshafter oder produktorientierter Form vor Zuschauern. ²Wesentliche Gegenstände der Prüfungsleistung werden in einem Protokoll festgehalten. ³Studierende, die sich an einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sowie andere Mitglieder der Hochschule, die ein berechtigtes Interesse geltend machen, sind als Zuhörende bei Theaterpraktischen Präsentationen zuzulassen. ⁴Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den beziehungsweise die zu Prüfende. ⁵Auf Antrag der oder des zu Prüfenden sind die Zuhörerinnen und Zuhörer nach Satz 3 auszuschließen.

Übung (Ü)

¹Eine Übung als Prüfungsleistung wird unter Aufsicht während einer festgesetzten Übungszeit innerhalb des Vorlesungsplans durchgeführt. ²Zum Bestehen muss ein bestimmter Anteil der Übungsaufgaben gemäß der Vorgabe der beziehungsweise des Prüfenden gelöst werden.

Unterrichtsgestaltung (U)

¹Eine Unterrichtsgestaltung umfasst die selbstständige Planung und Durchführung einer Unterrichtsstunde im Rahmen eines Fachpraktikums an einer Förderschule oder in einem inklusiven Setting. ²Die Unterrichtsstunde wird von einer Mentorin beziehungsweise einem Mentor sowie vom Seminarleiter beziehungsweise von der Seminarleiterin des Vorbereitungsseminars begutachtet und bewertet.

Zeichnerische Darstellung (ZD)

¹Zeichnerische Darstellungen erläutern, klären und präsentieren die entwerferische sowie planerische Arbeit. ²Sie werden je nach Aufgabenstellung und Themenschwerpunkt in verschiedenen Maßstäben und Techniken erstellt.

Anlage 2.2.: Glossar der Prüfungsleistungen

BA	Bachelorarbeit
HA	Hausarbeit
K	Klausur
KA	Klausur mit Antwortwahlverfahren
MA	Masterarbeit
MP	Mündliche Prüfung
PB	Praktikumsbericht
PJ	Projektorientierte Prüfungsform
SP	Sportpraktische Präsentation
ST	Studienarbeit
VbP	Veranstaltungsbegleitende Prüfung
AA	Ausarbeitung
DO	Dokumentation
ES	Essay
KO	Kolloquium
KU	Kurzarbeit
KW	Künstlerisch-Wissenschaftliche Präsentation
LÜ	Laborübung
MO	Modell
ME	Musikalische Erarbeitung in einer Lerngruppe
MU	Musikpraktische Präsentation
MK	Musikpädagogisch-Praktische Präsentation
PF	Portfolio
PK	Pädagogisch orientiertes Konzert
PR	Präsentation
PP	Praxisprüfung
P	Projektarbeit
SE	Seminarleistung
TP	Theaterpraktische Präsentation
Ü	Übung
U	Unterrichtsgestaltung
ZD	Zeichnerische Darstellung

Anlage 3: Ergänzende RegelungenAnlage 3.1.: Melde- und Prüfungszeiträume

¹Das nach § 3 zuständige Organ legt die Variante für diesen Studiengang beziehungsweise für die Fächer dieses Studiengangs fest. ²Es ist zwischen Variante 1 (ein Melde-/ ein Prüfungszeitraum) und Variante 2 (zwei Melde-/ zwei Prüfungszeiträume) zu entscheiden.

³Für Module, die in einen anderen Studiengang exportiert werden bzw. als Lehrangebot zur Verfügung gestellt werden, legt der anbietende Studiengang bzw. das nach § 3 zuständige Organ der anbietenden Fakultät die Variante fest, so dass fachfremde Module dieses Studienganges (Lehrimporte) einer abweichenden Variante zugeordnet sein können. ⁴Bachelorarbeiten sowie Studienarbeiten können außerhalb der geregelten Zeiträume angemeldet werden. ⁵Praktikumsberichte werden in den je nach gewählter Variante festgelegten Meldezeiträumen angemeldet, diese können jedoch außerhalb der entsprechenden Prüfungszeiträume und im darauffolgenden Semester absolviert werden. ⁶Bei mündlichen Prüfungen ist den Studierenden der Prüfungstermin spätestens 14 Tage vor der Prüfung in geeigneter Weise mitzuteilen. ⁷Für Musikstudierende gelten für das Fach Musik die Termine der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover.

	Meldezeitraum Sommersemester	Prüfungszeit- raum Sommersemester	Meldezeitraum Wintersemester	Prüfungszeit- raum Wintersemester
Variante 1				
<i>Zeitraum für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	15.05. – 31.05	15.06. – 14.10.	15.11. – 30.11.	15.12. – 14.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	15.04. – 30.04.	01.05. – 31.08.	15.10. – 31.10	01.11. – 28.02
Variante 2				
<i>Zeitraum I für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	15.05. – 31.05.	15.06. – 31.08.	15.11. – 30.11.	15.12. – 28.02.
<i>Zeitraum II für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	16.09. – 23.09.	24.09. – 14.10.	16.03. – 23.03.	24.03. – 14.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	15.04. – 30.04.	01.05. – 31.08.	15.10. – 31.10.	01.11. – 28.02.

Anlage 3.2: Fristen zur Bewertung von Prüfungsleistungen

¹Die Noteneingabe durch die Prüfenden geschieht in Abhängigkeit zu in Anlage 3.1. gewählten Varianten wie folgt:

	Sommersemester	Wintersemester
Variante 1		
<i>Zeitraum für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 26.10.	bis zum 26.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	bis zum 15.09.	bis zum 15.03.
Variante 2		
<i>Zeitraum I für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 12.09.	bis zum 12.03.
<i>Zeitraum II für alle Prüfungsformen außer VbP</i>	bis zum 26.10.	bis zum 26.04.
<i>Zeitraum für Prüfungsform VbP</i>	bis zum 15.09.	bis zum 15.03.

²Die Bewertungen der Prüfungsleistungen und die Noteneingabe erfolgt durch die Prüfenden innerhalb der Bewertungsfrist nach § 17 Absatz 1. ³Für Prüfungsleistungen, die zum Ende eines Prüfungszeitraumes stattgefunden haben, steht eine kürzere Bewertungsfrist von wenigstens 12 Tagen zur Verfügung. ⁴Gleiches gilt für Prüfungsleistungen in Form einer VbP.

Anlage 3.3: Abweichende Regelungen zu Prüfungsformen der Variante 2

In der Variante 2 wird die Hausarbeit als Prüfungsleistung zwingend im 1. Meldezeitraum angemeldet und ist nach Maßgabe der oder des Prüfenden spätestens bis zum Ende des 2. Prüfungszeitraumes zu erbringen.



Anlage 4: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit

Anlage 4 a: Rücktritt wegen Krankheit: Nachweis der Prüfungsunfähigkeit zur Vorlage beim Prüfungsausschuss (Prüfungen mit Prüfungstermin)

Rücktrittserklärung wegen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit und ärztliches Attest

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Klausur <input type="checkbox"/> mündliche Prüfung <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Prüfungstermin:

Erläuterungen der/des Studierenden zur Prüfungsunfähigkeit:

Es wird empfohlen, zusätzlich zu den Angaben der/des behandelnden Ärztin/Arztes nähere Ausführungen zur Einschränkung zu machen. Bedenken Sie bitte, dass der Prüfungsausschuss nur anhand dieses Formulars in der Lage sein muss, eine Entscheidung zu treffen. *

*Sollte der Platz für Ihre Ausführungen nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein weiteres Blatt als Anlage bei.

Erklärung der/des Studierenden:

1. Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt von der o.g. Prüfung.
2. Die Datenschutzhinweise im Anhang habe ich zur Kenntnis genommen und auch meiner behandelnden Ärztin/meinem behandelnden Arzt zur Kenntnis gegeben.
3. Meine behandelnde Ärztin/mein behandelnder Arzt wird hiermit von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden und ermächtigt, relevante Informationen im Zusammenhang dieses Antrags an die Leibniz Universität weiterzugeben.

Ort, Datum
Unterschrift

Erläuterung für die behandelnde Ärztin/den behandelnden Arzt:

Wenn Studierende aus gesundheitlichen Gründen eine Prüfung versäumen oder von ihr zurücktreten, haben sie ihre krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit glaubhaft zu machen. Dazu benötigen die Studierenden ein ärztliches Attest, das dem Prüfungsausschuss ermöglicht, aufgrund Ihrer Angaben als medizinischer Sachverständiger die Rechtsfrage zu beantworten, ob eine krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Dies erfordert Aussagen zu folgenden Punkten in dem ärztlichen Attest:

- 1. Den gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Prüflings und**
- 2. den sich daraus ergebenden Einschränkungen des Prüflings im Hinblick auf die betroffene Prüfung.**

Bitte beachten:

- Eine Diagnose wird explizit nicht abgefragt!
- Die pauschale Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit oder Prüfungsunfähigkeit ist nicht ausreichend.

Studierende sind auf Grund ihrer Mitwirkungspflicht grundsätzlich dazu verpflichtet, zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit ihre Beschwerden offenzulegen und hierzu erforderlichenfalls den behandelnden Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung notwendige personenbezogene Daten dürfen für diese Zwecke erhoben werden. (Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO)

Hinweis: Dieses Formular ist ein Muster. Das Attest kann auch formlos erstellt werden, soweit es die beiden oben genannten Punkte erhält.

Erklärung der Ärztin/des Arztes:

1. Meine heutige Untersuchung der Patientin/des Patienten _____ hat aus ärztlicher Sicht ergeben, dass folgende gesundheitliche Beeinträchtigungen (z. B. eingeschränkte Motorik der Hand – die Diagnose selbst braucht nicht genannt zu werden) und sich daraus ergebende Einschränkungen im Hinblick auf die betroffene Prüfung vorliegen:

2. Die Gesundheitsstörung ist (bitte ankreuzen!)

- auf Prüfungsstress zurückzuführen dauerhaft, d.h. auf nicht absehbare Zeit vorübergehend

(Hinweis: Examensängste und Prüfungsstress sind grundsätzlich keine Beeinträchtigung mit Krankheitswert, es sei denn, dass sie den Grad einer psychischen Erkrankung erreichen.)

3. Dauer der Krankheit:

von: _____ bis: _____

4. Die nachstehenden Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen. (Bitte ankreuzen!)

5. Datum, Unterschrift: _____

Praxisstempel

Anlage 4 b: Verlängerung der Bearbeitungszeit:

Nachweis der Prüfungsunfähigkeit wegen Krankheit zur Vorlage beim Prüfungsausschuss

Verlängerung der Bearbeitungszeit wegen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit und ärztliches Attest

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Bachelorarbeit <input type="checkbox"/> Masterarbeit <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Aktueller Abgabetermin: Gab es bereits eine Verlängerung? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, ursprünglicher Abgabetermin:

Erläuterungen der/des Studierenden zur Prüfungsunfähigkeit:

Es wird empfohlen, zusätzlich zu den Angaben der/des behandelnden Ärztin/Arztes nähere Ausführungen zur Einschränkung zu machen. Bedenken Sie bitte, dass der Prüfungsausschuss nur anhand dieses Formulars in der Lage sein muss, eine Entscheidung zu treffen. *

*Sollte der Platz für Ihre Ausführungen nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein weiteres Blatt als Anlage bei.

Erklärung der/des Studierenden:

1. Hiermit beantrage ich die Verlängerung der Bearbeitungszeit der o.g. Arbeit.
2. Die Datenschutzhinweise im Anhang habe ich zur Kenntnis genommen und auch meiner behandelnden Ärztin/meinem behandelnden Arzt zur Kenntnis gegeben.
3. Meine behandelnde Ärztin/mein behandelnder Arzt wird hiermit von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden und ermächtigt, relevante Informationen im Zusammenhang dieses Antrags an die Leibniz Universität weiterzugeben.

Ort, Datum

Unterschrift

Erläuterung für die behandelnde Ärztin/den behandelnden Arzt:

Wenn Studierende aus gesundheitlichen Gründen eine Prüfung versäumen oder von ihr zurücktreten, haben sie ihre krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit glaubhaft zu machen. Dazu benötigen die Studierenden ein ärztliches Attest, das dem Prüfungsausschuss ermöglicht, aufgrund Ihrer Angaben als medizinischer Sachverständiger die Rechtsfrage zu beantworten, ob eine krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Dies erfordert Aussagen zu folgenden Punkten in dem ärztlichen Attest:

- 1. Den gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Prüflings und**
- 2. den sich daraus ergebenden Einschränkungen des Prüflings im Hinblick auf die betroffene Prüfung.**

Bitte beachten:

Eine Diagnose wird explizit nicht abgefragt!

Die pauschale Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit oder Prüfungsunfähigkeit ist nicht ausreichend.

Studierende sind auf Grund ihrer Mitwirkungspflicht grundsätzlich dazu verpflichtet, zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit ihre Beschwerden offenzulegen und hierzu erforderlichenfalls den behandelnden Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung notwendige personenbezogene Daten dürfen für diese Zwecke erhoben werden. (Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO)

Hinweis: Dieses Formular ist nur ein Muster. Das Attest kann auch formlos erstellt werden, soweit es die beiden oben genannten Punkte erhält.

Erklärung der Ärztin/des Arztes:

1. Meine heutige Untersuchung der Patientin/des Patienten _____ hat aus ärztlicher Sicht ergeben, dass folgende gesundheitliche Beeinträchtigungen (z. B. eingeschränkte Motorik der Hand – die Diagnose selbst braucht nicht genannt zu werden) und sich daraus ergebende Einschränkungen im Hinblick auf die betroffene Prüfung vorliegen:

2. Die Gesundheitsstörung ist (bitte ankreuzen!)

auf Prüfungsstress zurückzuführen dauerhaft, d.h. auf nicht absehbare Zeit vorübergehend

(Hinweis: Examensängste und Prüfungsstress sind grundsätzlich keine Beeinträchtigung mit Krankheitswert, es sei denn, dass sie den Grad einer psychischen Erkrankung erreichen.)

3. Dauer der Krankheit:

von: _____ bis: _____

4. Die nachstehenden Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen. (Bitte ankreuzen!)

5. Datum, Unterschrift: _____

Praxisstempel

**Anlage 4 c: Rücktrittserklärung/Verlängerung der Bearbeitungszeit:
Verlängerung der Bearbeitungszeit aus wichtigen Gründen (nicht krankheitsbedingt)**



**Rücktrittserklärung/Verlängerung der Bearbeitungszeit aus wichtigen Gründen
(gem. § 15 Abs. 5 und 6 der Prüfungsordnung)**

Angaben der/des Studierenden:

Nachname:	Vorname:
Geburtsdatum:	E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:	Matrikelnummer:
Studiengang:	

Betroffene Prüfung:

Modul/Prüfung:	Form der Prüfung: <input type="checkbox"/> Klausur <input type="checkbox"/> mündliche Prüfung <input type="checkbox"/> Bachelorarbeit <input type="checkbox"/> Masterarbeit <input type="checkbox"/> _____
Prüferin/Prüfer:	Prüfungstermin/Aktueller Abgabetermin: Gab es bereits eine Verlängerung? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, ursprünglicher Abgabetermin:

Erklärung der/des Studierenden (Zutreffendes bitte ankreuzen):

Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt von der o.g. Prüfung aus wichtigen Gründen.

Hiermit beantrage ich die Verlängerung der Bearbeitungszeit der o.g. Arbeit aus wichtigen Gründen.

Die wichtigen Gründe werden auf Seite 2 ausführlich erläutert, ggf. notwendige Anlagen sind diesem Dokument beigelegt.

Ort, Datum
Unterschrift

Ausführliche Erläuterung der für den Rücktritt/die Verlängerung geltend gemachten wichtigen Gründe:

Anhang: Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten (im Folgenden „Daten“) gemäß den gesetzlichen Vorgaben und möchten dies in transparenter Weise gestalten. Wir informieren Sie hiermit, welche Daten wir verarbeiten, und zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage dies erfolgt. Zudem erhalten Sie Auskunft über Ansprechpartner sowie Ihre Rechte in Zusammenhang mit der Datenverarbeitung.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
vertreten durch den Präsidenten
Welfengarten 1
30167 Hannover

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
– Stabsstelle Datenschutz –
Königsworther Platz 1
30167 Hannover
E-Mail: datenschutz@uni-hannover.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Wir verarbeiten die in diesem Formular abgefragten Daten für die Wahrnehmung unserer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe, das Verfahren zur Abnahme von Hochschulprüfungen ordnungsgemäß durchzuführen. Insbesondere die Verarbeitung von Gesundheitsdaten ist für die Ausübung des Rechts der/des Studierenden zum Prüfungsrücktritt erforderlich, weil ansonsten nicht festgestellt werden kann, ob die Voraussetzungen für einen wirksamen Prüfungsrücktritt aus triftigen Gründen erfüllt sind. Die Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung ergibt sich aus:

- § 3 S. 1 Nr. 1 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG),
- Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e, Abs. 2 und 3; Art. 9 Abs. 2 Buchstabe f Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i. V. m.
- § 17 Abs. 1 S. 1 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) und
- der jeweils einschlägigen Prüfungsordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover.

Allgemeine Informationen:

Dieses Originalformular einschließlich des beinhalteten ärztlichen Attests wird Bestandteil Ihrer geführten Prüfungsakte. Mit regulärer Aussonderung und Vernichtung Ihrer Prüfungsakte nach Abschluss Ihres Studiums wird dieses Originalformular ebenfalls vernichtet werden. Im Rahmen der weiteren Verfahrensbearbeitung erhalten nur die Angehörigen des Akademischen Prüfungsamtes, die Mitglieder der für die Entscheidung gemäß der einschlägigen Prüfungsordnung zuständigen Prüfungsorgane sowie –soweit erforderlich– Angehörige des Justitiariats der Hochschule Kenntnis von diesem Originalformular und dessen Inhalten. Die Beteiligten sind zur Verschwiegenheit und vertraulichen Behandlung verpflichtet. Wir möchten Sie darüber informieren, dass die Bereitstellung Ihrer Daten weder gesetzlich noch vertraglich vorgeschrieben ist. Sofern die Daten nicht bereitgestellt werden, hat dies zur Folge, dass nicht festgestellt werden kann, ob die Voraussetzungen für einen wirksamen Prüfungsrücktritt aus triftigen Gründen erfüllt sind. Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling i. S. d. Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO findet nicht statt.

Ihr Recht auf Widerspruch gem. Art. 21 DSGVO:

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. In diesem Fall verarbeiten wir diese Daten nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige, Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegende Gründe für die Verarbeitung nachweisen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihre weiteren Rechte:

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die Verarbeitung Sie betreffender Daten zu verlangen. Dieses Auskunftsrecht umfasst neben einer Kopie der Daten auch die Zwecke der Datenverarbeitung, die Datenempfänger sowie die Speicherdauer. Sollten unrichtige Daten verarbeitet werden, können Sie von uns unverzüglich die Berichtigung dieser Daten verlangen. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Art. 17 bzw. 18 DSGVO vor, steht Ihnen zudem grundsätzlich das Recht auf unverzügliche Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu.

Bitte beachten Sie, dass eine eingeschränkte Verarbeitung der Daten unter Umständen nicht möglich ist.

Zur Ausübung Ihrer oben genannten Rechte wenden Sie sich bitte – vorrangig an die/den für Ihren Studiengang zuständige/n Sachbearbeiter/in im Akademischen Prüfungsamt – im Übrigen an:

Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Akademisches Prüfungsamt; Welfengarten 1; 30167 Hannover; E-Mail: studium@uni-hannover.de

Bei weiteren Fragen berät Sie gerne unser Datenschutzbeauftragter.

Mit datenschutzrechtlichen Beschwerden wenden Sie sich bitte an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen; Prinzenstraße 5; 30159 Hannover; E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

Der Senat der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität hat am 17.05.2023 die Änderung der am 30.07.2021 im Verkündungsblatt 12/2021 veröffentlichten Berufungsordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover gemäß § 41 Abs. 1 NHG beschlossen. Die Änderung der Berufungsordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Berufungsordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

§ 1 Inhalt dieser Ordnung, Rechtsgrundlagen, Begriffsbestimmungen

- (1) ¹Diese Ordnung regelt das Verfahren zur Besetzung von Professuren und Juniorprofessuren. ²Berufungsverfahren sind die Verfahren zur Besetzung von Professuren. ³Bestellungsverfahren sind die Verfahren zur Besetzung von Juniorprofessuren.
- (2) Rechtsgrundlagen hierfür sind das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) sowie die Grundordnung der Leibniz Universität Hannover.
- (3) ¹Die Leibniz Universität Hannover setzt sich das Ziel, bei ihren Berufungs- und Bestellungsverfahren höchsten Qualitätsansprüchen hinsichtlich Effektivität und Transparenz zu genügen. ²Sie verfolgt außerdem das Ziel, den Anteil von Frauen und Männern in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. ³Aus diesem Grund sind Berufungs- und Bestellungsverfahren so auszugestalten, dass die Gleichstellung gefördert wird.

§ 2 Grundlage für ein Berufungsverfahren

¹Grundlage für die Besetzung und Ausrichtung einer Professur oder Juniorprofessur sind die Entwicklungsplanung der Leibniz Universität Hannover und das vom Dekanat zu erstellende Profilverfahren. ²Das Berufungs- oder Bestellungsverfahren beginnt mit einem verbindlichen Vorgespräch des Dekanats mit dem Präsidium. ³Bei gemeinsamen Berufungsverfahren einer Leibniz Forschungsschule entwirft die Leibniz Forschungsschule mit einer Fakultät das Profilverfahren. ⁴Die oder der Vorsitzende der Leibniz Forschungsschule und die Dekanin oder der Dekan der kooperierenden Fakultät nehmen an dem verbindlichen Vorgespräch mit dem Präsidium teil. ⁵Die im Vorgespräch getroffenen Festlegungen sind Grundlage für den vom Dekanat an das Präsidium zu stellenden Freigabeantrag für die Professur oder die Juniorprofessur.

§ 3 Freigabeverfahren

- (1) ¹Das Dekanat stellt nach Zustimmung des Fakultätsrats einen Antrag zur Freigabe der Professur oder Juniorprofessur an das Präsidium. ²Bei gemeinsamen Berufungs- oder Bestellungsverfahren einer Leibniz Forschungsschule mit einer kooperierenden Fakultät bedarf der Antrag zur Freigabe der Professur zusätzlich der Zustimmung des Rates der Leibniz Forschungsschule. ³Dem Freigabeantrag ist eine Stellungnahme der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten beizufügen. ⁴Bei Freigabeverfahren von Professuren in den Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften bedarf es neben der Zustimmung des Fakultätsrats und gegebenenfalls des Rates der Leibniz Forschungsschule auch des Einvernehmens mit der Leibniz School of Education (LSE). ⁵Sollte kein Einvernehmen hergestellt werden, entscheidet das Präsidium nach Stellungnahme des Senats. ⁶Bei Professuren der an der Lehrerbildung beteiligten Fakultäten, die nicht den Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften zugeordnet sind, muss im Profilverfahren angegeben werden, ob ein besonderer Lehramtsbezug vorliegt. ⁷Außerdem ist dem Profilverfahren hierzu eine Stellungnahme des Direktoriums der LSE als Anlage beizufügen. ⁸Weicht die Einschätzung der Fakultät und gegebenenfalls des Rates der Leibniz Forschungsschule, ob ein besonderer Lehramtsbezug vorliegt, von der Stellungnahme des Direktoriums der LSE ab, entscheidet das Präsidium nach Stellungnahme des Senats.
- (2) ¹Bei der Freigabe von Professuren oder von Juniorprofessuren mit Tenure Track Option wird der Senat vom Präsidium um Stellungnahme zum Freigabeantrag gebeten. ²Das Präsidium beschließt über die Freigabe. ³Bei Professuren oder Juniorprofessuren mit Tenure Track Option beantragt es danach die Freigabe beim MWK. ⁴Das Präsidium informiert das Dekanat über die Freigabe.
- (3) Bei Professuren, deren Denomination der mit dem MWK abgestimmten gemeinsamen Entwicklungsplanung in den Forschungslinien der Wissenschaftsallianz der TU Braunschweig und der Leibniz Universität Hannover entspricht, erfolgt nach der hochschulinternen Freigabe gemäß § 3 dieser Ordnung die Freigabe durch den Vorstand der Wissenschaftsallianz.

§ 4 Ausschreibung

- (1) ¹Das Dekanat veranlasst die öffentliche Ausschreibung der Professur oder Juniorprofessur. ²Die Ausschreibung soll grundsätzlich national und international erfolgen. ³Wissenschaftlerinnen werden in der Ausschreibung nachdrücklich um ihre Bewerbung gebeten. ⁴Die Kosten der Ausschreibung trägt die Fakultät.
- (2) ¹Die Fakultäten sind verpflichtet parallel zur Ausschreibung eine aktive Rekrutierung gemäß Rekrutierungsleitfaden durchzuführen und die durchgeführten Maßnahmen zu dokumentieren. ²Die aktive Rekrutierung beinhaltet die Recherche nach Personen, an denen die Fakultät ein besonderes Gewinnungsinteresse hat und die persönliche Ansprache dieser Personen.
- (3) ¹Von der Ausschreibung einer Professur kann unter den Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 Satz 2 NHG abgesehen werden. ²Ein entsprechender Antrag wird vom Fakultätsrat beschlossen und zusammen mit dem Antrag auf Freigabe der Professur und einer Stellungnahme der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten beim Präsidium gestellt. ³Das Präsidium entscheidet nach Stellungnahme des Senats im Einvernehmen mit dem Hochschulrat über das Absehen von einer Ausschreibung.

§ 5 Bildung und Zusammensetzung der Berufungs- oder Auswahlkommission

- (1) ¹Der Fakultätsrat richtet die Berufungskommission oder Auswahlkommission (Besetzung einer Juniorprofessur) nach den gesetzlichen Vorgaben spätestens bis zum Beschluss über den vom Dekanat an das Präsidium zu richtenden Freigabeantrag ein. ²Bei gemeinsamen Berufungs- oder Bestellungsverfahren einer Leibniz Forschungsschule mit einer kooperierenden Fakultät richten abweichend von Satz 1 der Fakultätsrat und der Rat der Leibniz Forschungsschule auf Vorschlag des Vorstands der Leibniz Forschungsschule eine gemeinsame Berufungs- oder Auswahlkommission ein. ³Die Leibniz Forschungsschule stellt in diesem Fall den Vorsitz der Berufungs- oder Auswahlkommission. ⁴Die Amtszeit der Berufungs- oder Auswahlkommission endet mit der Annahme des erteilten Rufes oder der Beendigung des Berufungs- oder Bestellungsverfahrens aus anderen Gründen.
- (2) ¹Der Kommission sollen mindestens zwei externe Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer sowie ein fachfernes Mitglied der Hochschullehrergruppe stimmberechtigt oder beratend angehören. ²Bei Kommissionen mit mehr als drei internen stimmberechtigten Mitgliedern der Hochschullehrergruppe sind die externen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer stimmberechtigt; in diesem Fall müssen auch die anderen beteiligten Gruppen mit je zwei Mitgliedern vertreten sein. ³Bei Berufungsverfahren von Professuren oder Juniorprofessuren, die den Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften zugeordnet sind sowie bei Professuren mit Lehramtsbezug ist die LSE in der Regel mit einem stimmberechtigten Mitglied der Hochschullehrergruppe zu beteiligen. ⁴Dieses Mitglied wird dem Fakultätsrat vom Direktorium der LSE benannt.
- (3) ¹Bei der Besetzung von Professuren oder Juniorprofessuren, die in der mit dem MWK abgestimmten gemeinsamen Entwicklungsplanung in den Forschungslinien der Wissenschaftsallianz der TU Braunschweig und der Leibniz Universität aufgeführt sind, ist mindestens ein stimmberechtigtes Mitglied der TU Braunschweig für die jeweilige Auswahl- oder Berufungskommission zu benennen. ²Diese sind externe Mitglieder der Kommission.
- (4) ¹In den Forschungslinien der Wissenschaftsallianz mit der LUH kooperierende universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen können bei relevanten Juniorprofessuren oder Professuren ihrer Forschungslinie eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Auswahl- oder Berufungskommission entsenden, die oder der mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen kann. ²Die Vertreterin oder der Vertreter kann ein Votum abgeben. ³Dieses Votum ist zur Dokumentation des Bestellungs- oder Berufungsverfahrens zu nehmen.
- (5) Die Referentin oder der Referent des Präsidiums für Berufungsangelegenheiten und die zuständige dezentrale Gleichstellungsbeauftragte können als beratende Mitglieder der Kommission an den Sitzungen teilnehmen.
- (6) Beratende Mitglieder der Kommission haben Antrags- und Rederecht und können Bewerbungsunterlagen einsehen.

§ 6 Verfahrensvorschriften für Kommissionen

- (1) ¹Der Fakultätsrat wählt beim Einrichten der Kommission oder die Kommission in ihrer konstituierenden Sitzung aus den Kommissionsmitgliedern eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie deren Stellvertreterin oder Stellvertreter. ²Die Einladung zu den Sitzungsterminen erfolgt schriftlich oder durch E-Mail durch den Vorsitz. ³Die Einladung zur Sitzung ist mindestens fünf Werktage vor der Sitzung an die Kommissionsmitglieder zu übersenden.

- (2) ¹Die Stimmabgabe ist nur durch anwesende Mitglieder der Kommission zulässig. ²Als anwesend gilt auch ein Mitglied, welches durch technische Verfahren, insbesondere Telefon- oder Videokonferenz, in die Lage versetzt ist, an den Beratungen der Kommission zeitgleich teilzunehmen. ³Dieses Mitglied kann an der geheimen Abstimmung teilnehmen, indem es ein Mitglied der Kommission bevollmächtigt, seine Stimme abzugeben. ⁴Die Bevollmächtigung ist gegenüber der oder dem Vorsitzenden anzuzeigen und von dieser oder diesem zu dokumentieren. ⁵Auf Antrag einer Minderheit ist deren Votum dem Mehrheitsbeschluss der Kommission beizufügen.
- (3) ¹Mitglieder der Kommission, die nach Sichtung der eingegangenen Bewerbungen feststellen, dass absolute oder relative Befangenheitsgründe gegenüber Bewerberinnen oder Bewerbern vorliegen oder vorliegen könnten, sind verpflichtet, dies umgehend dem Vorsitz der Kommission mitzuteilen. ²Über das Vorliegen einer Befangenheit entscheidet die Kommission in Abwesenheit der oder des Betroffenen. ³Die Gründe, die Anlass zur Besorgnis der Befangenheit geben und die Beschlüsse der Kommission werden dokumentiert. ⁴Jedes Mitglied der Kommission kann sich ohne Angabe von Gründen selbst für befangen erklären.
- (4) Im Übrigen gelten die „Allgemeinen Verfahrensvorschriften“ der Grundordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover.

§ 7 Arbeit der Kommission

- (1) ¹Die eingegangenen Bewerbungen werden dem Vorsitz der Kommission zugeleitet. ²Bei Bewerbungen von schwerbehinderten oder ihnen gleichgestellten Menschen wird die Vertrauensperson der Schwerbehinderten am Berufungs- oder Bestellungsverfahren beteiligt.
- (2) Die Kommission prüft in einer Vorauswahl, ob die Bewerberinnen und Bewerber die Einstellungs Voraussetzungen für Professorinnen und Professoren nach § 25 NHG oder Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren nach § 30 NHG und das in der Stellenausschreibung geforderte fachliche Anforderungsprofil erfüllen.
- (3) ¹Die von der Kommission in die engere Wahl gezogenen Bewerberinnen und Bewerber werden zu einer Vorstellungsveranstaltung eingeladen. ²Die Vorstellungsveranstaltung gliedert sich in einen wissenschaftlichen Fachvortrag, eine Lehrprobe und ein Gespräch mit der Kommission. ³Für die Lehrprobe legt die Kommission Art, Dauer, Anforderungsniveau sowie thematische Vorgaben fest. ⁴Bei der Bewertung der Lehrprobe ist die Meinung der in der Kommission anwesenden Studierenden zu berücksichtigen. ⁵Zur Vorstellungsveranstaltung wird hochschulöffentlich eingeladen.
- (4) ¹Nach der Vorstellungsveranstaltung beschließt die Kommission über die Listenfähigkeit der einzelnen Bewerberinnen und Bewerber. ²Die Kommission begründet und dokumentiert ihre Entscheidung.
- (5) ¹Über die Leistungen der listenfähigen Bewerberinnen und Bewerber in Wissenschaft oder Kunst einschließlich der Lehre werden mindestens zwei schriftliche Gutachten auswärtiger Professorinnen oder Professoren oder anderer sachverständiger Personen eingeholt. ²Die Gutachten sollen in der Regel vergleichend zu den als listenfähig in die engere Wahl gezogenen Bewerberinnen und Bewerbern Stellung nehmen.
- (6) ¹Die Auswahl der Gutachterinnen oder Gutachter erfolgt durch die Kommission. ²Die von der Kommission getroffene Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter ist zu begründen und zu dokumentieren. ³Eine von der Kommission durchgeführte vorläufige Reihung der Bewerberinnen und Bewerber darf den Gutachterinnen oder Gutachtern nicht mitgeteilt werden.
- (7) Die Gutachterinnen und Gutachter werden von der Kommission aufgefordert, sich zu Beginn ihres Gutachtens zu einer möglichen Befangenheit zu den Bewerberinnen und Bewerbern zu äußern.
- (8) Auf Gutachten nach Absatz 5 kann verzichtet werden, wenn drei stimmberechtigte externe Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer der Kommission angehören und diese bei allen Sitzungen der Berufungskommission anwesend sind und an der Aussprache und an den Abstimmungen zur Auswahl der in die engere Wahl gezogenen Bewerberinnen und Bewerber, bei der Vorstellungsveranstaltung und bei der Aussprache und den Abstimmungen zur Reihung der Bewerberinnen und Bewerber des Berufungsvorschlages mitwirken.

§ 8 Entscheidung über den Berufungs- oder Bestellungs vorschlag, Ruferteilung

- (1) Der Fakultätsrat beschließt den Berufungs- oder Bestellungs vorschlag und legt diesen zusammen mit einer Stellungnahme der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten dem Präsidium vor.
- (2) ¹Bei gemeinsamen Berufungs- oder Bestellungsverfahren einer Leibniz Forschungsschule mit einer kooperierenden Fakultät wird der Berufungs- oder Bestellungs vorschlag vom Fakultätsrat und dem Rat der

Leibniz Forschungsschule beschlossen und mit einer Stellungnahme der dezentralen Gleichstellungsbeauftragten dem Präsidium vorgelegt. ²Das weitere Verfahren richtet sich nach Absatz 3. ³Besteht über den Berufungs- oder Bestellungsanschlag kein Einvernehmen, haben der Fakultätsrat und der Rat der Leibniz Forschungsschule ihre Entscheidung zu begründen und die Empfehlung der Berufungskommission über das Präsidium dem Senat zur Stellungnahme zuzuleiten. ⁴Das Präsidium entscheidet danach abschließend über den Berufungsanschlag.

- (3) ¹Bei Berufungsanschlägen oder bei Bestellungsanschlägen für Juniorprofessuren mit Tenure Track bittet das Präsidium den Senat um eine Stellungnahme. ²Das Präsidium entscheidet danach über den Berufungsanschlag oder den Bestellungsanschlag. ³Das sich daran anschließende Verfahren richtet sich nach den gesetzlichen Regelungen.
- (4) ¹Bei Bestellungsanschlägen von Juniorprofessuren ohne Tenure Track entscheidet das Präsidium abschließend. ²Das Präsidium informiert den Senat über die beschlossene Bestellung.
- (5) ¹Beim Absehen von einer Ausschreibung gemäß § 26 Absatz 1 Satz 2 NHG in Verbindung mit den §§ 9 Absatz 3, 10 und 12 Absatz 1 dieser Ordnung können der Senat, die dezentrale Gleichstellungsbeauftragte und der Hochschulrat bereits bei der Entscheidung über das Absehen von der Ausschreibung ihr Einvernehmen mit einem entsprechenden Berufungsanschlag des Fakultätsrats erteilen. ²Dieses Einvernehmen erfolgt unter dem Vorbehalt, dass das Präsidium dem Berufungsanschlag ebenfalls zustimmt und das zuständige Fachministerium die Professur zur Besetzung freigibt.
- (6) Nach der Entscheidung über den Berufungs- oder Bestellungsanschlag erteilt das Präsidium den Ruf.

§ 9 Abweichendes Berufungsverfahren bei Ausschreibungsverzicht zur Berufung einer Juniorprofessorin oder eines Juniorprofessors oder einer Leiterin oder eines Leiters einer Nachwuchsgruppe auf eine Professur (§ 26 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 lit. a und b NHG)

- (1) ¹Wird von einer Ausschreibung abgesehen, weil eine Juniorprofessorin oder ein Juniorprofessor auf eine Professur in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder in einem unbefristeten Beschäftigtenverhältnis berufen werden soll, wird nach erfolgter Freigabe der Professur ein Berufungsverfahren nach den gesetzlichen Regelungen und dieser Ordnung durchgeführt. ²Abweichend umfasst der Berufungsanschlag nur eine Person.
- (2) Gleiches gilt, wenn eine Leiterin oder ein Leiter einer Nachwuchsgruppe, die oder der ihre oder seine Funktion nach externer Begutachtung erhalten hat, auf eine Professur in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder in einem unbefristeten Beschäftigtenverhältnis berufen werden soll.
- (3) ¹Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn von einer Ausschreibung abgesehen wird, weil eine Juniorprofessorin oder ein Juniorprofessor oder eine Nachwuchsgruppenleiterin oder ein Nachwuchsgruppenleiter, die oder der einen Ruf auf eine Professur einer deutschen Universität oder auf eine entsprechende Professur an einer ausländischen Hochschule erhalten hat, mit der Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis an der LUH gehalten werden soll und der Senat zustimmt. ²Sind die Voraussetzungen nach Satz 1 erfüllt, wird das Berufungsverfahren analog § 10 Absatz 1 durchgeführt.

§ 10 Abweichendes Berufungsverfahren bei Ausschreibungsverzicht zur Berufung einer Professorin oder eines Professors auf Zeit auf dieselbe Professur auf Dauer oder zur Abwehr eines Rufes oder Beschäftigungsangebotes (§ 26 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 4 NHG)

- (1) ¹Wird von einer Ausschreibung abgesehen, weil eine Professorin oder ein Professor auf Zeit auf dieselbe Professur auf Dauer berufen werden soll, wird nach erfolgter Freigabe auf die Einrichtung einer Berufungskommission und die Einholung von Gutachten verzichtet. ²Der Berufungsanschlag des Fakultätsrats umfasst nur eine Person.
- (2) Gleiches gilt, wenn von einer Ausschreibung abgesehen wird, um eine Professorin oder einen Professor, die oder der ein Berufsangebot von einer anderen Hochschule oder ein anderes Beschäftigungsangebot erhalten hat, durch das Angebot einer höherwertigen Professorenstelle an der Leibniz Universität Hannover zu halten.

§ 11 Abweichendes Berufungsverfahren bei Ausschreibungsverzicht zur Berufung einer Juniorprofessorin oder eines Juniorprofessors auf eine Professur der BesGr. W2 oder W3 auf Lebenszeit oder zur Berufung einer Professorin oder eines Professors auf Zeit der BesGr. W2 auf eine Professur der BesGr. W2 oder W3 auf Lebenszeit (§ 26 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 lit. a und Nr. 3 NHG) nach positiver Tenure-Track Evaluation

¹Im Fall einer positiven Tenure-Entscheidung bedarf es keiner erneuten Freigabe. ²Es wird auf die Einrichtung einer Berufungskommission sowie die Einholung von Gutachten verzichtet. ³Der Berufungsvorschlag des Fakultätsrats umfasst nur eine Person.

§ 12 Abweichendes Berufungsverfahren bei Ausschreibungsverzicht, wenn die Professur aus einem hochschulübergreifenden Förderprogramm finanziert wird (§ 26 Abs. 1 Satz 2 Nr.5 NHG)

- (1) ¹Wird bei der Berufung einer Person auf eine Professur nach erfolgter Freigabe von der Ausschreibung abgesehen, weil die Professur aus einem hochschulübergreifenden Förderprogramm finanziert wird, wird auf die Einrichtung einer Berufungskommission sowie die Einholung von Gutachten verzichtet. ²Das gilt nur, wenn die Vergabebestimmungen eine Ausschreibung oder ein Bewerbungsverfahren und ein Auswahlverfahren mit externer Begutachtung vorsehen und die Feststellung der Qualifikation im Rahmen des Förderprogramms im Wesentlichen derjenigen eines Berufungsverfahrens an der Leibniz Universität Hannover entspricht. ³Der vom Fakultätsrat zu erstellende Berufungsvorschlag umfasst nur eine Person.
- (2) ¹Entspricht das Verfahren zur Feststellung der Qualifikation nicht im Wesentlichen dem im Rahmen eines Berufungsverfahrens an der Leibniz Universität Hannover, ist ein Berufungsverfahren nach gesetzlichen Regelungen und dieser Ordnung durchzuführen. ²Abweichend davon umfasst der Berufungsvorschlag nur eine Person.

§ 13 Abweichendes Berufungsverfahren bei Ausschreibungsverzicht zur Besetzung einer nach BesGr. W3 bewerteten Professur unter Berücksichtigung des zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) und der Leibniz Universität abgestimmten Qualitätssicherungskonzepts zur Berufung einer aufgrund ihrer bisherigen wissenschaftlichen Leistungen in herausragender Weise qualifizierten Persönlichkeit an deren Berufung die Hochschule zur Stärkung ihrer Qualität oder ihres Profils ein besonderes Interesse hat (§ 26 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 NHG).

- (1) ¹Als in herausragender Weise qualifizierte Persönlichkeiten gelten Personen mit außergewöhnlich hoher wissenschaftlicher Qualität und Relevanz und sehr hoher internationaler Sichtbarkeit und Reputation. Hierfür sind Kriterien heranzuziehen, die in der Gesamtschau die herausragenden wissenschaftlichen Leistungen dieser Persönlichkeit widerspiegeln. ²Diese Kriterien sind
1. die Auszeichnung mit einem hochrenommierten Wissenschaftspreis (Nobel-Preis, Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis, Greve-Preis der Leopoldina, Max-Planck-Humboldt-Forschungspreis und Fields Medaille)
 2. eine Funktion als Sprecherin und Sprecher hochkompetitiver interdisziplinärer Verbundforschungsprojekte, wie Exzellenzcluster, Sonderforschungsbereiche in Verbindung mit außergewöhnlich hohen Drittmittelaufnahmen und einer außergewöhnlich hohen Publikationsleistung durch zahlreiche peer review Publikationen als Allein-, Erst-, Letzt oder korrespondierende Autorin oder korrespondierender Autor in hochgerankten Fachzeitschriften mit hohem Impact Faktor oder Listung als Highly Cited Researcher.
 3. der Aufbau und/oder die Leitung besonders hochwertig ausgestatteter, leistungsstarker Forschungs- und Entwicklungsbauten oder -zentren oder komplexer Forschungs- oder Entwicklungsinfrastruktur
 4. bedeutungsvolle internationale Kooperationen mit weltweit renommierten Standorten bzw. Forschenden oder
 5. andere (insbesondere im internationalen Kontext) vergleichbare Kriterien.
- ³Das zutreffende Kriterium oder die zutreffenden Kriterien sind nachvollziehbar zu dokumentieren.
- (2) ¹Ein besonderes Interesse der Leibniz Universität an der Gewinnung der in herausragender Weise qualifizierten Persönlichkeit liegt vor, wenn die Person mit ihrer Berufung zu folgenden Entwicklungen im Sinne einer Qualitätsverbesserung oder Profilstärkung in Forschung und Lehre beiträgt durch
1. den Aufbau neuer, innovativer Forschungsschwerpunkte oder fachliche Ergänzung bzw. Verstärkung etablierter sowie aufstrebender Forschungsschwerpunkte (bspw. Ergänzung bereits vorhandener Fachexpertise zur Verstärkung von Exzellenzclustern (EC), Sonderforschungsbereichen (SFB))
 2. die Einwerbung von hochkompetitiven, interdisziplinären Verbundprojekten (z.B. EC, SFB) durch Ergänzung der vorhandenen Expertise oder der kritischen Masse

3. den Ausbau der Forschungsinfrastruktur/-leistungen und der Gewinnung größerer internationaler Sichtbarkeit (bspw. durch Alexander von Humboldt-Professuren oder herausragende Wissenschaftspreisträgerinnen und Wissenschaftspreisträger) oder
4. andere vergleichbaren Kriterien.

²Die erwartete Stärkung von Qualität oder Profil der Leibniz Universität Hannover ist nachvollziehbar zu dokumentieren.

- (3) ¹Auf die Einrichtung einer Berufungskommission wird verzichtet. ²Der Berufungsvorschlag des Fakultätsrats umfasst nur eine Person. ³Über die Exzellenz in Wissenschaft oder Kunst und zum Beitrag der zu berufenden Person zur Stärkung von Qualität oder Profil der Leibniz Universität mit Bezug auf die strategische Entwicklungsplanung sind vom Leibniz-Tenure-Board zwei externe Gutachten sachverständiger Personen einzuholen; davon ein Gutachten von einer oder einem internationalen Gutachtenden. ⁴Soll eine Wissenschaftlerin oder ein Wissenschaftler, die oder der mit einem Wissenschaftspreis nach Absatz 1 Nr. 1 ausgezeichnet wurde, berufen werden, kann in den Gutachten auf die Ausführungen zur wissenschaftlichen Exzellenz verzichtet werden. ⁵Das Leibniz-Tenure-Board gibt unter wesentlicher Berücksichtigung der Gutachten eine Stellungnahme zur Berufbarkeit der Person ab.

⁶Das Präsidium stellt die Berufbarkeit und die Gründe für ein besonderes Interesse an der Berufung dieser Persönlichkeit zur Stärkung von Qualität oder Profil der Hochschule fest und beschließt den Freigabeantrag, den Ausschreibungsverzicht sowie den Berufungsvorschlag mit dem Vorbehalt einer positiven Stellungnahme des Senats zur Freigabe, zum Ausschreibungsverzicht und zum Berufungsvorschlag, der Freigabe durch das MWK und des Einvernehmens des Hochschulrats zum Ausschreibungsverzicht und zum Berufungsvorschlag.

- (4) Das Präsidium kann den detaillierten Verfahrensablauf in einer Handreichung regeln.

§ 14 Abweichendes Berufungsverfahren bei Ausschreibungsverzicht, wenn ein gemeinsames Berufungsverfahren mit außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen nach dem Thüringer Modell (§ 26 Abs. 8 Satz 2 NHG) durchgeführt wird

- (1) Auf eine Ausschreibung kann abweichend von § 26 Abs. 1 Satz 1 NHG verzichtet werden, wenn eine Person berufen werden soll, die bereits an der außeruniversitären Forschungseinrichtung beschäftigt ist.
- (2) Das Präsidium kann beim verbindlichen Vorgespräch dem Antrag der Fakultät auf Freigabe der Professur und dem Antrag auf Absehen von einer Ausschreibung mit dem Vorbehalt zustimmen, dass diese Beschlüsse von Senat und Hochschulrat bestätigt werden.
- (3) ¹Die Fakultät führt nach dem verbindlichen Vorgespräch ein Berufungsverfahren nach den gesetzlichen Regelungen und dieser Ordnung durch. ²Abweichend davon umfasst der Berufungsvorschlag des Fakultätsrats nur eine Person.
- (4) ¹Das Präsidium entscheidet nach Stellungnahme des Senats im Einvernehmen mit Hochschulrat über den Berufungsvorschlag. ²Der Senat nimmt gleichzeitig Stellung zur Freigabe der Professur und dem Ausschreibungsverzicht und der Hochschulrat entscheidet über den Ausschreibungsverzicht.

§ 15 Inkrafttreten, Schlussbestimmungen

Diese Ordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Das Präsidium der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat in seiner Sitzung am 03.05.2023 vorbehaltlich der Änderung der Berufsordnung durch den Senat die nachstehende Handreichung des Präsidiums zu § 13 Berufsordnung beschlossen. Der Beschluss des Senats zur Änderung der Berufsordnung erfolgte am 17.05.2023. Die Handreichung des Präsidiums zu § 13 Berufsordnung tritt nach dem Tag ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Handreichung des Präsidiums

zum abweichenden Berufungsverfahren bei Ausschreibungsverzicht zur Besetzung einer nach BesGr. W3 bewerteten Professur unter Berücksichtigung des zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) und der Leibniz Universität abgestimmten Qualitätssicherungskonzepts zur Berufung einer aufgrund ihrer bisherigen wissenschaftlichen Leistungen in herausragender Weise qualifizierten Persönlichkeit an deren Berufung die Hochschule zur Stärkung ihrer Qualität oder ihres Profils ein besonderes Interesse hat (§ 26 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 NHG).

¹Gemäß § 26 (1) Satz 2 Nr. 6 NHG kann von einer Ausschreibung abgesehen werden, wenn bei Vorliegen eines zwischen dem Fachministerium und der Hochschule abgestimmten Qualitätssicherungskonzepts für die Besetzung einer mit der Besoldungsgruppe W3 bewerteten Professur eine aufgrund ihrer bisherigen wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen in herausragender Weise qualifizierte Persönlichkeit gewonnen werden soll, an der die Hochschule zur Stärkung ihrer Qualität oder ihres Profils ein besonderes Interesse hat.

²Hierzu können insbesondere mit hochrenommierten Wissenschaftspreisen ausgezeichnete Preisträger und Preisträgerinnen zählen sowie Personen, die aufgrund ihres gesamten wissenschaftlichen oder künstlerischen Oeuvres und Wirkens national und international eine herausragende Reputation besitzen.

Qualitätssicherung

¹Basierend auf der Würdigung der herausragenden Leistungen der zu berufenden Person in Wissenschaft oder Kunst ist im Antrag auf Ausschreibungsverzicht die zu erwartende Stärkung von Qualität oder Profil und das besondere Interesse der LUH an der Gewinnung der Person ausführlich darzulegen. ²Die Kriterien zur Definition der herausragenden Leistungen und des besonderen Interesses der LUH sind Teil des Qualitätssicherungskonzepts und müssen nachvollziehbar dokumentiert werden.

³Zur Exzellenz in Wissenschaft oder Kunst und zum erwarteten Beitrag der Qualitäts- oder Profilstärkung sind zwei externe Gutachten einzuholen, davon mindestens eins aus dem Ausland. ⁴Bei Verfahren zur Berufung hochrenommierter Wissenschaftspreisträgerinnen und –preisträger kann in den Gutachten auf die Ausführungen zur wissenschaftlichen Exzellenz verzichtet werden, da diese bereits im Rahmen der Begutachtung zur Preisverleihung festgestellt wurde. ⁵Die Auswahl der Gutachtenden erfolgt durch das extern besetzte, unabhängige Leibniz-Tenure-Board (LTB) und ist zu begründen.

⁶Unter Berücksichtigung der Gutachten nimmt das LTB Stellung zur wissenschaftlichen Exzellenz und zur Qualitäts- oder Profilstärkung der LUH durch die zu berufende Persönlichkeit. ⁷Darauf basierend erfolgt die Beschlussfassung über den Ausschreibungsverzicht nach § 26 (1) Satz 2 Nr. 6 NHG und über den Berufungsvorschlag nach den gesetzlichen Vorschriften.

⁸Die LUH verbindet mit den Entwicklungen eine verbesserte Wettbewerbssituation (bspw. im Rahmen der Exzellenzinitiative) sowie eine bessere Positionierung unter den forschungsstärksten Universitäten.

Prozess

Feststellung der Berufbarkeit nach § 25 (1, 2) NHG und des Ausschreibungsverzichts nach § 26 (1) Satz 2 Nr. 6 NHG.

1. ¹Informelles Gespräch zwischen Fakultät u./o. Leibniz Forschungsschule (LFS) mit Präsidiumsvertreterinnen und -vertretern:

Erörterung der Exzellenz der zu berufenden Person und der Stärkung von Qualität oder Profil der LUH durch die zu berufende Person.

²Einzureichende Unterlagen:

- Daten über die zu berufende Person (CV und soweit möglich Publikationsliste, Angaben zu Projektbeteiligungen, eingeworbenen Drittmitteln oder künstlerischen Leistungen sowie zu durchgeführten Lehrveranstaltungen)
- Stellungnahme der Fakultät zur besonderen Stärkung von Qualität oder Profil der LUH durch die zu berufende Person gemäß o.g. Kriterien und unter Bezugnahme auf die LUH-Entwicklungsplanung
- Anforderungsprofil der zu besetzenden Professur (Angaben zur Ausrichtung der Professur: Denomination, inhaltliche Ausrichtung, Zuordnung, ggf. erforderliche Kenntnisse u./o. Kompetenzen).

³Gesprächsergebnis: ggf. Aufforderung des Präsidiums zum Freigabeantrag und zum Antrag auf Ausschreibungsverzicht nach § 26 (1) Satz 2 Nr. 6 NHG.

2. Einholung des Interesses der zu berufenden Person zur Übernahme der Professur

- Kontaktaufnahme durch Fakultät, LFS oder Präsidium
- Einladung zur Vorstellung der Universität, des Forschungsumfeldes und der -infrastruktur sowie zum gegenseitigen Kennenlernen (z.B. Ausrichtung eines Symposiums durch die Fakultät, ggf. Treffen mit weiteren Akteuren der LUH wie Präsidium, Dekanin oder Dekan, Stab/Verwaltung, Senat, EXC-Sprecher, Forschungskommission u.a.)

3. Vorgespräch und Freigabeantrag (zusammengefasst in einer Präsidiumsbeschlussfassung).

Prüfung der Berufbarkeit nach § 25 (1, 2) NHG und des Ausschreibungsverzichts nach § 26 (1) Satz 2 Nr. 6 NHG anhand folgender Unterlagen:

- Freigabeantrag inkl. Profilvertrag, Antrag auf Ausschreibungsverzicht, Berufungsvorschlag der Fakultät
- CV
- Publikationsliste, Angaben zu Projektbeteiligungen, eingeworbenen Drittmitteln oder künstlerischen Leistungen sowie zu durchgeführten Lehrveranstaltungen
- Stellungnahme der Fakultät zur Stärkung von Qualität oder Profil der LUH durch die zu berufende Person gem. § 26 (1) Satz 2 Nr. 6 NHG unter Bezugnahme auf die o.g. Kriterien und auf die LUH-Entwicklungsplanung

4. Einholung von zwei externen Gutachten und Stellungnahme des LTB

¹Die Gutachten sollen ausführlich die Exzellenz der zu berufenden Person in Wissenschaft oder Kunst darlegen sowie deren Beitrag zur Stärkung von Qualität oder Profil der LUH mit Bezug auf die strategische Entwicklungsplanung der LUH. ²Ferner sollen sie sich zu der pädagogisch-didaktischen Eignung und ggf. zu den habilitationsäquivalenten Leistungen des Kandidaten oder der Kandidatin verhalten. ³Die Auswahl der Gutachtenden erfolgt durch das LTB und ist zu begründen. Mindestens eines der Gutachten soll von einem internationalen Gutachtenden sein. ⁴Die externen Gutachten bilden die wesentliche Grundlage für die Stellungnahme des LTB. ⁵Bei Verfahren zur Berufung hochrenommierter Wissenschaftspreisträgerinnen und –preisträger kann in den Gutachten auf die Ausführungen zur

wissenschaftlichen Exzellenz verzichtet werden, da diese bereits im Rahmen der Begutachtung zur Preisverleihung festgestellt wurde.

⁶Unterlagen für die Gutachtenden und für das LTB:

- Anforderungsprofil der Professur
- CV
- Publikationsliste, Angaben zu Projektbeteiligungen, eingeworbenen Drittmitteln oder künstlerischen Leistungen sowie zu durchgeführten Lehrveranstaltungen
- Strategische Entwicklungsplanung der LUH, zu deren Erreichung die zu gewinnende Person beitragen soll
- ggf. habilitationsäquivalente Leistungen des Fachs gemäß Fakultätsratsbeschluss

5. Vorbehaltsbeschluss des Präsidiums zu Freigabe, Ausschreibungsverzicht und Berufungsvorschlag

¹Feststellung der Berufbarkeit nach § 25 (1) NHG und des Ausschreibungsverzichts nach § 26 (1) Satz 2 Nr. 6 NHG durch das Präsidium anhand folgender Unterlagen:

- Freigabeantrag inkl. Profilpapier
- CV
- Publikationsliste, Angaben zu Projektbeteiligungen und eingeworbenen Drittmitteln oder künstlerischen Leistungen sowie zu durchgeführten Lehrveranstaltungen
- Stellungnahme der Fakultät zur Stärkung von Qualität oder Profil der LUH durch die zu berufende Person unter Bezugnahme auf die strategische Entwicklungsplanung der LUH
- Externe Gutachten
- Stellungnahme des LTB

²Nach Feststellung der Berufbarkeit beschließt das Präsidium die Freigabe, den Ausschreibungsverzicht sowie den Berufungsvorschlag vorbehaltlich der positiven Stellungnahme des Senats, der Freigabe durch das MWK und des Einvernehmens des Hochschulrats zum Ausschreibungsverzicht und zum Berufungsvorschlag.

6. Stellungnahme des Senats zu Freigabe, Ausschreibungsverzicht und Berufungsvorschlag

¹Stellungnahme des Senats zu Freigabe, Ausschreibungsverzicht und Berufungsvorschlag in einer Befassung. ²Der Senat erhält für seine Stellungnahme die dem Präsidium vorzulegenden Unterlagen.

7. Freigabe der Stelle durch MWK

Das Präsidium beantragt die Freigabe der W3-Stelle beim MWK.

8. Einvernehmen des Hochschulrats zum Ausschreibungsverzicht und zum Berufungsvorschlag

Der Hochschulrat erhält für seine Entscheidung die dem Präsidium vorzulegenden Unterlagen sowie

die Protokollauszüge von Präsidium und Senat zur Zustimmung zu Freigabe, Ausschreibungsverzicht und Berufungsvorschlag.

B. Bekanntmachungen nach § 78 Abs. 2 NPersVG

Dienstvereinbarung über die Neuregelung der gleitenden Arbeitszeit und der elektronischen Zeiterfassung an der Leibniz Universität Hannover

zwischen
der Leibniz Universität Hannover
und
dem Personalrat der Leibniz Universität Hannover

I. Präambel

An der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover (LUH) gelten mit dieser Dienstvereinbarung für alle Organisationseinheiten, die bisher bereits Gleitzeit hatten oder die Gleitzeit einführen möchten, flexible Regelungen zur Arbeitszeit in Form von Gleitzeit ohne feste Kernzeit. Hierdurch eröffnet sich für die Beschäftigten die Möglichkeit, die tägliche Arbeitszeit eigenverantwortlich zu verteilen. Dabei muss die Arbeitsfähigkeit in den jeweiligen Einrichtungen bzw. Organisationseinheiten gewährleistet sein. Hierfür haben die jeweils zuständigen Vorgesetzten Sorge zu tragen. Neben der bisherigen ausschließlichen Eigenkontrolle der Beschäftigten wird mit dieser Dienstvereinbarung den Vorgesetzten mithilfe des Ampelkontos (A 8) ein Instrument eröffnet, ihrer Fürsorgepflicht nachkommen zu können, sobald die Beschäftigten es nicht selbstverantwortlich schaffen, ihr Arbeitszeitkonto bis zum Quartalsende in die grüne Phase (A 8.1) zurückzuführen.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist Ausdruck einer von Vertrauen und Wertschätzung getragenen Arbeitskultur. Sie erfordert eine Intensivierung der Kommunikation innerhalb der Organisationseinheiten. Dabei ist es Führungsaufgabe, dienstliche und persönliche Belange der Beschäftigten angemessen auszugleichen.

II. Rechtlicher Rahmen

Grundlage der Dienstvereinbarung ist die Niedersächsische Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten - Nds. ArbZVO - vom 06.12.1996 (Nds. GVBl. S. 476) in der Fassung der letzten berücksichtigten Änderung vom 30.08.2017 (Nds. GVBl. S. 276), welche auch für die Tarifbeschäftigten Anwendung findet.

Weitere Grundlage ist die gemäß § 81 des Personalvertretungsgesetzes für das Land Niedersachsen (NPersVG) zwischen den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und der Landesregierung geschlossene Vereinbarung über die Grundsätze für die gleitende Arbeitszeit in der Landesverwaltung vom 23.04.1999 (Nds. MBl. S. 196).

Die Anwendung des Zeiterfassungssystems erfolgt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regelungen sowie den geltenden Tarifverträgen.

III. Geltungsbereich

Diese Dienstvereinbarung gilt für alle Beschäftigten, deren Einrichtung an der gleitenden Arbeitszeit teilnimmt. Die Liste der teilnehmenden Einrichtungen ist im Beschäftigtenportal der LUH veröffentlicht. Weitere Organisationseinheiten der Universität können auf Antrag dauerhaft oder zur Erprobung für max. ein Jahr befristet an den Regelungen dieser Dienstvereinbarung teilnehmen. Der Antrag auf Teilnahme ist von der Einrichtung bei der Personalverwaltung zu stellen.

Die Dienstvereinbarung ersetzt alle bisher geltenden Regelungen an der LUH zu Gleitzeit und Zeiterfassung. Für die Überführung bisheriger Zeiterfassungssysteme in das hier geregelte zentrale Zeiterfassungssystem der LUH gilt eine Übergangsfrist von sechs Monaten.

Für alle Organisationseinheiten, die sich nicht dieser Dienstvereinbarung anschließen möchten, gilt das Rundschreiben über die feste Arbeitszeit (ohne elektronische Zeiterfassung).

Teil A Gleitzeit

A 1 Arbeitsschutzbestimmungen

Die Arbeitsschutzbestimmungen bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für

- die Niedersächsische Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten (Nds. ArbZVO),
- das Arbeitszeitgesetz (ArbZG),
- das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG),
- das Mutterschutzgesetz (MuSchG),
- das Sozialgesetzbuch IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen,
- das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG) sowie
- das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

A 2 Gleitzeitrahmen

Der Beginn der Gleitzeit wird an Arbeitstagen auf 6:00 Uhr, das Ende auf 20:00 Uhr festgesetzt.

Kernzeiten werden nicht festgelegt.

Arbeitszeiten außerhalb des Gleitzeitrahmens (insbesondere am Wochenende) müssen der beschäftigten Person von der vorgesetzten Person schriftlich oder per E-Mail genehmigt werden. Werden sie angeordnet unterliegen sie der Mitbestimmung.

A 3 Arbeitszeit und Abwesenheit

A 3.1 Für die Einhaltung der gesetzlich oder tariflich festgelegten Arbeitszeit sind die Beschäftigten selbst verantwortlich.

A 3.2 Im Rahmen der Gleitzeit bestimmen die Beschäftigten Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen unter Beachtung der dienstlichen Erfordernisse selbst.

In unvorhergesehenen Fällen, wie z.B. kurzfristigen Krankheitsausfällen, können vorgesetzte Personen im Rahmen ihres Direktionsrechts hiervon abweichende Anordnungen treffen, soweit und nur solange zwingende dienstliche Gründe es rechtfertigen. Die vorgesetzte Person ist für eine ausreichende personelle Besetzung, insbesondere Erreichbarkeit und Ansprechbarkeit zuständig und verantwortlich und kann in diesen Fällen entsprechende Anordnungen zur Anwesenheit treffen, die jedoch nicht unbillig sein dürfen. Dabei darf auch der Gleitzeitrahmen gemäß Teil A 2 dieser Vereinbarung überschritten werden.

Zugunsten schwerbehinderter Beschäftigter können von der Dienststelle im Einzelfall nach Anhörung der Schwerbehindertenvertretung sowie unter Berücksichtigung der jeweiligen Behinderung abweichende Regelungen getroffen werden.

A 3.3 Die zu leistende Arbeitszeit richtet sich nach den gesetzlichen, tariflichen und arbeitsvertraglichen Regelungen.

A 3.4 Berechnungsgrundlage für die Feststellung der täglichen Arbeitszeit allgemein sowie bei Krankheits-, Freizeitausgleichs- und Urlaubstagen und sonstigen ganztägigen Dienstbefreiungen und gesetzlich festgelegten Wochenfeiertagen ist für die Arbeitstage Montag bis Freitag jeweils ein Fünftel der vertraglich geregelten regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit.

Wird die wöchentliche Arbeitszeit auf weniger als fünf Tage verteilt, so ändert sich die Berechnungsgrundlage entsprechend, indem eine gleichmäßige Verteilung der vereinbarten Arbeitszeit auf die gewählten Arbeitstage vorgenommen wird

Bei vorliegender Bescheinigung für zwingend notwendige Arztbesuche aufgrund chronischer Erkrankungen sowie längerfristiger Einschränkungen können die Abwesenheitszeiten von der

Personalverwaltung als Arbeitszeit gewertet werden. Für sonstige Abwesenheitszeiten aus persönlichen Gründen und Arztbesuche sind die sich aus der gleitenden Arbeitszeit ergebenden Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen.

- A 3.5** Wird der Dienst außerhalb des Dienstgebäudes begonnen oder beendet, so ist die dienstlich begründete Abwesenheit Arbeitszeit, soweit sie sich innerhalb des festgelegten Gleitzeitrahmens nach Teil A 2 bewegt. Dazu gehören auch Reisezeiten, sofern sie im dienstlichen Interesse sind. Insgesamt dürfen höchstens 12 Stunden täglich als Arbeitszeit erfasst werden.
- Nehmen Beschäftigte im dienstlichen Interesse mit Zustimmung der vorgesetzten Person an ganztägigen Fortbildungsveranstaltungen teil, so ist für diesen Tag – auch bei Teilzeitbeschäftigten - ein Fünftel der wöchentlichen Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte zugrunde zu legen.
- A 3.6** Bei Freistellung von Dienst- oder Arbeitsleistung beispielsweise für Einsätze oder Ausbildungsveranstaltungen des Brand-, Katastrophen- und Zivilschutzes innerhalb des Gleitzeitrahmens ist die Dauer der notwendigen Abwesenheit als Arbeitszeit anzurechnen, höchstens jedoch im Umfang der jeweiligen täglichen Arbeitszeit gemäß Teil A 3.4 dieser Vereinbarung. Gleiches gilt für Zeiten der Wahrnehmung eines Mandats in einer kommunalen Vertretungskörperschaft oder der Erfüllung vorgehender gesetzlicher Verpflichtungen.
- A 3.7** Sofern für eine ausreichende personelle Besetzung, insbesondere Erreichbarkeit und Ansprechbarkeit, regelmäßige Service- oder Funktionszeiten für bestimmte Organisationseinheiten festgelegt werden sollen, sind diese mit Formular „Service- oder Funktionszeiten“ (Anlage 1) der Personalverwaltung anzuzeigen. Dabei muss für alle Beschäftigten ein angemessener Gleitrahmen gewährleistet sein.
- A 3.8** Wegezeiten zwischen verschiedenen Arbeitsorten innerhalb der LUH gelten als Arbeitszeit.
- A 3.9** Länger als 10 Stunden täglich soll nicht, länger als 12 Stunden darf nicht gearbeitet werden. Beschäftigte, die unter das Mutterschutzgesetz und/oder das Jugendarbeitsschutzgesetz fallen, dürfen grundsätzlich nicht länger als 8,5 Stunden täglich arbeiten bzw. beschäftigt werden.

A 4 Pausen

- A 4.1** Bei mehr als sechsstündiger Arbeitszeit ist eine Pause von mindestens 30 Minuten einzuhalten. Bei mehr als neunstündiger Arbeit ist eine Pause von mindestens 45 Minuten einzuhalten, diese kann auch von Beamt*innen in Anspruch genommen werden.
- Die Ruhepausen können in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden. Länger als sechs Stunden hintereinander dürfen Beschäftigte nicht ohne Ruhepause arbeiten. Die zeitliche Lage der Pause kann von den Beschäftigten unter Beachtung der dienstlichen Belange gewählt werden.
- A 4.2** Die Pausenzeiten werden nicht auf die Arbeitszeit angerechnet. Die vorgeschriebene Mindestpause von 30 Minuten gilt auch dann nicht als Arbeitszeit, wenn sie nicht in Anspruch genommen wird und wird automatisch vom Zeiterfassungssystem vom Zeitguthaben abgezogen.
- A 4.3** Jugendlichen ist bei einer Arbeitszeit von mehr als 4,5 Stunden eine Ruhepause von mindestens 30 Minuten bzw. bei einer Arbeitszeit von mehr als 6 Stunden eine Ruhepause von mindestens 60 Minuten zu gewähren. Als Ruhepause gilt nur eine Arbeitsunterbrechung von mindestens 15 Minuten. Die im Voraus festzulegenden Pausen müssen in angemessenem zeitlichen Abstand gewährt bzw. durchgeführt werden, d.h. frühestens eine Stunde nach Beginn bzw. spätestens eine Stunde vor Ende der Arbeitszeit.

A 5 Zeitausgleich

Zeitguthaben können unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse stunden- oder tageweise ausgeglichen werden. Der tageweise Ausgleich bedarf der Zustimmung der vorgesetzten Person und ist auch in Verbindung mit Urlaubstagen, Wochenenden und Feiertagen möglich.

A 6 Arbeitszeiterfassung

- A 6.1** Die an der gleitenden Arbeitszeit teilnehmenden Beschäftigten sind für eine ordnungsgemäße Zeiterfassung verantwortlich. Die Arbeitszeit wird grundsätzlich mit einem zentralen elektronischen Zeiterfassungssystem ermittelt. Einzelheiten der Datenverarbeitung werden in Teil B geregelt.
- A 6.2** Die Beschäftigten haben sich bei Arbeitsbeginn, Arbeitsende und bei Pausen, die länger sind als gesetzlich vorgeschrieben, in der elektronischen Zeiterfassung ein- bzw. auszubuchen. Hierzu haben sie das dem Arbeitsplatz jeweils nächstliegende elektronische Zeiterfassungsterminal oder die Echtzeitbuchung über den Dienst-PC zu betätigen.
- A 6.3** Durch versehentliches Nichtbuchen oder ggf. aus anderen Gründen benötigte Nacherfassungen sind über manuelle Eingaben im Zeiterfassungssystem zu tätigen. Der Eintrag erfolgt über das in das Zeiterfassungssystem integrierte Verfahren mit automatischer Meldung an die vorgesetzte Person (siehe Teil B 8.2). Bei häufigen Nacherfassungen können die Vorgesetzten das Gespräch mit der nachbuchenden Person suchen.
- A 6.4** Sofern einzelne Beschäftigte keinen direkten Zugang zu einem elektronischen Zeiterfassungsterminal oder Dienst-PC haben, ist die Arbeitszeit durch die für die Zeiterfassung zuständigen Sachbearbeitenden der Personalverwaltung manuell im Zeiterfassungssystem zu erfassen.
- A 6.5** Im Fall von technischen Störungen, Notfällen oder anderen Ausnahmen erfolgt die Erfassung nachträglich.
- A 6.6** In begründeten Verdachtsfällen des Arbeitszeitbetrugs ist die Dienststelle nur im Beisein des Personalrats zur Einsichtnahme in das Arbeitszeitkonto berechtigt. Der oder die behördliche Datenschutzbeauftragte der LUH ist zu beteiligen. Die beschäftigte Person ist vorab zu informieren, ihre Zustimmung ist jedoch nicht erforderlich.
- A 6.7** Die Zeiterfassung erfolgt auf Grundlage des gegenseitigen Vertrauens. Die Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Arbeitszeit und Täuschungsversuche bei der Erfassung der Arbeitszeit können arbeits- bzw. disziplinarrechtliche Maßnahmen zur Folge haben.

A 7 Plus-Stunden und Minus-Stunden

Plus- oder Minus-Stunden sind Zeiten, die von der in Teil 0 geregelten Berechnungsgrundlage abweichen.

Plus-Stunden sind Mehrarbeit im Rahmen dieser Dienstvereinbarung und keine Überstunden im tarifrechtlichen Sinne.

A 8 Ampelkonto

Im Rahmen der gleitenden Arbeitszeit soll sich das Zeitkonto zwischen 40 Plus-Stunden (Zeitguthaben) und 10 Minus-Stunden (Minderzeiten) bewegen. Zur Dokumentation der geleisteten Arbeitszeit wird ein Ampelkonto geführt. In diesem Ampelkonto wird, entsprechend dem Zeitguthaben und den Minderzeiten, zwischen einer grünen, gelben und roten Phase unterschieden:

A 8.1 Grüne Phase:

Das Zeitguthaben darf maximal 40 Stunden, Minderzeiten dürfen maximal 10 Stunden betragen. Beschäftigte in dieser Phase bewegen sich im Arbeitszeitsoll.

A 8.2 Gelbe Phase:

Beträgt das Zeitguthaben zwischen 40 und 60 Stunden oder liegen die Minderzeiten zwischen 10 und 20 Stunden, erhalten die Beschäftigten eine optische Anzeige darüber, dass sie sich in der gelben Phase befinden, um ihr Zeitkonto zurück in die grüne Phase zu bringen. Der Personalverwaltung wird dieses ebenfalls im System angezeigt.

Sind die Beschäftigten aufgrund dienstlicher Inanspruchnahme nicht in der Lage, das Zeitkonto wieder in den grünen Bereich zurückzuführen, haben sie sich an die vorgesetzte Person zu wenden. Gemeinsam sollen geeignete Maßnahmen vereinbart werden, um das Ampelkonto wieder zu normalisieren.

Auch vorgesetzte Personen tragen Verantwortung dafür, dass die grüne Phase baldmöglichst wieder erreicht wird.

A 8.3 Rote Phase:

Die rote Phase beginnt bei einem Zeitguthaben von über 60 Stunden und Minderzeiten von über 20 Stunden. Diese Phase darf nur ausnahmsweise und vorübergehend eintreten. In dieser Phase erhält die vorgesetzte Person quartalsweise eine Meldung darüber, welche beschäftigten Personen sich in der roten Phase befinden. Die vorgesetzte Person ist verpflichtet, zusammen mit der jeweiligen beschäftigten Person geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die rote Phase wieder zu verlassen. Gleichzeitig wird die Personalverwaltung informiert und der Personalrat erhält eine anonymisierte Übersicht nach Organisationseinheiten.

Geraten Beschäftigte innerhalb eines Jahres mehrfach in die rote Phase, kann die Personalverwaltung diese zu einer gemeinsamen Beratung mit dem Personalrat und der vorgesetzten Person einladen. Dabei werden Lösungsmöglichkeiten festgelegt. Das gleiche gilt, wenn innerhalb einer Organisationseinheit überdurchschnittlich viele Beschäftigte in die rote Phase geraten.

A 9 Schlichtungsstelle

Zur Klärung von Fragen und Problemen sowie zur Auswertung von Erfahrungen, die sich bei der Anwendung der Dienstvereinbarung ergeben, wird eine Schlichtungsstelle ohne Entscheidungskompetenz eingerichtet. Personalverwaltung und Personalrat sind in ihr paritätisch mit jeweils mindestens zwei Personen vertreten. Die Treffen erfolgen bei Bedarf und können durch die Mitglieder der Schlichtungsstelle jederzeit veranlasst werden.

Teil B Elektronische Zeiterfassung

B 1 Grundsätze

Die zum Zwecke der Erfassung von Anwesenheitszeiten erfassten und gespeicherten Daten und deren Auswertung werden nicht zur Leistungsmessung, zum Leistungs- oder Verhaltensvergleich oder zur Leistungskontrolle herangezogen.

Es besteht Einigkeit darüber, dass Zugriff auf die erfassten/gespeicherten Daten neben den einzelnen betroffenen Beschäftigten nur diejenigen Sachbearbeitenden erhalten, deren Aufgaben unmittelbar mit deren Nutzung zusammenhängen.

Im Rahmen von Antragsverfahren (siehe B 8.2) erhalten die verantwortlichen Vorgesetzten Zugriff auf die Anträge.

B 2 Zweckbestimmung

Das eingesetzte Zeiterfassungssystem dient ausschließlich zur

- Erfassung der An- und Abwesenheitszeiten zum Zwecke der Bezügeabrechnung,
- Führung der Zeitkonten für die gleitende Arbeitszeit und
- Information der Beschäftigten über ihre geleistete Arbeitszeit.
- Ermittlung des Urlaubsanspruchs
- Information der Vorgesetzten (s. A 8.3 Ampelkonto)
- Workflows zur Unterstützung von Antragsverfahren z. B. zu Urlaub, Zeitgutschriften, Zeitausgleich, Zeiterfassungen außerhalb des Gleitzeitrahmens

B 3 Eingesetzte Verfahren

B 3.1 Zentrale Zeiterfassung

Das Zeiterfassungssystem wird als zentraler Service des LUIS technisch betrieben, die Verwaltung der Zeiterfassungskonten obliegt der Personalverwaltung.

Als Software werden - mit den nachfolgenden Einschränkungen (Datenarten, Auswertungen) - die Programme „*prime WebTime*“ und „*prime WebManagement*“ der Fa. *primion Technology GmbH* eingesetzt (Anlage 3).

Die folgenden in dieser Software enthaltenen Funktionen werden genutzt:

- a. Zeiterfassung
- b. Ampelkonto
- c. Workflows
- d. Urlaubskonten
- e. Buchungsjournal
- f. Fachvertreter/in (Genehmigung von gestellten Anträgen)
- g. Passwort ändern

Die Buchungen der Zeiterfassung können über den jeweiligen Arbeitsplatz-PC oder über die Zeiterfassungsterminals der Fa. *primion Technology AG* erfolgen. Die Standorte der Zeiterfassungsterminals sind im Beschäftigtenportal veröffentlicht.

Für Online-Buchungen werden 5 Minuten Pufferzeit im System eingestellt.

B 3.2 Zugriffsrechte

Beschäftigte haben im Rahmen ihrer Berechtigung lesenden bzw. schreibenden Zugriff auf die Daten im Zeiterfassungssystem. Schreibende Zugriffe werden protokolliert, lesende Zugriffe nicht. Diese Zugriffsprotokolle enthalten die Identität der zugreifenden Personen, die Funktionen inkl. der Datenfelder, die von den zugreifenden Personen bearbeitet wurden, und das Datum des Zugriffs.

Administrativen Datenzugang erhalten nur die Sachbearbeitenden der Personalverwaltung, die für die Zeiterfassung und Verwaltung der Abwesenheitszeiten zuständig sind (Key-User). Änderungen sind dem Personalrat zur Kenntnis zu geben.

Der Personalrat hat das Recht, die Zugriffsprotokolle jederzeit, ggf. unter Hinzuziehung einer sachkundigen Person, einzusehen.

B 4 Gespeicherte Daten

Es dürfen nur die personenbezogenen Daten der Beschäftigten aufgezeichnet werden, die für die An- und Abwesenheitszeiten und die Abrechnung der Arbeitszeit erforderlich sind. Dies sind:

- Name
- Vorname
- Geburtsdatum
- Systeminterne Pers.Nr. / Ausweisnummer der Chip-Karte
- organisatorische Zuordnung
- Abwesenheitskennzeichen (Urlaub, Krank, Dienstreise, Dienstbefreiung, etc.)
- An- und Abwesenheitszeiten
- Soll- und Ist-Arbeitszeit
- Gleitzeitkonto
- Urlaubsanspruch, ggf. GdB für Urlaubsanspruch nach SGB IX
- E-Mail-Adresse
- Vertragslaufzeit
- Arbeitszeitmodell

Die gespeicherten Daten dürfen nicht mit anderen Verfahren oder Systemen verknüpft und ausschließlich für die in Teil B 2 genannten Zwecke verwendet werden.

B 5 Auswertungen

Folgende Auswertungen durch die im Abschnitt B 3.2 definierten Personen der Personalverwaltung sind zugelassen:

- Personalübersicht (Liste aller teilnehmenden Personen)
- jährlicher Einzelausdruck der personenbezogenen Urlaubszeiten für die Personalakte
- Auswertung von Resturlaub und Gleitzeitüberhängen im Rahmen der Bilanzierungspflichten
- Jährliche Auswertung von Resturlaub zur Information der Beschäftigten und deren Vorgesetzten
- von Beschäftigten angeforderte Auswertungen zu ihrem Zeiterfassungskonto (siehe Teil 0)
- Übersicht der Arbeitszeitmodelle
- Auswertungen zur Erfüllung von gesetzlichen Dokumentationspflichten

Folgende Auswertung zur Personalplanung ist zugelassen

- Liste/Export der aktuellen und zukünftigen Abwesenheitstage (ohne Angabe des Abwesenheitskürzels)

Weitere Auswertungen, die nicht die Daten zur eigenen Person betreffen, sind unzulässig.

B 6 Datenlöschung

Die aufgezeichneten Datensätze über An- und Abwesenheitszeiten werden durch die verwendete Software nach spätestens einem Jahr gelöscht.

Daten zur Erfüllung von gesetzlichen Dokumentationspflichten werden nach den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen gelöscht.

Serverseitige Systemprotokolle werden nach sieben Tagen gelöscht.

B 7 Maßnahmen zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit**B 7.1**

Im Rahmen der elektronischen Zeiterfassung wird die Sicherheit der personenbezogenen Daten mit organisatorischen und technischen Maßnahmen gem. Art. 32 DSGVO gewährleistet, die in einem Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten nach Artikel 30 DSGVO in Einvernehmen mit dem Datenschutzbeauftragten niedergelegt sind. Insbesondere ist sicherzustellen, dass nur berechtigte Beschäftigte der Dienststelle nach dem in Anlage 3 beschriebenen Berechtigungskonzept Zugang zu den personenbezogenen Daten haben. Die Daten sind sowohl im Zeiterfassungssystem selbst als auch auf dem Transportweg über das LUH-Datennetz nach Maßgabe der Schutzbedarfsfeststellung entsprechend zu schützen.

B 7.2 Zugriff

Die für den Zugriff auf das Zeiterfassungssystem erforderlichen Passwörter werden von den Beschäftigten selbstständig gewählt. Auf Veranlassung der Beschäftigten kann das Passwort durch die in der Personalverwaltung für die Zeiterfassung und Verwaltung der Abwesenheitszeiten zuständigen Sachbearbeitenden zurückgesetzt werden. Die Beschäftigten können dann selbstständig ihr neues Passwort wählen.

B 7.3 Schnittstellen

Neben dem Export von Abwesenheitstagen (B 5) ist durch das vorliegende Verfahren keine Übermittlung von Daten an Schnittstellen zu anderen Systemen vorgesehen. Es besteht daher kein Regelungsbedarf.

B 8 **Einsichtnahme und Kontrolle****B 8.1** Einsicht durch die Beschäftigten

Den Beschäftigten wird ein Zugriff auf die sie betreffenden Daten per Arbeitsplatz-PC ermöglicht. Beschäftigten, die über keinen Arbeitsplatz-PC verfügen, werden auf Anforderung Auswertungen über ihr Zeiterfassungskonto ausgedruckt und in einem verschlossenen Umschlag zugestellt. Darüber hinaus wird den Beschäftigten das Recht eingeräumt, nach Abstimmung mit den zuständigen Sachbearbeitenden in die sie betreffenden Daten Einsicht zu nehmen und entsprechende Ausdrucke zu erhalten; eine Zugriffsberechtigung ist damit nicht verbunden.

B 8.2 Kontrolle durch Personalverwaltung und vorgesetzte Personen

In den Fällen gem. Teil A 6.3 (Nacherfassung) werden automatische Meldungen an die vorgesetzte Person generiert. Diese enthalten lediglich den Namen sowie Datum, Uhrzeit, Art und Begründung der vorgenommenen Korrektur.

In den Fällen gem. Teil A 8 (Ampelkonto) werden Hinweise zur Über- oder Unterschreitung der Stundenkonten so wie dort beschrieben an die Personalverwaltung, ggf. die vorgesetzten Personen und den Personalrat gegeben.

In den Fällen nach Teil C (Gewährung von Urlaub, Freistellung und Zeitausgleich) werden automatische Meldungen an die vorgesetzte Person generiert. Diese enthalten lediglich den Namen, das Datum des Antrags, die Angabe des beantragten Zeitraums sowie eine ggf. eingetragene Bemerkung der antragstellenden Person.

Weitere Meldungen an Personalverwaltung und vorgesetzte Personen sind ausgeschlossen.

B 8.3 Einsicht durch den Personalrat

Der Personalrat ist berechtigt, die Einhaltung dieser Vereinbarung zu kontrollieren. Die gemäß Abschnitt B 7.1 zuständigen Sachbearbeitenden der Personalverwaltung haben einer vom Personalrat im Einzelfall zu benennenden Person nach Abstimmung mit der Dezernatsleitung auf Verlangen die Abläufe des Verfahrens zu demonstrieren und Einsichtnahme in das System und die Ausdrucke zu gewähren. Eine Zugriffsberechtigung ist damit nicht verbunden. Der Personalrat hat ebenso das Recht die gemäß A 3.7 angezeigten Service- und Funktionszeiten jederzeit einzusehen.

B 8.4 Überwachung durch die behördlichen Datenschutzbeauftragten

Die behördlichen Datenschutzbeauftragten überwachen im Rahmen des Datenschutzgesetzes die Einhaltung dieser Vereinbarung.

B 9 **Information der Beschäftigten**

Die Beschäftigten werden in geeigneter Form über diese Dienstvereinbarung informiert.

Eine gesonderte Erklärung für Administrierende und zuständige Sachbearbeitende, die auf Grund ihrer Tätigkeit die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Zeitkonten der Beschäftigten haben, ist dieser Dienstvereinbarung in Anlage 2 angefügt.

B 10 Systemänderungen/Systemerweiterungen

Jede Änderung oder Erweiterung des vorliegenden Verfahrens bedarf der Beteiligung des Personalrats. Diese Dienstvereinbarung ist ggf. entsprechend anzupassen. Wesentliche Änderungen der Software und der organisatorischen Regelungen sind mit den Datenschutzbeauftragten der Leibniz Universität Hannover abzustimmen.

Teil C Elektronische Gewährung von Urlaub, Freistellung und Zeitausgleich**C 1.1**

Im Rahmen der eingesetzten Software wird das Modul „Workflow“ als papierloses Genehmigungsverfahren eingesetzt, mit dem Anträge auf Gewährung von Erholungsurlaub, Zeitausgleich und Freistellungen online bearbeitet werden.

C 1.2

Dazu werden Bearbeitungsgruppen, Berechtigungsgruppen, Vertreter- Berechtigungsgruppen, Modulgruppen, Buchungsberechtigungsgruppen und Workflow-Hierarchien eingerichtet. Antragstellende und Genehmigende werden als Systembenutzer den entsprechenden Gruppen zugeordnet und ihnen die damit verbundenen Rechte zugewiesen. Jedem Antragsteller wird ein Workflow zugewiesen, der festlegt, welche Vorgesetzte in den Genehmigungsprozess mit eingebunden sind. Für den Fall der Abwesenheit einer oder eines Vorgesetzten werden Vertretungsregelungen eingerichtet, um das Fortlaufen des Genehmigungsprozesses zu gewährleisten.

C1.3 Ablauf

Antragstellende erfassen den gewünschten Zeitraum der Freistellung/Urlaub selbst im Primion System. Die beantragende Person beachtet die geltenden Vertretungsregelungen für den geplanten Abwesenheitszeitraum.

Der gestellte Antrag wird entsprechend der festgelegten Hierarchien an die bzw. den entsprechende/n Vorgesetzte/n weitergeleitet, es erfolgt eine entsprechende Benachrichtigung per E-Mail.

Nach einer Genehmigung wird die Freistellung automatisch im System gebucht.

Für den Fall der beabsichtigten Ablehnung des Antrags wird der Vorgang automatisch an die Personalabteilung zur weiteren Klärung weitergeleitet.

Sowohl bei Genehmigung als auch bei beabsichtigter Ablehnung erfolgt eine automatische Rückmeldung per E-Mail an die beantragende Person. Ergeht nicht innerhalb von zwei Wochen eine Rückmeldung, gilt der Antrag als genehmigt.

Teil D Schlussbestimmungen**D 1.1**

Änderungen dieser Dienstvereinbarung bedürfen der Schriftform.

D 1.2

Diese Dienstvereinbarung tritt am 01.07.2023 in Kraft und ersetzt die bisher bestehenden Gleitzeit-Regelungen an der LUH. Die Dienstvereinbarung kann mit einer Frist von vier Monaten gekündigt werden. Im Falle der Kündigung ist die änderungslose weitere Anwendung dieser Regelungen unter den hier vereinbarten Bedingungen möglich. Andernfalls gilt für alle Beschäftigten des Geltungsbereiches wieder die feste Arbeitszeit gemäß Rundschreiben. Die Dienststelle und der Personalrat verpflichten sich, im Falle der Kündigung unverzüglich Verhandlungen über eine Nachfolgeregelung aufzunehmen. Eine einvernehmliche Änderung der Dienstvereinbarung ist jederzeit möglich.

D 1.3

Die Dienststelle und der Personalrat verpflichten sich im beiderseitigen Interesse, diese Dienstvereinbarung nach einem Jahr zu evaluieren.

Teil E Anlagen

- Anlage 1 Formular zur Meldung von Service- und Funktionszeiten
- Anlage 2 Unterweisung für Administrierende und für die Zeiterfassung zuständige Sachbearbeitende
- Anlage 3 Systembeschreibung mit Berechtigungskonzept
- Anlage 4 Verfahrensmeldung nach DSGVO

Hannover, 10.05.2023

Hannover, 24.05.2023

Leibniz Universität Hannover
Das Präsidium
gez. Prof. Dr. iur. Volker Epping
Präsident

Leibniz Universität Hannover
Personalrat
gez. Elvira Grube
Vorsitzende

Anlage 1 zur DV Gleitzeit



Präsident der
Leibniz Universität Hannover
Sachgebiet 21
-21.21-

hier

Meldung von Service- bzw. Funktionszeiten

Einrichtung:

Ggf. Serviceeinheit:

Anzahl der Beschäftigten in der Serviceeinheit:

Gemäß Nr. A 3.7 der Dienstvereinbarung über die Neuregelung der gleitenden Arbeitszeit und der elektronischen Zeiterfassung an der Leibniz Universität Hannover werden folgende regelmäßige Service- bzw. Funktionszeiten für eine ausreichende personelle Besetzung, insbesondere eine Erreichbarkeit und Ansprechbarkeit festgelegt:

	vormittags		nachmittags	
	Beginn	Ende	Beginn	Ende
Montag				
Dienstag				
Mittwoch				
Donnerstag				
Freitag				

Begründung:

Mit den festgelegten Service- bzw. Funktionszeiten bleibt ein angemessener Rahmen der gleitenden Arbeitszeit für alle Beschäftigten gewährleistet, dies gilt insbesondere für Teilzeitbeschäftigte.

Ort, Datum

Unterschrift Einrichtungsleitung

Anlage 2 zur DV Gleitzeit



Unterweisung für Administrierende und für die Zeiterfassung zuständige Sachbearbeitende zum Umgang mit der Dienstvereinbarung über die Neuregelung der gleitenden Arbeitszeit und der elektronischen Zeiterfassung an der Leibniz Universität Hannover

Einrichtung:

Name:

Arbeitsbereich / Tätigkeit:

Erstunterweisung

Nächste Unterweisung am:

Folgeunterweisung

Durchgeführt am / Unterschrift:

(Bitte beachten Sie die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten der Unterweisungsunterlagen!)

Verpflichtend durchzuführende Unterweisung zu folgenden Themen auf Basis verschiedener Gesetze, Verordnungen, Richtlinien u.a.

Vorschriften des Datenschutzes:

Der Kreis der Personen, die auf den angemessenen Umgang mit der Dienstvereinbarung und dem damit zusammenhängenden Datengeheimnis zu verpflichten sind, umfasst alle Administrierende und Sachbearbeitende, die für die Belange der elektronischen Zeiterfassung zuständig sind und über besondere Systemadministratorrechte verfügen. Das Datengeheimnis besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.

Strafvorschriften des Strafgesetzbuches:

§ 203 Absatz 2, 4 und 5

Verletzung von Privatgeheimnissen

§ 204

Verwertung fremder Geheimnisse

§ 353 b

Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch Art. 62 des Gesetzes vom 20.11.2019 (BGBl. I S. 1626)

§ 201: Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt
1. das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder
 2. eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt
1. das nicht zu seiner Kenntnis bestimmte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen mit einem Abhörgerät abhört oder
 2. das nach Abs. 1 Nr. 1 aufgenommene oder nach Abs. 2 Nr. 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen im Wortlaut oder seinem wesentlichen Inhalt nach öffentlich mitteilt.
- Die Tat nach Satz 1 Nr. 2 ist nur strafbar, wenn die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechnete Interessen eines anderen zu beeinträchtigen. Sie ist nicht rechtswidrig, wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.
- (3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Amtsträger oder als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter die Vertraulichkeit des Wortes verletzt (Absätze 1 und 2).
- (4) Der Versuch ist strafbar.
- (5) Die Tonträger und Abhörgeräte, die der Täter oder Teilnehmer verwendet hat, können eingezogen werden. § 74 a ist anzuwenden.

§ 203: Verletzung von Privatgeheimnissen

- (1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als
1. Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker oder Angehörigen eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,
 2. Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung,
 3. Rechtsanwalt, Kammerrechtsbeistand, Patentanwalt, Notar, Verteidiger in einem gesetzlich geordneten Verfahren, Wirtschaftsprüfer, vereidigtem Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigten oder Organ oder Mitglied eines Organs einer Rechtsanwalts-, Patentanwalts-, Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft,
 4. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater sowie Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist,
 5. Mitglied oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,
 6. staatlich anerkanntem Sozialarbeiter oder staatlich anerkanntem Sozialpädagogen oder
 7. Angehörigen eines Unternehmens der privaten Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherung oder einer privatärztlichen, steuerberaterlichen oder anwaltlichen Verrechnungsstelle
- anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als
1. Amtsträger,
 2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
 3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
 4. Mitglied eines für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes tätigen Untersuchungsausschusses, sonstigen Ausschusses oder Rates, das nicht selbst Mitglied des Gesetzgebungsorgans ist, oder als Hilfskraft eines solchen Ausschusses oder Rates,
 5. öffentlich bestelltem Sachverständigen, der auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist, oder
 6. Person, die auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Geheimhaltungspflicht bei der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist,
- anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist. Einem Geheimnis im Sinne des Satzes 1 stehen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines anderen gleich, die für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfasst worden sind; Satz 1 ist jedoch nicht anzuwenden, soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen

für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bekannt gegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt.

(3) Kein Offenbaren im Sinne dieser Vorschrift liegt vor, wenn die in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen Geheimnisse den bei ihnen berufsmäßig tätigen Gehilfen oder den bei ihnen zur Vorbereitung auf den Beruf tätigen Personen zugänglich machen. Die in den Absätzen 1 und 2 Genannten dürfen fremde Geheimnisse gegenüber sonstigen Personen offenbaren, die an ihrer beruflichen oder dienstlichen Tätigkeit mitwirken, soweit dies für die Inanspruchnahme der Tätigkeit der sonstigen mitwirkenden Personen erforderlich ist; das Gleiche gilt für sonstige mitwirkende Personen, wenn diese sich weiterer Personen bedienen, die an der beruflichen oder dienstlichen Tätigkeit der in den Absätzen 1 und 2 Genannten mitwirken.

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis offenbart, das ihm bei der Ausübung oder bei Gelegenheit seiner Tätigkeit als mitwirkende Person oder als bei den in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen tätiger Datenschutzbeauftragter bekannt geworden ist. Ebenso wird bestraft, wer

1. als in den Absätzen 1 und 2 genannte Person nicht dafür Sorge getragen hat, dass eine sonstige mitwirkende Person, die unbefugt ein fremdes, ihr bei der Ausübung oder bei Gelegenheit ihrer Tätigkeit bekannt gewordenes Geheimnis offenbart, zur Geheimhaltung verpflichtet wurde; dies gilt nicht für sonstige mitwirkende Personen, die selbst eine in den Absätzen 1 oder 2 genannte Person sind,
2. als im Absatz 3 genannte mitwirkende Person sich einer weiteren mitwirkenden Person, die unbefugt ein fremdes, ihr bei der Ausübung oder bei Gelegenheit ihrer Tätigkeit bekannt gewordenes Geheimnis offenbart, bedient und nicht dafür Sorge getragen hat, dass diese zur Geheimhaltung verpflichtet wurde; dies gilt nicht für sonstige mitwirkende Personen, die selbst eine in den Absätzen 1 oder 2 genannte Person sind, oder
3. nach dem Tod der nach Satz 1 oder nach den Absätzen 1 oder 2 verpflichteten Person ein fremdes Geheimnis unbefugt offenbart, das er von dem Verstorbenen erfahren oder aus dessen Nachlass erlangt hat.

(5) Die Absätze 1 bis 4 sind auch anzuwenden, wenn der Täter das fremde Geheimnis nach dem Tod des Betroffenen unbefugt offenbart.

(6) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

§ 204: Verwertung fremder Geheimnisse

(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, zu dessen Geheimhaltung er nach § 203 verpflichtet ist, verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) § 203 Abs. 5 gilt entsprechend.

§ 353 b: Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht

(1) Wer ein Geheimnis, das ihm als

1. Amtsträger,
 2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder
 3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
- anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist, unbefugt offenbart und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Hat der Täter durch die Tat fahrlässig wichtige öffentliche Interessen gefährdet, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer, abgesehen von den Fällen des Absatzes 1, unbefugt einen Gegenstand oder eine Nachricht, zu deren Geheimhaltung er

1. auf Grund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes oder eines seiner Ausschüsse verpflichtet ist oder
 2. von einer anderen amtlichen Stelle unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Verletzung der Geheimhaltungspflicht förmlich verpflichtet worden ist,
- an einen anderen gelangen lässt oder öffentlich bekannt macht und dadurch wichtige öffentliche Interessen

gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Die Tat wird nur mit Ermächtigung verfolgt. Die Ermächtigung wird erteilt

1. von dem Präsidenten des Gesetzgebungsorgans
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit bei einem oder für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes bekannt geworden ist,
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr.1;
2. von der obersten Bundesbehörde
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit sonst bei einer oder für eine Behörde oder bei einer anderen amtlichen Stelle des Bundes oder für eine solche Stelle bekannt geworden ist
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2, wenn der Täter von einer amtlichen Stelle des Bundes verpflichtet worden ist;
3. von der obersten Landesbehörde in allen übrigen Fällen der Absätze 1 und 2 Nr. 2.

§ 59: Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer
1. als Person, die bei einer öffentlichen Stelle oder deren Auftragsverarbeiter dienstlichen Zugang zu nicht allgemein zugänglichen personenbezogenen Daten hat oder hatte, diese Daten zu einem anderen als dem zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck
 - a) speichert, verändert oder übermittelt,
 - b) zum Abruf bereithält,
 - c) abrufen oder sich oder einem anderen verschafft oder
 - d) in anderer Weise verarbeitet oder
 2. personenbezogene Daten, die in dem Anwendungsbereich dieses Gesetzes verarbeitet werden und nicht allgemein zugänglich sind, durch Vortäuschung falscher Tatsachen sich oder einer anderen Person verschafft oder sich oder einer anderen Person durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung offenlegen lässt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Euro geahndet werden.

§ 60: Straftaten

- (1) Wer gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, eine in § 59 Abs. 1 genannte Handlung begeht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Ebenso wird bestraft, wer unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer nicht mehr bestimmbar Person zusammenführt und dadurch wieder bestimmbar macht.
- (2) Der Versuch ist strafbar.

Anlage 3 zur DV Gleitzeit



Systembeschreibung mit Berechtigungskonzept

Arbeitszeiterfassungsserver

Ansprechpartner

- Martina Behrend (behrend@luis.uni-hannover.de)
- Patrick Njofang (njofang@luis.uni-hannover.de)

Hardware

- **Server**
Die Virtualisierungs-Infrastruktur des LUIS stellt für das Gleitzeitsystem eine Maschine zur Verfügung.
- **Mehrere Karten-Terminals der Firma Primion**

Betriebssystem und Software

- **Betriebssystem**
Als Server-Betriebssystem ist ein Microsoft Windows Server im Einsatz.

Netzschutz

- Es werden nur ausgewählte Subnetze der Leibniz Universität Hannover (LUH) zugelassen.

Sicherheitskonzept

- Das System ist ausschließlich für bestimmte IP-Adress-Bereiche innerhalb der Leibniz Universität Hannover erreichbar (Firewall).
- Durch Sicherheitsregeln wird nur der TCP-Port 443 (https) zugelassen (Firewall).

Datensicherung und Löschkonzept

- Die System-Datenbank wird werktäglich mit dem zentralen Dienst des LUIS „Backup & Restore“ gesichert.
- Die Zeiterfassungsdaten werden nach einem Jahr automatisiert aus dem System gelöscht. Daten zur Erfüllung von gesetzlichen Dokumentationspflichten werden nach den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen gelöscht.

Die Löschung im „Backup & Restore“ erfolgt nach dem dort vereinbarten Konzept.

Applikations-Beschreibung

- Die Software zur Erfassung und Organisation der regulären Arbeitszeit "prime WebTime" und "prime WebManagement" ist von der Firma primion Technology GmbH (<https://primion.de>).
- Die Installation erfolgt durch Primion und LUIS.
 - Primion-Software
 - Einbringen der aktuellen Datenbank (Microsoft SQL Server)
 - Zertifikat für https
- Installiert ist zudem ein relationales Datenbank-Management-System "Microsoft SQL Server", um eine umfassende, komfortable und zielorientierte Verarbeitung der Daten zu ermöglichen.

Administrative Serverzugriffe (Web-Applikation/Primion)

- Martina Behrend (behrend@luis.uni-hannover.de)
- Patrick Njofang (njofang@luis.uni-hannover.de)

Zugriffskontrolle auf Applikationsebene

- Beschreibung der Rollen:
 - **Beschäftigte sind berechtigt,**
 - eigene Anträge zu Urlaubsgewährungen und Freistellungen zu stellen,
 - eigene Anträge zu löschen,
 - Listen der eigenen Arbeitszeiterfassungen und Anträge anzuzeigen und zu drucken/exportieren.
 - **Vorgesetzte sind berechtigt,**
 - Anträge der Beschäftigten zu gewähren oder abzulehnen,
 - nur die Liste der eigenen, persönlichen Zeiterfassung anzusehen und
 - eine Kapazitätsübersicht (Abwesenheitsübersicht mit offenen und genehmigten Anträgen) zu erstellen
 - **Key-User sind berechtigt,**
 - Konten für neue Systembenutzer*innen anzulegen,
 - Zeitmodelle zu erstellen und den Systembenutzer*innen zuzuordnen und
 - Listen über alle im System befindlichen Systembenutzer*innen und deren Zeitkonten, Urlaubskonten und Jahresblätter zu erstellen

C. Hochschulinformationen

Der Senat der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat auf seiner Sitzung am 14.12.2022 die nachfolgende geänderte Ordnung für die Verarbeitung personenbezogener Daten beschlossen. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Ordnung für die Verarbeitung personenbezogener Daten der Studienbewerberinnen und Studienbewerber, Studierenden, Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten, Gasthörerinnen und Gasthörer sowie ehemaliger Hochschulmitglieder und –angehöriger der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Gegenstand

- (1) ¹Die Leibniz Universität Hannover kann von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, Studierenden, Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten, Gasthörerinnen und Gasthörern sowie ehemaligen Hochschulmitgliedern und -angehörigen diejenigen personenbezogenen Informationen verarbeiten, die für die Auswahl- und Vergabeverfahren sowie Zulassung und Immatrikulation, die Rückmeldung, die Beurlaubung, die Exmatrikulation und die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und Prüfungen, die Hochschulstatistik sowie die Kontaktpflege zu ehemaligen Hochschulmitgliedern und -angehörigen erforderlich und hier im Detail oder allgemein festgelegt sind. ²Für die Verarbeitung von Daten, welche für die Nutzung von Hochschuleinrichtungen erforderlich sind, gelten die gesonderten Regelungen dieser Einrichtungen.
- (2) Die Leibniz Universität Hannover darf diese Informationen auch zur Erfüllung ihrer übrigen Aufgaben nach §§ 2, 3, 5 Abs. 2 und 14 a Abs. 2 NHG verwenden.

§ 2 Datenerhebung und -speicherung für die Bewerbung

- (1) Die Leibniz Universität Hannover erhebt und speichert von den Studienbewerberinnen und Studienbewerbern für die Durchführung des Bewerbungs- und Zulassungsverfahrens folgende personenbezogene Daten und Angaben:
1. Familienname,
 2. Vorname,
 3. Namenszusatz,
 4. Geburtsname,
 5. Akademischer Titel,
 6. Geburtsort,
 7. Geburtsland,
 8. Geburtsdatum,
 9. Geschlecht,
 10. Anschrift(en),
 11. Telefon, E-Mail,
 12. Staatsangehörigkeit und ggf. zweite Staatsangehörigkeit,
 13. Angaben zur Hochschulzugangsberechtigung (Art, Durchschnittsnote, Datum, Land und Kreis der Ausfertigung),
 14. Studiengang und ggf. Studienfach,
 15. angestrebter Studienabschluss,
 16. Fachsemester,
 17. Studienform,
 18. Angaben zu Studienzeiten (inkl. Art und Dauer von Studienunterbrechungen sowie der Anzahl von Hochschul-, Urlaubs- Praxis- und Kollegsemestern) und –abschlüssen an Hochschulen im In- und Ausland,
 19. Bewerbernummer,

20. Matrikelnummer an der LUH (sofern bereits vorhanden),
21. Ggf. Eignungsfeststellungs- und Verfahrensnoten,
22. Ggf. aktuelle Leistungspunktzahl und vorläufige Durchschnittsnote des Vorstudiums (Leistungsnachweis),
23. Angaben über abgeleistete Dienste und vergleichbare Verpflichtungen nach der Hochschulvergabeverordnung,
24. Dauer der Berufsausbildung,
25. Zeitpunkt des Berufsabschlusses,
26. Zeiten einer Berufstätigkeit nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung,
27. Angaben zu Praktika und Volontariaten nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung,
28. besondere persönliche soziale und familiäre Gründe (außergewöhnliche Härte),
29. Ergebnis des Erststudiums und Gründe für das Zweitstudium,
30. maßgebliche Gründe für die Studienortwahl
31. bezüglich der Person oder der Personen, der oder denen nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches die Personensorge für eine Studienbewerberin oder einen Studienbewerber zusteht, die Daten nach Ziffern 1. bis 9,
32. erforderlichenfalls die derzeit besuchte Schule,
33. IP-Adresse.
34. Bei Bewerbungen durch Bestandsstudierende: Login über IdM-ID und kein gesonderter Bewerberaccount.
Bei Bewerbungen von neuen Bewerbern:
Anlage eines Accounts mittels Emailadresse + Passwort, Name, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht.
Bewerberaccount wird nach erfolgreicher Bewerbung/Zulassung in einen Studierendenaccount umgewandelt.

(2) Für die Bewerbung Promotionsstudierender werden folgende Daten erhoben:

1. Daten nach § 3 Abs. 1 Ziffer 1-20,
2. Art der Promotion,
3. Art der Registrierung,
4. Art der Dissertation,
5. Promotionsbeginn (Datum der Annahme als Doktorand),
6. Bestehendes Beschäftigungsverhältnis mit der Hochschule der Promotion,
7. Teilnahme an einem strukturierten/nicht strukturierten Promotionsprogramm,
8. zur Promotion berechtigende Abschlussprüfung.

§ 3 Datenverarbeitung für die Einschreibung

(1) Die Leibniz Universität Hannover verarbeitet von den Studienbewerberinnen und Studienbewerbern für die Einschreibung folgende personenbezogene Daten und Angaben:

1. Daten nach § 2 Abs. 1 Ziffer 1 bis 20 und ggf. § 2 Abs. 2 Ziffer 2-8,
2. Hörerstatus,
3. Art des Studiums,
4. Form des Studiums,
5. abgelegte Zwischenprüfung,
6. Fakultäts- bzw. Organisationszugehörigkeit,
7. berufspraktische Tätigkeiten vor Aufnahme des Studiums,
8. Angaben zur Krankenversicherung (Art der Krankenversicherung, ggf. Krankenversicherungsnummer und Betriebsnummer der Krankenkasse, Empfangs- und/oder Sendedatum beim Austausch mit der KV, Änderung der KV, Mitteilung Zahlungsverzug durch KV/Mitteilung Aufhebung Zahlungsverzug durch KV jeweils mit Datum);
9. Bankbuchungsdaten, die in Verbindung mit der Entrichtung der fälligen Abgaben und Entgelte stehen,
10. sofern die Abgaben und Entgelte im Wege des Lastschriftverfahrens entrichtet werden, die Bankverbindungsdaten,

11. Umstände, die einer Einschreibung oder Rückmeldung entgegenstehen können (Zulassungsaufgaben, Promotionszeitraum),
12. bei Studienbewerberinnen und Studienbewerbern mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung den Nachweis über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache,
13. den Nachweis weiterer Fremdsprachenkenntnisse, sofern in Zugangs- und Zulassungsordnungen festgelegt,
14. bei Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, die nicht Deutsche im Sinne von Art. 116 des Grundgesetzes sind, ggf. Stipendiennachweise,
15. aktuelles Passfoto für die elektronische Studierendekarte,

(2) Im Rahmen der Einschreibung können folgende Merkmale und Kennzeichen gebildet werden:

1. Matrikelnummer
2. LUH-Identifikationsnummer (LUH-ID)
3. Prüfungsnummer
4. Zulassungskennzeichen
5. Verwaltungskennzeichen
6. Universitäts-Account für die Nutzung der IT-Systeme
7. Universitäts-E-Mail-Adresse

§ 4 Datenverarbeitung in sonstigen Fällen

- (1)¹Im Rahmen des Rückmeldeverfahrens nutzt die Leibniz Universität Hannover die bisher gespeicherten Daten. ²Darüber hinaus werden die Höhe der gezahlten Abgaben und Entgelte, das Bezugssemester und die Daten des Auftraggebers (Nachname, Vorname sowie Bankverbindung) erhoben und gespeichert.
- (2)¹Bei dem Verfahren zur Beurlaubung nutzt die Leibniz Universität Hannover die bisher gespeicherten Daten. ²Darüber hinaus werden Grund und Semester der Beurlaubung erhoben und gespeichert.
- (3) Für die Exmatrikulation nutzt die Leibniz Universität Hannover die bisher gespeicherten Daten und erhebt und speichert darüber hinaus die Art des Exmatrikulationsvorgangs, den Grund, das Datum und den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Exmatrikulation.

§ 5 Gasthörerinnen und Gasthörer

Von den Gasthörerinnen und Gasthörern verarbeitet die Leibniz Universität Hannover für die Aufnahme in das Gasthörerverzeichnis die folgenden personenbezogenen Daten und Angaben:

1. Familienname,
2. Vorname,
3. Namenszusatz / früherer Name,
4. Geburtsdatum,
5. Geschlecht,
6. Anschrift,
7. Staatsangehörigkeit (nur, sofern diese Angabe freiwillig erfolgt),
8. Telefon
9. E-Mail (nur, sofern diese Angabe freiwillig erfolgt)
10. Internetadresse (nur, sofern diese Angabe freiwillig erfolgt)
11. Institution, an der die Person beschäftigt ist (nur, sofern diese Angabe freiwillig erfolgt)
12. Angabe zur Hochschulzugangsberechtigung (nur, sofern diese Angabe freiwillig erfolgt),
13. Zahlungsart
14. Bankverbindung, wenn Lastschrift als Zahlungsart angegeben wird,
15. Semester der Anmeldung
16. gewünschte Lehrveranstaltung(en)
17. Gastmatrikelnummer,
18. Hörerstatus,
19. ggf. Wahl des Studienprogramms,
20. Foto.

§ 6 Kontaktpflege mit ehemaligen Hochschulmitgliedern

(1) ¹Die Leibniz Universität Hannover nutzt von ehemaligen Hochschulmitgliedern und -angehörigen zum Zwecke der Kontaktpflege folgende personenbezogene Daten und Angaben, sofern die ehemaligen Hochschulmitglieder der Erhebung nicht widersprechen:

1. Familienname,
2. Vorname,
3. Akademischer Titel,
4. Geburtsdatum,
5. Geschlecht,
6. Geburtsname,
7. Staatsangehörigkeit,
8. Postadresse/E-Mail,
9. Firmenname,
10. Abteilung,
11. Position/Stellenbezeichnung,
12. Postadresse/E-Mail dienstlich,
13. Matrikelnummer,
14. Abschluss,
15. Zeitraum Studium,
16. Studiengang/Fach,
17. Stipendiengeber,
18. Auslandsaufenthalte.

²Auch für ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine Registrierung möglich; hier werden dann folgende Daten erhoben:

1. Zeitraum der Beschäftigung
2. Fakultät/Institut/Abteilung
3. Position/Stellenbezeichnung
4. Personen- und Kontaktdaten wie oben

³Für beide Personengruppen werden folgende Daten erhoben:

1. Registriert seit
2. Art der Registrierung.

(2) ¹Fünf Jahre nach Datenübernahme werden die registrierten Alumni gefragt, ob sie mit einer weiteren Speicherung ihrer Daten einverstanden sind. ²Bei Widerspruch zur Weiterverwendung werden die Daten in der Alumniverwaltung endgültig gelöscht.

(3) Die Kontaktpflege hat zum Ziel, ein Netzwerk aus Studierenden, Mitgliedern und Ehemaligen der Leibniz Universität Hannover auf- und auszubauen.

2. Abschnitt: Elektronische Studierendenakte

§ 7 Campusmanagementsystem

(1) ¹Die Leibniz Universität Hannover setzt ein Dokumenten- und Workflowmanagementsystem ein, um studien- und prüfungsbezogene Prozesse (einschließlich Bewerbung und Immatrikulation) zu unterstützen und um studien- und prüfungsbezogene Dokumente zu verwalten und zu archivieren. ²Hierfür werden für die jeweilige Studienbewerberin oder den jeweiligen Studienbewerber oder die jeweilige Studierende oder den jeweiligen Studierenden alle nach dem in Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten der Leibniz Universität Hannover zu erstellenden Berechtigungskonzept anfallenden Dokumente und personenbezogene Daten in einem hierfür vorgesehenen System verarbeitet. ³Dieses System wird als elektronische Studierendenakte (ESA) bezeichnet. ⁴Für jede in Satz 2 genannte Person wird eine persönliche ESA angelegt.

(2) In der ESA können studien- und prüfungsbezogene Dokumentenarten verarbeitet werden, die die in §§ 2 bis

5, 10 bis 12 und 14 bis 16 genannten personenbezogenen Daten enthalten:

- Unterlagen inklusive Schriftverkehr zum Bewerbungsverfahren, darunter
 - Zulassungsantrag;
 - Nachweise von Studienzeiten;
 - Nachweise zur Hochschulzugangsberechtigung;
 - Nachweise zur Krankenversicherung;
 - Zulassungs- oder Ablehnungsbescheid;
 - Nachweise zur Verbesserung von Durchschnittsnote oder Wartezeit sowie Nachweise der besonderen Härte;
- Unterlagen inklusive Schriftverkehr zur Einschreibung, darunter
 - Nachweise zur Hochschulzugangsberechtigung;
 - Nachweis über die Entrichtung der fälligen Abgaben und Entgelte;
- Unterlagen inklusive Schriftverkehr zum Studium, darunter
 - Anträge und Bescheinigungen zur Beurlaubung;
 - Anträge und Bescheinigungen zum Studiengangwechsel;
 - Unterlagen zur Zulassung für Modulpakete, Module und Lehrveranstaltungen;
 - elektronische oder digitalisierte Zwischen- und Abschlusszeugnisse;
 - elektronische oder digitalisierte Zertifikatszeugnisse;
 - sonstige digitalisierte Urkunden;
- Unterlagen inklusive Schriftverkehr zu Prüfungsverfahren, darunter
 - Anträge und Bescheinigungen zur Anrechnung von Prüfungsleistungen;
 - Prüfungsanmeldungen;
 - Anträge und Nachweise zum Rücktritt;
 - Anträge und Nachweise zur Erstellung von Abschlussdokumenten;
 - elektronische oder digitalisierte Prüfungsleistungen, z. B. Klausuren, Hausarbeiten, Abschlussarbeiten sowie Protokolle;
 - Prüfungsergebnisse einschließlich etwaiger Gutachten;
 - Ergebnislisten;
 - Scan des Bescheides über das endgültige Nichtbestehen;
- Unterlagen inklusive Schriftverkehr zur Exmatrikulation, darunter
 - Exmatrikulationsantrag;
 - Scan des Exmatrikulationsbescheides
- Unterlagen inklusive Schriftverkehr zu Abgaben und Entgelten, darunter
 - Abgabenbescheide;
 - Anträge und Bescheinigungen zum Erlass.

(3) In einer Ordnung kann geregelt werden, dass eine Dokumentenart mit einem passwortgeschützten Verifikationslink versehen wird, über den Dritte das Dokument elektronisch bei der Leibniz Universität Hannover abrufen und so die Echtheit des Dokuments prüfen können.

3. Abschnitt: Infrastruktureinrichtungen und IT-Systeme für Studierende und Gasthörernde

§ 8 Infrastruktureinrichtungen

¹Die Leibniz Universität Hannover kann von Studierenden, Gasthörerinnen oder Gasthörern und Dritten, die in

keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu ihr stehen, für die Nutzung von Infrastruktureinrichtungen Daten nach den §§ 4 bis 6 und 10 nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen verarbeiten. ²Das Nähere kann in einer Ordnung für die jeweilige Infrastruktureinrichtung geregelt werden.

§ 9 Universitäts-Account und Universitäts-E-Mail-Adresse

- (1) ¹An jede oder jeden Studierenden werden ein Universitäts-Account und eine Universitäts-E-Mail-Adresse zur Nutzung von IT-Systemen für Studierende vergeben. ²Die Vergabe erfolgt mit der Übersendung der Zulassungsunterlagen. ³Für die Nutzung von IT-Systemen für Studierende sollen der Universitäts-Account und die Universitäts-E-Mail-Adresse verwendet werden.
- (2) ¹Der Universitäts-Account setzt sich zusammen aus der LUH-ID und dem zugehörigen Passwort. ²Der Benutzername kann auf besonderen Antrag durch die Leibniz Universität Hannover geändert werden. ³Die Verwendung einer privaten E-Mail-Adresse der oder des Studierenden als Universitäts-E-Mail-Adresse ist ausgeschlossen.
- (3) Die Leibniz Universität Hannover wird für die Kommunikation mit Studierenden auf elektronischem Wege ausschließlich deren Universitäts-E-Mail-Adresse nutzen, soweit dies zweckmäßig ist.
- (4) ¹Die Bereitstellung des Universitäts-Accounts und der Universitäts-E-Mail-Adresse erfolgt zum Zwecke der Nutzung für Angelegenheiten von Studium und Lehre, der Mitwirkung in der Selbstverwaltung sowie Nutzung von Infrastruktureinrichtungen. ²Bei einer Nutzung des Universitäts-Accounts und der Universitäts-E-Mail-Adresse werden auch die IP-Adressen der oder des Studierenden verarbeitet.
- (5) Die Universitäts-E-Mail-Adresse kann im erforderlichen Umfang für Zwecke der Studienberatung, der Betreuung und Beratung in studienbezogenen Angelegenheiten, der Übermittlung studienrelevanter Informationen, der Information über Fördermöglichkeiten und Wettbewerbe oder eines Betreuungsprogramms genutzt werden.
- (6) Der Universitäts-Account der oder des Studierenden wird automatisch nach Ablauf ihrer oder seiner Exmatrikulation (nach einer pro Dienst definierten Übergangszeit) gesperrt; die jeweiligen personenbezogenen Daten werden nach 24 Monaten anonymisiert.
- (7) Im Rahmen der Bereitstellung zentraler IT-Dienste werden die folgenden Daten gespeichert:
 - a. Messengerdienst
Für die gruppenbezogene und individuelle Kommunikation werden folgende Daten gespeichert:
 - Accountdaten (LUH-ID)
 - Profilinformationen (Name, Mailadresse(optional), Telefonnummer (optional), Profilbild (optional))
 - Gruppenzugehörigkeit/Raumzugehörigkeit
 - Kommunikationsinhalte
 - b. Software-Lizenzverwaltung
 - Accountdaten (LUH-ID)
 - Kontaktdaten (Name, Mailadresse und Matrikelnummer)
 - c. Netz (WLAN/VPN)
 - Accountdaten (Benutzername abgeleitet von der LUH-ID)
 - zugeordnete IP-Adresse
 - MAC-Adresse (bei WLAN-Verbindungen)
 - Logs der IP-Datenverbindungen (nur Kommunikationsbeziehungen, nicht die Inhalte der Kommunikation)
 - d. Dateiservice
 - Accountdaten (LUH-ID)
 - Inhaltsdaten
 - Profilinformationen
 - e. Cloud-Dienste
 - LUH-ID (außer bei Overleaf),
 - Vor- und Nachname sowie die hinterlegte E-Mail-Adresse aus dem IdM
 - zum Teil Profilbilder (bei Seafile und Onlyoffice)
 - Nutzdaten der Nutzenden
 - E-Mail-Adresse (bei Projektablage)

(8) Die Absätze 1 bis 7 gelten für Gasthörerinnen oder Gasthörer entsprechend.

4. Abschnitt: Lehrangebot und Prüfungswesen

§ 10 Lehrveranstaltungs- und Prüfungsverwaltungssystem

- (1) ¹Die Leibniz Universität Hannover betreibt ein integriertes elektronisches Lehrveranstaltungs- und Prüfungsverwaltungssystem mit Selbstverwaltungsfunktionen für die Studierenden im Internet. ²Es wird zu dem Zweck betrieben, die An- und Abmeldung zu Lehrveranstaltungen, Modulen und Modulprüfungen, die Daten über die Prüfungsvorleistungen und Prüfungen sowie die Bekanntgabe der Bewertung von Prüfungsentscheidungen elektronisch zu verwalten.
- (2) Die Daten des Lehrveranstaltungs- und Prüfungsverwaltungssystems dürfen im erforderlichen Umfang für Zwecke der Studienberatung, eines Betreuungsprogramms oder des Studiengangsmonitoring sowie zur Information von Studienbewerberinnen oder Studienbewerbern verarbeitet werden; im Falle des Studiengangsmonitoring sowie der Information von Studienbewerberinnen oder Studienbewerbern darf eine Verarbeitung ausschließlich in anonymisierter Form und bei einer Gruppengröße von wenigstens zehn Studierende erfolgen.
- (3) ¹Die Leibniz Universität Hannover verarbeitet für den Betrieb des elektronisches Lehrveranstaltungs- und Prüfungsverwaltungssystems die Daten nach §§ 2 bis 7, 9, 10 und 13 bis 15 sowie deren Änderungen. ²Ereignisdaten werden ein Jahr nach Abschluss des Prüfungsverfahrens gelöscht.

§ 11 E-Learning-Systeme

- (1) ¹Die Leibniz Universität Hannover betreibt spezialisierte IT-Systeme (E-Learning-Systeme) zu dem Zweck, Lehrende und Studierende sowie Gasthörerinnen oder Gasthörer und sonstigen Personen, soweit dies in einer Kooperationsvereinbarung geregelt ist, bei der Gestaltung der Prozesse in Studium und Lehre zu unterstützen. ²Die E-Learning-Systeme umfassen insbesondere Komponenten zur Organisation von Veranstaltungen, von Arbeitsgruppen und des Studienalltags, zum Erstellen und Austausch von Lernmaterialien sowie zur Kommunikation von Lehrenden mit Studierenden sowie Gasthörerinnen oder Gasthörern und von Studierenden sowie Gasthörerinnen oder Gasthörern untereinander.
- (2) ¹Die Nutzung der E-Learning-Systeme durch die Studierenden sowie Gasthörerinnen oder Gasthörer und sonstige Personen erfordert in der Regel die Identifikation mit dem Universitäts-Account. ²Soweit nicht anders in weiteren Nutzungsbedingungen geregelt, werden folgende personenbezogene Daten bei der Registrierung und dem Betrieb der E-Learningsysteme verarbeitet:
1. Matrikelnummer,
 2. Universitäts-Account,
 3. IP-Adresse,
 4. Telefon, E-Mail,
 5. Familienname,
 6. Vorname,
 7. Namenszusatz,
 8. Geschlecht,
 9. Studiengang und Studienfach,
 10. Angestrebter Studienabschluss,
 11. Fakultät,
 12. besuchte Schule,
 13. Daten nach § 4.
 14. Inhaltsdaten, die bei Nutzung der Systeme durch die Nutzenden bereitgestellt werden.
- (3) Näheres wird in den Nutzungsbedingungen der Dienste geregelt.
- (4) Die Daten des E-Learning-Systems können im erforderlichen Umfang für Zwecke der Studienberatung oder eines Betreuungsprogramms genutzt werden.

§ 12 Audiovisuelle Kommunikationsmittel

(1) ¹Zur Durchführung von Forschung und Lehre dürfen audiovisuelle Kommunikationsmittel verwendet werden. Dabei dürfen die folgenden Daten verarbeitet werden:

- Benutzerangaben: Vorname, Nachname, E-Mail-Adresse, Profilbild (optional);
- Meeting-Metadaten: Thema, Beschreibung (optional), Teilnehmer-IP-Adressen, Geräte/Hardware-Informationen, z.B. Browser und MAC-Adresse;
- Bei Einwahl mit dem Telefon (optional): Angabe zur eingehenden und ausgehenden Rufnummer, Ländername, Start- und Echtzeit, ggf. weitere Verbindungsdaten, wie IP-Adresse des Geräts
- Meeting-Inhaltsdaten: Audio-, Video- und ggf. Textdaten der Äußerungen, die während eines Meetings getätigt werden.

²Eine Verpflichtung zur Aktivierung der Audio- und Videofunktionalitäten besteht im Rahmen einer Teilnahme nicht. Prüfungsordnungen können Ausnahmen von S. 2 vorsehen.

(2) ¹Nach Abs. 1 durchgeführte Veranstaltungen dürfen zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 NHG aufgezeichnet werden, soweit die Dozierenden der Aufzeichnung zugestimmt haben und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass schutzwürdige Interessen der von der Videoaufzeichnung betroffenen Personen überwiegen. ²Die betroffenen Personen sind nach den Voraussetzungen von Art. 12 DSGVO rechtzeitig über die beabsichtigte Aufzeichnung zu informieren und auf ihr Widerspruchsrecht aus Art. 21 DSGVO hinzuweisen. ³Ohne Einwilligung der abgebildeten Personen dürfen die nach S. 1 angefertigten Aufnahmen nur den Teilnehmenden der jeweiligen Lehrveranstaltung über hochschuleigene Systeme i.S.v. § 11 zugriffsgeschützt zugänglich gemacht werden.

§ 13 Meldung zu einer Vor-, Zwischen- oder Abschlussprüfung oder zu einer studienbegleitenden Prüfung

¹Bei der Meldung zu einer Vor-, Zwischen- oder Abschlussprüfung oder zu einer studienbegleitenden Prüfung sind von den Studierenden sowie Gasthörerinnen oder Gasthörern, soweit erforderlich, folgende Angaben zu machen und nachstehende Unterlagen vorzulegen:

1. Matrikelnummer, Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer,
2. E-Mail- Adresse
3. Nachweise über die Erfüllung der Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung, insbesondere die Einschreibung, Studienleistungen und Anwesenheiten,
4. Nachweis über Praktika,
5. Anzahl von Prüfungsversuchen und deren Ergebnisse,
6. Art, Fach, Zeitpunkt und Ergebnis von Teilprüfungen, Zwischenprüfungen, Abschlussprüfungen,
7. Nachweis über Fristverlängerung zur Ablegung der Prüfung,
8. Nachweis über die Durchführung einer Pflichtstudienberatung,
9. Prüfungsfächer,
10. angestrebter Studienabschluss,
11. Prüfende,
12. BAföG-Empfang, Förderungsnummer.

²Die Daten nach Satz 1 können auch durch die Leibniz Universität Hannover selbst erhoben und verarbeitet werden.

§ 14 Abwicklung einer Vor-, Zwischen- oder Abschlussprüfung oder einer studienbegleitenden Prüfung

Bei der Abwicklung der Prüfung verarbeitet die Leibniz Universität Hannover zusätzlich zu den nach §§ 10 bis 14 erfassten Daten:

1. Prüfungsergebnisse,
2. Nachweise über versäumte Prüfungen oder Rücktritte,
3. Daten über Versäumnisgründe und Ordnungsverstöße,
4. Prüfungs- und Abschlussdatum.

§ 15 Datenverarbeitung im Prüfungsverfahren

Im Rahmen des Prüfungsverfahrens werden die nach den vorstehenden Paragraphen bereits erhobenen Daten nach Maßgabe der jeweiligen Prüfungsordnungen verarbeitet.

5. Abschnitt: Mitwirkung in der Selbstverwaltung**§ 16 Datenverarbeitung im Rahmen der Mitwirkung in der Selbstverwaltung**

(1) Die Leibniz Universität Hannover verarbeitet bei der Mitwirkung von Studierenden sowie Gasthörernden in der Selbstverwaltung folgende personenbezogene Daten:

1. Familienname,
2. Vorname,
3. Namenszusatz / früherer Name,
4. Geburtsort,
5. Geburtsdatum,
6. Geschlecht,
7. Anschrift(en),
8. Telefon, E-Mail, Telefax,
9. Staatsangehörigkeit,
10. Hörerstatus,
11. Art des Studiums,
12. Hochschulsesemester,
13. Fachsemester,
14. Fakultätszugehörigkeit,
15. Matrikelnummer,
16. freiwillige Angaben,
17. Organ oder Gremium, für das eine Kandidatur erfolgt,
18. studentische Vereinigung oder Liste, für die eine Kandidatur erfolgt.

(2) Die Mitwirkung in der Selbstverwaltung umfasst die erforderlichen vorgelagerten Verfahren, insbesondere Wahlen einschließlich deren Vorbereitung.

(3) Folgende Daten können ohne eine Einwilligung der Betroffenen hochschulintern veröffentlicht werden:

1. Familienname,
2. Vorname,
3. Namenszusatz / früherer Name,
4. Art des Studiums,
5. Organ oder Gremium, für das eine Kandidatur erfolgt,
6. studentische Vereinigung oder Liste, für die eine Kandidatur erfolgt

(4) ¹Die Daten nach Absatz 1 können ohne Einwilligung der Betroffenen an die Organe der Studierendenschaft in dem Umfang übermittelt werden, der zur Erfüllung der Aufgaben nach § 20 NHG erforderlich ist. ²Das zuständige Organ hat glaubhaft zu machen, inwieweit die verlangten Daten für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind und dass die Daten nach Abschluss der Aufgabenerfüllung gelöscht wurden.

(5) ¹Folgende Daten können ohne Einwilligung der Betroffenen an die anderen Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder eines Organs oder Gremiums der Leibniz Universität Hannover weitergegeben werden, soweit diese Daten für die jeweilige Aufgabenerfüllung des Organs oder Gremiums erforderlich sind:

1. Familienname,
2. Vorname,
3. Namenszusatz / früherer Name,
4. Geschlecht,
5. Anschrift(en),
6. Telefon, E-Mail, Telefax,
7. studentische Vereinigung oder Liste, für die eine Kandidatur erfolgt.

²Sofern Daten nach Abs. 5 Nr. 5 und 6 herausgegeben werden sollen, sind vorrangig die dienstlichen Kontaktdaten zu verwenden.

6. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen, Rechte und Pflichten

§ 17 Mitteilungspflicht über die Änderung persönlicher Daten

¹Die Studierenden, Prüfungskandidatinnen oder Prüfungskandidaten und Gasthörerinnen oder Gasthörer sind verpflichtet, der Leibniz Universität Hannover unverzüglich mitzuteilen:

1. Änderung des Namens, der Anschrift, der Telefonnummer (freiwillig) und der Staatsangehörigkeit,
2. meldepflichtige Krankheiten im Sinne des § 6 InfSG, welche die Gesundheit anderer Mitglieder und Angehöriger der Universität gefährden oder den Studienbetrieb ernstlich beeinträchtigen.

²Die Leibniz Universität Hannover ist berechtigt, diese Angaben zu verarbeiten.

§ 18 Besondere Pflichten

- (1) Werden Entscheidungen und andere Maßnahmen, insbesondere Anmeldungen, Modul- oder Prüfungszulassungen, Prüfungsfristen sowie Prüfungsergebnisse, öffentlich bekannt gegeben, dürfen die folgenden personenbezogenen Daten ohne eine Einwilligung der Betroffenen in Textform nicht veröffentlicht werden: Familienname, Vorname, Namenszusatz / früherer Name, Matrikelnummer, Anschrift(en), Telefon, E-Mail.
- (2) ¹Versendet die Leibniz Universität Hannover E-Mails an mehrere Personen, insbesondere über Verteilerlisten, ist sicherzustellen, dass einer oder einem Betroffenen nicht die personenbezogenen Daten anderer Betroffener, insbesondere deren Namen und E-Mail-Adressen übermittelt werden. ²Dies gilt nicht, sofern
 - a. sich etwas anderes aus dem Gesetz, einer Verordnung oder dieser Ordnung ergibt,
 - b. die E-Mail-Kommunikation von den Betroffenen eröffnet wurde
 - c. eine Einwilligung der Betroffenen in Textform vorliegt oder
 - d. die Kenntnisnahme der personenbezogenen Daten durch die anderen Betroffenen für den Kommunikationszweck erforderlich ist.
- (3) ¹Personenbezogene Daten und Abbildungen können in Veröffentlichungen und auf Internetseiten der Leibniz Universität Hannover mit Einwilligung der Betroffenen veröffentlicht werden. ²Einer Einwilligung nach Satz 1 bedarf es nicht bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit über öffentliche oder hochschulöffentliche Veranstaltungen, über die Selbstverwaltung, über die Verwaltung sowie über die Erfüllung der Aufgaben der Leibniz Universität Hannover.

§ 19 Übermittlung von Daten im Rahmen von Kooperationen

- (1) ¹Zur Durchführung von Studiengängen und Programmen mit anderen Hochschulen oder außeruniversitären Einrichtungen (gemeinsam: Dritte) können diesen die Daten der entsprechenden Studierenden und Gasthörenden in dem für die Durchführung erforderlichen Umfang übermittelt werden. ²Das Nähere ist in einer Kooperationsvereinbarung zu regeln.
- (2) ¹Im Rahmen von Förderanträgen, Forschungsverträgen, Stipendienprogrammen sowie Förderprogrammen einschließlich der Vergabe von Förderpreisen können personenbezogene Daten mit Einwilligung der betroffenen Studierenden und Gasthörenden im erforderlichen Umfang an die Förderorganisation oder den Kooperationspartner übermittelt werden. ²Die Einwilligung der Betroffenen muss in Textform vorliegen.
- (3) Es ist sicherzustellen, dass der Dritte, an den die Daten übermittelt werden, diese ausschließlich für den Zweck verarbeiten darf, zu dessen Erfüllung sie ihm übermittelt werden.

§ 20 Technische und organisatorische Datensicherheitsmaßnahmen

Die nach § 17 Abs. 3 NHG festzulegenden technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM) der jeweiligen Verfahren werden im Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten der Leibniz Universität Hannover dokumentiert.

§ 21 Löschung und Aufbewahrung

Werden personenbezogene Daten nach dieser Ordnung verarbeitet, werden diese gelöscht, soweit die Daten für die jeweilige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten einer Löschung entgegenstehen. Über die jeweiligen Löschrufen wird im Rahmen der Datenschutzinformationen nach Art. 13 und 14 DSGVO informiert. Alle Daten, insbesondere auch die in digitaler Form, sind vor der Löschung dem zuständigen Archiv anzubieten.

§ 22 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Verkündungsblatt der Leibniz Universität Hannover in Kraft.